REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 320 · 25.6.1990

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 46 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. DDR - Stasi - RAF Die Jagd auf RAF-Aussteiger in der DDR
2. USA unterbricht "Dialog" mit der PLO
3. Festung Europa: EG-Sicherheitsapparate machen mobil, von Rolf Gößner und Norman Bethune
4. Kongreß der Radikalen Linken: ... ein neuer Anfang?
5. DDR-Markt: Viel Absatz - wenig Investitionen Wie sich das BRD-Kapital die DDR einverleibt
6. "Frauen entscheiden selbst!" 15.000 demonstrierten in Bonn gegen den 218
7. "Wir fordern Schutz des gewünschten Lebens" Auszüge aus der Rede von Christina Schenk (UFV)
8. Die Chance für eine grundlegend neue Regelung Auszüge aus der Rede von Horst Theissen
9. Interview mit Gregor Gysi, PDS-Vorsitzender aus dem GAL-Rundbrief 4/90
10. Die PDS soll enteignet werden
11. Brot und Bücher - Große Studentendemo vor der Volkskammer von Antje Moeschk/DDR
12. DDR-Polizei und Sicherheitsapparat: Durchmarsch für das Modell Deutschland
13. Bemerkungen zum "heißen Herbst" 1990 - Ein Situationsbericht aus der DDR von Peter Feist, Berlin/DDR
14. "... wir unterstützen aus vollem Herzen die deutsche Einheit" (Steinkühler 1. Mai 1990), von Regina Behrendt
15. CSFR: Bürgerbewegung in Wahlen siegreich
16. Bulgarien: Absolute Mehrheit für Sozialisten
17. Nachgedanken eines DDR-Linken (zum Kongreß der Radikalen Linken) von Henning Schossig, Vereinigte Linke
18. Kommentar zum Kongreß "Radikale Linke"
19. Was kommt nach dem Ende des realen Sozialismus? Falsche (?) Hoffnungen auf Gorbatschow Beitrag von Rainer Trampert zum Kongreß RL
20. Silke Struckmeyer: "Wir sind nicht das Salz in der Suppe eurer Sehnsucht" - Redebeitrag auf dem Kongreß Radikale Linke
21. Rumänien: "Ihr Westeuropäer seid Heuchler!" Interview mit Silviu Brucan
22. Rumänien: Die Opposition wird terrorisiert
23. Neue Phänomene des kurdischen Befreiungskampf Interview mit Jelal Talabani, Generalsekretär der PUK
24. Israel/Palästina: Massaker und Kriegskabinett
25. Wehrkraftzersetzung in Spanien
26. Das Projekt "Republikaner" in der Krise
27. Der Traum von Großdeutschland (Teil 2) Die "Braunzone"
28. "Republikaner" in Nordrhein-Westfalen
29. VVN-BdA: Ein neuer Anfang Bericht vom VVN-Bundeskongreß
30. Kunst als Widerstand
31. Vier Tage Freiheit auf dem Gefängnishof Ein Bericht aus Santa Fu
32. UNO kritisiert Isolationshaft in der BRD
33. Stammheim: Prozeß wegen Dornier-Anschlag Auf der Suche nach der "legalen Ebene" der RAF
34. Staatsschutzkontrolle über Informationstechnik
35. Akten zu - Gerichtssäle auf! Göttinger Ermittlungsverfahren gegen Polizei eingestellt
36. Internationaler Kongreß Migration und Rassismus in Europa - Hamburg 27.-30. September 1990
37. Die HEW - ein Nazikonzern, von Karl Heinz Roth
38. Arbeitsgrundlage des LG zu DDR,PDS und Wahlen
39. Hoffnungsträger gesamtdeutsche Reichstagswahlen? - Argumente gegen die PDS-Orientierung der Mehrheit im KB-LG
40. Die Herausforderung annehmen Diskussionsbeitrag zur PDS-Debatte

41. Die Demonstration am 10. November als nächstes anti-deutsches Etappenziel: Internationalistisch und antifaschistisch
42. Zur Kritik gestellt: Nationalismus, Besprechung des neuen Heftes von "kritik & krise": "Nie wieder Deutschland"
43. "... die Antworten immer schon parat" - Eine Antwort auf den Text von "einigen Menschen aus der Hafenstraße" (ak 318)
44. "Spur der Steine" Frank Beyers Film - nach 25 Jahren in den Kinos
45. Innenansicht der Perestroika
46. Die HEW - ein Nazikonzern

1. DDR - Stasi - RAF Die Jagd auf RAF-Aussteiger in der DDR

Rubrik: RAF; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/67.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:67

Helmut Kohl hat gut lachen: Sein sonderbarer Weg zur deutschen Einheit funktioniert allen Skeptikern und Kritikern zum Trotz. Noch bevor die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen BRD und DDR in Kraft tritt, klappt bereits die deutsch-deutsche Fahndungsunion. Sie gibt den Vorgeschmack auf das, was ab 1.7.90 nach Beschluß der Parlamente auch auf den anderen politischen Gebieten Realität werden soll. Die Ereignisse im Juni kennzeichnen das politische Klima diesseits und jenseits der Elbe. Sie offenbaren die Logik, nach welcher die Wiedervereinigung verläuft und nur verlaufen kann. Angesichts der Schlagzeilen, die Stasi habe die RAF von der DDR aus gesteuert, kann man die Frage, ob dieser Kampagne noch mit Hilfe vernünftiger Aufklärung zu begegnen sei, nur eindeutig mit Nein beantworten. Denn nicht nach Informationen, nicht nach der Wahrheit gelüstet es die Produzenten und Konsumenten der Medien, sondern sie brauchen Haßobjekte, um sich abzureagieren. Da bieten sich Menschen an, die angeschlagen sind und eine Vergangenheit mit sich herumschleppen, die sie abstreifen wollen, ohne es zu können.

In kurzen Abständen nahmen die Häscher des DDR-Innenministers Diestel (DSU) acht Personen fest, die zu den von der BRD meistgesuchten RAF-Mitgliedern gehörten: Susanne Albrecht, Inge Viett, Sigrid Sternebeck, Eckerhard von Seckendorff, Monika Helbing, Werner Lotze, Silke Maier-Witt und Henning Beer. Christine Dümlein, mit ihrem Ehemann Werner Lotze verhaftet, mußte wieder freigelassen werden, da ihr Haftbefehl wegen einfacher RAF-Mitgliedschaft inzwischen verjährt ist. Aufkommendes Fahndungsfieber führte in Leipzig zur Festnahme dreier weiterer Personen, von denen man zunächst behauptete, es handele sich um Barbara und Horst Meyer sowie Sabine Elke Callsen. Im Übereifer hatte man jedoch die Falschen ergriffen; in der DDR wird die westdeutsche Hysterie der siebziger Jahre nachgeholt.

Alle Festgenommenen waren Anfang der achtziger Jahre in die DDR gekommen. Susanne Albrecht z.B. 1980, Inge Viett 1983. Sie nahmen einen falschen Namen an, heirateten großenteils und lebten ein äußerlich unspektakuläres Alltagsleben: Susanne Albrecht arbeitete als Chemielaborantin, Werner Lotze als Kraftfahrer, Seckendorff betreute als Arzt Drogenabhängige. Von Inge Viett und Seckendorff werden bescheidene politische Basisaktivitäten berichtet. Sie engagierte sich als gewerkschaftliche Vertrauensfrau für die PDS; er nahm in Dresden an Verhandlungen des Runden Tisches über die Reform des Gesundheitswesens teil. Niemand von den acht widersetzte sich der Verhaftung oder versuchte nach den Meldungen über die erste Festnahme (Susanne Albrecht) zu fliehen; bei niemandem wurden schließlich Waffen gefunden. In Ermangelung von Verdachtsmomenten, die auf irgendeine geheimnisvolle politische Tätigkeit hinweisen würden, wurde von der Presse groß herausgestellt, daß Susanne Albrecht einen Paß besaß, mit dem sie ins Ausland reisen konnte. Spezialaufträge in Nahost? Die Erklärung ist wohl einfacher: Sie begleitete ihren Ehemann in die Sowjetunion, wo er, Physiker, an einem Kernforschungszentrum arbeitete.

Hauptsächlich wird ihnen die Beteiligung an den Aktionen der sog. zweiten Generation der RAF vorgeworfen. Das waren vor allem die spektakulären Attentate von 1977 - Buback, Ponto, Schleyer -, die in den deutschen Herbst mündeten. Zusammen mit den in der BRD zu zwei, drei bis fünfmal lebenslänglichen Freiheitsstrafen Verurteilten, Mohnhaupt, Klar, Folkerts u.a., dürften nun so gut wie alle Kommandomitglieder der damaligen RAF ergriffen sein, sozusagen die gesamte zweite Generation. Demnach ist die personelle Kontinuität der RAF zu ihren heute aktiven Mitgliedern schon lange abgerissen.

Die jetzt Festgenommenen hatten sich von der RAF losgesagt: Das war die Voraussetzung dafür, in der DDR aufgenommen zu werden. Es ist nicht unwesentlich, darauf hinzuweisen, daß sie die Trennung vom bewaffneten Kampf vor ihrer Übersiedlung in die DDR vollzogen und nicht erst gewissermaßen in Form einer Eintrittskarte für die neue Existenz. Von Susanne Albrecht wurde ihre Abwendung bald nach dem deutschen Herbst kolportiert. Aus einem bürgerlichen hanseatischen Haus stammend, soll sie die Bekanntschaft ihrer Eltern mit der Familie Ponto in Frankfurt-Oberursel genutzt haben, um einem RAF-Kommando Eintritt in deren Villa zu verschaffen. Bankier Ponto sollte entführt werden, um - wie später bei der Schleyer-Entführung - im Austausch Gefangene freizubekommen. Er wehrte sich und wurde erschossen. Peter Boock berichtet im "Spiegel", sie habe von Anfang an nur unter enormem Druck der Gruppe in die Ponto-Aktion eingewilligt.

Für die anderen scheint Ähnliches zu gelten. In einer Stellungnahme zur Frage Amnestie und Ausstieg schrieben in der BRD einsitzende RAF-Gefangene vor zwei Jahren, nach dem deutschen Herbst hätten sich acht RAF-Mitglieder von der Gruppe trennen wollen; man sei gemeinsam zu einer Lösung gekommen, die für die Betroffenen "Leben und Perspektive" ermöglicht habe. Wenigstens zum Teil dürfte es um dieselben gehen, die jetzt enttarnt wurden. Andere haben vielleicht später den gleichen Weg eingeschlagen. Daß die "Perspektive" DDR heißen würde, ist allerdings eine ziemliche Überraschung - für uns, vielleicht nicht so sehr für die Staatsschützer der BRD.

Den Politikern und Meinungsmachern dient der erstaunliche Lebenslauf der ehemaligen RAF-Leute nun als Aufhänger für eine Kampagne gegen die Stasi, die in der DDR nahtlos in einen Anti-PDS-Wahlkampf übergeht. Nachdem Diestel das Stichwort einer "teuflischen Verbindung" zwischen Stasi und RAF ausgegeben hatte, überschlugen sich die Sprüche und Schlagzeilen. "Honecker schickte uns die RAF-Mörder", titelte "Bild", und der "Spiegel" machte die DDR als "Terroristen-Hort" aus. Der neue Generalbundesanwalt von Stahl erwog öffentlich, ein Ermittlungsverfahren gegen Honecker, Mielke und Markus Wolf wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung einzuleiten, und im Bundestag versuchte die SPD (Penner und Vogel) wieder einmal, die Christdemokraten von rechts zu überholen. Einzig unter den Grünen gab es noch etwas Zivilcourage: Christian Ströbele, einer der neuen BundesvorstandssprecherInnen, begrüßte es, daß für die ehemaligen RAFler eine Lösung in der DDR gefunden worden sei, und forderte, man solle sie in Ruhe lassen.

Daß eine Stasi-Abteilung die Einbürgerung der ehemaligen RAFler in die DDR gemanagt hat und ihnen Papiere, Wohnungen und berufliche Tätigkeiten vermittelte, liegt auf der Hand, denn anders wäre es kaum möglich gewesen. Das bedeutet meiner Meinung nach auch, daß Stasi- und SED-Spitze über das Unternehmen informiert waren, wobei allenfalls der Grad der Informiertheit fraglich ist. Ebenso unzweideutig ist aber auch, daß alles das keine Zusammenarbeit mit der RAF bedeutete; nichts lag jenem Dienst und jener Partei ferner als westdeutsche Revolutionäre oder auch nur Linksradikale zu unterstützen. Die SED hat die RAF nicht weniger feindlich betrachtet als die SPD; eher gab es noch unter linken, unmaßgeblichen Sozialdemokraten, die sich dafür den Ruf von "Sympathisanten" einhandelten, so etwas wie ein Bemühen um Verständnis als bei der SED oder auch DKP mit ihrer rigiden und kompromißlosen Abgrenzung gegen links.

Eine wie immer geartete und noch so geheime Unterstützung der RAF hätte weder für die SED noch für die Stasi Sinn gemacht. Fraglich ist auch, welchen Informationswert die Aussteiger in den Augen der Stasi gehaben haben sollen: Jeder Wirtschaftsspion ist vermutlich von größerem Nutzen gewesen. Plausibel ist eher schon die Spekulation, daß man palästinensischen Gruppen einen Gefallen getan hat, an die sich die RAF seinerzeit möglicherweise mit der Bitte um Hilfe gewandt hat. Noch einleuchtender scheint mir die Version zu sein, mit der Markus Wolf in der "Zeit" (22.6.90) zitiert wird: Wolf dementiert zunächst, von der Sache Kenntnis gehabt zu haben, und meint dann, allenfalls könne er sich vorstellen, daß eine "Neutralisierung" der RAF im Interesse der DDR hätte liegen können. Das ist ein eher schwacher Begriff. Wenn es irgendeine Möglichkeit gab, zur Auflösung der RAF beizutragen, die SED-Strategen hätten sie sicher ergriffen. Und sie hätten zu diesem Zweck sicher auch mit der Bundesregierung zusammengearbeitet - so wie die PCI in Italien mit der Regierung und den Christdemokraten kooperierte, um die Roten Brigaden zu zerschlagen. Eher in diesem Kontext ist das Handeln der DDR-Stellen zu sehen.

Was wußte der BND?

Vielleicht hat es eine solche Ost-West-Zusammenarbeit ja auch gegeben. Die spanische Zeitung "El Pais" behauptet unter Berufung auf Geheimdienstquellen, der BND habe sehr wohl von dem Aufenthalt der Gruppe in der DDR gewußt und keinerlei Anstrengungen unternommen, an sie heranzukommen. Zugegeben wird in der westdeutschen Presse, daß Susanne Albrecht 1987 in der DDR von Arbeitskollegen auf Grund einer Sendung des Westfernsehens erkannt wurde; in der Folge gab es einen direkten Hinweis ans BKA, als sich ein in die BRD gereister DDR-Bürger in Braunschweig mit seinem Wissen an die Polizei wandte. Dieser Hinweis sei, so heißt es heute, nicht weiter verfolgt worden, da man ihn nicht habe nachprüfen können. Wenn es sein muß, spielen die Dienste die Unschuld vom Lande. Angeblich seien in der DDR Listen eingewanderter BRD-Bürger überprüft worden und siehe da: man habe lauter RAFler gefunden. Und außerdem sei das Aushängen der westlichen Fahndungsplakate in der DDR so gut angekommen: angeblich lauter Hinweise aus der Bevölkerung.

In Wahrheit dürfte sich die Fahndung anders abgespielt haben, und nicht umsonst sprechen Diestel und Schäuble von einem gemeinsamen Erfolg. Als sich die Staatsschützer West und Ost im April erstmals wiedervereinigten, wußte man wohl schon, was zu besprechen war, jedenfalls auf westlicher Seite. Die östliche Seite hat sich vielleicht noch etwas geziert, weshalb es bis zum 4. Mai dauerte, daß Rebmann ein erstes Auslieferungsersuchen (Susanne Albrecht) an die DDR richtete, welches dort seltsamerweise erst am 15. Mai empfangen wurde. Dann hat man nocheinmal drei Wochen gebraucht, um den Schlag in der DDR vorzubereiten, d.h. um eine "Überraschung" nach der anderen zu inszenieren. Den zeitlichen Abstand zwischen den einzelnen Festnahmen hat man vielleicht bewußt verstreichen lassen. Politisch wäre es nämlich noch effektiver gewesen, den einen oder die andere der acht "auf der Flucht" festzunehmen - das hätte den Verdacht genährt, die Leute seien nach wie vor als "Terroristen" einzustufen.

Während es den westlichen Stellen gut gelungen ist, alle Fragen zu unterbinden, was sie eigentlich wußten, wird man in der DDR natürlich nicht aufhören, nach der politischen Verantwortung von SED- und heutigen PDS-Mitgliedern zu bohren, und irgendwo wird man auch fündig werden. Deswegen kann es sich noch als beachtlicher Fehler herausstellen, daß man sich in der PDS ängstlich bedeckt hält und die nächsten Enthüllungen abwartet, anstatt politisch zu antworten. Denn in Wahrheit müssen sich diejenigen, die den Aussteigern halfen, ebensowenig vorwerfen lassen wie ihre Partei. Sie hatten eine Vorstellung von politischem Asyl: das ist alles. Oder hätten sie die Leute in eine BRD zurückschicken sollen, in deren Knästen nicht wenige ihrer GenossInnen unter immer noch nicht aufgeklärten Umständen umgekommen sind?

Ob den ehemaligen RAF-Mitgliedern in der BRD oder in der DDR der Prozeß gemacht wird, was anscheinend noch nicht entschieden ist, sie haben schlechte Karten, wenn nicht die Linke einiges für sie unternimmt (aber das wird sich erfahrungsgemäß auf wenige beschränken). Noch schlechter stehen die Zeichen für die politische Kultur in den sich vereinigenden deutschen Ländern. Scheinbar ohne jeden Grund werden Leute, die politisch mehrfach erledigt sind, ob sie nun Susanne Albrecht heißen oder Erich Honecker, zu überdimensionalen Volksfeinden stilisiert. Die Öffentlichkeit wird auf eine vermeintliche Jagd auf Leben und Tod getrimmt, obwohl die zu Jagenden sich weder verstecken noch wehren können. Unschwer sind darin faschistische Politikmuster zu erkennen.

de.

2. USA unterbricht "Dialog" mit der PLO

Rubrik: Israel / Palästina; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/64.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:64

Die US-Regierung hat am 20. Juni die "Unterbrechung" ihrer Gespräche mit der PLO bekanntgegeben. Diese offiziellen Kontakte auf Botschafterebene in Tunis waren im Dezember 1988 aufgenommen worden und wurden als "Dialog" bezeichnet. Ein sehr stolzes Wort, wenn man bedenkt, daß in 18 Monaten nur vier Gespräche stattgefunden haben, von denen sich mindestens zwei überwiegend darum drehten, die PLO auf eine noch distanziertere Stellungnahme zum "Terrorismus" festzunageln.

Israel hat den "Dialog" USA-PLO vom ersten Moment an schärfstens verurteilt und ständig aufs neue ein Ende der Gespräche gefordert. Diese Appelle gewannen in letzter Zeit Gewicht dadurch, daß zunehmend auch jüdische Verbände der USA, die sich anfangs mit öffentlichen Wertungen zurückgehalten hatten, für den Abbruch des "Dialogs" eintraten und die Unterstützung der Kongreß-Mehrheit für diese Forderung gewannen.

Unmittelbarer Vorwand für den jetzigen Schritt der US-Regierung ist die Reaktion der PLO auf die von der israelischen Armee im Ansatz vereitelte Guerilla-Aktion am 30. Mai. Dabei waren mehrere palästinensische Schnellboote in der Nähe von Tel Aviv abgefangen worden. Als Autor dieses Unternehmens gab sich Abu Abbas von der Befreiungsfront (PLF) zu erkennen. Die PLF ist Mitgliedsverband der PLO, in deren zentraler Leitung (Exekutivkomitee) Abu Abbas persönlich vertreten ist.

Die Verpflichtung der PLO, sich "terroristischer" Aktivitäten zu enthalten und sich von diesen zu distanzieren, gehörte zu den Vorbedingungen der USA für die Aufnahme des "Dialogs". Die PLO hatte ihrerseits klargemacht, daß sie "militärische Aktionen" in Israel oder in den besetzten Gebieten nicht dem Bereich des "Terrorismus" zurechnet. Diese Definition war von der US-Regierung stillschweigend akzeptiert worden. Das bedeutete in der Praxis, daß sich ein Ausschuß des US-Kongresses mit einer detaillierten Bewertung sämtlicher palästinensischer Aktionen zu befassen hatte, um zu prüfen, ob die PLO sich an ihre Verpflichtung halte. Da in der Regel die palästinensischen Guerilleros von der israelischen Armee schon im Grenzbereich abgefangen werden, bevor sie "zum Einsatz" kommen können, kann zumeist sowieso nur über hypothetische Aktionen spekuliert werden. Im Falle der Schnellboot-Geschichte gab die israelische Version den Ausschlag, daß Beweise für die Absicht vorgelegen hätten, am Strand von Tel Aviv ein Massaker zu verüben. Also zweifelsfrei keine "militärische Aktion". Nicht ganz im Einklang mit der Massaker-Version, aber für die Stimmung der US-Öffentlichkeit sicher sehr wirkungsvoll, schoben israelische Militärexperten noch die Hypothese nach, die abgefangenen Palästinenser hätten vom Strand aus die US-Botschaft in Tel Aviv mit Raketen beschießen sollen.

Nachdem die US-Regierung die israelischen Versionen akzeptiert hatte, formulierte sie ihre Forderungen: 1. Die PLO müsse sich von den unterstellten Zielen der vereitelten Guerilla-Aktion eindeutig distanzieren. 2. Abu Abbas müsse aus dem Exekutivkomitee der PLO entfernt werden.

Sofortige Antwort Arafats: "Wir sind als PLO nicht verantwortlich für diese Operation, und wir stehen in keiner Verbindung dazu." Und zum zweiten Punkt: Der Nationalrat - das palästinensische Parlament - habe Abu Abbas ins Exekutivkomitee gewählt und nur dieser könnte darüber entscheiden. - Später wurde noch eine indirekte Distanzierung durch die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA nachgeschoben: Die PLO lehne nach wie vor Aktionen ab, die gegen Zivilisten gerichtet seien.

Die US-Regierung entschied sich dennoch für die "Unterbrechung". Das Wort ist Unterbrechung, nicht Abbruch. Präsident Bush: Die Tür zu Gesprächen sei damit keineswegs zugeschlagen worden, sondern man könne den Kontakt jederzeit wieder aufnehmen, falls die PLO die verlangte Distanzierung nachliefert. Es scheint, daß die US-Regierung in dieser Frage unter starkem Druck beider Häuser des Parlaments stand: Im Senat soll bereits eine Resolution vorgelegen haben, die den Abbruch der Gespräche verlangte, und im Kongreß waren die Mehrheitsverhältnisse ebenso klar.

Angesichts der Fruchtlosigkeit des "Dialogs" und der anhaltenden demonstrativen Parteilichkeit der USA für Israel war von palästinensischer Seite schon seit langem die Forderung nach Einstellung der Gespräche zu hören gewesen. Angesichts des jetzigen Schritts der US-Regierung fragt sich, ob die PLO nicht besser getan hätte, die Gespräche schon früher von sich aus zu unterbrechen, mit der Erklärung, sie jederzeit wieder aufzunehmen, sobald die USA einen konstruktiven Vorschlag einzubringen hätten. Erwägenswert wäre

insbesondere gewesen, sich dem Schritt von 50 "führenden palästinensischen Persönlichkeiten" anzuschließen, die Ende Mai bekanntgegeben hatten, ihre Kontakte zur US-Regierung abzubrechen. Grund: das Veto, mit dem die USA in der UNO die Entsendung einer Beobachtergruppe in die besetzten Gebiete vereitelt hatten. Das Veto, so die Erklärung der 50, beweise "die Feindschaft der USA gegenüber unserem Volk" und zeige, daß die USA es "nicht wert" seien, "eine verantwortliche Rolle im nahöstlichen Friedensprozeß zu spielen".

Sehr skeptisch und resignativ hatte sich bei diesem Anlaß Arafats Stellvertreter Abu Ijad zum Wert des "Dialogs" geäußert: Für die PLO mache es keinen Unterschied, ob die USA den "Dialog" abbrächen oder nicht. Die Gespräche hätten die USA nicht daran gehindert, sich voreingenommen für Israel und feindselig gegen die Palästinenser zu engagieren. Abu Ijad begrüßte ausdrücklich den Schritt der 50. Die PLO werde diesem allerdings nicht folgen, aber auch nicht die Fassung verlieren, falls die USA ihre Drohung des "Dialog"-Abbruchs wahrmachen würden. - Deutlicher pro "Dialog" sprach sich zur gleichen Zeit Arafat aus: Er gab zwar zu, daß der "Dialog" keine Früchte gebracht und einen Tiefpunkt erreicht habe, doch gebe es "in Zeiten internationaler Entspannung" keinen Grund, die Kanäle zu einer Supermacht wie den USA zuzuschütten. (Palästina-Bulletin vom 8.6.)

Um den "Dialog" überhaupt zu ermöglichen, hat die PLO aus ihrer Sicht beträchtliche Vorleistungen zu erbringen gehabt. Es führt kein Weg an der Feststellung vorbei, daß die USA dafür absolut nichts "geliefert" haben und auch keineswegs die Absicht hatten, zukünftig irgend etwas zu "liefern". Die palästinensische Hoffnung, die USA könnten irgendwie und irgendwann dazu gebracht werden, ihre "strategische Allianz" mit Israel zu lockern und Israel zu Verhandlungen mit der PLO veranlassen, war irrig von Anfang an und zeigt nur, daß das Wesen dieser Allianz überhaupt noch nicht verstanden worden ist.

Im Dreieck USA-Israel-Palästina ist in den letzten vier Jahren mit "Friedensplänen" jongliert worden, von denen einer so irreal und scheinheilig war wie der vorhergehende und wie der nach ihm kommende. In Israel gelten, als Konsens zwischen Likud und Arbeitspartei, die kategorischen "drei Nein": keine Rückkehr zu den Grenzen vor dem Junikrieg von 1967, kein Palästinenserstaat, keine Gespräche mit der PLO. - Diese Position ist von der US-Regierung in verbindlicher, unumstößlicher Form akzeptiert worden. Alles übrige ist taktische Spielerei. So auch die periodisch auftauchenden Klagen - oder aus palästinensisch-arabischer Sicht Hoffnungen -, die amerikanisch-israelischen Beziehungen befänden sich auf ihrem schlechtesten Stand seit vielen Jahren, sozusagen ganz kurz vor dem Zusammenbruch.

Es geht nicht darum, daß der "nahöstliche Friedensprozeß" stagniert, einen Rückschlag erlitten hat oder was sonst jetzt an diplomatischen Verlautbarungen zu vernehmen ist. Die Wahrheit ist einfach, daß es im Konfliktfeld Israel-Palästina überhaupt keinen "Friedensprozeß" gibt. Hier ist noch gar nichts in Gang gekommen, was die Bezeichnung "Bewegung" verdient.

Die Unterbrechung des "Dialogs" USA-PLO läßt jedoch im größeren internationalen Kontext die Befürchtung begründet erscheinen, daß nun die Zeit zuende geht, wo Israel angesichts der Herausforderung durch die Intifada auf den Zeitgewinn mit Hilfe diverser "Friedenspläne" angewiesen war. Im Verhältnis Israel-Palästina ist nämlich eine Kräfteverschiebung eingetreten, die sich als entscheidend erweisen könnte: Nach Jahren der Dürre ist eine neue Alijah (Einwanderungswelle) in Gang gekommen. Was vor etlichen Jahr schon als Ziel verkündet wurde, aber damals noch völlig irreal erschien, rückt in die Nähe des Möglichen: Eine Million NeubürgerInnen aus der UdSSR, die die Bevölkerungsbilanz im "großisraelischen" Raum (d.h. einschließlich der besetzten Gebiete) zugunsten des jüdischen Bevölkerungsteils kippen und die "demographische Zeitbombe" - d.h. die Gefahr einer palästinensischen Mehrheit - entschärfen könnte.

In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres kamen 39.000 EinwanderInnen aus der Sowjetunion nach Israel. Im ganzen Jahr 1989 waren es 13.000 gewesen. Bei anhaltendem Verlauf wird der bisherige Einwanderungsrekord des Jahres 1979, als 51.300 Juden die UdSSR verließen - wovon aber nur weniger als ein Drittel nach Israel gingen -, bei weitem übertroffen werden. Israel rechnet offiziell damit, daß bis Jahresende insgesamt 250.000 EinwanderInnen aus der Sowjetunion kommen könnten, während eine Hochrechnung auf Basis der ersten fünf Monate nur knapp 100.000 ergibt. Die offizielle israelische Hypothese ist, daß der jüdische Exodus aus der Sowjetunion in den kommenden Monaten und Jahren einen weiteren enormen Aufschwung nehmen wird.

Die jüdische Emigration aus der UdSSR wird im allgemeinen mit wachsendem Antisemitismus und mit Pogromfurcht begründet. Hierzu ist anzumerken, daß die Perestrojka insgesamt zu einer beträchtlichen Befreiung jüdischen Lebens in der Sowjetunion geführt hat - so jedenfalls das fast einhellige Urteil der internationalen jüdischen Öffentlichkeit. Ob der Antisemitismus, offen vertreten vor allem durch die Fraktionen der faschistischen Pamjat-Bewegung, gerade in den letzten Monaten einen besonderen Aufschwung genommen hat, ist fraglich. Für konkrete antisemitische Vorfälle in der UdSSR werden wenig Beispiele berichtet. Halten wir den Jahresbericht der jüdischen Anti Defamation League der USA dagegen: Dort sind für 1989 detailliert 1.432 ernsthaftere antisemitische Zwischenfälle in den USA aufgelistet, was gegenüber 1988 eine Steigerung um 12% darstellt. "Skinhead"-Angriffe auf Juden haben um 180% zugenommen, antisemitische Akte an Universitäten um 28%. (Jüdische Wochenzeitung, 1.3.90) - Von einem Massenexodus aus den USA ist trotzdem keine Rede.

Es ist zu vermuten, daß weniger das konkrete Niveau des heutigen Antisemitismus und der physischen Bedrohungen von Juden in der UdSSR die neue Alijah antreibt, als vor allem die begründeten Befürchtungen, was zukünftig gerade auf den jüdischen Bevölkerungsteil zukommen könnte, wenn die bürgerkriegsartigen Situationen in Teilen der UdSSR sich noch weiter zuspitzen, wenn die Ökonomie völlig zusammenbricht und die Jagd auf "Sündenböcke" einsetzt, wenn gar faschistoide Kräfte die Macht an sich reißen.

Zusätzlich muß gesehen werden, daß keineswegs nur Juden die UdSSR verlassen. Juden machen nur ungefähr ein Fünftel der Menschen aus, die in der ersten Jahreshälfte 1990 die Sowjetunion verlassen haben, und es wird für die nähere Zukunft mit einer Gesamtzahl von 1,5 Millionen sowjetischen AuswanderInnen jährlich gerechnet. Anscheinend ist die Sowjetunion dabei, zum größten Auswanderungsland der Welt zu werden, was dieses Gebiet vor der Oktoberrevolution ja auch schon einmal war.

Entscheidend ist aus israelischer Sicht, daß nicht nur die Zahl der jüdischen AuswanderInnen aus der UdSSR sprunghaft angestiegen ist, sondern daß man auch das "drop-out-Phänomen" fast vollständig in den Griff gekriegt hat. Früher wählten sich bis zu 90% der emigrierenden sowjetischen Juden andere Ziele als Israel, vorzugsweise die USA. Heute ist es umgekehrt. Erstens haben die USA, nicht ohne langjähriges israelisches Drängeln, ihre Bereitschaft zur Aufnahme sowjetischer Juden stark gedrosselt. Zweitens hat die UdSSR sich auf Israels Wunsch nach einer direkten, geschlossenen Transitkette eingelassen. Statt wie früher nach Wien oder Rom werden die Emigranten heute nach Bukarest, Budapest oder Warschau gebracht, von wo sie mit El Al direkt nach Israel weitergeflogen werden.

Nur ein geringer Teil der EinwanderInnen läßt sich in den besetzten Gebieten nieder. Nach offiziellen Angaben waren es in den ersten fünf Monaten 1990 nur 150 Menschen, weniger als ein halbes Prozent. Man muß das etwas korrigieren, denn Israel rechnet Ostjerusalem nicht zu den besetzten Gebieten, und im Gesamtgebiet Jerusalem sind immerhin gut 10% der NeubürgerInnen untergekommen. Entscheidend ist jedoch etwas anderes: 1. verändert die neue Alijah wesentlich die Bevölkerungsbilanz in Israel selbst, u.a. auch in Gebieten, wo heute mehrheitlich oder zu einem großen Anteil Palästinenser leben, - 2. herrscht in Israel bereits hohe Arbeitslosigkeit und Wohnungsknappheit. Israel ist beim Stand der Dinge schon heute mit der Bewältigung der neuen Alijah bei weitem überfordert. Nimmt aber, vielleicht noch forciert durch Ereignisse in der UdSSR, der sowjetische Exodus in den nächsten Jahren wirklich das riesige Ausmaß an, das offiziell prognostiziert wird - insgesamt leben in der UdSSR vermutlich knapp zwei Millionen Juden -, so wird der Druck auf die besetzten Gebiete zwangsläufig anwachsen. Wenn Israel dann in der Lage ist, dort verstärkt Arbeitsplätze, Wohnraum und Infrastruktur anzubieten, wird die Motivation der EinwanderInnen, sich dort anzusiedeln, auch ohne direkten Zwang und sogar ohne spezielle materielle Lockungen wohl erheblich zunehmen. Zudem kann vermutet werden, daß ein solches Anschwellen der neuen Alijah, einhergehend mit katastrophalen Entwicklungen in der UdSSR, sämtliche Bedenken der US-Regierung und der jüdischen Verbände in den USA beiseitefegen würde, große Finanzhilfen offen in die besetzten Gebiete zu pumpen.

Kt., Hamburg

3. Festung Europa: EG-Sicherheitsapparate machen mobil, von Rolf Gößner und Norman Bethune

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/63.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:63

Der Countdown für die Vereinigten Staaten von Europa läuft. Die Kernstaaten der EG, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg und die BRD, unterzeichneten am 19. Juni im luxemburgischen Grenzort Schengen das gleichnamige Vertragswerk, das als "Pilotprojekt" für die innere Sicherheitspolitik Europas gilt.

Schrittweise sollen bis 1993 die Binnengrenzen Europas fallen, vorerst zwischen den Schengen-Partnern, mittelfristig innerhalb der gesamten EG.

Doch der grenzenlose Binnenmarkt hat seinen Preis: Das Zauberwort der europäischen Amtssprache heißt "Ausgleichsmaßnahmen". Dahinter verbergen sich ernstzunehmende Pläne und administrative Schritte, seit der Französischen Revolution erkämpfte Bürgerrechte auf ein niedriges Niveau zu drücken. Das ab 1993 vorgesehene Mehr an "Freiheit" für den "Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital" im Europäischen Binnenmarkt, das die in der EG verbindliche Einheitliche Europäische Akte (EEA) vor drei Jahren festlegte, wird vorab ergänzt um ein feingewirktes Kontroll- und Sicherheitsnetz.

Das Schengener Abkommen markiert den Abschluß der ersten Ausbaustufe. Die fünf Vertragspartner gründen damit im Zentrum der EG einen grenzüberschreitenden Sicherheitsapparat, dem Innenminister Schäuble eine "Vorreiterrolle" für die zukünftige Europäische Union zumißt: "Es ist der Versuch, auf einem begrenzten Raum unter einer vergleichsweise kleinen Anzahl von Staaten Regelungen zu erproben, die sich unter einer Vielzahl von Staaten mit sehr unterschiedlichen Rechtssystemen - ohne diese Erprobung, quasi aus dem Stand heraus - nur ungleich schwerer realisieren ließen", erläutert Schäuble das politische Etappenziel des Vertragswerkes.

Die sieben Abschnitte und 137 Paragraphen regeln, was in Bonn unter "Harmonisierung der Rechtssysteme" verstanden wird:

- Asylsuchende, Flüchtlinge und unerwünschte Menschen aus außereuropäischen Ländern sollen zukünftig bereits an den Außengrenzen des Schengenbundes scheitern. Die Vertragspartner kamen überein, daß nur das ursprüngliche Einreiseland zuständig sein soll für Asylersuchen und daß dessen Entscheidungen auch für die übrigen Staaten verbindlich sind. Die Daten der Flüchtlinge werden zentral in dem seit zwei Jahren vorbereiteten Schengen Informationssystem (SIS) gespeichert, um mehrfache Asylanträge und die Wiedereinreise Ausgewiesener zu verhindern. Für Reisende aus rund 100 Ländern legte die Verhandlungskommission zudem eine Visumspflicht fest.

Die bundesdeutsche Sektion von amnesty international kritisierte den bislang offiziell nicht veröffentlichten Staatsvertrag, weil er bei "zentralen Fragen des Menschenrechtsschutzes" eine "Spirale nach unten" in Gang setze. Schon jetzt ist absehbar, daß zwischen den Schengenstaaten ein Wettlauf der Behörden um die niedrigste Anzahl "Drittausländer", wie es im Vertragsentwurf heißt, ausbricht. In der Folge werden zwangsläufig die Außengrenzen dichter, während im Inland die Kontrollnetze noch enger geknüpft werden müssen. Für Flüchtlinge, vornehmlich aus den ehemaligen Kolonien, wird der Alte Kontinent zur "Festung Europa", meinen Asylgruppen, unter denen der Begriff "Eurochauvinismus" die Runde macht.

- Rechtsangleichung: Schengenweit gilt künftig die bundesdeutsche Hotelmeldepflicht, und auch beim Waffenrecht wurden die Bestimmungen verschärft. Die Wiesbadener und Bonner Narcomanen kamen zudem einem langersehnten Ziel ein entscheidendes Stück näher: Das Schengener Abkommen hebelt die pragmatische Handhabung der Drogengesetze in den Niederlanden aus, die Regierung in Den Haag mußte versichern, "den Export der sogenannten weichen Drogen Haschisch und Marihuana mit strafrechtlichen Mitteln zu unterbinden", meldet AP. Vorerst soll vor allem Reisenden aus der BRD der Einkauf in Amsterdam erschwert werden, später auch den holländischen Kiffern selbst.

- Auch bei Auslieferungen wegen "schwerer Straftaten" will die Polizei das Sagen haben: Anträgen müssen die anderen Schengen-Mitglieder fast unbegrenzt stattgeben. Für die grenzüberschreitende "Nacheile", die Verfolgung, Observation und Festnahme mutmaßlicher Straftäter auf fremden Hoheitsgebiet, fallen zudem die nationalen Hürden: Die BRD und die Benelux-Staaten lassen die Verfolgung von Straftätern für zehn Kilometer

auf ihrem Gebiet zu und räumen den Beamten das Recht zur Festnahme ein. Frankreich gestattet eine unbegrenzte Verfolgung, aber nur die eigene Polizei hat das Recht zur Festnahme. Auch verdeckte Ermittlungsmethoden und von der Polizei dirigierte Drogengeschäfte hat sich die bundesdeutsche Lobby vertraglich sichern können. Verbindungsbeamte bei den zentralen Polizeibehörden sollen die Zusammenarbeit sichern.

- Kernstück des Staatsvertrages ist die Einrichtung des Schengen Informationssystems SIS in Straßburg, das die gegenseitige Nutzung der nationalen Datensammlungen vermittelt. Mehrere Millionen Datensätze werden nach Kriterien zusammengestellt, die lediglich einen "Nukleus gemeinsamer Datenschutzregeln" ausmachen, wie es ein hoher Grenzschutzführer ungewollt offen formulierte. Auch Kohls zuständiger Mann für die Koordinierung der Geheimdienste, der Staatsminister im Bundeskanzleramt Lutz Stavenhagen (CDU), der das Abkommen für die BRD unterzeichnete, betrachtet - aus seiner Sicht - den Datenschutz bei SIS als "vorbildlich".

Die EG-Kommission bezeichnete das Abkommen als "treibendes Element und Laborversuch für die gesamte Europäische Gemeinschaft auf ihrem Weg zum Binnenmarkt ab Ende 1992". Der Schengener Vertrag, der in den Parlamenten der Unterzeichnerstaaten nur noch als Gesamtwerk zur Abstimmung ansteht, wird überdies nach Maßgabe seiner Architekten "standardbildend" für die anderen EG-Staaten wirken; beitrittswillige Länder können das Werk nur noch vollständig, also ohne Neuverhandlungen, übernehmen. Sofort nach der Unterzeichnung wurden die Gespräche mit Italien aufgenommen, auch Spanien hat seinen Beitrittswunsch signalisiert.

Ursprünglich war die Unterzeichnung des Vertrages bereits im Dezember 1989 vorgesehen. Strittige Detailfragen und vor allem die plötzlich aktuelle Frage der Einbeziehung der DDR in das Vertragsgebiet verzögerten zur Jahreswende jedoch das Unternehmen. Dies Problem erledigte sich, als sich abzeichnete, daß die beiden deutschen Staaten ohnehin auf eine rasche Vereinigung zusteuern. Nun erstrecken sich die Schengener Bestimmungen - mit ausdrücklicher Billigung der Regierung in Berlin - auch auf das Gebiet der heutigen DDR. Einzelne Abschnitte des Schengener Vertrages fanden bereits Eingang in die deutsch-deutsche Fahndungsunion und in die neuen Einreisegesetze der DDR.

Bei der Planung des westeuropäischen Repressionsapparates ist die Exekutive der Legislative bereits um 14 Jahre voraus. Hinter den Kulissen zieht ein weitgehend unbekanntes Polizeigremium namens TREVI die entscheidenden Fäden der westeuropäischen Inneren Sicherheit. Die Abkürzung steht für Terrorismus, Radikalismus, Extremismus und internationale Gewalt (Violance international) und benennt die "Planungs- und Sicherheitskonferenz" der Justiz- und Innenminister aus zwölf EG-Staaten. Das "Geheimkabinett für Sicherheit und Ordnung", wie eine unlängst erschienene Broschüre (1) die hochkarätige Runde bezeichnet, agiert ohne jede parlamentarische Legitimation und Kontrollen. Die Mitglieder der Fachausschüsse, Tagesordnungen und Versammlungsorte werden geheimgehalten. Untereinander verkehren die Fachleute aus Ministerien, Geheimdiensten und Polizeibehörden über abhörgeschützte Leitungen. Die Ausschüsse von TREVI beschäftigen sich mit Antiterrorismus, allgemeinen Polizeiangelegenheiten und -technik, Organisierter Kriminalität und Drogen.

Seit zwei Jahren legt TREVI noch einen Zahn zu: Die Law-and-order-Experten der EG-Länder, allen voran die bundesdeutschen Sicherheitsstrategen, befürchten mit der Öffnung der Binnengrenzen ein "Mekka der Kriminellen" oder eine "freie Fahrt für Rechtsbrecher". Auch wenn der "Schlagbaum kein besonders intelligentes Fahndungsinstrument" ist, wie Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble einräumt, so soll doch die "Filterfunktion" der Grenze gegen den so bezeichneten "ungehemmten Einwanderungsstrom", Drogenkartelle, Organisierte Kriminalität und "Terrorismustransfer" erhalten bleiben. Zu diesem Zweck richtete TREVI eine weitere Arbeitsgruppe "Ausgleichsmaßnahmen" ein.

Einige Sicherheitsstrategen aus der BRD sind da bereits einen Schritt weiter. Sie berufen sich auf ein Wort des Bundeskanzlers, der ihnen bereits vor zwei Jahren ein Europäisches Kriminalamt nach dem Vorbild des amerikanischen FBI in Aussicht stellte. Auch eine mit geheimdienstlichen Methoden und militärischer Logistik ausgestattete Rauschgiftbehörde ist schon im Gespräch. Unter der gesamteuropäischen Polizeimütze soll sich eine schillernde Familie einfinden: Die Spitzen der italienischen Sicherheitsbehörden waren vor nicht langer Zeit in den Hochverratsversuch der P2-Loge verwickelt, die faschistischen Repressionsapparate Griechenlands, Spaniens und Portugals sind nie ernsthaft umgebildet worden, Großbritannien bringt die

Erfahrun- gen aus dem nordirischen Counterinsurgency-Kleinkrieg mit, und in der Bundesrepublik tritt zur mehrfach bewiesenen deutschen Gründlichkeit und einer hochentwickelten Unterdrückungstechnologie in Kürze auch noch die Konkursmasse des ehemaligen Stasi-Apparates der DDR. Der westdeutsche Staatssicherheitschef, der stille Schäuble, hat jedenfalls keine Bedenken gegenüber dem Europäischen Imperium: "Die Polizei ist gerüstet für Europa."

Anmerkung:

1) Die Broschüre "EUROPOL - Die Bullen greifen nach den Sternen: Europäische Gemeinschaft der Inneren Sicherheit", hrsg. v. CILIP (Berlin), Bürger kontrollieren die Polizei (Bremen) und Straßenmedizin (Hamburg), veröffentlicht neben einem Beitrag der Autoren des vorstehenden Artikels u.a. Texte von H.-G. Behr über "Das BKA im Rausch der Drogen", W. Raith stellt seine umstrittenen Thesen zur Organisierten Kriminalität vor (H. Busch und H. Wächtler kontern), M. Schubert weist nach, daß die "Terrorismusbekämpfung" in Westeuropa zu Lasten der gesamten politischen Opposition geht, Th. Weichert zeichnet die Datennetze der Wirtschaft, Verwaltung und Inneren Sicherheit in der EG nach und A. Yurttagül beschreibt, wie sich Europa gegenüber Flüchtlingen abschottet. Erstmalig wird auch das Schengener Abkommen vollständig dokumentiert.

Vertrieb: Straßenmedizin c/o BUU, Hohenesch 63, 2000 Hamburg 50. Einzelpreis: DM 8.50 zuzügl. DM 1.50 P&V. ISBN 3-888 76-039-9.

4. Kongreß der Radikalen Linken: ... ein neuer Anfang?

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:54

Nach der Demonstration "Nie wieder Deutschland" vom 12. Mai in Frankfurt, der ersten Manifestation der bundesdeutschen Linken gegen das entstehende vereinigte imperialistische Deutschland auf der Straße, bot der "Kongreß Radikale Linke" erste Gelegenheit zu gemeinsamer Selbstverständigung der Linken gegen diesen Prozeß, zu ausführlichem Austausch, zum Versuch gemeinsamer Positionsbestimmungen und der Debatte über mögliche Interventionen.

Ein Manifest wurde nicht verabschiedet. Den Teilen der Linken, denen die "Radikale Linke" schon bisher eher als ein Gespenst erschienen ist, kann insofern beschieden werden: Das Gespenst geht weiter um. Der Kongreß hat beschlossen, die "Radikale Linke" als "Projekt einer Koordination verschiedenster Strömungen, die sich radikal links begreifen, wird fortgesetzt."

Was bleibt sonst vom Kongreß? Angesichts des sehr breit angelegten inhaltlichen Programms war die Gefahr, daß sich die Diskussion zerfasern würde, vom Kongreßkonzept her sehr groß. In dem Bemühen alles anzuschneiden, bleibt oft am Ende nichts recht greifbar übrig. Hat der Kongreß Anstöße geliefert für eine Neubestimmung radikal linker Politik?

Die Radikale Linke - Leute, Programm und Debatte

Radikale Linke, das waren an dem Wochenende 1500 bis 2000 Frauen und Männer, die, in einem mit über 1200 Sitzplätzen bestuhlten Saal, bei ausgefallener Klimaanlage, unter einer viel zu niedrigen Decke schwitzten. Vertreten war das gesamte bekannte Spektrum. Von linken Grünen, VSP, KB, DKP, Sozialistisches Forum, verschiedensten Uni-Basisgruppen und vielen anderen Gruppen und Organisationen, Feministinnen, Freunden und Freundinnen der politischen Gefangenen, bis zu Autonomen, die in der Regel allerdings mehr als BeobachterInnen gekommen waren. Aus der DDR waren VertreterInnen der BürgerInnenbewegungen, der Vereinigten Linken und der PDS angereist.

Mehr zum Leidwesen der TeilnehmerInnen hatten sich darüberhinaus auch eine Reihe missionseifernder, narzißtischer Splittergruppen eingefunden, die den Kongreß immer wieder als Forum für sich zu nutzen versuchten. Besonders unangenehm traten hier die Linkswende, Darmstadt und einige Männergruppen-Bewegte hervor.

Auffallend positiv hervorzuheben wäre, wieviele Unorganisierte von dem Kongreß angelockt worden waren; anwesend auch viele AktivistInnen aus den BI-Bewegungen. Überraschend, die vielen Jüngeren. Sie prägten das Bild des Kongresses. Der/die Durchschnitts-Radikale-Linke war eher die/der 25-jährige mit Aufbruchsstimmung, als der Alt- 68er im zweiten Frühling (wobei böse Stimmen, zu denen wir uns nicht zählen (!), mit dem zweiten, den vermeintlichen Frühling meinen). Die jüngste Teilnehmerin, die sich, nach einem radikalen linken Politikansatz suchend, zu Wort meldete, war gerade 14 Jahre alt.

Die Tagesordnung mutete den TeilnehmerInnen eine Marathon-Beratung im Non-stop-Programm zu - drei Tage ohne Pausen. Die einzelnen Runden waren als Podiumsdiskussionen konzipiert und thematisch-inhaltlich voneinander abgegrenzt. Sie begannen jeweils mit Statements vom Podium, daran anschließender Plenardebatte und endeten mit abschließend die Debatte resümierenden Statements vom Podium. Alle Runden liefen über jeweils drei Stunden (Ausnahme die Runde 3 zu Antiimperialismus) und schlossen sich unerbittlich ohne größere Pausen aneinander an.

Dieses Konzept war eine Zumutung an Disziplin und so schien das Chaos eigentlich vorprogrammiert. Angesichts dessen gestaltete sich der Verlauf erstaunlich konstruktiv - hin- und hergerissen zwischen Phasen der Ermüdung und spannenden, wie erfrischenden Passagen der Debatte. Es herrschte eine offensichtlich unbezwingbare Aufnahmebereitschaft, ein Hunger nach Diskussion. Anders läßt sich das Durchsteh-Vermögen der Leute über die drei Tage nicht erklären. Die Runden waren immer voll besucht, mit mindestens 1.000 Leuten im Saal. Auch über Stunden wurde ausgeharrt.

Beklagt wurde in der Diskussion wiederholt, daß zu wenig Auseinandersetzung stattfände, daß sich in den Beiträgen nicht genügend aufeinander bezogen würde, daß oft nur reine selbstdarstellende Statements abgegeben würden. Das Abhören der Bandmitschnitte im Nachhinein zeigt, daß das nur für einen geringeren

Teil der Debatte stimmt. Eine Schwierigkeit lag oft einfach darin, daß sich die Diskussion aufgrund der inhaltlichen Vielfalt schon innerhalb der einzelnen Schwerpunkte, meistens nicht nur entlang eines durchgängigen Fadens entfalten konnte, sondern an verschiedenen Aspekten ansetzte und diese beleuchtete. Das auseinanderzuhalten und zuzuordnen, war allerdings nicht immer leicht.

Auf viele mögen auch eine ganze Reihe von Beiträgen ermüdend gewirkt haben. Unser Eindruck war aber auch einfach, daß hier erstmals seit langen Jahren die Linke wieder so zusammenkam und in vielen kleinen Details, noch konzeptlos die "Splitter" zusammentrug. Es wollte und mußte erstmal einfach wieder ausgesprochen werden, was in den vielen einzelnen Köpfen rumspukt, auch wenn das oftmals vielleicht wirklich nicht viel gewesen sein mag.

Die obligatorische "Guru"-Beschimpfung und "Promi"-Kritik gab es auch an diesem Wochenende. Sie machte sich allerdings mehr an der äußeren Form der Veranstaltungen fest. Kritisiert wurde entweder prinzipiell die Existenz eines Podiums mit Promi-Besetzung, oder zumindest die erhöhte "über den Leuten thronende" Anordnung dieses Podiums, frontal zu den Leuten, anstatt auf gleicher Ebene mitten unter ihnen. Inhaltlich wurden die Diskussionsrunden allerdings vom Plenum dominiert. Die Beiträge der sogenannten Promis gingen in der Debatte eher unter.

Kongreß in acht Runden

Einen Höhepunkt des Kongresses stellte die "Überraschungsrunde 5" am Samstag Abend dar. Das Programm "deutsche nachgeburt 1989 + glasbruch 1848 = BIRTH OF A NATION" von Grit Mossmann, Walter Mossmann und Joschi Krüger, bestand aus einem kämpferisch-explosiven, nachdenklichen Beitrag zum deutschen Nationalismus. Auf die Bühne gebracht wurden dessen Ursachen, dessen Träger und Opfer, und dessen Ambitionen. In ausführlichen Recherchen hatten die AkteurInnen Lieder, Gedichte und Texte zusammengetragen, die die Wurzeln und Entstehungsgeschichte der "Nation Deutschland" verdeutlichten.

Walter Mossmann schrieb dazu in einem Brief an Dorothée Piermont: "Das besondere an der deutschen Reichsgründung ist die Tatsache, daß dieser moderne Nationalstaat seine Existenz nicht einer siegreichen bürgerlichen Revolution verdankt, sondern der Konterrevolution. Der erste deutsche Kaiser Wilhelm war kurz zuvor als Prinz von Preußen Oberbefehlshaber der Invasionsarmee gewesen, die 1849 in Süddeutschland die letzten Reste der Freiheitsbewegung niedergewalzt hat. (...) Seit 1806 existiert offiziell die ‚Deutsche Frage`, und sie lautet: Was ist des Deutschen Vaterland?" (aus: Brief an D. Piermont in: Ra.Li.-Texte für Reader II)

Der sehr gelungene Beitrag zeigte, welche Sprengkraft Kultur entfalten kann, wenn sie versucht, eigene Wege zu gehen und sich mit Inhalten auseinandersetzt, die unsere Lage verdeutlichen und die über 130 Jahre lang verdrängt, in Archiven Staub ansetzen. Ein engagierter Versuch linker Geschichtsschreibung, mit viel Lachen, Gänsehaut, Nachdenklichkeit und Blick in die Zukunft, der in keinem Buch der Welt so nachzulesen wäre.

Karl-Heinz Roth gab am nächsten Tag, noch angerührt vom Vorabend, seinem Gefühl Ausdruck und bekannte die Kraft, die er aus dieser Veranstaltung geschöpft hatte: "Ich glaube, daß die gestrige Abendveranstaltung ein außerordentlich bedeutendes Ereignis war. Sie hat mir ein ganzes Stück meiner Depressivität genommen. Sie hat mir ein ganzes Stück gezeigt, daß es trotz aller Niederlagen, trotz aller Rückschläge, trotz aller inneren Konflikte eine Kontinuität und eine Vielfalt in der sozialistischen und sozialrevolutionären Kampfgeschichte auch in diesem Land gibt. Der hohe Reflexionsgrad und auch das hohe künstlerische Niveau der gestrigen Veranstaltung war ein wirklich bedeutendes und wichtiges Ereignis, nicht nur um uns selbst Mut zu machen, sondern die kulturelle Hegemonie des bundesdeutschen Imperialismus hier und jetzt, in seiner jetzigen aktuellen Expansionsphase anzugreifen."

Ein umfassender Überblick über die acht Runden des Kongresses läßt sich hier nicht geben, dazu wurden zuviele Themen berührt. Zentrale immer wiederkehrende Punkte der Auseinandersetzung entwickelten sich insbesondere zu den Themen deutscher Nationalismus, Antifaschismus, Antisemitismus und Eugenik.

Die Auftaktdebatte am Freitagabend "Wider Vereinigung, Nationalismus, Antisemitismus und Deutschtümelei" entfaltete sich entlang des Bedürfnisses nach genauerer Bestimmung dessen, was deutscher Nationalismus heute heißt. U.a. Hamide Scheer (Feministin und türkische Immigrantin), Gremliza, wie auch eine ganze Reihe Beiträge aus dem Plenum, lenkten dabei den Blick auf den aktuellen Rassismus.

Eine Auseinandersetzung mit diesem Thema planen wir für den nächsten "ak". Dokumentiert wird dort der Redebeitrag von Maria Baader zu Antisemitismus in der Linken und der Frauenbewegung und ein Thesenpapier der Radikalen Linken Köln zum Thema ethnisch-nationale Minderheiten. Ebenfalls vorbereitet wird eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Antifa-Thesen Fülberths und der Antifa-Debatte der Radikalen Linken.

In der Runde 2 zu "Antifaschismus heute" hatte Georg Fülberth mit der These provoziert, er würde den Begriff Antifaschismus für heute erstmal aus dem Diskurs herausnehmen. Worum es in den imperialistischen Zentren ginge, sei nicht Faschismus - AntikapitalistInnen machten sich mit ihrem Antifaschismus hier häufig zu "Deppen"; womit wir stattdessen zu tun hätten, sei besser mit dem Begriff "repressive Toleranz" zu erfassen.

In der Debatte entfaltete sich massive Kritik an dieser These: Damit rücke Fülberth Rassismus, Sexismus und Neoeugenik als Realitäten unzulässig an den Rand. Mit dem "canceln des Antifaschismus" befinde er sich unwillkürlich in der Nähe der Rechten in der Historiker-Debatte usw.

In seinem Abschlußstatement machte Fülberth schließlich erhebliche Zugeständnisse. Er habe wohl "die deutsche Variante der repressiven Toleranz, die deutsche Variante des Kapitalismus zu schnell entsorgt von ihrer faschistischen Komponente". Das gehe so nicht. Deutscher Kapitalismus sei "postfaschistischer Kapitalismus". Deutscher Kapitalismus habe "eine faschistische Prägung" und die werde er nicht mehr los.

Zur Runde 3 mit dem Thema "Antiimperialistische Politik in einer reichen Metropole. Weltweite Frauenunterdrückung, weltweite Naturzerstörung als Strukturmerkmal des Imperialismus?" kamen keine RednerInnen und sie fand als offene Debatte statt. In einem Brief der politischen Gefangenen wurde der "konjunkturelle Opportunismus" der Radikalen Linken bezüglich ihrer Situation kritisiert und ausführlich die Lage der hungerstreikenden spanischen Gefangenen aus GRAPO und PCE (r) dargestellt. Die internationalistischen Analyse-Defizite, die die veränderte Lage in Osteuropa und der SU, die Rolle der EG als Kolonialmacht mit imperialistischen Ambitionen, die Beteiligung der BRD an weltweiter Aufstandsbekämpfung etc. verdeutlichten, sollen angepackt werden. Die Idee von international orientierten Kongressen, die an frühere linke Tradition anknüpften, wurde vorgestellt und als konkrete Praxisfelder die Aktivitäten zur Entstehung des EG-Binnenmarkts 1992 und die Kampagne 500 Jahre Conquista-Kolonialismus in Südamerika benannt.

Aus der Debattenrunde 4 zum Ende des "Realen Sozialismus" dokumentieren wir in diesem "ak" den Redebeitrag von Rainer Trampert. Siggi Fries berichtete an Hand zahlreicher Fakten über die Lage der Frauen in den realsozialistischen Ländern und vertrat, Gorbatschow stehe nicht nur für die Wegbereitung der kapitalistischen Marktwirtschaft, sondern auch für das Roll-back einer konservativen Frauenpolitik mit biologistisch-wissenschaftlicher Untermauerung.

Immer wieder eingefordert wurde die Debatte über Feminismus, Sexismus und Rassismus. Dabei wurde auch die bisherige offenkundige Begrenztheit der linken Theorie in diesen Fragen deutlich, die auf die fehlende Auseinandersetzung dieser Linken mit den seit Jahren erarbeiteten feministischen Ansätzen zurückzuführen ist. Der darüber sich begründende Rückzug vieler Feministinnen aus der Linken wurde auch von den anwesenden Feministinnen als folgerichtig betont. Ihr, nochmals die Bereitschaft zur Auseinandersetzung bekundender, Vorstoß auf dem Kongreß, wurde deutlich abhängig gemacht von der Offenheit der "Radikalen Linken" zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Feminismus - jenseits der altlinken Debatte vom Haupt- und Nebenwiderspruch. Nicht nur die radikale Infragestellung linker Theorieansätze steht auf der Tagesordnung sondern auch die Veränderung der Umgangsformen untereinander und im Alltag. Ob und in welcher Form sich Feministinnen weiterhin beteiligen wollen, soll in einem Auswertungstreffen für Frauen andiskutiert werden.

Ähnlich grundsätzliche Debatten und Veränderungen forderte Jutta Ditfurth in der Runde 6 zu "Antikapitalistische Ökologie und technokratischen Machbarkeitswahn" auch für die radikalökologischen Positionen. So wie eine radikale, linke Politik nicht mehr nur frauenfreundlich, sondern feministisch sein müsse, dürfe sie auch nicht nur umweltschützerisch, sondern müsse sie radikal ökologisch sein. In vehementer Abgrenzung von den verschiedensten Varianten, in denen das Thema Ökologie mittlerweile politisch-etabliert besetzt werde, forderte sie eine konsequente Wiederaneignung und Neubestimmung einer ökologischen Position durch die Radikale Linke. Bissig ins Gericht ging sie mit verschiedenen auch in fortschrittlichen

Kreisen verankerten Varianten "ökologischen Schwachsinns": Erstens mit der - wie sie es nannte - "öko-imperialistischen Variante", wo sich aufrecht naturschützerische, wohlhabende, weiße Westeuropäer Teile des tropischen Regenwaldes kaufen. Für Stimmung sorgte die ironisch-sarkastische Polemik gegen das sich in alternativen Wohngemeinschaften ausbreitende "Ökospießertum", wo "Linke" "im Kollektiv als verbissene getrennte MüllsammlerInnen auftreten und ihren Alltag stringent durchökologisieren". Als die gefährlichste Variante benannte sie die "Umwelttechnokraten".

Die Debatte entfaltete sich in erster Linie an den von Jutta Ditfurth vorgetragenen Überlegungen. Diskutiert wurde nicht nur zum Verhältnis von Ökologie als prinzipieller Industriekritik oder Kritik technokratischer Machbarkeit. Problematisiert wurde die Neubestimmung des Verhältnisses von Radikaler Linker zur Ökologie auch im Hinblick auf das weitverbreitete bürgerliche Verständnis von Umweltschutz im Sinne von Hygiene (saubere Umwelt). Hier sei eine Auseinandersetzung in scharfer Abgrenzung dringend erforderlich. Diese Hygiene-Gedanken gewännen ideologisch angesichts von Nationalismus und Rassismus eine zunehmende Gefährlichkeit. Von der Umwelthygiene sei es nur ein Schritt zur Rassenhygiene.

Folgendes Resümee der inhaltlichen Runden läßt sich ziehen: Bei allem Chaos und bei den viel Geduld erfordernden, bis an die Grenze von Ermüdung und Anstrengung gehenden Debatten bleibt festzuhalten, daß auf diesem Kongreß ein starkes Bedürfnis nach Diskussion deutlich wurde. Dabei ging es nicht darum - und darum wird es auch in Zukunft nicht gehen dürfen -, jetzt noch schnell zusammenzukratzen, was an sozialistischer und emanzipatorischer Utopie nach dem Scheitern des Realsozialismus und dem Zerstäuben eigener Hoffnungen übrig bleibt. Eingefordert wurde eine Auseinandersetzungsbereitschaft, die in engagierter Aufarbeitung der eigenen Geschichte, im Benennen der Lücken aufgrund taktischer Verdrängungen und im Eingestehen der Fehler aufgrund dogmatischer Verbohrtheit, eine Neubestimmung der Radikalen Linken ermöglicht.

Orientierung der Radikalen Linken

In der Runde 7 zum Thema "Interventionsmöglichkeiten und Perspektiven des gemeinsamen Widerstands", versuchten Thomas Ebermann, Karl-Heinz Roth und Silke Struckmeyer Orientierungslichter für die Debatte zu setzen. Silke Struckmeyer legte aus feministischer Sicht dar, was "DEM Radikalen Linken" heute noch fehlt, und was an Auseinandersetzung mit dem Feminismus ansteht, damit es "DIE Radikale Linke" geben wird. Der Beitrag ist in diesem ak dokumentiert. Die von ihr eingeforderte Auseinandersetzung des Radikalen Linken mit dem Feminismus, mit zwei Beispielen speziell auch an die beiden mit auf dem Podium sitzenden Männer gerichtet, wurde von diesen übergangen, woraufhin Silke das Podium verließ.

Thomas Ebermann ging stattdessen auf die mehrfach auf dem Kongreß vertretene These "wir haben Zeit" ein und hob hervor, das wäre "einigermaßen plausibler" gewesen, wenn die ursprünglich von der Radikalen Linken analysierte Entwicklungsrichtung "rot-grün" sich verwirklicht hätte. Heute dagegen, "in der historischen Situation des Vollzuges des größten Sieges des deutschen Imperialismus" setzten die Herrschenden "nebenbei" auch die Existenzfrage einer radikalen, antistaatlichen Linken auf die Tagesordnung, was diese Zeitfrage erheblich verschärfe. Noch sei es "nicht ausgemachte Sache, ob wir uns vielleicht in fünf, sechs Jahren in dem desolaten, verheerenden und mich tatsächlich auch deprimierenden Zustand zum Beispiel der US-amerikanischen Linken befinden können; da ein linksintellektueller Publizist, da ein Zirkel, der mal einigermaßen was Sinnvolles rauskriegt, da eine Bürgerinitiative, die gegen irgendwas opponiert, aber ohne die Fähigkeit und die Kraft im Rahmen ihrer Nation noch zu intervenieren und gemeinsam Politikfähigkeit zu erproben. Wer diesen Plan als ein sozusagen von der herrschenden Klasse mitgenommenes Nebenergebnis des Siegeszug des deutschen Imperialismus nicht sieht, hat eine falsche Haltung zu der These, wir haben Zeit." Insofern korrigierte er auch seine Koketterie mit dem Begriff des "Sektierers". Jeder Mensch, der kein "Salonlinker" sei, müsse unter dieser marginalisierten Lage leiden. Diese "aufgezwungene gesellschaftlich marginale Situation die man als Sektenexistenz durchaus bezeichnen kann", sei eine "unfreiwillige Sektenexistenz". Trotzdem läge darin auch ein emanzipatorisches Potential. Karl-Heinz Roth benannte die Situation in der sich die Radikale Linke befände, als ein Dilemma. Auf der einen Seite ständen wir "vor vor dem Zwang, Aktionen zu entwickeln, Widerstand zu organisieren, organisatorischen Druck zu entwickeln." Die Dimension des "Anschlusses" der DDR, die hier stattfände sei "eine Dimension von Las Vegas". Darauf müßte die Linke, " ob wir wollen oder nicht, eine Antwort finden". Denn dies sei "konkreter und handgreiflicher moderner Imperialismus der 90er Jahre, der nun direkt in unserem eigenen Land stattfindet".

Die andere Seite des Dilemmas sei, "daß wir trotzdem Ruhe brauchen. Für viele sind es inzwischen 25 Jahre, 25 Jahre des Bruchs mit dem nachnazistischen System BRD. Die Erfolge und die Mißerfolge, die Konflikte und das Scheitern müssen wir in Ruhe und Genauigkeit aufarbeiten. Dafür brauchen wir aber eine politische Kultur." Er plädierte deshalb für eine Radikale Linke als "ein aktionsfähiges Bündnis mit einem Doppelcharakter. Ein Bündnis, das in der Lage ist an einem zentralen Punkt, und der zentrale Punkt ist zur Zeit der neue großdeutsche Chauvinismus, militante politische Praxis zu organisieren und voranzutreiben und auf der anderen Seite die Ruhe und vielleicht sogar Gelassenheit entwickelt, um die Gräben, die bestehen, um die Tragödien, die wir hinter uns haben, aber auch das, was wir an Erfolgen gemacht haben und an neuen Erkenntnissen gewonnen haben, in den verschiedenen Teilbewegungen, aufeinander zuzubewegen, um es miteinander in Kontakt zu bringen, im Sinn einer Bündnisstruktur." Er äußerte zum Abschluß die Hoffnung, "daß ein neuer Anfang möglich wird". Die "absolute Vorbedingung" dafür sei aber eine neue politische Kultur, "um unsere eigene soziale Subjektivität wieder einzubringen, um Voraussetzungen zu schaffen, die ein freies nichtdenunziatorisches und offenes Miteinander ermöglichen."

Für die Zukunft des Projekts beschloß der Kongreß schließlich per Akklamation einen Fünf-Punkte-Vorschlag:

1. Die "Radikale Linke" als "Projekt einer Koordination verschiedenster Strömungen, die sich radikal links begreifen, wird fortgesetzt."

2. Der Kongreß orientiert sich "auf eine neue Demonstration um den 9. November herum, dem Tag der Reichspogromnacht". Das soll "eine internationalistische Demonstration der Opfer, Gegnerinnen und Gegner Deutschlands" sein.

3. Es sind "Koordinationsstrukturen erforderlich. Angesagt ist weiterhin keine Parteibildung. Notwendig erscheint jedoch, die bestehenden Möglichkeiten der gemeinsamen Diskussion und Aktion so unterschiedlicher Strömungen, die auf dem Kongreß anwesend sind, abzusichern."

4. Vorgeschlagen wird ein "Nachbereitungstreffen dieses Kongresses Anfang September". Dort soll "über mögliche Strukturen und über weitere Aktivitäten der RL diskutiert werden." Es findet am gleichen Tag vorher "ein Nachbereitungstreffen für Frauen" statt.

5. Es wird begrüßt, "wenn auf lokaler Ebene weiterhin Bündnisse und Zusammenschlüsse von Menschen, die radikal links sind, weiterarbeiten oder entstehen, in denen die verschiedenen Kräfte, die u.a. auf diesem Kongreß präsent sind, zusammenarbeiten im Sinne dessen, wofür diese RL und dieser Kongreß stehen."

ZF/rh

5. DDR-Markt: Viel Absatz - wenig Investitionen Wie sich das BRD-Kapital die DDR einverleibt

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:10

Mit der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und der dazugehörigen rechtlichen Rahmenbedingungen durch den Staatsvertrag zum 2. Juli sollen die goldenen Zeiten der Marktwirtschaft beginnen. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Stihl, sagte eine wahre "Invasion" des westdeutschen Kapitals in die Noch- DDR voraus.

Doch längst ist der D-Mark- Glanz den nackten Realitäten der Marktwirtschaft gewichen. Noch bevor die D-Mark kommt, demonstrierten und blockierten die LPG-Bauern gegen die Nahrungsmittelschwemme aus der BRD und setzten Importmengenbeschränkungen von Agrarprodukten durch, die allerdings völlig wirkungslos bleiben, wenn die Grenzzäune endgültig fallen.

Die Handelsorganisationen der DDR kündigen die Lieferverträge mit den HO- und Konsumgenossenschaften auf, da die Waren made in GDR nicht mehr abzusetzen sind. Made in Germany wird schon jetzt allerorten bevorzugt, auch wenn für eine Gurke sieben DDR-Mark und einen Lünebest-Joghurt vier DDR-Mark hingeblättert werden müssen. So griffen die ProduzentInnen von Textilien, Schuhen und Nahrungsmitteln zur Selbsthilfe und verkauften ihre Waren direkt an die Kunden zu Schleuderpreisen. In den Geschäften der Hauptstadt werden Fernsehgeräte und Cassettenrekorder bis zu einem Zehntel des ehemaligen Verkaufspreises verramscht.

Die DDR mitten im Schluß- und Ausverkauf, bevor es mit der D- Mark ins einig Vaterland und die Marktwirtschaft geht.

Der anstehende "Strukturwandel" der DDR-Wirtschaft wird ganze Industriezweige in die Pleite treiben, höchstens ein Drittel der DDR-Betriebe könnten sich am Leben halten, so die einhelligen Prognosen aus Ost und West. Mit mindestens zwei Millionen Arbeitslosen und sozialen Verwerfungen wird gerechnet, ein "heißer Herbst" einschließlich einer politischen Radikalisierung nach rechts stehe bevor - der DM-Euphorie ist Abwarten und Angst vor dem Ungewissen gewichen. Zur Schönung der Arbeitslosenzahlen soll ein Teil der eigentlich entlassenen Arbeiter Kurzarbeitergeld erhalten, verbunden mit Umschulungsmaßnahmen und dem Warten auf die Dinge, die da kommen. Und in den Staatsvertrag hatte die Bundesregierung vorsorglich die Möglichkeiten von Strukturbeihilfen und Subventionen für notleidende Branchen und Betriebe nach Einzelfallprüfung eingebaut. Man ist im Kanzleramt also auch auf staatliche Sanierungskonzepte, die Milliarden kosten könnten, vorbereitet, um die DDR-Transformation in die Marktwirtschaft nach Art der Restrukturierung der westdeutschen Stahlindustrie sozial abzufedern und zu befrieden, denn längst hat man sich in Bonn, besonders in den Reihen der SPD, auf erhebliche politische Risiken eingestellt.

Wie nervös die Bundesregierung bereits ist, zeigte der Auftritt des Bundeswirtschaftsministers Haussmann vor der Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in Bonn. Er warnte vor den "kleinlichen Bedenkenträgern" in den Reihen des westdeutschen Kapitals und warf ihnen vor, daß die "Klage über unsichere Rahmenbedingungen jetzt nur noch Ausrede für eigenes Versagen" sei (FAZ, 13.6.90). Haussmann flehte das Kapital geradezu an, endlich in der DDR in massiver Weise zu investieren - doch damit kann auch ein Herr Haussmann den Widerspruch zwischen gesamtnationalen herrschenden und privatwirtschaftlichen Interessen nicht aufheben.

Schon jetzt zeichnet sich klar ab, daß die vom Sägefabrikanten Stihl erwartete "Invasion" in Form von hohen Investitionen ausbleibt. Mit Ausnahme der Automobilindustrie haben alle anderen BRD-Branchen abgewunken und beschränken sich darauf, den DDR-Markt von der BRD aus mit ihren Waren zu beliefern.

Vertriebsnetze und -niederlassungen zur Erschließung des Marktes sind vorherrschend. Selbst die von der BRD zur Verfügung gestellten ERP-Kredite in Höhe von sechs Mrd. DM sind nicht voll in Anspruch genommen worden. Bestenfalls picken sich einige BRD-Konzerne noch die Rosinen aus den noch zu entflechtenden und in Einzelteile zerlegten Großkombinaten heraus - der Rest interessiert sie nicht. Wie sich die einzelnen Industriezweige des westdeutschen Kapitals in der DDR engagieren, darüber soll ein Überblick gegeben werden.

I. Industrieller Bereich

I.1 Automobilindustrie

Wahrscheinlich wird die Automobilindustrie zu den neuen Vorzeigeprojekten des westdeutschen Kapitalengagements in der DDR zählen, denn in diesen Sektor wird tatsächlich in nennenswertem Umfang investiert. Die Trabis und Wartburgs werden bald verschwunden sein, schon jetzt sind diese PKWs unverkäuflich.

Vor allem Opel, Daimler-Benz und VW wollen in der DDR Fahrzeuge herstellen. Dazu müssen allerdings vollkommen neue Fabriken und Fertigungsanlagen errichtet werden. BMW-Chef Eberhard von Kuenheim: "Es gibt kein Problem in der DDR-Autofertigung, das wir nicht mit dem Bulldozer lösen könnten".

VW will den Polo im jetzigen Ifa-Kombinat in Zwickau produzieren lassen. Fünf Mrd. DM wird dieses Projekt kosten, bis in vier bis fünf Jahren die 250.000 Polos pro Jahr das Werk verlassen. In der Übergangszeit werden Karosserien und andere Elemente aus den westdeutschen und spanischen Werken nach Zwickau geschafft und dort zusammengesetzt. Bis Ende 1992 will VW auf diese Weise 100.000 Polos jährlich herstellen lassen. Die Produktion von Motoren für den Golf und den Polo erfolgte schon vor dem Abgang des alten Regimes, die in der Übergangsphase in die Trabis und Wartburgs eingebaut werden sollen. Wahrscheinlich wird VW diese Maßnahme einstellen, da die Trabis und Wartburgs auch mit VW-Motoren nicht mehr nachgefragt werden.

Daimler-Benz will Milliarden im LKW-Geschäft investieren und übernimmt das Ifa-Kombinat Nutzfahrzeuge. Von den 26 Betrieben dieses Kombinats und den dort 50.000 Beschäftigten will Daimler die Zahl dieser Betriebe auf ganze zwei reduzieren und maximal 17.000 Arbeiter übernehmen. Daimler will einen neuen 12-Tonnen-LKW mit Ifa-Fahrgestell, Daimler-Motor und -Outfit nicht nur für den DDR-, sondern für den gesamten RGW-Markt produzieren und erschließen, also eine höchst lukrative Angelegenheit. Wie VW möchte auch der Opel-Konzern im derzeitigen Wartburg-Werk in Eisenach ab 1994 den Kadett herstellen. 150.000 sollen es einmal sein, die vom Band laufen. BMW plant keine PKW-Produktion, sondern hat allenfalls Pläne, bestimmte Teile der Motorradproduktion in einzelnen Betrieben der DDR fertigen zu lassen.

Von den 208.000 Beschäftigten in der gesamten Automobilindustrie der DDR sollen rund zwei Drittel der dort Beschäftigten entlassen werden.

I.2 Chemie- und Pharmaindustrie

Die drei IG-Farben-Nachfolger BASF, Hoechst und Bayer haben dankend abgewunken, nennenswerte Investitionen und Kooperationen mit der DDR-Industrie zu tätigen. Dabei ist diese Branche in der DDR die zweitwichtigste nach dem Maschinenbau mit 17 Kombinaten, 200 Betrieben und 335.000 Beschäftigten, von denen mindestens ein Drittel ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Das Chemiekombinat in Schwedt, das hauptsächlich chemische Grundstoffe fertigt, und die Petrochemie könnten sich nach westdeutschen Schätzungen durchaus auch eigenständig konkurrenzfähig halten, ansonsten wird schwarz gesehen. Die BRD-Chemie scheut die Investitionen mit der damit verbundenen Übernahme der Altlasten, die Milliarden kosten würden. Darüber hinaus beschränken sich die drei Großen auf die Errichtung eines Vertriebsnetzes, um ihre Waren von der BRD aus in der DDR abzusetzen. Nur die BASF strebt zwei Kooperationen mit einem Dresdner Pharmabetrieb und einem Synthesewerk in Schwarzheide an.

Zugeschlagen hat der Wasch- und Reinigungsmittelkonzern Henkel, der sich das größte Waschmittelkombinat der DDR in Genthin unter den Nagel reißt, um den DDR-Markt zu versorgen.

Eine Sonderstellung nimmt das ökologisch besonders berüchtigte Revier um Bitterfeld ein. Dort existieren drei Kombinate mit über 17.000 Beschäftigten, darunter ein Chemiebetrieb, ein fotochemisches Werk und ein Braunkohlekraftwerk. 39 Betriebe sollen hier bis 1991 stillgelegt werden, wobei sich die Entlassungen derzeit auf 1500 beschränken. Die Bitterfelder Industrieregion könnte zum Testfeld einer "sozialverträglichen" Sanierung werden, denn mit dem Stillegen ganzer Betriebe sollen die dort Beschäftigten umgeschult und neue Produktionsstätten errichtet werden. Ob der DDR-Staatshaushalt dafür die notwendigen Mittel hat, für die die Bundesregierung die Zustimmung gibt, ist jedoch noch offen.

Auch die westdeutsche Pharmaindustrie scheut Investitionen und will möglichst bald ihre 90.000 Präparate in der DDR absetzen. Nur für eine befristete Zeit sollen die 16.000 Arbeiter im Dresdner Pharma-Kombinat Germed dadurch geschützt werden, daß vorerst nur rezeptpflichtige Arzneien zugelassen werden.

I.3 Maschinen- und Anlagenbau

Mit 548.000 Beschäftigten und einem Produktionsvolumen von 25-30 Mrd. Mark ist diese Branche in der DDR führend. Der westdeutsche Verband der Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) gibt an, die Zahl der Kooperationen und Gemeinschaftsunternehmen mit DDR-Betrieben von derzeit 30 auf 100 bis 200 zu steigern und die Produktion zu verdoppeln. Dies setze, so der Verband, eine totale Entflechtung der Kombinate voraus, denn der BRD-Maschinenbau ist überwiegend mittelständisch organisiert und braucht den entsprechenden DDR-Zuschnitt. Der Maschinenbau in der DDR ist insofern interessant, weil die DDR über gut ausgebildete Facharbeiter verfügt, die in der BRD eher rar sind. Im Unterschied zum Maschinenbau sei der Anlagenbau "keine Rechengröße", denn dieser setze einen hohen Kapitalstock voraus, über den die DDR-Anlagenbauer nicht verfügten. So konzentriert sich alles auf industrielle Kooperationen und Gemeinschaftsunternehmen im Bereich des Maschinenbaus. Zu den wichtigsten Deals gehören:

- Die Daimler-Tochter AEG und die Preussag/Salzgitter sichern sich mit der Übernahme des DDR-Kombinats Schienenfahrzeugbau (17 Betriebe, 23.000 Beschäftigte) und dem Lokomotivkombinat LEW-Hennigsdorf den kompletten Markt des Schienenfahrzeugbaus. Damit schmiedet die AEG unter dem Dach Daimlers den größten Schienenfahrzeugkonzern der Welt zusammen.

- Der Krupp-Konzern will in der DDR Dieselmotoren, Klöckner-Humboldt- Deutz Traktoren herstellen. Thyssen hat 32 konkrete Projekte im Visier, vom Bau von Pumpen bis zu Industrieaufzügen. Mit wem sie dabei kooperieren will, ist derzeit nur dem Vorstand bekannt. Auch Mannesmann beabsichtigt Kooperationen im Werkzeugmaschinenbau, ohne bislang jedoch konkrete Vereinbarungen mit DDR-Betrieben abgeschlossen zu haben.

- Die Knorr Bremse AG in München bildete bereits eine AG mit dem Berliner Kombinat BBW (Berliner Bremsenwerk, 1600 Beschäftigte).

- Einen größeren Coup landete der Asphaltmischanlagenbauer Wibau, in der BRD durch einige Affären bekannt geworden. Wibau gründete ein Joint-venture mit dem DDR-Asphaltmischmaschinen- Hersteller Teltomat, der wiederum den gesamten RGW beliefert und eine Monopolstellung einnimmt. Damit ist sich Wibau des Zugriffs auf die gesamten RGW- Märkte sicher.

- Die Tübinger Walter-Werke kooperieren mit dem Werkzeugmaschinen-Kombinat Schmalkalden und stellen moderne Fräswerkzeuge auf CIM-Basis her. Walter liefert hierzu die high-tech-Teile, das DDR-Werk die mechanischen Elemente.

- Im Anlagenbau will die Metallgesellschaft und ihre Tochter Lurgi besonders "exportschaffende Projekte" fördern und hofft auf Aufträge im Kraftwerksbau, Umwelttechnologien und dem Recycling. Diese sind jedoch nicht zu entdecken, so daß es bislang bei einer bloßen Absichtserklärung bleibt. Lurgi plant allerdings die Kooperation und Modernisierung der DDR-Bleihütte in Freiberg. Das wär`s denn auch schon.

- Anlagenbauer Linde hat sich aus dem VEB-Chemieanlagenkombinat Leipzig/Grimma nur die Ingenieurfirma KCA (1.000 Beschäftigte) herausseziert. Linde plant keine Investitionen, sondern pickte sich die begehrten Ingenieure und Facharbeiter heraus, die der VEB fehlen und die Profite der Linde AG mehren helfen sollen.

I.4 Optische und Glasindustrie

Was einst zusammengehörte, soll nun wieder zusammenwachsen. Gemeint ist konkret die Zusammenführung der Carl Zeiss-Werke in Oberkochen (BRD) und der Schott-Werke in Mainz mit den Carl Zeiss-Werken in Jena. Die Produktpalette reicht von der Produktion von Industriegläsern, Kameras und Fotoapparaten bis zu Brillengläsern und Kontaktlinsen. Die drei Vorstände sind bereits in konkreten Verhandlungen der Zusammenarbeit bis zur "Wiedervereinigung".

I.5 Mineralölindustrie

Die bekannten Mineralölkonzerne wittern in der DDR ein großes Zusatzgeschäft. Während in der BRD die Zahl der Tankstellen von 47.000 (1970) auf rund 18.000 schrumpfte, gibt es in der DDR 1.272 Tankstellen (davon nur 100 mit bleifreiem Benzin) und 10.000 sogenannte Eigenverbrauchsanlagen in den Betrieben und Kombinaten unter der Regie des VEB-Kombinats Minol.

Mit eben dieser Minol gründete die RWE-Tochter DEA ein Joint-venture und wird darüber hinaus den gesamten Norden, die Mitte und Berlin abdecken. Die Aral konzentriert sich ebenfalls auf Berlin und orientiert sich eher auf den Süden, während sich die Esso, Shell und BP noch bedeckt halten. Es wird jedoch geschätzt, daß die Zahl der Tankstellen in der DDR auf über 3.000 steigen wird, wozu ein Investitionsbedarf von vier Mrd. DM erforderlich ist. Eine Übernahme und Erneuerung der derzeitigen DDR-Tankstellen ist nicht in jedem Fall möglich, da die Konzerne die Kosten der Bodenentseuchung scheuen.

I.6 Stahlindustrie

Die Stahlproduktion in der DDR konzentriert sich auf drei Kombinate mit 82.000 Beschäftigten und ist völlig veraltet. Nach Prognosen des RWI-Forschungsinstituts werden mindestens die Hälfte der in dieser Branche Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verlieren. Das ergibt sich schon allein aus der geringen Produktivität; um eine Tonne Rohstahl zu erzeugen, sind in der DDR 24,4 Betriebsstunden erforderlich, in der BRD hingegen nur 4,4. Nach dem 2. Juli plant der Hoesch-Konzern eine Durchsanierung einzelner rentabler Bereiche, während die Preussag/Salzgitter mit dem Bandstahlkombinat Hermann Matern kooperieren möchte.

Angesichts der mühsam ausgehandelten nationalen Stahlproduktionsquoten in der EG wird die DDR ihre jährliche Stahlproduktion von acht Mio. Tonnen (BRD: 40 Mio. Tonnen) ohnehin abspecken müssen. Von daher droht der DDR-Stahlindustrie eine radikale Schrumpfung.

I.7 Elektronik und Kommunikation

Über die Zer- und Aufteilung des Robotron-Kombinats ist exemplarisch bereits in der letzten Ausgabe dieser Zeitung berichtet worden. Ebenso darüber, daß rund die Hälfte der dort 13.000 Beschäftigten mit ihrer Entlassung rechnen müssen.

Der zweite große Sektor ist die Nachrichtentechnik/neue Kommunikationstechnologien, der im wesentlichen zwischen Siemens und der SEL (einer Tochter des französischen Alcatel-Konzerns) aufgeteilt wird. Das aus 18 Betrieben bestehende Kombinat RFT Nachrichtenelektronik in Berlin (insgesamt 370.000 Beschäftigte) wird in dieser Form nicht mehr existieren, denn vier dieser Betriebe kooperieren mit der SEL, die sich damit die Digitalisierung und Modernisierung des DDR-Telefonnetzes sichert. Sechs Betriebe, darunter die Nachrichtenelektronik in Greifswald, sicherte sich der Siemens-Konzern, und weitere vier Betriebe gehen an die PKI, eine Tochter des holländischen Phillips-Konzerns.

Die genannten Unternehmen profitieren dabei als Auftragnehmer von der Post. Bereits Mitte März vereinbarten die DDR- und BRD-Post die Schaffung einer gemeinsamen "Post-Union", die bis Mitte der 90er Jahre die unterschiedlichen Postdienstleistungen "in groben Zügen" nivellieren soll. Die Zahl der Telefonanschlüsse wird sich bis dahin auf 2,2 Millionen verdoppeln. Der Investitionsbedarf liegt bei rund fünf Mrd. DM. Die Deutsche Bundespost gewährte der DDR- Post einen ersten Kredit in Höhe von zwei Mrd. DM bis 1991 vor allem für die Modernisierung des Telekommunikationsbereiches.

Im Software-Bereich ist die DDR mit den 19.000 Beschäftigten in vielen Bereichen international konkurrenzfähig. In diesem Sektor kommt es in der DDR schon jetzt zur Gründung zahlreicher kleiner Software-Anbieter, die teilweise mit dem westdeutschen Software-Unternehmen PSI (Westberlin) kooperieren.

I.8 Medien

Zeitungen und Verlage der stark monopolisierten BRD-Presse- und Verlagslandschaft haben sich längst den DDR-Markt aufgeteilt. Im Bereich des Vertriebs westdeutscher Zeitungen und Zeitschriften scheiterte ein Unternehmen der großen Verlage an der Intervention des damaligen Runden Tisches, dies alles mit der Post der DDR abzuwickeln.

Nun verbreiten die vier Großverlage die diversen Publikationen auf eigene Art und Weise im Verbund mit DDR-Partnern. Geplant sind insgesamt 15 Grosso-Gebiete mit jeweils eigenen Vertriebsfirmen, an denen die

westdeutschen Verlage zunächst mit 25% beteiligt sind. Der Vertrieb ist deshalb von zentraler Bedeutung, weil die BRD-Blätter mehr und mehr die DDR-Zeitungen verdrängen.

3,6 der rund 13 Millionen Abonnements für DDR-Publikationen sind bereits gekündigt worden - und die Tendenz ist weiter fallend. Das liegt nicht nur an der neuen Attraktivität von "Bild" und "Spiegel", sondern auch an den unvermeidlichen Preiserhöhungen, zu denen viele DDR-Verlage gezwungen waren.

Neben dem Vertrieb steigen die westdeutschen Verlage und Zeitungen aber auch bei den existierenden DDR-Zeitungen ein und teilen diese unter sich auf. Bis jetzt ergibt sich folgendes Bild:

- Der Bauer-Verlag beteiligt sich an sieben Lokalzeitungen wie der "Volksstimme" aus Magedeburg, der "Schweriner Volkszeitung" oder der "Märkischen Volkszeitung".

- Springer übernimmt die "Liberal-Demokratische Zeitung" aus Halle, die "Norddeutsche Zeitung" aus Schwerin und das Leipziger "Sächsische Tageblatt".

- Das WAZ-Imperium steigt u.a. bei der "Leipziger Volkszeitung" ein.

- Gruner & Jahr übernimmt die Dresdner "Sächsische Zeitung".

- die "FAZ" steigt bei den CDU-Zeitungen "Neue Zeit", "Demokrat" und "Thüringer Tageblatt" ein.

Der Prozeß der Marktaufteilung ist noch in vollem Gange, wobei klar ist, daß alle wichtigen regionalen Tageszeitungen von westdeutschen Zeitungen und Verlagen unter die Fittiche genommen werden.

Auch bezüglich des Rundfunks und Fernsehens sind die ersten Vorentscheidungen gefallen. Die beiden TV-Anstalten DFF 1 und 2 werden aufgelöst und der ARD bzw. dem ZDF zugeschlagen. Über die Installierung öffentlich-rechtlicher dritter Regionalprogramme in der DDR wird erst nach der Installierung der fünf DDR-Länder und späteren Bundesländer entschieden. Im Rundfunkbereich steht fest, daß der Westberliner Rias wohl ebenso dem SFB zugeschlagen wird wie die DDR-Rundfunksender "Berliner Rundfunk" und der Jugendsender "DT `64".

I.9 Zigarettenindustrie

Die Philip Morris GmbH in München hat das Rennen um das VEB-Kombinat Tabak in Dresden (1.000 Beschäftigte) gewonnen. Dieses Kombinat wird von Morris übernommen, wobei eine Arbeitsplatzgarantie bis 1992 gegeben wurde. Die Zigarettenmarken der DDR wie die f 6, Juwel, Club, Kabinett und Karo werden entweder vom Markt verschwinden, oder von Morris mit neuem Image versehen. Das erstere dürfte der Fall sein, denn bereits jetzt verdrängen die einschlägigen Westzigaretten die DDR-authentischen vom Markt.

I.10 Handwerk

Das private Handwerk in der DDR umfaßt derzeit 82.000 Betriebe mit rund 266.000 Beschäftigten (BRD: 600.000 Betriebe mit über vier Millionen Beschäftigten). An Kooperationen tut sich in diesem Bereich nicht sehr viel. Vielmehr drängen westdeutsche Handwerksbetriebe in die DDR, um sich dort selbst breit zu machen und die DDR-Konkurrenz zu verdrängen. Sie sind dem DDR-Handwerk vor allem darin überlegen, ihre Waren und Dienstleistungen entsprechend zu vermarkten und kennen sich auf dem Gebiet der Kapitalbeschaffung (Kredite) wesentlich besser aus.

II. Dienstleistungen

II.1 Banken

Mit der Auflösung der DDR-Staatsbank, die nach der Währungsunion überflüssig ist, wurde als größtes Kreditinstitut die Deutsche Kreditbank gebildet, die die Forderungen und Verbindlichkeiten der ehemaligen Notenbank der DDR übernahm.

Den Zugriff auf dieses Monopol sicherte sich erwartungsgemäß die Deutsche Bank und heimste sich damit zugleich die 100 Filialen der Kreditbank ein. Um nicht die hohen, zumeist nicht mehr einbringbaren Forderungen der Kreditbank (z.B. die Forderungen an die überschuldeten Betriebe) mit übernehmen zu müssen, setzte die Deutsche Bank eine gemeinsame Gesellschaft (Holding) durch, in der die Frage der

Forderungen einseitig zuungunsten der Kreditbank gelöst wurde. Dennoch: um Marktführer zu werden, müßte die Deutsche Bank ein Netz von 250-300 Filialen mit ca. 6.000 Angestellten in der DDR errichten.

Die Dresdner Bank und die Commerzbank (die einst größte Bank auf dem Gebiet der heutigen DDR) können da kaum mithalten. Sie sind, ebenso wie die bayerische Hypo-Bank und die Bayerische Vereinsbank, mit dem Aufbau eigener Filialen, teilweise noch in Form umgebauter Busse, beschäftigt. Sehr zum Verdruß dieser Kreditinstitute schnappte die Westdeutsche Landesbank (WestLB) ihnen noch einen dicken Brocken weg. Die WestLB bildete ein Joint-venture mit der Deutschen Außenhandelsbank der DDR und sicherte sich damit den Zugriff auf den gesamten Zahlungsverkehr mit dem Ausland.

In der DDR ist ferner ein Sparkassennetz, regional gegliedert wie in der BRD, im Aufbau begriffen. Die von der aufgelösten DDR-Staatsbank abgekoppelten DDR-Sparkassen werden von den regionalen BRD-Sparkassen (insgesamt gibt es 580) patenschaftlich betreut. So unterstützt und berät ein Verbund von 49 Instituten aus Hessen die 13 Sparkassen im Bezirk Erfurt.

Last but not least wittern die westdeutschen Bausparkassen einen zukunftsträchtigen Markt in der DDR, denn 59% der über sieben Millionen Wohnungen sind vor 1948, 42% gar vor 1919 gebaut worden und haben einen hohen Sanierungsbedarf. In rund einem Drittel aller Wohnungen sind weder Bad noch Dusche vorhanden (BRD: 7%). Der hohe Renovierungsbedarf einerseits und die anstehende Eigentumsumwandlung andererseits - da wollen die Bausparkassen die DDR-Bürger mit zinsgünstigen Bausparverträgen locken.

II.2 Assekuranz

Sämtliche Versicherungsgesellschaften befinden sich in Konkurrenz zur größten Versicherung in Westeuropa, der bundesdeutschen Allianz-Versicherung. Die nämlich sicherte sich noch unter der Regierung Modrow einen Vorvertrag mit dem alleinigen Versicherungsträger der DDR, sich an ihm mit 49% unter dem neuen Namen "Deutsche Versicherungs- AG" zu beteiligen und damit die staatlichen Versicherungen der DDR zu privatisieren.

Inzwischen haben sich fünf weitere Assekuranzen (Colonia, Gothaer, Nordstern, R+V, Württembergische Feuer) zusammengetan und der DDR-Staatsversicherung ein "Angebot" unterbreitet. Aber wer zu spät kommt, der muß im Unterschied zur Allianz "Basisarbeit" leisten: eigene Niederlassungen und Filialen errichten und Klinken putzen gehen.

II.3 Handel

Der Groß- und Einzelhandel in der DDR ist existentiell bedroht. Der Großhandel dadurch, daß er auf prall gefüllten Lagerbeständen sitzen bleibt wie z.B. der Textilgroßhandel, weil immer mehr BRD-Waren nachgefragt werden. Die Lieferungen von West nach Ost jedoch erledigt der BRD-Großhandel selbst. Im Einzelhandel, speziell im Lebensmittelhandel, haben die westdeutschen Konzerne einen Markt mit einem jährlichen Umsatz von ca. 60 Mrd. DM ausgemacht, um den heftig konkurriert wird.

In der DDR gibt es 30.000 HO-Läden, die 57% des Einzelhandelsumsatzes erzielen und die Konsumgenossenschaften in den ländlichen Räumen mit ebenfalls rund 30.000 Läden, die 32% des Umsatzes erzielen.

Tengelmann wollte sich die HO-Kette einverleiben, was jedoch an der Konkurrenz mit anderen Bewerbern ebenso scheiterte wie am erfolgreichen Widerstand der Beschäftigten, die zu recht um ihre Arbeitsplätze fürchteten. Denn wenn die Coop, Spar, Edeka, Tengelmann, Aldi, Asko und die vier Kaufhauskonzerne sich in der DDR breit machen, so muß zunächst gebaut werden, da die Ladenflächen in der DDR nach westdeutschen Maßstäben viel zu klein und unprofitabel sind. In dieser Branche wird mit einer Übergangszeit von zwei bis drei Jahren gerechnet, bis die Laden- und Kaufhausketten in den Ballungsgebieten aufgebaut sind.

II.4 Transport/Verkehr

Hier winkt den LKW-Transportbetrieben ein lukrativer Markt. Zum einen werden derzeit noch 80% des Güterverkehrs über die Reichsbahn abgewickelt, deren veraltete Kapazitäten jedoch nicht ausreichen. Hinzu kommt, daß das Bundesverkehrsministerium dem LKW den Vorzug gegenüber der Bahn gibt, obwohl diese Prioritätensetzung letztlich viel teurer kommt.

Die Installierung neuer Gleisanlagen und die Reparatur der veralteten Strecken erfordert ungefähr Investitionen in Höhe von 58 Mrd. DM. Andere Schätzungen sprechen von 100 bis 120 Mrd. DM. Die Modernisierung und Ausdehnung des Straßennetzes wird jedoch die Summe von 238 Mrd. DM verschlingen.

Einer der Gründe dieser Prioritätensetzung besteht darin, daß es sich bei der Bahn um staatliche Investitionen handelt und daher die Ausgaben insgesamt erhöhen. Beim Ausbau des Straßennetzes wird nicht nur die Autolobby, sondern der Tiefbau mit Aufträgen bedient und befriedigt.

Was den Transport auf der Straße anbelangt, so besitzt das DDR-Verkehrskombinat Deutrans mit 200 eigenen LKW und den ihr angeschlossenen Betriebe mit weiteren 3.000 LKW das Monopol. Die derzeitigen Pläne gehen in die Richtung, daß die DDR-Treuhand die Deutrans in eine GmbH umwandelt, an der sich Kühne & Nagel sowie die Union (Tochter des holländischen Nedlloyd-Konzerns) beteiligen wollen. Damit sind auch bereits die beiden größten und wichtigsten westdeutschen Transportunternehmen genannt, die sich den ausbaufähigen DDR-Markt sichern wollen.

II.5 Tourismus

Der Bereich des Tourismus gehört, neben dem Gaststätten- und Baugewerbe, zu den Wachstumsrennern bei der marktwirtschaftlichen Transformation der DDR. Dabei hat das Reisebüro DER, eine Tochter der Deutschen Bundesbahn, mit dem Reisebüro der DDR bereits ein Abkommen über gemeinsame Tätigkeiten abgeschlossen.

Alle anderen westdeutschen Reisegesellschaften, von Neckermann (TUI) bis Touropa, drängen mit eigenen Niederlassungen in die DDR und locken mit billigen Angeboten mit bis zu 30% Preisabschlägen.

III. Landwirtschaft

Strukturell gesehen gehört die DDR-Landwirtschaft wahrscheinlich zu den konkurrenzfähigsten im Vergleich zur EG, nicht jedoch hinsichtlich der Produktivität. Die Landwirtschaft in der DDR ist in 1150 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) im Bereich der Pflanzenproduktion und 2.700 LPGs im Bereich der Tierproduktion organisiert. Im Schnitt ist jede LPG etwa 4.600 ha groß. Das sind riesige Dimensionen etwa im Vergleich zur BRD (30 ha; Freiherr von Heeremann: 125 ha). Insgesamt sind 920.000 Menschen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt.

Der DDR-Landwirtschaft droht der Ruin von zwei Seiten her. Zum einen wird die DDR mit westlichen Nahrungsmitteln geradezu überschwemmt. Im letzten Monat stiegen die Agrareinfuhren von der BRD in die DDR um 125%. Die DDR- LPGs bleiben auf ihrem Fleisch, Obst, Gemüse und Milchprodukten sitzen, da der Großhandel ihnen weniger oder gar nichts mehr abnimmt.

Das führte bereits die Demonstrationen und Grenzblockaden der DDR- Bauern, die Einfuhrzölle und mengenmäßige Einfuhrkontingentierungen verlangten. Diese Forderungen wurden teilweise zwar erfüllt, jedoch muß an ihrer Wirksamkeit gezweifelt werden. Wer soll Zölle erheben und die Einfuhren kontrollieren, wenn nach dem 2. Juli die Grenzen noch durchlässiger werden oder ganz verschwinden wie in Berlin? Umgekehrt ist es den LPGs verwehrt, ihre Agrarprodukte in die BRD zu exportieren, denn die BRD läßt 90% der DDR-Agrarprodukte nach den EG-Bestimmungen nicht zu sich herein.

Das zweite Dilemma besteht in der geringeren Produktivität und einer damit verbundenen Subventionierung der Abnahme- und Verbraucherpreise von bislang 30 Mrd. DDR-Mark, die bald entfallen soll. Die LPGs müssen sich also auf einen, zum Teil sicherlich ruinösen, Produktivitäts- und Modernisierungswettlauf einlassen und man schätzt, daß viele LPGs diese Entwicklung nicht überleben werden. Eine Privatisierung der DDR-Landwirtschaft und eine zumindest teilweise Auflösung der Genossenschaften erfreut sich unter den DDR-Bauern keiner großen Beliebtheit. Hier haben sich Strukturen und ein breit vorhandenes Bewußtsein herausgebildet, die Abschied von der Schollenideologie genommen haben.

Wie es aussieht, erhält die DDR-Landwirtschaft im Rahmen der EG-Agrarmarktordnung noch längere Schon- oder Gnadenfristen; zum Schutze der LPGs werden die Abnahmepreise und Quotenregelungen der EG für mehrere Jahre nicht auf die DDR angewandt.

IV. Energie und Umwelt

Die Investitionen für eine Modernisierung der Energieversorgung und den Umweltschutz insgesamt (Wasser-, Luft- und Bodenreinigung) werden mit rund 400 Mrd. DM veranschlagt. Allein für den Gewässerschutz, den Bau von Kläranlagen wären mindestens 30 Mrd. DM nötig.

Bisher jedoch wurden sechs Pilotprojekte - in der Hauptsache handelt es sich um die Reinigung von Elbe und Saale - in der Höhe von 300 Mio. DM und 470 Mio. DDR-Mark vereinbart. Im Staatsvertrag wurde der DDR hinsichtlich der Anpassung an BRD und EG-Umweltstandards eine Schonfrist eingeräumt - und damit auch der westdeutschen Industrie. Der allseits beschworene "ökologische Umbau" hier wie dort wird also auf sich warten lassen, zumal er in der DDR enorme Investitionen erfordert. Das Kapital dafür hat die DDR nicht zur Verfügung.

Demgegenüber ist das Rennen hinsichtlich der Energieproduktion und -versorgung gelaufen. Die BRD plant einen großen Energieverbund mit der DDR und die Stromversorgung über Trassen aus den westdeutschen Energieversorgungsunternehmen. Vor allem soll der hohe Anteil der Energieerzeugung mit Braunkohle in der DDR (71,7%) abgebaut werden.

Die Stromerzeugung und -versorgung unterliegt den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE), die sich mit mindestens 50% am Braunkohlekombinat Cottbus beteiligen. Dieses Kombinat besteht aus zehn Kraftwerken und beliefert 70% der gesamten Energie des Landes. RWE plant die Stillegung von sechs oder sieben der zehn Kraftwerke, da sie nicht nachrüstbar sind. Die alten Kraftwerke sollen durch völlig neue Anlagen ersetzt werden. Die übrigen drei oder vier Kraftwerke werden von RWE modernisiert. Damit sichert sich RWE praktisch das Energiemonopol in der DDR.

Der "heiße Herbst"...

Mit der Währungsunion hat die BRD der DDR eine knallharte Schocktherapie mit dem Versprechen verordnet, wenn die Rahmenbedingungen erst stimmten, würde auch massiv investiert werden. Die "Rahmenbedingungen" werden vom 2. Juli an stimmen - doch die Investitionen bleiben, wie gezeigt, weitgehend aus. Das Bekenntnis fast aller DDR-Parteien zur Marktwirtschaft - so auch die PDS, die davon ausgeht, "daß sich die Marktwirtschaft gegenüber der zentralen Kommandowirtschaft eindeutig als überlegen, als effektiver, flexibler und die Kreativität der Menschen stärker erwiesen hat" (1) - wird einigen von ihnen vielleicht noch im Halse stecken bleiben.

Das Kalkül der Bundesregierung, den marktwirtschaftlichen Anschluß mit möglichst wenig staatlichen, dafür aber mit privatwirtschaftlichen Ressourcen zu finanzieren, geht bereits jetzt nicht auf. Zwar ist der bisherige Realsozialismus gescheitert, aber ebenso einmal mehr der Realkapitalismus. Die Rechnung, die notwendigen profitablen Rahmenbedingungen würden Investitionen anziehen und zu Wachstum und Abbau der Arbeitslosigkeit führen, stimmt eben nicht.

Der von allen DDR-Parteien und auch der westdeutschen Sozialdemokratie befürchtete "heiße Herbst" mit mindestens einer Million Arbeitslosen und den sozialen Verwerfungen - schließlich war der DDR-Bevölkerung Arbeitslosigkeit völlig unbekannt - wird bundesdeutsches staatliches Handeln erfordern, der die kommenden "Sünden" des Marktes abfedern und ausbügeln muß. Dafür wird das "Sondervermögen Deutsche Einheit" (120 Mrd. DM) nicht reichen.

D./Westberlin

Anmerkung:

(1) Nach: "Grundpositionen der PDS zur Wirtschaftspolitik", in: Pressedienst der PDS vom 11.4.90

6. "Frauen entscheiden selbst!" 15.000 demonstrierten in Bonn gegen den 218

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/60.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:60

Dies übertraf die Erwartungen der Organisatorinnen: Rund 15.000 Frauen und Männer waren dem Aufruf eines Bündnisses von §218- Gruppen, Grünen, Jusos, verschiedenen Linken und Frauen-Gruppen sowie einzelnen Frauen aus ASF und Gewerkschaften gefolgt, um am 16. Juni in Bonn gegen den §218 zu demonstrieren. Und sie waren in bester Stimmung. "Eeene meene meck - der Paragraph muß weg!" "Frauen erhebt euch und die Welt erlebt euch!" riefen die Frauen. Parolen, wie: "Bloß kein einig Memmingen!" oder "Heim ins Reich, Heimchen am Herd, heimlich zur Engelmacherin - Nein!" knüpften an die momentane Diskussion um eine gesamtdeutsche Abtreibungsregelung an. "Wir müssen verhindern, daß der §218 gesamtdeutsch eingeführt wird", war von TeilnehmerInnen zu hören. Die Stimmung an diesem Tag und die vorwiegend jungen Demonstrantinnen ließen hoffen, daß gegen den §218 wieder mehr in Bewegung kommt. Die Unzufriedenheit mit dem §218 hat seit den Memminger "Hexenprozessen" jedenfalls zugenommen. So war dies die größte Demonstration gegen den Abtreibungsparagraphen in den letzten 15 Jahren, seit Einführung der Indikationsregelung.

Mit tosendem Beifall wurden dann am Nachmittag während der Abschlußkundgebung auf dem Münsterplatz auch alle RednerInnen bedacht. Vor der Bühne im Sonnenschein ließen sich tausende Frauen mit ihren lila Luftballons nieder, um den Reden zu lauschen. Und die RednerInnenliste war beachtlich: Es sprachen Monika Simmel-Joachim (Bundesvorsitzende der Pro Familia), Gudrun Hamacher (Vorstandsmitglied der IG-Metall), Magdalena Federlin, Horst Theissen (Memmingen), Theresia Degener von der Behindertenbewegung, Sevin Türkoglu (Einwanderin), Monika Ganseforth (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen), Verena Krieger (Grüne) und Conny Hühn vom Feministischen Frauengesundheitszentrum und der §218 Gruppe Frankfurt. Außerdem waren aus dem Ausland eingeladen: Rita Burtenschaw (Dublin Well Woman Center), Anna-Lisa Diaz (Parlamentsabgeordnete der Unabhängigen Linken in Italien) sowie Christina Schenk vom Unabhängigen Frauenverband der DDR. Für Erholung zwischen den Redebeiträgen sorgten eine Frauen-Samba-Gruppe, MEDUSA-Frauenrock, und Anne Haigis rundete mit sanftem und fetzigem Rock das Programm ab.

Bevor die Veranstaltung jedoch beginnen konnte, sorgte das Glockenläuten der Münsterbasilika für kurzfristigen Ärger. Die Moderatorin, Claudia Roth schaltete aber schnell, und sofort begann die Frauen-Samba-Gruppe mit Unterstützung des gesamten Platzes gegen den klerikalen Lärm zu trommeln. Nachdem noch einige Frauen versucht hatten, in die Kirche zu kommen und die ersten Farbeier flogen, hörte das Gebimmel dann endlich auf und es konnte losgehen.

Gudrun Hamacher wies darauf hin, daß der §218 in seiner Geschichte immer auch ein Klassenparagraph gewesen ist, da reiche Frauen immer einen Arzt finden konnten. Deshalb fordern die Gewerkschafterinnen eine Streichung des §218, "weil wir eine Entkriminalisierung der Frauen wollen." Über die Folgen des §218, die Kriminalisierung und die unglaublich frauenverachtende Behandlung vor Gericht berichtete Magdalena Federlin, die seit dem 26.4. nun in dritter Runde vor dem Memminger Landgericht steht. Der Richter des Bayrischen Obersten Landgerichts und zugleich Vorsitzender des Zentralkomitees der Katholiken Bayerns, war dem Revisionsantrag des Staatsanwalts gefolgt und hatte den Freispruch Magdalena Federlins aufgehoben. Wut, Empörung und Fassungslosigkeit seien an die Stelle der Rechtfertigung ihrer damaligen Entscheidung getreten. "Da werden viel bereitwilliger Richter, Staatsanwälte und sonstige Juristen bezahlt, als daß das Geld sinnvollerweise z.B. Frauen in Not bereitgestellt wird". Beinahe 100 Seiten juristischer Abhandlungen habe sie schon jetzt in den Händen. "Das ist die Folge des §218 - das macht aber nicht eine einzige Schwangerschaft ausgetragen und verhindert auch nicht einen einzigen Abbruch!" Daß in der herrschenden Abtreibungsdiskussion absurderweise die Frauen auch gar nicht vorkommen, darauf wies Conny Hühn hin. Sie wendete sich gegen einen abstrakten "Lebensbegriff", der "konkrete lebendige Frauen mit ihren unterschiedlichen Wünschen und Lebensperspektiven negiert." Sie sprach über die vielen Frauen, die ihre Schwangerschaft zumeist konfliktarm und schmerzarm beenden, einfach deswegen, weil sie zum Zeitpunkt ihrer Schwangerschaft keinen Kinderwunsch haben. Deshalb müsse eine Abtreibung "als normales

Ereignis im Leben einer Frau integriert" werden. Die meisten Probleme, die mit der Abtreibung hätten, würden erst durch ein repressives Klima, frauenverachtende Abtreibungsbedingungen und juristisch-bürokratische Verzögerungstaktiken erzeugt. Dagegen seien Verhütungs- und Abtreibungstechniken uralte "Kulturtechniken der Menschheit", die "dem Schutz der Sexualität und dem Selbstbestimmungsrecht von Frauen" dienen.

Grundsätzlich ging es den meisten RednerInnen um das Recht der Frau auf Selbstbestimmung und viele machten deutlich, daß sie sich auch mit einer Fristenregelung nicht zufrieden geben werden. Auch Monika Ganseforth (ASF) plädierte für das Recht der Frau auf Selbstbestimmung und gegen jede Strafandrohung. Sie vermied es allerdings zu erwähnen, daß die ASF in ihrem neuen Gesetzentwurf auf eine 22-Wochen-Frist setzt. Verena Krieger forderte dagegen "das Ende jeglicher staatlicher Reglementierung": "Unser Ziel ist mehr als nur die Übernahme der heutigen DDR-Realität in die BRD (...) Was wir brauchen ist eine gutes Angebot an freiwilliger Sexualberatung, was wir brauchen, sind ambulante Abtreibungsmöglichkeiten. Aber Fristen und Ärztekommissionen brauchen wir überhaupt nicht."

Daß die Fristenregelung auch für die Frauen in der DDR nicht ausreiche, befand auch Christina Schenk vom Unabhängigen Frauenverband, DDR. Sie plädierte zudem für einen gemeinsamen Kampf der deutsch-deutschen Frauenbewegung gegen den §218. So hatte es am gleichen Tag auch in der DDR Aktionen gegen die drohende Übernahme des §218 gegeben. Rund hundert Frauen hatten am Samstag morgen kurzfristig die Berliner Grenzübergänge am Brandenburger Tor und Potsdamer Platz blockiert. Aufgerufen hatten zu dieser Aktion der UFV, die PDS, ASF und das Bündnis 90/Grüne.

Insgesamt sprachen Frauen, die an diesem Tag nach Bonn gefahren waren, von einer gelungenen Aktion und die Veranstalterinnen waren des Lobes sicher. Die gute Stimmung wurde auch nicht durch die rund 500 Meter entfernt stattfindende Gegenaktion der "Aktion Lebensrecht" geschmälert, zu der zwischen 2.000 und 3.000 AbtreibungsgegnerInnen gekommen waren und auf der auch eine GRÜNE sprach.

Jetzt kommt es allerdings darauf an, noch vor den Wahlen zu einer intensiven Zusammenarbeit und gemeinsamen Aktionen mit den Frauen in der DDR zu kommen. Vorerst wird aber noch viel Diskussion nötig sein. Dazu bietet das nächste Treffen der §218-Gruppen am 7./8. Juli in West-Berlin, zu dem auch Frauen aus der DDR eingeladen sind, ein gute Gelegenheit.

Sy.

7. "Wir fordern Schutz des gewünschten Lebens" Auszüge aus der Rede von Christina Schenk (UFV)

Auszüge aus der Rede von Christina Schenk (Unabhängiger Frauenverband)

Rubrik: DDR-Linke; Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:29

Ich komme aus der DDR, bin Sprecherin des UFV, der seit Dezember 1989 besteht. Als wir im so hoffnungsvollen Herbst 89 darangegangen sind, die Idee von einer menschenfreundlichen, einer feministischen Gesellschaft konkret zu formulieren, ahnten wir nicht, daß wir ein halbes Jahr später um Dinge würden kämpfen müssen, die selbstverständlicher Teil der in vielen Aspekten auch positiven Lebenswirklichkeit von Frauen in der DDR waren.

Die regierenden Herren in Ost und West haben nun den nahezu bedingungslosen Anschluß der DDR an die BRD perfekt gemacht und wir - Frauen in Ost und West - müssen uns jetzt dieser Situation stellen, d.h. wir müssen mit allen Mitteln versuchen, den Schaden, der dabei angerichtet wird oder angerichtet werden kann, zu begrenzen.

Zum möglichen Schaden gehört für die DDR-Frauen die Übernahme des § 218 des Strafrechts der BRD; bzw. - mit Blick auf die deutsch-deutsche Vereinigung: zum Schaden gehört die Fortexistenz des § 218!

In der DDR haben wir seit 18 Jahren eine Fristenregelung, derzufolge eine Frau bis zur zwölften Schwangerschaftswoche völlig frei, also souverän darüber entscheiden kann, ob sie ihre Leibesfrucht zu einem Kind heranwachsen lassen will oder nicht.

Wir fordern im mindesten die Geltendmachung dieser Regelung für das geeinte Deutschland! Der nächste Schritt muß eine weitere Liberalisierung dieser Fristenregelung sein! Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ist unverzichtbares Element des Selbstbestimmungsrechts der Frau.

Die Haltung zum Recht der Frau auf ihren Körper ist quasi die Nagelprobe in der "Frauenfrage" schlechthin: Die Gretchenfrage lautet: Sag' mir, wie Du zum Recht der Frau auf selbstbestimmte Schwangerschaft stehst und ich sage Dir, was Du von Frauen hältst! - Hier gibt es keine Grauzone, sondern nur eindeutige Antworten: Entweder werden Frauen als Gebärmaschinen angesehen und damit instrumentalisiert oder sie gelten als mündige Menschen mit dem selbstverständlichen Recht auf Selbstbestimmung.

In der Abtreibungsfrage geht es entgegen dem Schein nicht um die Kinder, sondern um patriarchale Macht, um die Verfügungsgewalt über die Gebärfähigkeit, die je nach politischem Interesse der Herrschenden "verwaltet" werden soll! Ginge es wirklich um den Schutz des ungeborenen Lebens, stünde im Vordergrund die Analyse der Gründe für eine Abtreibung und auch eine Analyse der Umstände, die dazu führen, daß Frauen ungewollt schwanger werden. Es sind unerwünschte Wahrheiten, die da ans Licht kommen würden - angefangen bei den gesellschaftlichen Bedingungen in sozialer, politischer, kultureller und ökologischer Hinsicht bis hin zum Umgang von Männern mit ihrer Zeugungsfähigkeit.

Wir fordernden Schutz des gewünschten ungeborenen Lebens, indem der künftige deutsche Staat Bedingungen schafft, unter denen jede Frau, die ein Kind will, diesen Wunsch auch ohne Ängste, Konflikte und Bedrohungen verwirklichen kann.

In der DDR stehen wir jetzt als Folge des deutsch-deutschen Vereinigungstaumels, in dem die Vernunft kaum eine Rolle mehr spielt, vor einer Massenarbeitslosigkeit, die in erster Linie Frauen treffen wird, vor existentieller sozialer Unsicherheit und vor allgemeiner Zukunftsunsicherheit.

Elementare Existenzangst hat in der letzten Zeit die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche drastisch ansteigen lassen - nachdem sie seit 1972, als wir das gesetzlich verbriefte Recht auf Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft bekamen, von Jahr zu Jahr gesunken ist. Dies zeigt deutlich, in welchen Zusammenhängen die Abtreibungsfrage wirklich steht!

Wir fordern eine Verpflichtung des neuen deutschen Staates, alles dafür zu tun, daß insbesondere soziale Bedingungen so gestaltet werden, daß keine Frau mehr zu Angst um ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder eine Abtreibung vornehmen lassen muß!

Dazu gehört vor allem die Möglichkeit für jede Frau, eine ökonomisch selbständige Existenz zu führen, nicht abhängig zu sein vom Partner, soziale Sicherheit, das Recht auf menschenwürdigen und bezahlbaren Wohnraum, eine gesunde Umwelt, die Existenz von Kinderbetreuungseinrichtungen, die bedarfsdeckend und finanziell erschwinglich bereitzustellen sind, und im Grunde gehört dazu die Abkehr von einer Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft, in der für Kinder kaum Platz ist.

Wir fordern weiter, daß das Selbstbestimmungsrecht der Frau, wozu unter anderem das Recht auf Schwangerschaftsabbruch gehört, in der Verfassung des geeinten Deutschland verankert wird.

Der Kampf gegen den § 218 wird zum ersten gemeinsamen Kampf der deutsch-deutschen Frauenbewegung!

Und wir werden nicht aufhören mit diesem Kampf, bis dieser Paragraph eliminiert worden ist und die Menschenwürde der Frau endlich respektiert wird.

8. Die Chance für eine grundlegend neue Regelung Auszüge aus der Rede von Horst Theissen

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:30

Ein Blick in die Geschichte des § 218 zeigt uns unmißverständlich und schonungslos: seit dem Inkrafttreten dieses Paragraphen 1871 ging es nie um das werdende Leben als selbständiges und schützenswertes Gut schlechthin. Wenn Staat, Kirche, Wirtschaft, Justiz und Ärzteschaft von ihrer Verantwortung gegenüber dem werdenden Leben sprachen, hatten sie allein machtpolitisches, ökonomisches und patriarchales Anspruchs- und Machtdenken im Sinn. Es ging und geht ihnen nach wie vor ausschließlich um Verfügbarkeit über Menschen, um den Zugriff auf Menschen zu vordergründigen Zwecken.

Die Versuche, Frauen mit diesem "Schandparagraphen" (Friedrich Wolf) zu bevormunden und zu entmündigen, sind gescheitert. Alfred Döblin, Schriftsteller und Arzt, hat es so definiert: "Es handelt sich bei dem § 218 um die Äußerung eines fremden, anmaßenden und längst nicht mehr legitimierten Herrschaftswillen über die Menschen, das "Volk". Und Else Kienle formulierte es kurz so: "Die Gesetze des Lebens sind nicht die Gesetze der Menschen".

Welches Recht einer besonders hochstehenden Moral nehmen wir Deutsche eigentlich für uns in Anspruch, diese rigide Gesetzgebungspraxis bezüglich des Schwangerschaftsabbruchs zu begründen und auszuüben? Sind etwa die Moralgesetzte der meisten europäischen Staaten verbrecherisch und mörderisch, nur weil sie das selbstverständliche Recht einer Frau, in der persönlichsten aller Entscheidungen selbst zu entscheiden, respektieren und schützen? Nach der Logik des Memminger Prozesses und Urteils ist allen Staaten und Gesellschaften, die sich auf die Fristenlösung verständigt haben, jedwede Moral abzusprechen.

Ist das europäische Parlament von allen guten Geistern verlassen, wenn es in einer Entschließung zu der Auffassung kommt, daß der erneuten Verurteilung und Verfolgung von Frauen und Ärzten, die freiwillige Schwangerschaftsabbrüche in Ländern wie Spanien und der BRD vornehmen, begegnet werden muß? Und daß Frauen in der gesamten EG das Recht auf Selbstbestimmung über ihr eigenes Leben zugestanden werden muß, also auch das Recht, sich zwischen Elternschaft und Abbruch einer unerwünschten Schwangerschaft zu entscheiden? Gleichzeitig kritisiert es in derselben Entschließung die Aktivitäten von Lebensschutz-Vereinigungen, die das Thema "freiwilliger Schwangerschaftsabbruch" auf geschmacklose Art für weltanschauliche Zwecke ausschlachten.

Nein, angesichts der Entwicklung in Europa ist eine solche gespenstische "am deutschen-Wesen-soll-die-Welt-genesen- Mentalität" anachronistisch und eher peinlich. Dabei steht dem Anspruch der Hüter von Sitte und Ordnung in den eigenen Reihen ein eklatanter Mangel an Selbstreflexion über sittliche Normen und Gesetze gegenüber, wie sich jetzt wieder aktuell in der Diskussion um die deutsche Vereinigung zeigt: Daß wir das leistungsfähigere Wirtschaftssystem haben, qualifiziert uns noch nicht zu "besseren" Menschen. Und die wirtschaftliche Überlegenheit gibt uns nicht das Recht, unsere Rechtsordnung der DDR aufzuzwingen. Deren Bevölkerung hat sehr wohl einen Anspruch auf Respekt vor ihren selbst entwickelten Lebensvorstellungen. Insbesondere können wir von ihrer Familienpolitik noch einiges lernen, vor allem die Achtung vor der Entscheidung der Frau, ob sie eine Schwangerschaft austragen will oder nicht. Diese Chance, die uns ohne unser Verdienst zuteil wurde, müssen wir zu einer grundlegend neuen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs nutzen.

9. Interview mit Gregor Gysi, PDS-Vorsitzender aus dem GAL-Rundbrief 4/90

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/59.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:59

Mit Blick auf künftiges gesamtdeutsches Wirken ist die PDS offenbar bemüht, den Kritiken aus der BRD-Linken entgegenzukommen und sich ein radikaleres, dezidiert antikapitalistisches Profil zu geben. Diesen Aspekt stellt das "Neue Deutschland" (18.6.) in seiner Berichterstattung über die Tagung des Parteivorstands am 16.-17. Juni in den Vordergrund, wie schon die Überschrift ausdrückt: "Kein Frieden mit dem Kapital".

Die PDS stehe, so Hans Modrow, "als linke sozialistische Kraft in fundamentaler Opposition zum kapitalistischen Konzept der Lösung globaler Menschheitsprobleme." (ND, 18.6.) Klingt das nicht fast wie "Fundamentalopposition"? - Gregor Gysi knüpfte an die schon bei der letzten PV-Tagung gegebene Einschätzung an, daß die "Rekapitalisierung" der DDR anstehe und daß die PDS sich von der Illusion trennen müsse, die DDR könne noch in sozialistischem Sinn erneuert werden. "Die Partei brauche also eine neue Programmatik, eine neue Identität. Es müsse gegenüber dem Kapitalismus anders gedacht werden als im Januar/Februar, als noch überlegt wurde, was man an Gutem für die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR übernehmen könne. Neu stehe damit auch die Stellung der PDS zur Sozialdemokratie, die ja prinzipiell ihren Frieden mit dem Kapital geschlossen habe. 'Den werden wir nicht schließen können', sagte Gysi." (ND)

Dem ND-Bericht ist nicht zu entnehmen, ob der Parteivorstand bei seiner Juni-Tagung zu neuen praktischen Entscheidungen in den offenen Fragen von West-Ausdehnung und Wahlbündnis gekommen ist, oder welche Widersprüche fortbestehen. Außer der stichwortartigen Wiedergabe einzelner Diskussionsbeiträge wurde im ND nur ein Redebeitrag (gekürzt) abgedruckt: das Referat von Jochen Willerding, der Mitglied des PDS-Präsidiums ist. Dieser Text enthält interessante, deutliche und entschiedene Aussagen, die von der PDS in dieser Weise bisher nicht öffentlich formuliert worden waren. Leider ist dem ND der Stellenwert von Willerdings Referat nicht zu entnehmen. Sprach er im Namen des Parteivorstands oder einer PV-Mehrheit? Der Umstand, daß nur dieser eine, stark profilierte, Text im ND abgedruckt wurde und daß von kontroversen Reaktionen auf Willerdings Thesen nicht die Rede ist, scheint dem Referat einen "offiziellen" Charakter zu geben.

"Es wird auf absehbare Zeit nicht möglich sein, eine bedeutende Linke in Deutschland zu formieren, wenn es nicht gelingt, als Teil der vielfältigen linken Bewegungen und Gruppierungen eine sozialistische Partei zu schaffen beziehungsweise eine solche im deutschen Einigungsprozeß einzubringen." - Die PDS, so Willerding, könne diese Partei sein. "Sie verfügt über alle dazu notwendigen Voraussetzungen", aber offenbar doch nicht ganz, denn sie müsse erst noch ein "gesamtdeutsches Profil" gewinnen. Dies betreffe ihre Programmatik ebenso wie ihre "öffentliche politische Ausstrahlungskraft" auf das Gebiet der BRD. Ein solches "gesamtdeutsches Herangehen" werde für die PDS jetzt "unumgänglich". Denn: "Die Eingrenzung ihres Wirkungsbereiches auf das DDR-Territorium würde die PDS in absehbarer Zeit in eine unbedeutende politische Gruppierung verwandeln."

Einen entscheidenden Stellenwert hat für Willerding die Beteiligung an der ersten gesamtdeutschen Wahl: "Wenn die Linke im künftigen Parlament nicht vertreten ist, wird es auf längere Zeit in Deutschland keine politisch bedeutungsvolle Linke geben." - Die Entscheidung über die konkrete Form der Wahlbeteiligung der PDS solle im September/Oktober fallen. "Begrüßenswert wäre die Bildung einer Linken Liste in der Bundesrepublik, die bereit wäre, mit uns ein Wahlbündnis einzugehen. Gleichzeitig sollte in einem längeren Prozeß die Herausbildung von Büros und Basisorganisationen der PDS von unten gefördert werden."

Der Parteivorstand hatte bereits im Mai grünes Licht für die Bildung von PDS-Freundeskreisen und für die Einrichtung von PDS-Kontaktbüros in der BRD und Westberlin gegeben. In der PDS-Führung scheint Konsens zu herrschen, daß - zumindest als Zwischenschritt - der Aufbau eigener Parteistrukturen in der BRD und Westberlin angestrebt wird. Diese Orientierung wird offenbar auch von denen mitgetragen, die die PDS als künftigen Teil eines erheblich breiteren Neugruppierungsprozesses der Linken begreifen und ohne Führungsanspruch einbringen wollen.

Andererseits tut die PDS bisher sehr wenig, um die abstrakt beschlossene Arbeitsaufnahme in der BRD in Politik umzusetzen. Ihre Herangehensweise und ihr Selbstverständnis, wie es sich beispielsweise auch im

"Neuen Deutschland" widerspiegelt, sind immer noch total DDR-fixiert. (Tatsächlich wurde in einigen Phasen der Honecker-Ära im ND und in internen SED-Publikationen aufmerksamer nach Westen geblickt als heute.)

Die PDS hat, wie schon erwähnt, in letzter Zeit einige sehr deutliche Signale in Richtung der Radikalen Linken der BRD ausgesendet. Besonders im Zusammenhang mit der drohenden Enteignung der PDS waren sehr radikale Töne gegen ein imperialistisches Deutschland, aber auch gegen die führende Rolle der SPD in diesem Prozeß, zu vernehmen. Da wurde auch an Schmerzliches gerührt, wie an die Rolle der SPD bei der Bewilligung der Kriegskredite 1914 und ihre Rolle bei der Niederschlagung der revolutionären Ansätze nach dem November 1918.

Andererseits gibt es nach wie vor Äußerungen aus der PDS-Spitze über die "Fülle von Gemeinsamkeiten", die die PDS angeblich mit Sozialdemokraten und Grünen hat. Es steht immer noch das Wort von Gysi, daß die PDS ein "partnerschaftliches Verhältnis" zur SPD anstrebt. Jede Äußerung von sozialdemokratischer Seite, die nicht ein direkter Faustschlag ins Gesicht ist, wird im ND dankbar registriert.

Dieser Bündnis-Spagat zwischen den Extremen des linken Spektrums in der BRD enthält die Gefahr, daß die PDS sich nach allen Seiten hin unglaubwürdig macht. Es wirkt einfach nicht seriös, wenn Gysi eben noch scharf vor den Risiken eines geeinten Deutschlands warnt (siehe z.B. ND vom 6. Juni), und wir zwei Wochen später - anscheinend hat sich inzwischen die Aufregung über die Enteignungsdrohung schon wieder etwas gelegt? - als ersten Satz einer Erklärung von Parteivorstand und Volkskammerfraktion der PDS lesen müssen: "Die PDS versteht sich nicht als Sand im Getriebe der deutschen Einheit, aber sie besteht darauf, diesen Prozeß mitzugestalten." (ND vom 21. Juni) - Die Erklärung ist übrigens im weiteren nicht so schlecht, wie die devote Einleitung befürchten läßt, aber gerade deshalb kann man wohl fragen, was mit solchen Verbeugungen bezweckt wird.

Kt., Hamburg

10. Die PDS soll enteignet werden

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/58.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:58

Die BILD hatte es schon seit Wochen fast täglich gefordert. Für die SPD war es ein Hauptpunkt ihrer Nachbesserungswünsche zum Staatsvertrag. Gregor Gysi hatte es noch Mitte Mai für nicht nur undemokratisch, sondern auch "unreal" gehalten: die Enteignung der PDS. Am 31. Mai verabschiedete die Volkskammer der DDR auf Antrag der DSU im Eilverfahren einen Beschluß zu Parteivermögen und ein Gesetz zur Veränderung des Parteiengesetzes. Durch Beschluß und Gesetz wird eine "unabhängige" Regierungskommission eingesetzt, die bis zum 30. Juni einen "Bericht über die Vermögenswerte aller Parteien und der mit ihnen verbundenen Organisationen, juristischen Personen und Massenorganisationen der DDR im In- und Ausland" erstellen soll. Der Bericht soll alle Vermögenswerte, Erwerbungen, Veräußerungen usw. seit dem 8. Mai 1945 erfassen, "insbesondere" auch eine "Vermögensübersicht nach dem Stand vom 7. Oktober 1989 über die seitdem erfolgten Veränderungen", inclusive Unternehmensbeteiligungen und Geschäftsverbindungen. Die Parteien, Organisationen usw. sind gegenüber der Kommission vollständig rechenschaftspflichtig und müssen sämtliche Unterlagen zur Verfügung stellen. Die Kommission hat das Recht, "entsprechend den Verfahrensregeln der Strafprozeßordnung" Zeugen zu vernehmen, Wohnungen durchsuchen und Beschlagnahmungen vornehmen zu lassen.

Zweitens wird das gesamte Vermögen der Parteien, Organisationen usw. (einschließlich Gebäuden, Grundstücken, Erträgen aus Verkäufen) der "treuhänderischen Verwaltung" durch die Regierungskommission unterstellt. Die betroffenen Parteien usw. dürfen "Vermögensveränderungen" nur noch mit Zustimmung des Kommissionsvorsitzenden vornehmen. Gysi interpretierte das so, daß die PDS künftig für jedes Plakat eine Ausgabenbewilligung brauche. (taz, 2.6.)

Drittens hat die Kommission auch den Auftrag, "ein gesetzliches Verfahren vorzubereiten", mit dem "Vermögenswerte zugunsten gemeinnütziger Zwecke eingezogen werden können".

Beschluß und Gesetz enthalten keine Anhaltspunkte, nach welchen Kriterien Parteivermögen oder Vermögensteile beschlagnahmt werden sollen. In der Volkskammer war von Autoren und Befürwortern der Anträge zu hören, es gehe ihnen lediglich um "ungesetzlich", "unrechtmäßig" erworbenes Eigentum; doch weigerten sie sich, eine entsprechende Formulierung in die Beschlüsse aufzunehmen. Stellvertretend für alle diese Biedermänner plapperte SPD-Finanzexpertin Matthäus-Maier fröhlich heraus: "Das Vermögen muß eingezogen werden". (Hamb. Abendblatt, 8.6.) Gewürzt mit einem kräftigen Schuß sozialer Demagogie hatte die Sozialdemokratin ihre Forderung auch schon vor der Volkskammer-Sitzung vertreten: "Was SED und Blockparteien in 40 Jahren zusammengerafft haben, müssen sie rausgeben. Das Geld könnte man gut für Strukturhilfen brauchen. Unerträglich wäre es, wenn die Unterdrücker von gestern auf ihrem Vermögen sitzenblieben und der bundesdeutsche Steuerzahler zahlen müßte." (Bild, 28.5.) - Die DSU als verlängerter Arm der SPD?

Einen Tag vor den Volkskammer-Beschlüssen war bereits kurzerhand und ohne großen Protest die Enteignung der FDJ über die Bühne gegangen: Die DDR-Ministerin für Jugend und Sport, CDU-Mitglied, gab die Gründung einer "Stiftung Demokratische Jugend" bekannt, der das "Konto junger Sozialisten" mit 40 Millionen Mark sowie sämtliche sonstigen Vermögenswerte der alten FDJ zur Verfügung gestellt wurden. Zum Geschäftsführer der Stiftung wurde von der CDU-Ministerin ein Patrick Schneider ernannt, der am 30. Mai bei der FDJ-Vorsitzenden Schröder erschien, um die Herausgabe aller FDJ-Unterlagen zu verlangen. Pech für Schneider: die Szene wurde im DDR-Fernsehen gezeigt, Zuschauer erkannten ihn als Stasi-Mann (Rang: Feldwebel) wieder. Seine neue Karriere als Geschäftsführer einer millionenschweren "Stiftung" war damit gleich wieder beendet.

Die PDS hatte einen Zugriff auf ihr Vermögen seit Monaten befürchtet. In der Absicht, sowenig Angriffsflächen wie möglich zu bieten, hatte die PDS-Spitze schon im Januar beschlossen, alle Eigentumsteile, die rechtswidrig erworben worden waren oder wo die Rechtslage nicht eindeutig war, "in Volkseigentum zu überführen", d.h. dem Staat zu übergeben. Das betraf als dicksten Brocken die Zentrag mit einem Verlagsimperium, zahlreichen Druckereien und diversen Sozialeinrichtungen. Bilanzvermögen: 2,6 Milliarden Mark. Insgesamt wurden Betriebe und Einrichtungen mit einem Gesamtvermögen von über 3 Milliarden Mark abgetreten. Anscheinend nicht ohne interne Widersprüche. Gysi: "Inzwischen muß ich mit dem Vorwurf leben,

daß die Abgaben der finanziellen und materiellen Fonds durch die Partei das Verlangen anderer nach unserer Enteignung nur bestärkt haben, denn bis dahin gab es kaum solche Forderungen. Nach wie vor bin ich jedoch davon überzeugt, daß unsere Entscheidungen richtig und ethisch gerechtfertig waren." (nach ND, 29.5.) Die PDS hat heute nach eigenen Angaben auf ihren Konten noch ein Vermögen von 1,08 Milliarden Mark, wovon 880 Mio. Mark zentral verwaltet werden, während der Rest in der Zuständigkeit von Bezirks-und Kreisleitungen liegt. Nach der Währungsumstellung würde sich, sofern man der PDS ihr Vermögen ließe, das Guthaben auf die Hälfte reduzieren, bei gleichbleibenden Ausgaben für Löhne, Ruhestandsgelder usw. Bei derzeit noch 350.000 Mitgliedern - vor der "Wende" waren es 2,3 Millionen - und rund 10.000 hauptamtlichen MitarbeiterInnen (früher 44.000) übersteigen nach Angaben Gysis schon jetzt die Ausgaben "um ein Vielfaches" die Einnahmen, zumal rund 100.000 Mitglieder keine Beiträge zahlen. Eine Beschlagnahme des PDS-Vermögens würde, soviel scheint leider sicher, den finanziellen Bankrott und den organisatorischen Zusammenbruch der Partei bedeuten. Darüber kann das Wortgetöse der PDS, sie werde eine Enteignung "nicht hinnehmen", und ihr Widerstand könnte "unabsehbare Folgen" haben, auch nicht hinweghelfen.

Der PDS-Vorsitzende hatte sich, anscheinend vorgewarnt, noch zwei Tage vor der Volkskammersitzung mit einem Offenen Brief im ND an die SPD in der DDR und der BRD gerichtet. Darin befaßte er sich ausführlich - und hinsichtlich der SED-Vergangenheit auch selbstkritisch - mit der Vernichtungspolitik der SPD gegen die PDS. Fast die Hälfte des Textes argumentierte gegen die drohende Enteignung, deren Ziel in der Liquidierung der PDS bestehe. Zutreffend wurde die Absicht, eine Konkurrentin mit einem erheblichen politischen Potential zu beseitigen, als Hauptmotiv der SPD benannt. Verbunden mit der bekannten und noch nie erfolgreichen Warnung an die SPD: sie werde schon sehen, was sie davon hat; am Ende werde es sie selbst treffen.

Nach den Volkskammer-Beschlüssen stellte Gregor Gysi fest: "Die Befürchtungen der Europäer und darüber hinaus vieler Menschen in der Welt vor diesem geeinten Großdeutschland beginnen Bestätigung zu finden. Das politische Ziel besteht darin, klarzumachen, daß in einem geeinten Deutschland kein Platz für eine linke sozialistische Partei ist. Ganz egal, wie sie heißt, ganz egal, woher sie kommt. Es sei denn, sie ist völlig bedeutungslos. Das Ganze ist auch ein Schritt gegen die Politik der Perestroika Gorbatschows. Denn es geht doch darum, die Liberalisierung in Osteuropa zur Vernichtung der Möglichkeiten sozialistischer Kräfte zu nutzen." (ND, 2.6.)

Bemerkenswert, und in diesem Ausmaß wahrscheinlich für die Herrschenden unerwartet, war die Solidarisierung aus dem übrigen Oppositionsspektrum. So sprachen auf der Berliner Protestkundgebung am 2. Juni auch Mitglieder des Neuen Forums, der DDR-Grünen und der Vereinigten Linken. Als wohl typisch für das problematische Verhältnis dieses Teils der Opposition zur PDS sei Klaus Wolfram vom Neuen Forum zitiert: "Die Enteignung unrechtmäßigen Eigentums der SED und aller Blockparteien war eine unserer ältesten Forderungen." In der jetzigen Form der Verwirklichung könnten sie aber diese ihre Forderung nicht mehr wiedererkennen. Vielmehr richte sich das Vorgehen der Volkskammer "kaum verhüllt gegen einen Teil der linken Opposition, die vielleicht den sozialen Protest, der sich spätestens im Herbst gegen die jetzige Form der Vereinigung Deutschlands erheben wird, mit artikulieren wird". Dagegen gelte es, gemeinsam zu arbeiten, denn sonst drohe die Gefahr, daß eine Oppositionsgruppe nach der anderen ausgeschaltet wird. (nach ND vom 5.6.)

Die Radikale Linke der BRD stimmte auf ihrem Kongreß in Köln einer - nebenstehend in der Endfassung abgedruckten - Solidaritätsresolution zu, nachdem am ursprünglichen Entwurf etliche Amputationen vorgenommen worden waren. So durfte beispielsweise folgender Satz nicht stehenbleiben: "Die Herrschenden verrechnen sich aber völlig, wenn sie darauf setzen, uns voneinander zu isolieren, um uns dann einzeln zu zerschlagen." - Als anstößig galt den KritikerInnen tatsächlich das kleine Wörtchen "uns", das eine Gemeinsamkeit mit der PDS ausdrücke, zu der man/frau sich denn doch nicht bekennen wollte. (Die DDR-Opposition hat da weniger Probleme. Unter einer Diktatur lernt man eher, sich übersteigertes Abgrenzungsgehabe abzuschmin ken und auf eine gemeinsame Bedrohung auch mal gemeinsam zu reagieren, ohne deshalb gleich alle Widersprüche zu verwischen.)

Das "Neue Deutschland" verhielt sich nicht weniger kleinkariert: die Resolution der Radikalen Linken, vermutlich der einzige Text dieser Art aus der BRD und nicht gerade ellenlang, wurde nicht wörtlich wiedergegeben, sondern (am 7.6.) in 15 Zeilen knapp zusammengefaßt. Dabei verschwand die gesamte Kritik an der SPD, ebenso wie der Hinweis auf die "aggressiv-expansionistische Außenpolitik" der BRD.

Platzmangel? Nun ja, ein kritischer Artikel der "Süddeutschen Zeitung" zum gleichen Thema war dem ND am 6. Juni immerhin über 100 Zeilen wert gewesen.

Kt., Hamburg

11. Brot und Bücher - Große Studentendemo vor der Volkskammer von Antje Moeschk/DDR

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Jugend und Studenten; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:05

Student/innen erhalten in der DDR ein Stipendium von 200 Mark. Seit März diesen Jahres bemühten sie sich in Hinblick auf die Währungsunion immer wieder um eine Erhöhung des Stipendiums. Bisher erfolglos. Der von Bildungsminister Meyer eingebrachte Vorschlag einer Erhöhung der Stipendien auf 350 Mark/DM wurde von Finanzminister Romberg abgelehnt. Statt dessen besteht der Plan der Einführung einer Bafög-Regelung, die die finanzielle Unterstützung der Student/innen vom Einkommen der Eltern und/oder Ehegatten abhängig macht. Dafür ist ein Nettofreibetrag von 1900 DM bei beiden Eltern und Ehepartner/in festgesetzt. Das hieße, daß mehr als die Hälfte der Student/innen ab September keinen Pfennig mehr bekäme.

Schon seit Mai läßt sich aufgrund der sprunghaften Preiserhöhungen und des Subventionsabbaus von 200 Mark im Monat nicht mehr leben. Ab 1. Juli aber wird das Existenzminimum in der DDR (laut Bericht des DIW 17/90 vom 26.4.1990) 650 DM betragen (in der BRD 700 DM). Es ist nicht schwer zu erkennen, wieviele von uns darunter liegen werden. Den Arbeitslosen wird eine Unterstützung von 495 DM gewährt. Hinzu kommen die Rentner/innen mit 495 DM Rente und die Student/innen mit bisher nicht feststellbarem Einkommen (die Entscheidung darüber wurde von der Regierung in die Sommerferien verlegt). Heißt das, daß künftig Zweidrittel bis Dreiviertel der DDR-Bevölkerung unterm Existenzminimum leben werden?

Die Student/innen wollen nicht bis zum Sommer auf eine Entscheidung warten, da sie sich in der Ferienzeit nicht organisiert zur Wehr setzen können. Auch ist eine Stip-Regelung mit Beginn des neuen Semesters im Oktober unzureichend, da das Preissystem bereits ab 1. Juli von der BRD übernommen wird.

Aus diesem Grunde protestierten am Donnerstag, dem 7.6.90, über 10.000 Student/innen aus der ganzen Republik mit einem Sitzstreik vor der Volkskammer in Berlin. Sie verlangten eine Erhöhung des Grundstipendiums auf 500 DM. Mit Transparenten wie Studien-Lust statt Stip- Frust oder Brot und Bücher zogen die Demonstrierenden um 8.30 Uhr vors Bildungsministerium und dann zum Palast der Republik, in dem die Volkskammer ihren Sitz hat. Seit dort allerdings das sogenannte "erste freigewählte Parlament" tagt, seit März 1990 also, ist während der Sitzungen die Umgebung der Volkskammer polizeilich abgeriegelt und der Verkehr umgeleitet. Trotz beschwichtigender Aufrufe der Demoleitung (des Republik-Sprecherrates der Studentenräte der Hochschulen und Universitäten) durchbrachen die aufgebrachten Student/innen den Eisenzaun und die Polizeikette der Bannmeile und blockierten in einem Sitzstreik die Eingänge zur Volkskammer. "Seit wann gibt es im 20. Jahrhundert eine Bannmeile, die das Volk von der Volkskammer trennt! Dies ist der Palast der Republik" riefen sie.

Über Megaphon forderten mehrere Sprecher/innen der verschiedenen Hochschulen des Landes die Abgeordneten auf, die Tagesordnung zu ändern und noch heute eine klare Antwort zu geben. Seit März habe man auf dem Verhandlungswege vergeblich versucht, die Regierung zu einer Stellungnahme zu bewegen. "Heute bitten wir nicht mehr. Wir sind kein Bittstellerverein. Heute fordern wir unser Recht. Es ist uns zu dumm, wir fordern mehr Stipendium."

Der Rektor der Humboldt-Universität, Prof. Fink, erklärte sich mit den Student/innen solidarisch und bekräftigte ihre Forderungen. Es gelang, eine Abordnung von etwa einem Dutzend Studierenden in den Plenarsaal zu schicken, die dort das Anliegen der Sitzstreikenden vorbringen sollten. Sie brachten am Geländer der Zuschauertribüne Transparente an und ließen Handzettel auf die Abgeordneten niederregnen. Daraufhin wurden sie des Saals verwiesen. Die Polizei notierte ihre Personalien und beschlagnahmte die Transparente.

Draußen skandierte die Masse: "Romberg raus!" und "Werte Abgeordnete, wir trauen uns zu, mit 10% ihres Gehaltes auszukommen - 500 Mark Stip!" Es kamen vereinzelte Abgeordnete ans Mikrophon und versuchten, die Student/innen zu beschwichtigen mit den klassischen Abwiegelungsformeln: "Nehmt Vernunft an. Ihr rennt offene Türen ein. Laßt die Abgeordneten nur machen, sie werden das schon in einer angemessenen Form für euch regeln, aber nicht heute." (SPD)

Bildungsminister Meyer gab dem Finanzminister die Schuld: "Er rückt keinen Pfennig dafür raus." Romberg dagegen schob die Schuld auf Meyer und entschuldigte sich mit der schwierigen Finanzlage der DDR. Er habe aber (natürlich!) Verständnis für unsere Probleme. Doch es sei nun nötig, eine neue Art von Solidarität zu üben. Die Student/innen honorierten ihn mit Gelächter und überreichten ihm und de Maiziére einen vorbereiteten Scheck über 200 Mark mit der Aufforderung, Solidarität zu üben und zu versuchen, einen Monat wie ein Student zu leben, am besten im Wohnheim im Fünf-Bett-Zimmer, damit ihre Entscheidung über die Höhe der Stipendien von Sachkompetenz und intimer Kenntnis der Problemlage getragen wird. Sie hatten auch Vorschläge, wie das nötige Geld für erhöhte Stipendien zu beschaffen sei:

"Was haltet ihr von der Losung: Stasi-Renten für Studenten."

"Ich bin dafür, die Mittel, die dazu aufgewendet werden, überall die Symbole Hammer und Sichel und das DDR-Emblem abzumontieren, zur Finanzierung der Stipendien zu verwenden."

"Die Diäten für die Abgeordneten betragen zusammen im Jahr rund 300 Millionen Mark. Ich glaube, so viel brauchen sie nicht. Die Abgeordneten, die 5900 Mark verdienen, könnten so etwas wie Sozialpartnerschaften für je zehn Studenten übernehmen."

"Armee abschaffen! Umlenkung des Solds in Stipendien. Kasernen zu Wohnheimen."

Der Abgeordnete Börner (PDS) bemerkte: "Es hat sich hier eine eigentümliche Demokratie eingebürgert, wo die Opposition sehr schwach ist. Und deshalb kommt es darauf an, die Opposition mit außerparlamentarischen Mitteln zu unterstützen."

Konrad Weiß (Bündnis 90) setzte diesen Gedanken fort: "Wir sind leider nur 20 Abgeordnete und können nicht viel ausrichten. Aber ich möchte euch bitten: Geht nicht nur auf die Straße, wenn es um euer Geld geht. Geht auch, wenn es um die Verfassung geht. Nur mit eurer Hilfe können wir in der Volkskammer etwas für euch tun."

Ein CDU-Abgeordneter erwiderte: "Ich finde, dies ist eine übertriebene Diskussion. Es ist doch Heuchelei und es kann nicht die Rede davon sein, daß die Studenten in den Sommermonaten mit 200 Mark hungern würden." Er erntete eine Welle der Empörung, die seine weiteren Sätze übertönte. Niemand war bereit, ihn länger anzuhören.

Innenminister Diestel trat ans Megaphon: "Meine Damen und Herren Studenten, sie stören die parlamentarische Ordnung. Es ist nicht zulässig, ein freigewähltes Parlament unter Druck zu setzen und in seiner Entscheidungsgewalt einzuschränken. Das stört die Demokratie. Ich wende mich in diesem Sinne vor allem an die Jurastudenten."

Pfeifkonzerte erhoben sich. Ein Student löste Diestel ab: "Wir sind nicht hier, um uns verarschen zu lassen. Ich habe das Gefühl, daß die Abgeordneten uns nicht ernstnehmen. Sie denken, sie haben eine Wählerschaft von zwölf Millionen hinter sich und da brauchen sie uns paar tausend Studentenhanseln hier nicht zu beachten. Aber ich warne Sie, wenn die Arbeiter in zwei Monaten hoffentlich erkennen, wen sie da eigentlich gewählt haben, dann werden wir uns mit ihnen solidarisieren und gemeinsam auf die Straße gehen, und dann wird das ganze Volk hier an dieser Stelle stehen."

Rektor Fink ergänzte: "Und, meine Herren Abgeordneten, denken Sie daran: die Studenten stellen auch eine reale Potenz dar. Eine revolutionäre Potenz!" Stürmischer Applaus und Rufe der Begeisterung folgten. Eine Studentin war zu hören: "Kommilitoninnen und Kommilitonen! Da uns die Abgeordneten nicht ernst nehmen, schlage ich vor, den Plenarsaal zu besetzen." Es war, als hätten alle darauf gewartet. Sie sprangen sofort auf, drängten zum Eingang und skandierten: "Wir wollen rein!" Doch die Polizeiketten wurden verstärkt und die Türen verschlossen. Abgeordnete kamen herbeigelaufen und bemühten sich, die Demonstrierenden zu beschwichtigen mit dem Angebot, mit einer Abordnung von 10 bis 15 Leuten von uns im Haus der Parlamentarier zu diskutieren. Die aggressive Stimmung flaute wieder etwas ab. Studentenräte riefen immer wieder zur Gewaltlosigkeit auf. Gegenrufe: "Die Gewalt haben die anderen." Noch einmal versuchten mehrere hundert Student/innen, auf der anderen Seite in den Palast einzudringen. Ebenfalls erfolglos. Daraufhin fuhren mehrere Mannschaftswagen mit schwerbewaffneter Bereitschaftspolizei auf, kamen aber nicht zum Einsatz.

Diese Demonstration hat gezeigt, daß es Grenzen des gewaltfreien Protestes gibt. Denn wenn einer friedlichen Bewegung, die Konfliktpotential darstellt, mit anhaltender Ignoranz entgegengetreten wird, so ist das die Demonstration von Macht und damit eine Form von Gewalt. Diese passive Gewalt provoziert eine Entwicklung der Bewegung in Richtung Gewalt.

Die Student/innen haben während des Sitzstreiks gelernt, daß sie in friedlichem Protest und mit Bitten nichts erreichen konnten und also zu konfliktaustragenden Maßnahmen übergehen müssen (wie z.B. Besetzung des Plenarsaals). Der Prozeß ihrer Radikalisierung innerhalb weniger Stunden hat besonders die Funktion und Notwendigkeit von Übergangsforderungen verdeutlicht, die erst zur Förderung der Stürmung der Kammer und zu der Identifizierung der Studentenmassen mit dieser Forderung führen konnten.

Aus dem Gespräch im Haus der Parlamentarier wurde eine Podiumsdiskussion mit wahllos aus der Menge herausgegriffenen Leuten, es waren nicht einmal Minister anwesend. Natürlich ein Manöver und ergebnislos.

Konrad Weiß brachte das Problem der Stipendien im Plenarsaal zur Sprache. Die Antwort von Meyer war nichtssagend, und er erklärte die Frage für "nicht aktuell".

Wenige Minuten später informierte derselbe Meyer die Menge draußen von dem Plan der Bafög-Regelung, die ein Grund-Stipendium von 280 DM und dann Staffelungen bis 450 DM, abhängig vom Einkommen der Eltern und Gatten vorsieht. Dies stieß auf energischen Protest der Studentenschaft: "Wir wollen elternunabhängige Stipendien. 500 DM und darunter gibt's nichts!" Oder: "Sie und die Generation ihrer Eltern, die sich 40 Jahre lang vorgemacht haben, wie man politisch abhängig ist, wenn man ökonomisch abhängig gehalten wird - wie wollen Sie uns garantieren, daß wir mündige Bürger bleiben bei finanzieller Abhängigkeit von den Eltern?" Es wurde die Frage gestellt, warum es in Ländern wie Frankreich und Großbritannien Stipendien geben kann und in der reichen Bundesrepublik nicht.

Auch am Abend war die Demo noch nicht beendet. Immer wieder kamen Abgeordnete und Regierungsmitarbeiter und diskutierten mit uns (wenn man das ständige Ausweichen und Lavieren und Verantwortung-von-sich-schieben so nennen möchte). Mehrere Male versuchten sie, uns gegeneinander auszuspielen und zu spalten: "Die ausländischen Studenten bekommen nicht nur 80 DM Stip-Erhöhung wie ihr, sondern 150 DM." Oder: "Wenn wir euch mehr geben, müssen wir es bei den Rentner/innen streichen. Ich appelliere an eure Moral und Ethik. Sollen denn die alten Menschen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben, mit weniger auskommen als ihr?"

Zwischenruf aus der Zuhörermenge: "Wohlstand für alle!" Das war ein Slogan der CDU im Wahlkampf. Ein Student: "Wir wollen den Renter/innen nichts nehmen, sondern denen, die jetzt dickgefuttert werden: den Unternehmern und den Abgeordneten zum Beispiel."

Der Regierungsmitarbeiter antwortete: "Wir haben nur die Alternative, zu entscheiden, wer mehr bekommt und wer weniger."

Der Student: "Vielleicht erinnern sich die Herren daran, daß sie dazu da sind, die Interessen des Volkes zu vertreten und nicht die eigenen."

Der Mitarbeiter: "Daß es nicht anders geht, liegt am Staatsvertrag."

Zwischenruf: "Schmeiß ihn weg!"

Rektor Fink: "Es geht hier nicht um Luxus, es geht nicht um Wohlstand. Dies sind nicht Höchst-, sondern Minimalforderungen."

Die Herren im Anzug nickten: "Wir werden uns bemühen, uns für Sie einzusetzen, aber können nichts versprechen."

Zwischenruf: "So wahr mir Gott helfe."

Eine Studentin zog die Schlußfolgerung: "Das Problem bleibt. Wenn die Herren von der Regierung unsere Forderung nicht durchsetzen können, müssen wir uns überlegen, wie wir sie durchsetzen können! Wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden, müssen wir uns was Neues ausdenken. Wir werden nicht eher Ruhe geben, bis sie erfüllt sind. Wir geben Ihnen eine Woche, dann wollen wir das Ergebnis."

Am Abend befahl die Volkskammer- Präsidentin Bergmann-Pohl per Telefon aus Moskau die Räumung der Bannmeile. Die Student/innen gingen auf das Ultimatum, sich zurückzuziehen, nicht ein. Trotzdem kam es nicht zur Räumung. Die Stimmung war nicht mehr aggressiv. Die Bannmeile wurde nur noch verschärfter abgeriegelt und niemand mehr hineingelassen. Wir haben uns mit den Polizisten unterhalten. Sie hatten Angst vor dem Einsatzbefehl und waren offenbar nicht ohne Weiteres bereit, militant gegen uns vorzugehen. Einer äußerte, er könne sich mit der Errichtung des bürgerlichen Staates auch nicht abfinden: "Das hier ist doch keine Demokratie." Andere wippten mit den Füßen im Takt unserer Trommeln. Hinter der Absperrung begann ein Trompeter die Internationale zu spielen. Die in der Bannmeile verbliebenen stimmten ein.

Als der Verkehr wieder auf zwei der sechs Fahrspuren durch die Bannmeile geleitet wurde, um uns zu zerstreuen, gab es Solidaritätsbekundungen aus der Bevölkerung: Hupkonzerte, Winken, Zujubeln, aus einem Auto wurde eine DDR-Fahne gehalten. Manche brachten uns Essen und Getränke. An der Fahrbahn hatten wir unser größtes Transparent aufgestellt: "6000 Mark für unsere Minister und Abgeordneten. 200 Mark für uns Studenten - für euch zu viel zum Leben, für uns zu wenig zum Sterben."

Einige Abgeordnete kamen noch aus dem Palast. Mit Händen in den Taschen blieben sie stehen und blickten uns verständnislos an: "Was wollt denn ihr?" - "500 Mark Stip." Sie verzogen das Gesicht zu einem verächtlichen Grinsen und gingen weiter.

Thomas Klein (VL-Abgeordneter) gesellte sich zu uns und sprach von einem Gegenentwurf der Bürgerbewegungen zum Staatsvertrag. Er sagte: "Es muß Demonstrationen geben und Forderungen, Proteste und Konzepte, um sie dagegenzusetzen."

Als ein Teil der Einsatzgruppen wieder abgezogen wurde, winkten einige Polizisten aus den Mannschaftswagen uns zu. Der Modehit der Demo: Miniröcke aus DDR-Fahnen.

Etwa 150 Student/innen übernachteten vor der Volkskammer. Über Nacht wurde die Bannmeile erheblich vergrößert und die Abriegelung massiv verstärkt. (Eine Volkskammersitzung dauert in der Regel zwei Tage.) Die Polizei fuhr mit mehr als 25 Mannschaftswagen und voller Ausrüstung auf.

Am Freitagmorgen versammelten sich um 9 Uhr erneut 2000 lautstark protestierende Student/innen vor den Absperrungen. Einige Male schlug die Stimmung hoch, daß wir vermuteten, sie würden erneut durchbrechen, um zu den in der Bannmeile Verbliebenen zu gelangen. Doch gegen 12 Uhr verlief sich die Menge wieder.

Die Polizisten indessen verteilten in der Bannmeile ihre eigenen Verpflegungsbeutel und Tee an uns. Der Studentenrat beschloß, bis zum Freitag, dem 15.6., vor der Volkskammer eine Mahnwache abzuhalten, sowie am Donnerstag, den 14.6. zur nächsten Volkskammertagung eine erneute Demo durchzuführen. Später wurde die Mahnwache sogar von Diestel genehmigt.

Insgesamt war diese Demonstration eine bemerkenswerte Aktion, da sie entgegen dem Großteil der Demos des vergangenen Herbstes eine direkte Konfrontation mit der Regierung darstellt. Die Novemberdemos, auch die Montagsdemos in Leipzig, waren schon ab Mitte Oktober kein Kampf mehr. Sie waren ungefährlich und hatten solche Massenbasis, weil von dem alten, zerlebten System keine Gefahr physischer Gewalt mehr ausging. Wirklich gekämpft hatten nur wenige Anfang Oktober. Sie hatten sich einsperren, mißhandeln und zum Teil abschieben lassen müssen, damit jene "friedliche Revolution", die leider in ihren Anfängen steckenblieb, erst möglich wurde.

Diese zwei Tage nun, die unter dem fast schon zur Phrase geronnenen Motto "Keine Gewalt" verliefen, zeugten jedoch von einer Tendenz der Radikalisierung, wie sie im Herbst unter den Volksmassen nicht zu spüren war. Im Stillen gibt das vielleicht Hoffnung auf den kommenden "heißen Herbst".

Die Massenbewegungen seit Oktober letzten Jahres waren gekennzeichnet vom Suchen nach einer Integrationsfigur, die alle Veränderungen vornehmen und das Volk damit beschenken würde ("Gorbi hilf uns!", "Helmut, Helmut!", "Nur Kohl tut uns wohl!"). Seit Mai aber sind Streiks und Demonstrationen geprägt von immer größerer Selbständigkeit der Beteiligten. Die Rufe nach einem Leitbild sind weitgehend verstummt. Immer mehr Menschen lernen, daß sie selbst die Potenz ihrer Bewegung sind. Man denke nur an die protestierenden Bauern, die mit Traktoren die Bannmeile durchbrochen haben und vor die Volkskammer gefahren sind, oder an die Betriebe der Textil- und Schuhindustrie, denen der Großhandel nichts mehr

abnimmt, und die in selbstorganisierten Direktverkäufen auf dem Alexanderplatz erste Schritte in Richtung Selbstverwaltung der Betriebe gemacht haben.

Die Frage bleibt, wann der repressive Staatsapparat das erste Mal seine Mittel benutzen und dreinschlagen wird. Diestel äußerte in einem Interview, es würde kein zweites Mal möglich werden, die Volkskammer auf solche Weise unter Druck zu setzen. Thomas Klein dazu: "Der wird sich noch wundern."

Antje Moeschk

12. DDR-Polizei und Sicherheitsapparat: Durchmarsch für das Modell Deutschland

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Geheimdienste; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:32

Während DDR-Innenminister Diestel noch die "teuflische Verbindung" von Stasi und RAF beschwört, hat er selbst ebensowenig Angst vor dem Beelzebub wie seine westdeutschen "Berater": die Vorbereitungen zur Übernahme der Stasi-Kader und Spitzel-Akten in den (gesamt-) deutschen Staatsdienst läuft auf vollen Touren. Empörte Bürgerkomitees und aufgebrachte DSU-Parteifreunde konnten an Diestels Stuhl nicht rütteln - denn führende Vertreter des bundesdeutschen Sicherheitsapparats haben sich hinter ihn gestellt.

Von den ehemals 85.000 hauptamtlichen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit sind heute offiziell 3.450 im Innenministerium tätig, insbesondere auch die "Anti-Terror-Einheit" der Stasi, die nun Personen- und Objektschutz für die neue Regierung betreibt. 6.600 Mann sind bei den Grenztruppen untergekommen, 2.375 beim Zoll, kleinere Kontingente bei Post und NVA. Der große Rest? Einzelne Gruppen haben sich selbständig gemacht und Betriebe gegründet, wie etwa den "VEB Ingenieurbetrieb wissenschaftlicher Gerätebau", der nun Wanzen, Funkgeräte und Chiffrier-Einrichtungen ins westliche Ausland liefert. Wieviele dezentral bei der Volkspolizei gelandet sind, weiß man nicht - es dürften aber nicht wenige sein. Bekannt wurde der Fall der Sonderabteilungen K1 der Kriminalpolizei, die weiter ein Stasi-Informationsnetz unterhalten haben sollen. Und viele warten ab in der Hoffnung, wieder gebraucht zu werden. Ein ehemals führender Stasi-Offizier gegenüber der "Zeit": "Wenn der Verfassungsschutz kommt, dann muß der dieses Territorium ja auch erst mal unter Kontrolle kriegen." (25.5.90)

Innenminister Diestel: Freunde in der Not

Die Großherzigkeit, mit der Diestel ganze Organisationseinheiten der Stasi seinem Bereich eingegliedert hat, hat zu heftigen Protesten der Bürgerrechtsbewegung und der Basiskomitees zur Auflösung der Stasi geführt. In seiner Partei, der CSU-Schwesterpartei DSU, war es wohl mehr sein etwas merkwürdiges Unterfangen, den ehemaligen Auslandsspionagechef Markus Wolf als Experten für Stasi-Strukturen zuzuziehen. Letzteres führte auch zu heftiger Kritik aus der BRD. Diestel verteidigte sich: "Ich kann nicht zulassen, daß so viele gut ausgebildete, an Disziplin gewöhnte Menschen, die mit Waffen umgehen können, völlig perspektivlos herumirren und andere Kreise, wie die Mafia oder ähnliche Verbrecherorganisationen, auf sie aufmerksam werden." (nach Spiegel 21/90) Überzeugt hat das nicht mal seine eigene Fraktion: am 24. Mai forderte sie seinen Rücktritt als Minister. Diestel versicherte sich der Rückendeckung seiner westdeutschen "Freunde" und des Regierungschefs de Maizière - und ignorierte die Rücktrittsforderung ganz einfach.

Zwei Wochen lang kochte der Streit öffentlich weiter. Dann fuhr die CSU-Spitze nach Leipzig und machte reinen Tisch. In einer gemeinsamen Sitzung mit der DSU-Führung warf CSU-Chef Waigel "seine Autorität in die Waagschale". Diestel versprach, künftig seine Fraktion besser zu informieren und mit skandalträchtigen Beschlüssen ein bißchen vorsichtiger zu sein. (Welt, 5.6.90) Von Stund' an verstummte jede parteiinterne Kritik an der Stasi-Politik Diestels. Die FR kommentierte den Vorgang so: Diestel habe schließlich "die meisten der umstrittenen Schritte wahrscheinlich nur in Rücksprache mit seinen Münchener Beratern getan, die im Ministerium Dienst tun. Ein gewisser Gleichklang zwischen den Sicherheitskräften Ost und Sicherheitskräften West hat Diestel jetzt wohl vor dem Aus bewahrt." (5.6.90)

"Dienste" und "Berater"

In der Tat: Der Leiter der BRD-"Beratergruppe", Alfred Stümper, nahm Diestel ausdrücklich in Schutz. Dieser "könne gar nicht anders, als sich in weiten Teilen der alten Mannschaft seines Ressorts zu bedienen ... Gerade um den fälligen ‚Überleitungsprozeß' zu neuen Strukturen bewältigen zu können, brauche der Innenminister drüben ‚ein arbeitsfähiges Haus'." "Für eine begrenzte ‚Übergangszeit' kommen die Sicherheitsbehörden der DDR ohne die Mitwirkung ehemaliger Stasi-Angehöriger nicht aus." (Welt, 7.6.90) Noch deutlicher wurde der frühere Verfassungsschutzchef Heribert Hellenbroich. Man könne die 85.000 Stasi-Leute doch "nicht einfach nach Hause schicken ... Man sollte überlegen, ob man nicht hervorragende Fachleute weiter für den Staat arbeiten läßt." (Welt, 31.5.90)

Nach den Spionageprofis unter ihnen leckt sich selbstverständlich der BND die Finger: abwiegelnd berichtet der für gute Kontakte nach Pullach bekannte Spiegel (7/90) von "ein paar" Auslandsagenten der Stasi, die dort als "feste freie Mitarbeiter" eingestellt worden seien. Wesentlich glaubhafter erscheint da die Darstellung von Ex-DDR-Spionagechef Markus Wolf, daß der BND auf breiter Front Anwerbungsversuche mache. Ihm selbst habe man die Aufhebung des gegen ihn laufenden Haftbefehls angeboten, "sehr massive Angebote" mit Summen in sechs- und siebenstelliger Höhe seien ihm in seinem Bekanntenkreis berichtet worden. Die Angebote seien immer mit einer Strafandrohung wegen Stasi-Tätigkeit verbunden gewesen, falls die Angesprochenen nicht bereit seien, für den BRD-Geheimdienst zu arbeiten. (Tagesthemen, nach HA, 20.6.90) Das Dementi der Bundesregierung war laut und heftig - um dann im Nachsatz einzuräumen, "Informationshonorare" seien ja schon bezahlt worden und im Geschäft sowieso üblich. Ein "hoher Sicherheitsbeamter" soll "Bild" (21.6.90) gegenüber von einer dreistelligen Zahl von übergelaufenen Ostspionen gesprochen haben.

Aber selbst wenn der Sonderfonds deutsche Einheit erhebliche Investitionen für einen Großeinkauf von Agenten bereitstellt - eine plausible Annahme angesichts des sich zweifellos auch im Spionagesektor verschärfenden innerimperialistischen Konkurrenzkampfs -, ist damit das Angebot an "hervorragenden Fachleuten" längst nicht erschöpft, schon gar nicht, was das Feld der geheimpolizeilichen Arbeit nach innen angeht.

V-Leute und UCAs gesucht

Tatsächlich hat die Bundesregierung bzw. die Innenministerkonferenz mit Boge und Stümper zwei Männer mit der Restrukturierung des Polizeiapparates in der DDR betraut, die in den letzten Jahren ein gemeinsames Ziel in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit gestellt haben: Den Einsatz von geheimdienstlichen Methoden bei der Polizei breit durchzusetzen. Im Sinne eines "operativen Gesamtkonzepts" gegen - je nach Konjunktur - Terrorismus, Drogenhandel oder organisierte Kriminalität fordern sie für die Polizei Vollmachten und Methoden, die denen der Stasi nicht nachstehen. Stümper bei einem Spiegel-Gespräch (13/88) über "Organisierte Kriminalität": "Verdeckte Ermittlungen, Observation, Telefonüberwachung - das sind Instrumentarien, die sich natürlich auch in der OK-Bekämpfung anbieten ... Wir brauchen klare Ermächtigungen für konspirative Ermittlungen." Dazu zählt für ihn der Einsatz von Richtmikrofonen und Abhörgeräten ebenso wie die Verwertung von "Kronzeugen"-Aussagen, für die die Polizei "gleich vor Ort" Straffreiheit zusichern können soll. Das ganze Konzept bezieht sich keineswegs auf die Verfolgung einzelner Straftaten, sondern auf die flächendeckende Ausforschung ganzer politischer oder sozialer Felder: "Die Verdachtsgewinnung", heißt es in einem Aufsatz Stümpers in der "Welt", muß "weit im Vorfeld einsetzen", indem man "äußerst minutiös viele kleine Daten sammelt, vergleicht, bewertet, zuordnet und speichert". (nach Spiegel, ebd.)

Einsatz von V-Leuten und Under- Cover-Agents (UCA) ist auch ein gebetsmühlenhaft wiederholtes Rezept von Ex- BKA-Chef Boge. Dabei geht es ihm um die Entbindung der Polizei-Agenten vom Legalitätsprinzip und um die Ermächtigung, "notfalls" auch Straftaten zu begehen. Der UCA müsse sich an "der kleineren beziehungsweise mittleren Kriminalität" unter Umständen schon "beteiligen, wenn er seine Legende wahren will". (nach Spiegel 3/85) Boge war einer der Hintermänner beim Einsatz des schillernden Universalagenten Werner Mauss, dessen "Ermittlungsmethoden" so offenkundig krimineller Natur waren, daß sie weithin Schlagzeilen gemacht hatten. Beim Einsatz von geheimpolizeilichen Ermittlungsmethoden ebenso wie bei der Einschleusung von agents provocateurs litten die BKA-Verantwortlichen bisher deutlich am Mangel gut ausgebildeter und disziplinierter Leute, die sich für solche Jobs zur Verfügung stellen. Es kam immer wieder zu peinlichen Pannen. "Die langjährige Diskussion um das sogenannte Celler Loch hat notwendige Maßnahmen diskreditiert und praktisch zum Zusammenbruch dieser zwingend notwendigen Ermittlungsmethode geführt", klagt Manfred Schreiber, bis vor kurzem Chef der Polizeiabteilung des Bundesinnenministeriums. (Welt, 15.6.90) Ob das mit dem "Zusammenbruch" nun stimmt oder nicht - jedenfalls werden mit der Aussicht auf die Integration der Ex-Stasi-Agenten die Forderungen nach offensivem V-Leute- und UCA-Einsatz drängender. So hat die FDP ihre bisherige Ablehnung von "verdeckten Ermittlern" revidiert und ihren Einsatz gegen Drogen- und "organisierte Kriminalität" als "wichtig" bezeichnet. Bei den Verhandlungen über eine neue DDR-Polizeistruktur wurde "Regelungsbedarf" für das Thema angemeldet - aus den Verhandlungen wurde es jedoch vorerst ausgeklammert, da es "aufgrund der Stasi-Vergangenheit ein besonders sensibles Feld" sei. (Welt, 8.6.90) Auf einer Drogenkonferenz von BRD-Politikern aus Bund und Ländern und DDR-Vertretern wurde dagegen in schönster Einigkeit ein "nationaler Drogenbekämpfungsplan" beschlossen, der eine

"Erweiterung von Fahndungsmöglichkeiten durch verdeckte Ermittler, Rasterfahndung, langandauernde Beobachtung und den Einsatz von Abhöreinrichtungen" einschließt. (Welt, 14.6.90)

Was den Verfassungsschutz betrifft, hat u.a. der Hamburger VS-Chef Lochte bereits angekündigt, der VS werde Hilfestellung beim Aufbau einer "vergleichbaren Einrichtung" in der DDR leisten. (Bild, 11.4.90) Der oben zitierte Stasi-Offizier wird nicht mehr lange auf eine Festanstellung warten müssen.

Im Mittelpunkt des Überwachungsinteresses steht heute zweifellos die PDS. Derzeit noch im Visier des BND, soll sie, so der Koordinator der westdeutschen Geheimdienste, Staatsminister Lutz Stavenhagen, in einem vereinigten Deutschland Beobachtungsobjekt des Bundesamtes für Verfassungsschutz sein. (vergl. taz, 11.6.90) Mit der Assoziationskette RAF - Stasi - SED - PDS, mit BND-Meldungen über Stasi-"Grundorganisationen" innerhalb der PDS und BKA-Berichten über bevorstehende gemeinsame Aktionen von Stasi und RAF, ganz zu schweigen von der aktuell geschürten Terroristen-Hysterie, wird eifrig an der Legitimation für polizeiliche und geheimpolizeiliche Maßnahmen gegen die PDS gestrickt.

Außen vor: die Bürgerkomitees

Wer Zutreiber für die bundesdeutschen "Dienste" spielen will, für den können die autonomen Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi nur lästige Querulanten sein. Und tatsächlich wurden die Komitees systematisch ausgebootet: Kaum hatte Diestel nach der Wahl am 18. März sein Amt angetreten, stellte er das bis dahin dem "Runden Tisch" verantwortliche staatliche Komitee zur Auflösung der Stasi unter seine alleinige Kontrolle. Die Bürger-Komitees sollten nur noch beratende Funktion haben. Vor allem aber wurde ihnen die Kontrolle über das sichergestellte Aktenmaterial entzogen. Es soll aus den Bezirksämtern abgezogen und allein im Berliner Innenministerium zentralisiert werden. Nur kosmetischen Zwek- ken diente dann Ende Mai die Einsetzung einer Staatskommission, zu der auch Feigenblätter wie Stefan Heym und Walter Janka zugezogen wurden. Zugleich wurden den Bürgerkomitees personelle Freistellungen und Räume gestrichen.

Was geschieht mit den rund 100 laufenden Kilometern sichergestellter Akten? Die Frage wurde in der DDR heftig diskutiert; zwei oft gestellte Forderungen hat Diestel scharf zurückgewiesen: Weder sollten alle Akten veröffentlicht oder den Betroffenen zugänglich gemacht werden, noch sollten sie einfach vernichtet werden. Unausgesprochene Konsequenz: sie bleiben vorerst unter der alleinigen Verfügung Diestels. Beim Zusammenschluß stehen sie dann bereit für die Nutzung durch gesamtdeutsche Polizei und Geheimdienste. Daß die Akten schon recht schnell auf Material gegen Linke hin gefilzt wurden, belegt eine Aussage von FDP-Sprecher Hirsch: ",Die Festnahme von Susanne Albrecht geht ja auf Akten des Staatssicherheitsdienstes zurück.' Der Fall beweise, wie falsch es wäre, alle Akten zu verbrennen, sobald man sie finde." (HA, 11.6.90) Völlig ungeklärt ist auch, was mit der zentralen MfS-Datenbank wird, die Informationen über 5 Millionen DDR-Bürger - fast ein Drittel der Bevölkerung - enthält. Angesichts des sonstigen Mangels an EDV-Erfassung in der DDR dürfte sie für Rasterfahndungsenthusiasten wie Boge und Stümper das gefundene Fressen sein.

Ein Schlaglicht anderer Art wirft eine kleine Affäre am Rande: ein Sprecher des Erfurter Bürgerkomitees hatte Diestel Anfang Mai einen Zettel mit den Namen mehrerer Volkskammerabgeordneter überreicht, die Stasi-Mitarbeiter gewesen sein sollen. Diestel erließ daraufhin eine vertrauliche Dienstanweisung, ihm die Akten herauszusuchen. Die (inzwischen entlassenen) Regierungsbeauftragten zur Stasi-Auflösung, Fischer, Böhm und Peter, wurden gar nicht erst gefragt, die von den Bürgerkomitees an den Räumen angebrachten Siegel gebrochen. Öffentlich stritt Diestel wenig später ab, sich mit den Hinweisen auf die Volkskammerkollegen überhaupt befaßt zu haben. (vgl. taz, 2.6. und 18.6.90) Wozu er die aus der illegalen Akteneinsicht gewonnenen Informationen benutzt hat, wurde öffentlich nicht erörtert.

anti-rep/KB Hamburg

13. Bemerkungen zum "heißen Herbst" 1990 - Ein Situationsbericht aus der DDR von Peter Feist, Berlin/DDR

Ein Situationsbericht von Peter Feist, Berlin/DDR

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:13

Ähnlich wie der DDR-Wirtschaftsminister Pohl (CDU) erwarten viele hierzulande einen "heißen Herbst". Gemeint ist damit ein Herbst mit Demonstrationen, Streiks und anderen Protestaktionen, die sich in der Folge von "sozialen Spannungen" ergeben werden.

Worauf gründet sich diese Erwartung

Wer heute Prognosen über die Entwicklung in den ehemaligen "sozialistischen" Ländern Osteuropas machen will, wird vor unzähligen Schwierigkeiten stehen, einen analytischen Ausgangspunkt zu gewinnen.

Mir erscheint es sinnvoll, mit der Frage zu beginnen: Was passiert, wenn die Illusionen der Massen in Osteuropa nicht aufgehen?

Die Mehrheit der Menschen in den ehemaligen Ländern des "realen Sozialismus" erwartet eine schnelle Veränderung ihrer Lebenslage, v.a. ihres Konsumtionsniveaus. Die angeblich so potente Marktwirtschaft soll als Wundermittel die maroden Volkswirtschaften retten. Trotz (oder gerade wegen) jahrzehntelanger "Aufklärung" über die Probleme der kapitalistischen Marktwirtschaft auf der Grundlage des Marxismus dominiert dieser "Wunderglauben" in nahezu irrationaler Weise alle Diskussionen. Weit verbreitet ist die Auffassung: mich wird es nicht treffen, ich habe die Fähigkeiten, die das Überleben sichern.

Obwohl die Linken kaum eine Chance haben, dagegen anzugehen und die Kassandrarufe ungehört verhallen, sitzt die Unsicherheit über die Zukunft tief. Diese Situation trifft, mit Abstufungen, auch für die DDR zu.

Die überwiegende Mehrheit des DDR-Volkes bejaht die Einführung der D- Mark uneingeschränkt, auch jener Teil der weiß oder ahnt, daß es gewaltige Probleme geben wird. Trotzdem ist im alltäglichen Verhalten der Menschen schon jetzt eine gewisse Gereiztheit und nervöse Anspannung bemerkbar, die aus der Unsicherheit über die Zeit nach dem 1. Juli 90 resultiert. Erste Erscheinungen der Entsolidarisierung werden sichtbar.

Was ist zu erwarten?

Wenn die Illusionen der Massen auf eine schnelle Hebung des Lebensstandards und des Konsumniveaus sich nicht erfüllen und es im Gegenteil zur Verschlechterung der Lage kommt, sind zwei Arten der Reaktion denkbar:

1.) Der Druck kann sich in einem ungezügelten Haß (bis zu gewalttätigen Aktionen) gegenüber SEDlern, PdS und gegen die Linken überhaupt entladen. Ausgehend von der These, daß die "Roten" an der Misere Schuld sind, ist schon jetzt gelegentlich von "Aufhängen" die Rede. Eine haßorientierte Eskalation nach rechts ist keine kleine Gefahr.

2.) Es ist möglich, daß Relikte verschütteten Klassenbewußtseins und Elemente der "marxistisch-leninistischen" Bildung sich verbinden und in politisch orientierte soziale Bewegungen münden, die einen antikapitalistisch-demokratischen Grundcharakter haben. In der Realität wird es wohl zur Vermischung beider Formen kommen, mit einer leichten Dominanz des 1. Faktors.

Pessimisten gehen davon aus, daß es an den Rändern der großen Konfliktpotentiale zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen kommen wird, evtl. auch mit bewaffneter Gewalt.

Die größte Gefahr ist dabei die konfrontative Politik der regierenden Mehrheit (einschließlich SPD) gegenüber der PdS und den ehemaligen SED-Massenorganisationen (FDJ, FDGB u.a.). Der Versuch der Enteignung der PdS, der eine Kriminalisierung und ein Verbot einleiten/vorbereiten soll, drängt bestimmte Gruppen (MfS-Leute, Partei- u.a. -funktionäre, Staatsapparat, Armee und Polizeikräfte, die entlassen wurden) ins soziale Abseits und politisch an den Rand der Gesellschaft. Psychologisch gesehen, stellt das eine

Katastrophe dar, weil die ehemalige Herrschaftselite hier mit einem ungeheuren Verlust an Sozialprestige fertig werden muß.

So führte der Ruf des Herbstes "Stasi in die Produktion" in der Realität dazu, daß viele Stasi-Leute wegen ihrer Vergangenheit nicht in die Betriebe reinkommen oder am Arbeitsplatz isoliert sind. Sicher werden an den "Kameradschaftsabenden", von denen man gelegentlich hört, bald die ersten Racheschwüre geleistet.

Das Gewaltpotential, was sich hier aufschaukelt, ist gefährlich, zumal niemand weiß, über welche Mittel (Waffen) hier verfügt wird. Die erwarteten sozialen Spannungen haben allerdings andere Ursachen.

Welche Szenarien sind denkbar?

Alle Anzeichen deuten daraufhin - und heute geben das die Konservativen auch offen zu -, daß der Binnenmarkt der DDR von Waren aus der BRD überschwemmt wird, die die DDR-Produkte weitgehend verdrängen werden.

In der Volkswirtschaftsstruktur der DDR produzierten ca. 60% aller Betriebe für den Binnenmarkt. Geht man davon aus, daß nur 50% (diese Annahme ist aber zu optimistisch) der Betriebe durch den Importdruck zusammenbrechen, so sind bei 8,6 Mio. Beschäftigten im Herbst auf diesem Sektor ca. 2-3 Mio. Arbeitslose zu erwarten. Besonders schwerwiegend und von keinem Ökonomen vorausgesehen, wirkt sich der gigantische moralische Verschleiß der DDR-Waren schon jetzt aus. In einem "Anfall von kollektivem Massenwahnsinn" kaufen die DDR-Bürger selbst teuere und schlechtere Westartikel auch dann, wenn DDR-Waren ausreichend vorhanden sind.

Schätzungen auf verschiedener Grundlage (je nach politischer Couleur) gehen von mind. 2 Mio. und höchstens 4 Mio. Arbeitslosen am Jahresende aus. Dabei sind auch weitere Zahlen möglich, denn viele Berechnungen gehen vom Ist-Zustand der Wirtschaft aus und beziehen die dynamische Wirkung von Zusammenbrüchen für andere Bereiche nicht ein.

Den versprochenen 1,2-2 Mio. Arbeitsplätzen, die der Mittelstand angeblich schaffen soll, steht jetzt die Zahl von 54.000 Gewerbebetrieben gegenüber, die durch die Umstellung ihres Kapitals 1:2 schon jetzt vom Konkurs bedroht sind. Damit ist die soziale Basis der CDU, DSU, Lib. bedroht und das gesellschaftsinterne Potential der Verbürgerlichung der DDR wird geschwächt.

Angesichts der Probleme und der offensichtlichen Unfähigkeit der Politiker, dem gegenzusteuern, ist in den letzten Wochen die Akzeptanz der Volkskammer und der Regierung rapide gesunken. Am deutlichsten artikulierte sich dieses in den Forderungen der SPD-Basis, die Regierungskoalition zu verlassen. Diesem insgesamt instabilen Zustand steht ein recht schwacher Staat (und seine Apparate) gegenüber, dessen Verbürgerlichung sich sehr langsam und mit wachsendem Widerstand vollzieht.

Alles in allem zeigt sich, daß das große soziale Experiment, die Umwandlung eines bürokratischen Plansozialismus in eine bürgerliche Gesellschaft für die Herrschenden viele Unwägbarkeiten bereithält, die durch das künstlich forcierte Tempo dieses Prozesses noch verschärft werden. Man darf auf diesen "heißen Herbst" sehr gespannt sein.

14. "... wir unterstützen aus vollem Herzen die deutsche Einheit" (Steinkühler 1. Mai 1990), von Regina Behrendt

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:31

Die 10-Punkte der IG Metall zur Folgenbekämpfung der sozialen Auswirkungen der Wiedervereinigung lassen als Präambel die entscheidenden Worte Franz Steinkühlers:.. "Wir unterstützen die deutsche Einheit aus vollem Herzen", vermissen. Aber so ganz rausrücken mit dem Bekenntnis zum neuen Staat, der jetzt den Gewerkschaften allemal den unerwarteten Mitgliederzuwachs bringt, wollte man anfänglich noch nicht. Thematisiert wird viel mehr im Nichtgesagten: kein Rückgriff in die Entstehungsgeschichte der Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten oder sogar auf die 1945 - 1952 zur Debatte stehenden gesellschaftlichen Neuordnungsvorstellungen trübten den Willen, so auf den fahrenden Zug der Wiedervereinigung zu springen, als hätte man ihn selbst bestellt.

In dieser Geschichtslosigkeit bleibt Kontinuität die Tugend. Es lebe Lassalle: die Lohnabhängigen haben eben doch ein Vaterland: Das ist der Rechtsstaat. Und in diesem Vaterland haben alle die Möglichkeit, nach außen sich als Herr zu zeigen. Heute heißt dies Benehmen: guter Staatsbürger". Diese positive Staatsauffassung, der Knack- und Streitpunkt der Arbeiterbewegung seit dem Gothaer-Programm, ermöglicht es heute umso leichter, vor dem Hintergrund des zusammengebrochenen bürokratischen sozialistischen DDR-Systems von allen 1. Mai-Tribünen den Export des politischen Systems der BRD zu proklamieren. Das politische System wird gefeiert, von dessen Boden aus im atemberaubenden Tempo der Warenschlacht sich nicht nur eine wachsende Schere zwischen Profiten und Löhnen vollzieht, der ökonomische und soziale Gewaltakt des Exports der Waren in alle Welt mit einem Zusammenbruch der internationalen Solidarität einhergeht, sondern auch jede geographische und politische Begrenzung dieser Kapitalmacht überwunden wird: Die deutsche Einheit - ein makaber Sieg der Zukunft der Vergangenheit.

Zerschlagung des FDGB

Der 9. November 1989 war kaum vorbei, der Schock über ein unerwartetes Massenereignis vor der eigenen Haustür den Funktionären des DGB noch in den Gliedern (z.B. über die Rufe: Weg mit allen korrupten Funktionären"), da fielen zusammen mit dem ersten Einsatz der SPD-Funktionäre in die DDR auch schon die Anerkennung der staatlichen Souveränität der DDR für den DGB und die Einzelgewerkschaften. Dort, wo das System einer alternativen Gesellschaftsordnung zusammenfiel, ließen die bundesdeutschen Gewerkschaften der anderen Klassenorganisation, dem FDGB und seinen Einzelgewerkschaften, weder Ruhe noch Raum, die Fehler zu diskutieren, Lösungen aus dem "alten" Ansatz der Politik einer Gewerkschaft, die nichtkapitalistische Bedingungen für ihre Tätigkeit zugrundelegt, zu suchen. Statt dessen wird der Staatsvertrag trotz angekündigter Verschlechterung des BetrVG akzeptiert. Denn man interessierte sich nur für die Strukturen, die für eine Übernahme in die eigene Organisation geeignet sind. Insofern wurden vollendete Tatsachen geschaffen, ohne der Mitgliedschaft in der BRD auch nur im geringsten eine politische und historische Situation aufzuhalsen. Mittlerweile sind die Übernahmegespräche in fast allen Einzelgewerkschaften gelaufen. Die IG Metall beginnt als erste Gewerkschaft mit der Übernahme der Mitglieder der DDR-IG Metall noch vor der staatlichen "Vereinigung". Von "Vereinigung" zweier selbständiger Einzelgewerkschaften keine Spur mehr. Neben der "Einholung" der Mitglieder wird jetzt vom DGB auch Anspruch auf Teile des FDGB-Vermögens erhoben - der Rechtsfolgeanspruch auf das Vermögen des ADGB macht die Liquidation des FDGB durch den DGB perfekt.

Bekanntermaßen wurden schon 1989 eilig Beobachter in die DDR gesandt, Patenschaften zu Betrieben und Gewerkschaftskreisen gebildet, DDR-Gewerkschafter zur Schulung an den Verhandlungstisch der IG Metall gesetzt, Seminarplätze in der DGB-Bundesschule Sasel geschaffen. Der Ruf "wir müssen vor den Unternehmern da sein" trieb auch Linke an, die Sache so vorzubereiten, daß die bundesdeutschen Unternehmer sich nicht allzusehr umzustellen brauchen. Dies alles wurde von der Kriminalisierung des FDGB begleitet.

Die beschlossene Auflösung des Dachverbandes FDGB wird vom DGB vehement begrüßt. Daß dieser sich für ein Gewerkschaftsgesetz (mit Aussperrungsverbot!), anfänglich noch gegen die Veräußerung von Volkseigentum stark machte und zudem noch einige unverbesserliche Kader im FDGB diskutierten, ob nicht die parlamentarische Vertretung von Gewerkschaften beibehalten werden sollte, konnte schwerlich vom DGB geduldet werden. Die Stimmungslage in den Betrieben mit dem Ruf nach DM-Einheit konnte auf dieser Grundlage zur Vertrauensfrage der Zusammenarbeit des DGB mit dem FDGB werden. Die Gespräche mit dem DGB gerieten also zur Henkersmahlzeit, der Delinquent, der sich inzwischen vollständig zur Marktwirtschaft bekennt (Vors. Mausch/Spiegel Nr. 15) folgerichtig auch zu der 1. Mai-Feier, die in beiden Teilen Berlins zelebriert wurde, vom DGB ausgeladen.

Jetzt quält eigentlich nur noch die Sorge, wie das Prinzip der Einheitsgewerkschaft (dessen "Verletzung" durch den FDGB den bundesdeutschen Gewerkschaften als Argument für seine Zerschlagung diente) nach hiesiger Machart auch derart gestaltet wird, daß renitenten PDS-Mitgliedern und Funktionären möglichst jeder Einfluß abgeschnitten wird. Hier könnte die begonnene Hatz auf die Ex-RAF-Angehörigen und die damit einhergehende Kriminalisierung der alten SED-Funktionäre willkommener Anlaß sein, den verbleibenden kommunistischen Kräften den Garaus zu machen, ganz nach dem Tenor:"RAF-Anhänger unterwandern DGB-Gewerkschaften."

Annexion a la DGB

Vieles, was jetzt wie proletarische "Bruderhilfe" klingt: "der DDR droht ein Sozialabbau" und "Im Prozeß der deutschen Einheit dürfen die Beschäftigten nicht unter die Räder kommen" (10- Punkte der IG Metall) entpuppt sich genauer betrachtet unter der Losung: Die DDR darf kein Billiglohnland werden als egoistische Absicherung der eigenen Konkurrenzbedingungen. Vergleiche mit der Parole aus der Friedensbewegung: "Die BRD darf keine Bananenrepublik werden" drängen sich auf, dient doch der jetzt freizügig versprochene Schutz vor den Unbilden der Marktwirtschaft mehr der Erhaltung der üblichen Verteilungsspielregeln, die vor allem das soziale Gefüge in der BRD, die "Sozialverträglichkeit" von Kapital und Arbeit nicht durcheinanderbringen sollen. Die Losung:"Sanierung der Wirtschaft der DDR", unter sich im übrigen fast alle linken Kräfte der BRD sammeln konnte (mit Ausnahme der Aufrufunterstützer der Demonstration gegen Wiedervereinigung am 12.5. in Frankfurt) war das Einbruchstor für eine nationalistische Politik, die unter Berufung auf die Produktivität der freien Marktwirtschaft, dem kapitalistischen Staat das "Monopol legitimer Machtausübung"(Max Weber) auch noch über andere gesellschaftliche Kräfte in einem anderen Land verschaffen konnte. Der erweiterte Markt ist der Verteilungsspielraum der "sozialverträglichen" Politik des DGB und somit seine Bedingung. "Es wird darum gehen, den Standort (DDR) sowohl für Arbeitnehmer, als auch für Investoren attraktiv zu machen... Im Zeichen der angesteuerten nationalen Einheit .... darf die gewerkschaftliche Einheit nicht fehlen."(Lorenz Schwegler/Vors. d. HBV/Ausblick 4/90). Deutlicher geht es nicht: die Einzelgewerkschaften übernehmen bereitwillig die Rolle des sozialen Schmieröls bei der Instandsetzung der DDR für die Investoren. Denn Störungen können auftreten, wenn Arbeitsablauf- und Bedingungen nicht geregelt sind. Nach bisheriger Gewerkschaftslogik wäre dann auch für sie nichts zu melden. Tragende Forderungen der Gewerkschaften wie das Recht auf Arbeit waren immer eng verbunden mit der Akzeptanz der Ausweitung der Warenproduktion oder von Dienstleistungen, die die Schäden der Warenproduktion "gemeinnützig" beseitigen sollten. Ganze Bücher wurden mittlerweile (Gruppe Memorandum) damit gefüllt, ganze Kongresse durchgehalten, Arbeitsloseninitiativen damit orientiert, Beschäftigungsfelder bzw. erweiterte Märkte ausfindig zu machen, um den Faktor Arbeit rentabel in die kapitalistische Volkswirtschaft einbringen zu können. Von Friedrich Engels wurden solche separaten Forderungen streng kritisiert:"Man verlangt das (das Recht auf Arbeit) von der kapitalistischen Gesellschaft, es zu realisieren. Sie kann das nur innerhalb ihrer Existenzbedingung.... Man verlangt also Nationalwerkstätten, Arbeitshäuser und Kolonien."(MEW Bd. 36 S.151). Die Kolonie hat man jetzt (unter demokratischer Kontrolle). Was als linke Politik in der BRD gescheitert ist und mit ihr die Linken, darf jetzt in Form von "sozial-ökologischen" Antikrisenprogrammen für die DDR wieder neu auferstehen. Die Memo-Gruppe liefert die Sachverständigengutachten und versteigt sich voll und ganz auf die fiskalische Lösung der Abfederung des Einverleibungsprozesses. Das Entwicklungsdefizit der DDR-Wirtschaft wird streng am kapitalistischen Produktivitätsmaßstab gemessen, um zum Schluß dem ökonomischen Annexionsprogramm des BRD-Kapitals die Unterstützung durch Ausweitung öffentlicher Mittel zu versichern. Das Gleichheitszeichen zwischen Marktwirtschaft/hoher Produktivität und Interessen der Lohnabhängigen wird in bester "Gemeinwohl"-Ideologie gesetzt. Auf der Grundlage dieser angeblichen gegenseitigen Vorteilshaftigkeit wird die Konkurrenzerhaltung auf dem Weltmarkt als Primat der Politik anerkannt: Die

Umleitung der Mittel in die Modernisierung der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur für den schärfer werdenden Konkurrenzkampf nicht nur im Inland, sondern im Zuge der Aneignung eines anderes Staates ideologisch und materiell begleitet. Diese "Modernisierungspolitik" wird zur Befreiungstat schlechthin und mit der Option auf einen neuen Staat versehen, von dem aus (natürlich im gesamteuropäischen Rahmen) alle Segnungen eines Sozialsstaates in die Welt verbreitet werden können! Dafür lohnt es sich dann auch Solidaropfer zu bringen. So fordert Willi Hoss (Redner auf dem DGB-Bundeskongreß und Vors. der GRÜNEN-Fraktion) ein Lohnopfer zur Sanierung der Wirtschaft und überdies: "Wenn die Einheit ein Neuanfang sein soll, muß mehr als die finanziell billigste und formal eiligste Lösung gesucht werden." (taz 21.5.1990) Wenn schon, denn schon!!! Mit Marx möchte man sagen: "Es ist dies würdig der Einbildung Lassalles, daß man mit Staatsanlehn (heute Staatsknete) ebensogut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn." (MEW Bd. 19)

Sozialverträglich in die Zukunft

Das Mißlingen der staatlichen DDR- Plan(waren)wirtschaft wird zur "natürlichen" Rechtfertigung einer Gewerkschaftspolitik, die sich ihre eigene politische Funktion in der staatlichen Sicherstellung des Kapitalverwertungsprozesses erkämpft hat: von 1918 / 1945-1952 stellten sich die Gewerkschaften mehrheitlich mit offener Feindschaft gegen alle Bestrebungen, sich der Kapitallogik (z.B. durch Enteignung und Sozialisierung) zu entziehen. Sie deshalb als "Tarifmaschine" zu disqualifizieren oder als "Versicherungsverein" zu verharmlosen, wird ihrer exponierten politischen Stellung, die sie mit "ihren" Planelementen eines politischen Systems (Betriebsverfasssung/Tarifgesetze)ausfüllt, nicht gerecht. Die Zeit der Zukunftskongresse ist nun endgültig vorbei: Die vermeintlich vorteilhafte Modernisierung der Volkswirtschaft entpuppt sich als hochpolitisch - denn heute geht es nicht nur um die Integration von Angestellten und technisch-wissenschaftlichem Personal, sondern des Personals eines anderen Staates. Individualisierung hin, Individualisierung her: die HBV ist damit beschäftigt, das Personal für die neuen Banken normgerecht fitzumachen und verweist bieder fachmännisch auf Erfolge in der Umschulung zu Bankbeamten hierzulande, als die Gehaltskonten eingerichtet wurden. Mit dem Tarifabschluß wird auch die IG Metall den neuen Produktionserfordernissen gerecht: eine wirksame Arbeitszeitverkürzung ist durch das weitere Aufbrechen des Normalarbeitstages (18 - 13% der Belegschaften können zu 40 Std. Arbeit verpflichtet werden) unmöglich gemacht worden. Ein Preis für die deutsche Einheit, denn jetzt braucht man an die Überstundenschieber bei Daimler-Benz und MBB nicht mehr so viele Zuschläge zu zahlen. Der Verlauf der deutschen Einheit ist in den Durchführungsregeln auch Bestandteil des Tarifvertrages: Gespräche zwischen den Tarifpartnern sollen stattfinden, um eine einvernehmliche Regelung zu erreichen, z.B. wenn " ... die Entwicklung im Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten ..." es erfordert.

Der Streit um neue Klassenstrukturen ist erstmal hinfällig und weicht den markigen Worten von Steinkühler, gerichtet an FabrikarbeiterInnen in Rostock und anderswo. Der von links lang vermißte gesamtpolitische Ansatz steckt jetzt in den Hülsen traditionellen sozialistischen Vokabulars: zwar ist nicht mehr von klassenautonomer Politik die Rede. Dafür entspricht der Ton jetzt der Agitation der 60iger Jahre, denn in der DDR muß Aufbauarbeit gemacht werden. Und Aufbauarbeit wird immer vom Volk geleistet. Das wissen ja alle aus den Nachkriegsjahren, daß man da zusammenhalten muß. In der DDR-metall-Extra wird Erhard als wahrer Sozialist gefeiert, der leider nicht wußte, daß privatkapitalistische Produktion Arbeitslosigkeit und Armut produziert. Das ideologische Bett für das Gemeinwohl (Marshall-Plan) und die "Gleichberechtigung" von Kapital und Arbeit war ja weich und überdies schon in den Kriegsjahren von führenden sozialdemokratischen Funktionären zur Rettung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung immer wieder auf detaillierteste Weise konzipiert worden. Die grandiose Geschichtslosigkeit der Gewerkschaften bei der jetzigen "Heim-ins-Reich"-Bewegung zeugt gleichermaßen von Erfahrung als Frontstaat-Gewerkschaft und politischem Willen, an außenpolitischen "Erfolgen" und Erfordernissen des kapitalistischen Staates (von Adenauer bis Kohl) ökonomisch zu partizipieren. Dieses Grundverständnis, das sich mit der Gründung der Einheitsgewerkschaften und dem Zurückdrängen sozialistischer und kommunistischer Strömungen gegen alle Neuordnungsvorstellung zur Einschränkung privater Verfügungsmacht an Produktionsmitteln durchsetzte, hat die Ausdehnung der Mehrwertproduktion als eigenes Interesse definiert. Das bedingt die "Burgfriedenspolitik": der Anspruch an die staatliche Gesetzgebung (zwecks Regelung Arbeitsbedingungen etc.) erfolgt im Rahmen des Rechtsstaates nicht mehr gegen ihn. Der Staat nimmt die Dienste der Gewerkschaftsvorstände einseitig in Anspruch (Gewerkschaften beschließen alleine ihre Lohnkürzung im nationalen Staats- und Wirtschaftsinteresse). Es besteht allerdings nie ein Sachzwang, außer den vom DGB selbst getragenen, vom

Zweck ihrer Organisation Abstand zu nehmen: nämlich den Bestrebungen der Kapitalisten, den Mehrwert auf Kosten des Lohnanteils möglichst stark nach oben zu treiben, Grenzen zu ziehen.

Antikommunistisch und marktkonform

Die nach 1945 in harter antikommunistischer Orientierung erfolgte Durchsetzung der sozialdemokratischen Strömung im DGB führte im Gefolge des Bekenntnisses zum neuen Staat BRD zur harten Konfrontation mit der DDR und Bekämpfung der dortigen Gewerkschaften. Die Zustimmung zum Marshall-Plan und damit die Spaltung Deutschlands vollzog sich unter Berufung auf die Notwendigkeit "deutsche Wirtschaftspolitik" zu machen (Hans Böckler). Seine Ausführungen zum Marshall-Plan und den damit verbundenen "Sachzwang" erinnern fatal an die jetzige Diskussion zur Wiedervereinigung: "Wir handeln in einer Zwangslage, der wir uns nicht entziehen können. Wir halten es als Realpolitiker, die wir sind, für richtig, uns zum Marshall-Plan zu bekennen und alle Kräfte darauf zu konzentrieren, die Vorteile restlos auszuschöpfen und all dem rechtzeitig zu begegnen, was wir als Nachteile des Planes empfinden." Mit der Zustimmung zum Marshall- Plan war die Zustimmung zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung gegeben. Das Ordnungsbild der Volksgewerkschaft, die eine Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern betreibt, führte auch zur Niederlage bei der Verabschiedung des BetrVG 1952 - was die klaren Einschränkungen von Unternehmermacht und ein planvolles Wirtschaften betraf. Die dem Gesetz innewohnende Ideologie von Volks- und Betriebsgemeinschaft bildet bis heute die Grundlage für jene Sozialpartnerschaft, mit der man gemeinsam für Weltmarktgewinne streiten kann und sich so auch auf Kosten internationaler Solidarität die vielbeschworenen gegenseitigen Vorteile erzielen kann.

Dem Konflikt zwischen unterschiedlichen Strategien einer korporativen Politik, wie er sich zwischen Rappe/IG Chemie und IG Metall darstellt, muß Aufmerksamkeit geschenkt werden. Allerdings macht es wenig Sinn, über Rappes gemeinsam mit dem Chemie-Unternehmerverband formulierte Erpressung, die IG Chemie/DDR möge auf das politische Streikrecht verzichten, zu lamentieren. Die beste Gelegenheit, hier das politische Streikrecht sich zu erkämpfen, hat man sowieso verpaßt. Es ist vielleicht historisch für lange Zeit verwirkt, weil vom DGB der Ruf zur deutschen Einheit erfolgte. Wozu brauchte man es jetzt? Der nicht gewollte Streit mit dem chauvinistischen Anliegen in den Köpfen der Mitglieder des DGB (8 Millionen) läßt überdies nur Schlechtes für die kommenden sozialen Auseinandersetzungen ahnen.

Es macht auch keinen Sinn über soziale Desolatheit in der DDR zu jammern, um sich so wie die IG Metall, als "Rächer der Enterbten" aufzuführen, wenn sich die Aneignung der Kombinate zum möglichst billigsten Preis unter Begleitung und Aufsicht (in den Mitbestimmungsorganen) der Belegschafts- und Gewerkschaftsvertreter vollzieht: Bei den bundesdeutschen Konzernen wie z.B. der Firma Rheinmetall wird die Übernahme und Zerschlagung u.a. von VEB Robotron vorbereitet, mit allen Folgen üblicher Marktbereinigung, den auch die Betriebsräte und Aufsichtsräte der IG Metall aus Erfahrung kennen. Aber was nützt die Mitbestimmung, wenn man sich sowieso im Vollzug der Konzernstrategie verhält? So kann auch Rheinhausen wieder leben - auf Kosten der Stahlindustrie in der DDR. Aus den BRD-Betrieben ertönt kein Wort über die Inbetriebnahme und Zerschlagung des Volkseigentums mit all ihren sozialen Folgen. Das wäre aber vielleicht auch zu neu - denn selbst wenn ein Kapitalobjekt in weiter Ferne lag (z.B. VW in Mexiko), konnte man die KollegInnen kaum zu Solidarstreiks bewegen. Die syndikalistische Politik der gewerkschaftlichen Betriebsfürsten (berühmt berüchtigt aus der Autoindustrie) ist der geeignete Nährboden für nationalistische Politik. Die wechselseitige Berufung auf das Bewußtsein der Kollegen, die angeblich nicht über den Tellerrand schauen und immer in die eigene Tasche schaufeln (so die "Betriebsfürsten gegenüber der Gewerkschaftsorganisation/ so dann wieder die Gewerkschaftsorganisation gegenüber der Gewerkschaftsbasis) hat sich inzwischen so verselbständigt, daß eine Einwirkung auf das Bewußtsein der Kollegen als undemokratischer Akt erscheint. Das letzte Lehrbeispiel war der IG-Metall-Tarifvertrag und die Begründung seiner Annahme in den einzelnen Bezirken.

Die Frage "DGB wohin?" hat sich vorläufig erledigt. STOP THAT TRAIN!

15. CSFR: Bürgerbewegung in Wahlen siegreich

Rubrik: Tschechoslowakei · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:09

Am 10. Juni wählte die tschecho-slowakische Bevölkerung nach ihrer "Novemberrevolution" des vergangenen Jahres Parteien und Abgeordnete für die beiden Kammern der Nationalversammlung (Volkskammer und Nationalrat) sowie die tschechischen und slowakischen Landesparlamente. Das pluralistisch zusammengesetzte Bürgerforum, in der Slowakei als Komitee "Öffentlichkeit gegen Gewalt" (VPN) angetreten, erzielte einen in der Höhe unerwarteten Wahlsieg und errang die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung und im tschechischen, eine relative Mehrheit im slowakischen Parlament. Die tschecho-slowakischen Kommunisten wurden zweitstärkste Kraft noch vor einem konservativ-christdemokratischen Wahlbündnis (Volkspartei), während die Sozialdemokraten völlig außen vor blieben.

Das für 2 Jahre gewählte Parlament soll die Wirtschaftsreformen einleiten und eine neue Verfassung auf den Weg bringen. Die Wahlbeteiligung war mit 96% außergewöhnlich hoch.

Das Bürgerforum und die VPN mit ihrem Präsidenten Vaclav Havel, die die "Novemberrevolution" maßgeblich führten, konnten als einzige die Früchte ihrer "friedlichen Revolution" ernten, wenn man vom polnischen Bürgerkomitee der Solidarnosc einmal absieht.

Das Forum ist beileibe keine ideologisch und politisch einheitliche Partei, sondern ein breiter Zusammenschluß aus mehr sozialdemokratisch orientierten Mitgliedern, ehemaligen Dissidenten der "Charta `77" und einer ganzen Reihe von sogenannten Reformkommunisten, die 1968 in Ungnade fielen. Ministerpräsident Calfa beispielsweise ist ein ehemaliger Kommunist, der auch mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt wurde.

Die "Regierung der nationalen Verständigung" legte ein vergleichsweise behutsames Reformprogramm beim Übergang vom Realsozialismus zum Kapitalismus vor. Zum 1.6.90 wurde eine schrittweise Preisreform eingeleitet, ab 1.1.1991 soll die völlige Freigabe der Preise und ein Abbau der staatlichen Subventionen erfolgen. Die staatlichen Betriebe werden zunächst "entstaatlicht" und in einer zweiten Phase privatisiert, wobei einige Schlüsselindustrien in staatlicher Hand verbleiben. Dann ist auch die ausländische Kapitalbeteiligung möglich und ausdrücklich erwünscht.

Die Kommunistische Partei (KPC) wurde, weit abgeschlagen, immerhin noch die zweitstärkste politische Kraft des Landes. Ihre Hochburgen hat sie nicht in Prag und anderen Großstädten, sondern eher in den Regionen der Schwerindustrie und des Bergbaus unter den dortigen Arbeitern. Die KPC selbst ist von einst 1,7 auf heuer 1 Million Mitglieder geschrumpft; vor allem Jugendliche und Intellektuelle verließen die Partei wie auch das eher linkssozialdemokratische "Demokratische Forum". Erst in den kommenden Wochen wollen die unterschiedlichen Flügel der KP ihre bisweilen vier unterschiedlichen Plattformen vorlegen und den künftigen Kurs diskutieren, wobei weitere (Ab)spaltungen nicht ausgeschlossen sind. Im Unterschied zur PDS trennte sich die KPC schon sehr frühzeitig von ihren Immobilien und Druckereien und willigte auch ein, daß das Vermögen durch eine Regierungskommission überprüft wird. Die KPC will lediglich diejenigen Besitzstände, an denen sie mit den Mitgliederbeiträgen beteiligt ist, für sich beanspruchen.

Die KPC sah sich mit außerparlamentarischen und parlamentarischen Verbotsforderungen konfrontiert. Rechte bis rechtsradikale Gruppierungen wie ein "Club der engagierten Parteilosen", ein "Freier Block" und eine "Vereinigung der politischen Gefangenen" riefen Mitte Mai zu einer Verbotsdemonstration auf, der nach unterschiedlichen Pressemeldungen 20.000 bis 100.000 Menschen gefolgt sein sollen. Erreicht wurde lediglich ein Einfrieren des Parteivermögens der KP während des Wahlkampfes wegen einer angeblichen Chancengleichheit. Das christdemokratische Wahlbündnis aus der Katholischen Volkspartei (KVP), der slowakischen Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH) und einer Christdemokratischen Partei (KDP) stellte im Parlament einen Verbotsantrag, den die ehemaligen "Block"sozialisten und die neuen Sozialdemokraten unterstützten. Das Bürgerforum wies diese Verbotsforderungen immer wieder zurück. Vaclav Havel erklärte nach den Wahlen auch, warum. Die CSFR brauche eine linke Partei, und das gute Abschneiden der KPC biete die Chance ihrer Erneuerung zu einer linken Kraft.

Das christdemokratische Wahlbündnis trat unter dem Namen Volkspartei an und schnitt schlecht ab. Die Gründe liegen u.a. darin begründet, daß viele Kommunisten des alten Staatsapparates, bis hin zu

Angehörigen des Sicherheitsdienstes, in der ehemaligen Blockflöte KVP Unterschlupf fanden. Als die österreichische Zeitschrift "Profil" enthüllte, daß der Vorsitzende der KVP, Bartoncik, bei der tschechoslowakischen StaSi-Ausgabe tätig gewesen sei, war der Ruf ruiniert. Auch Vera Bartoskova, stellvertretende Außenministerin in der Regierung Calfa und Mitglied der KVP, wurde so enttarnt und mußte ihren Hut nehmen.

Der politische Standort des christdemokratischen Wahlbündnisses kann als rechtskonservativ und neoliberal bezeichnet werden. Niemand anders als der Löwenthal-Freund und reaktionäre Schachspieler Ludek Pachmann fungierte als offizieller Wahlkampfmanager dieses Bündnisses.

Bei der "Mährisch-Schlesischen Bewegung" und der "Slowakischen Nationalpartei" handelt es sich um rechte bis rechtsradikale separatistische Parteien, die mit unerwartet schlechten Ergebnissen in Volkskammer und Nationalrat der CSFR einzogen.

Demgegenüber schaffte auch die "Koexistenz", die sich für die ungarische Minderheit einsetzt, den Sprung ins Nationalparlament, während die grüne Partei mit nur drei Sitzen in die slowakische Volkskammer einzog. Sie hatten sich ungleich mehr erhofft.

Die Sozialdemokraten (CSD) konnte mensch mit der Lupe suchen, zumal diese Partei sich intern heftig beharkte. Als dann auch noch der führende Sozialdemokrat Battek auf einem aussichtsreichen Listenplatz des Bürgerforum kandidierte, war es um die CSD geschehen.

Daß die CSD keinen Stich bekam, lag zum einen an ihrem Dilemma, mit der KPC in einen Topf geworfen zu werden. Zum anderen war ausschlaggebend, daß das Bürgerforum im Kern - nach hiesigen Maßstäben gemessen - eine eher sozialdemokratische Politik verfolgt. Nicht von ungefähr hat sich Willy Brandt bei seinem Prag-Besuch, sehr zum Verdruß der CSD, mit Havel und dem Bürgerforum ablichten lassen - und nicht mit seinen CSD-Genossen. Bürgerforum/VPN boten den Christdemokraten die Bildung einer gemeinsamen Koalitionsregierung an, was letztere jedoch ablehnten. Nichtsdestotrotz verfügen Bürgerforum/VPN über 170 der 300 Sitze in beiden Parlamentskammern.

Das reicht nicht ganz zur zwei Drittel-Mehrheit, die für die Verabschiedung einer Verfassung notwendig ist.

Im tschechischen Landesparlament wird das Bürgerforum ebenfalls über die absolute Mehrheit verfügen und die alleinige Regierung bilden, während es in der Slowakei zur Bildung einer Koalitionsregierung aus VPN, Christlich-Demokratischer Bewegung (KDH) und Grünen kommt; die VPN erzielte dort nur 29,4%, die KDH 19,4% und die Grünen 3,5%.

D./Westberlin

Die Wahlergebnisse in der CSFR

Bürgerforum/VPN 46,6%

Kommunistische Partei 13,6%

Volkspartei 12,0%

Märkisch-Schlesische Bewegung 5,4%

Slowakische Nationalpartei 3,5%

Koexistenz 2,8%

Die übrigen 18 Parteien scheiterten an der 5%-Hürde. Schaffte eine Partei diese Hürde jedoch in einem der beiden Länder, so ist sie auch in Volkskammer und Nationalrat vertreten. Bei den Wahlen zu den Länderparlamenten gab es die 5%-Hürde nicht.

16. Bulgarien: Absolute Mehrheit für Sozialisten

Rubrik: Bulgarien · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:24

Nicht unerwartet gewann die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP), die fast vollständig aus der ehemaligen Kommunistischen Partei hervorging, bei den dortigen Parlamentswahlen die absolute Mehrheit. Damit schafften die ehemaligen Realsozialisten einzig und allein in Bulgarien das, was sich ihre "Bruderparteien" nur erträumt hatten: ihre sozialdemokratische Transformation zahlte sich aus.

Da in Bulgarien das Verhältniswahlrecht eingeführt wurde, waren zwei Wahlgänge am 10. und 17. Juni notwendig. Die aus 16 verschiedenen Parteien und Gruppierungen formierte Union Demokratischer Kräfte (SDS) - das Spektrum reicht von der konservativen Bauernpartei "Nikola Petkow" über diverse sozialdemokratische bis christdemokratische Kräfte - errang etwas über ein Drittel der Stimmen.

Internationale Beobachter bescheinigten den Wahlkampf und die Wahlgänge selbst als fair und korrekt, die BSP sagte sofortige Nachwahlen bei eventuellen Ungereimtheiten zu.

Das jetzige Parlament ist für die Dauer von 18 Monaten gewählt worden und soll erste Reformen in Richtung Marktwirtschaft einleiten und eine neue Verfassung verabschieden, zu der eine Zwei-Drittel Mehrheit notwendig ist. Kommt die Regierung diesen Aufgaben nicht nach, so werden auch vor Ende der kurzen Legislaturperiode Neuwahlen stattfinden.

Warum gewann die BSP?

Am 10. November stürzte die Reform-Opposition innerhalb der damaligen KP den Schiwkow-Clan. Todor Schiwkow und seine Familie saßen in allen entscheidenden Führungspositionen des Staats- und Parteiapparates und übten eine dem Feudalismus ähnliche Diktatur aus.

Unmittelbar nach dem Sturz Schiwkows leiteten die Reformer um den heutigen Staatspräsidenten Mladenow, Ministerpräsident Lukanow und den Reformideologen Lilow Reformen "von oben" ein. Relativ reibungslos und ohne größere Abspaltungen - wie etwa in Ungarn - transformierten sie die KP in die "Sozialistische Partei" und bekannten sich zur sozialen Marktwirtschaft, einem Mehrparteiensystem und zur Gewaltenteilung.

Geschickt nahmen sie der bürgerlichen Opposition den Wind aus den Segeln und strichen von sich aus den Verfassungsartikel über die führende Rolle der Partei. Die 1 Million MitgliederInnen starke BSP (ein Zehntel der Bevölkerung) schlug freie Wahlen, ein Mehrparteiensystem und größere Medienvielfalt vor.

Im Februar bot die BSP der Opposition eine breite Zusammenarbeit nach Art des Runden Tisches und die direkte Regierungsbeteiligung an, was die SDS jedoch ablehnte.

Die programmatischen Unterschiede zwischen der BSP und der Opposition waren nicht grundsätzlicher Natur; für den Übergang zur Marktwirtschaft waren ausnahmslos alle. Während die BSP einen etappenweisen Übergang forderte, wollte die SDS die Schocktherapie anwenden. Angesichts der Tatsache, daß ein Viertel aller wahlberechtigten Bulgaren RentnerInnen sind, hatte die SDS von vornherein schlechtere Karten.

Während die BSP den Bauern, die das Land derzeit bewirtschaften, zurückgeben will, forderte die SDS die unpopulärere Rückgabe des Landes an die früheren Eigentümer, die Ende der vierziger Jahre enteignet worden waren.

Hier sammelte die BSP ihre entscheidenden Pluspunkte: auf dem Lande gewann die BSP die Wahlen und Direktmandate mit haushohem Vorsprung, während sie in der Hauptstadt Sofia nur 39% (gegenüber 54% der SDS) erreichte. Dabei kam der BSP sicherlich zugute, daß die Medienvielfalt zwar in Sofia vorhanden, aber nicht bis ins letzte Dorf vorgedrungen war.

Im Unterschied zur Opposition, die Stimmeneinbußen befürchtete, stellte die BSP auch 14 Kandidaten der türkischen Minderheit auf aussichtsreiche Plätze, nachdem sie zuvor alle diskriminierenden Bestimmungen und Assimilationsgesetze - so mußte die türkische Minderheit bulgarische Namen annehmen - aufgehoben hatte.

Im Unterschied etwa zu Rumänien oder auch der CSFR scheint der Rassismus gegen ethnische Minderheiten in Bulgarien nicht so ausgeprägt und militant zu sein. In diesem Zusammenhang ist auch das Ergebnis einer

Partei der türkischen Minderheit beachtlich, die 23 der 400 Parlamentssitze erringen konnte und das Angebot der BSP ablehnte, auf ihre Kandidatur zugunsten einer Integration in die BSP zu verzichten.

Zerfällt die Opposition?

Nach den Wahlen erneuerte die BSP ihr Angebot an die Opposition, eine breite Koalitionsregierung zu bilden. Daraufhin scheint eine Minderheit der aus 16 Parteien bestehenden Opposition SDS - die Bauernpartei "Nikolai Petkow" und die Sozialdemokratie - diese Offerte annehmen zu wollen und in die Regierung einzutreten. Auch die ehemalige "Blockflöte" Bauernpartei, die 16 Sitze errang und dem Bündnis nicht angehört, signalisierte Mitgestaltungsbereitschaft.

Ziel der BSP ist es, einen Teil der Opposition in der Verantwortung einzubinden und eine parlamentarische Zwei-Drittel Mehrheit zu sichern, um die anstehenden Maßnahmen - die Verabschiedung einer neuen Verfassung und die Wirtschaftsreformen - möglichst reibungslos und auf breiter politischer Grundlage zu bewerkstelligen.

Bei den vorerst abgeschlossenen Wahlprozeduren in den sechs RGW-Ländern ist ein Nord-Süd-Gefälle zu verzeichnen: in der DDR, in Polen und in Ungarn siegten die konservativen Parteien, in der CSFR und Bulgarien eher das sozialdemokratische Spektrum. Hinzuzurechnen wäre bedingt auch die "Front zur Nationalen Rettung" in Rumänien, die in ihren Maßnahmen und Programmen zum Übergang in die Marktwirtschaft längere Etappen favorisiert, während in Polen und Ungarn die neo-liberalen Schocktherapien (die DDR spielt eine Sonderrolle) angewandt werden.

Insofern stehen sich in Osteuropa auch zwei Varianten beim Übergang zur Marktwirtschaft gegenüber, die um unterschiedliche Transformationsmodelle konkurrieren, wobei die DDR ebenso eine Sonderrolle einnimmt wie Rumänien.

D./Westberlin

Die Wahlergebnisse in Bulgarien

Parteien Sitze Prozent

Bulgarische Sozialist. Partei (BSP) 211 52,8%

Union Demokratische Kräfte (SDS) 144 36,0%

Türkische Minderheit 23 5,8%

Bauernpartei 16 4,0%

Direktmandate anderer Parteien 6 1,5%

17. Nachgedanken eines DDR-Linken (zum Kongreß der Radikalen Linken) von Henning Schossig, Vereinigte Linke

Rubrik: Radikale Linke; Vereinigte Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:25

Auf der Rückfahrt nach Berlin schrieb ich zuerst zwei Anstriche in mein Notizheft: 1. Die BRD-Linke hat uns gegenüber ganz offensichtlich einen Vorlauf von gut zwanzig Jahren, 2. was sie mit diesem Vorlauf gemacht hat, ist schlicht sträflich. Dabei blieb es vorerst, denn das Aufzählen verpaßter historischer Gelegenheiten soll meine Sache nicht sein, auch wenn es vielleicht nötig ist für den Selbstfindungsprozeß, den die Linke in beiden deutschen Staaten durchkämpft.

Im nachhinein ist schwer zu sagen, mit welchen Erwartungen ein DDR-Linker zu einem solchen Kongreß fährt. Seine Kenntnisse der Szene sind sehr gering, was auch damit zusammenhängt, daß es in der offiziellen Weltsicht der DDR als wirklich linke Kraft nur die DKP gab und der "Rest kleinbürgerliche, sektiererische Elemente" darstellte, "der Sache des Sozialismus eher schadend". Diese denunziatorische Ideologie zu unterlaufen, hieß für DDR-Linke oft zwangsläufig, sich mit den wenigen linken "Abweichlern", von denen Mensch Kenntnis hatte, zu solidarisieren, der offiziellen Sichtweise auf APO und RAF, K-Gruppen und Grünen eine persönliche, häufig unkritische Sympathie entgegenzusetzen. Das letzte halbe Jahr ließ uns ebenfalls wenig Zeit, differenzierte Auseinandersetzungen mit der gesamten Westlinken und war vielmehr durch deren große und menschliche Solidarität uns gegenüber gekennzeichnet.

Umso größer war die Spannung darauf, was die Linke, vor allem die radikale, der momentanen Tagespolitik entgegenzusetzen hat, wie sie ihre scheinbar alles zusammenhaltende Losung "Nie wieder Deutschland" ausfüllt und/oder darüber hinausgeht, wie sich der Geist von Frankfurt/M. fortsetzt auf der Suche nach konstruktiven Möglichkeiten zum Widerstand. Trotz meiner Anstriche: Es war mehr, als aus unserer Sicht zu erwarten gewesen war, auch wenn vieles Praktische hinter dem Theoretischen zurückbleiben mußte. Die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns schien sich als Einsicht so festgesetzt zu haben, daß über die alten, oft sinnlosen Gräben hinweg konstruktiv und konzentriert an der Sache diskutiert werden konnte, ohne die politischen Differenzen unter den Tisch fallen zu lassen. Gerade diese Differenzen wurden meist zum Katalysator für das fruchtbare Klima des Kongresses, der sich wohl am ehesten durch die Gewichtsverlagerung auf die Diskussion um die kurzen, nur als Einstieg gedachten Beiträge der ReferentInnen und ein hohes Maß an Aufmerksamkeit auszeichnete. Wenn auch der Themenkreis sehr breit war, die Debatten der auffällig jungen TeilnehmerInnen trafen sich immer an dem Punkt der Suche einer politischen Identität für radikale Linke, ob in der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit, ob über radikalökologische, radikalfeministische oder radikaldemokratische Positionen. So gesehen war der Kongreß für uns Beobachter in jedem Fall ein Gewinn. Einerseits bestärkt uns in unserer Arbeit das Wissen um eine extrem handlungswillige Linke im Westen, andererseits erlebten wir eine auch für West-Linke neue Qualität des politischen Streits.

Was jedoch unseren unbedingten Widerspruch erwecken mußte, waren einige Wertungen zur Lage in der DDR und speziell der DDR-Linken. Hier hat ein Großteil der BRD-Linken erhebliche Informationsdefizite, was sicher unter anderem der Medienpolitik geschuldet ist und für uns eine Aufforderung darstellt, Informationsstrecken auch in diese Richtung zu erweitern, da unsere Stellungen in den verschiedenen Etappen der jüngeren DDR-Entwicklung nicht bekannt sind. Dies betrifft vor allem unsere immer vertretene Haltung zum Großdeutschen Projekt des Kapitals, dem wir angeblich nicht ablehnend genug gegenüber gestanden hätten, als auch die Situation der Werktätigen in unserem Land. Wir wollen uns, trotz des reaktionären Wahlverhaltens, das historisch zu betrachten ist, nicht von unseren Werktätigen abspalten lassen. Auf deren Deklassierung zu "Bananen" lassen wir uns schon deshalb nicht ein, weil wir unsere derzeitige Aufgabe auch in der Beteiligung am Kampf um soziale Interessen sehen, ohne natürlich die Weiterentwicklung revolutionärer Theorien zu vernachlässigen. Bei einer Distanzierung von diesem Kampf würde unserer quantitativen Marginalität zwangsläufig auch die qualitative folgen. Köln war für uns unbedingt ein Beginn. Weitergehendes, Praktizierbares muß jetzt folgen, auch in Verbindung mit den Linken in der DDR. Nur gemeinsam können wir unsere jetzige Niederlage bewältigen und Grundlagen für effektiven Widerstand anlegen.

Bleibt mir, allen Beteiligten am Kongreß zu danken, ebenfalls allen, die uns bis heute in unserem Kampf unterstützt haben und es weiter tun werden.

18. Kommentar zum Kongreß "Radikale Linke"

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/55.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:55

Der Kongreß Radikale Linke war nach den Ereignissen des 9. November 1989 das erste Forum für die bundesrepublikanische Linke zur Neubestimmung ihrer Politik gegen das entstehende vereinigte imperialistische Deutschland. Das breite Interesse am Kongreß, die große Beteiligung von 20-30jährigen erklärt sich nicht nur aus einem Schnupperinteresse und subjektiven Gelegenheiten, sondern aus dem Bedürfnis, sich zu orientieren, sich als Linke in einer Phase des zunehmenden Anpassungsdrucks auszutauschen und zu sammeln.

Ausgehend von einer radikalen Systemopposition der Neuen Linken 1968 schwächte sich für immer größere Teile der Linken die Systemkonfrontation im Kampf um eine neue antikapitalistische, gesellschaftliche Utopie, erst zu einer Entwicklung von "Alternativen" ab, und verlor sich schließlich in konstruktiv-mitgestalterischer Erarbeitung von realpolitischen Reformvorschlägen. Diese wurden, wie sich zunehmend herausstellte, von diesem System auf vielfältige Weise integriert. Nicht nur der Ansatz mancher/s Grünen verdeutlicht diese Erfahrung. Auch viele außerparlamentarische KämpferInnen gingen diesen Weg!

Durch das Besetzen von ehemals fortschrittlichen Begriffen, durch die Integration links-radikaldemokratisch problematisierter Einzelaspekte, losgelöst von gesellschaftskritischen oder systemsprengenden Gesamtanalysen, durch die Kriminalisierung der weiterhin radikalen, oppositionellen Kräfte, bei gleichzeitigem Kooperationsangebot an die Verantwortung übernehmenden "MitgestalterInnen", gelang es diesem Staat, die Linke aus den sozialen Bewegungen zu verdrängen und ins gesellschaftliche Abseits zu stellen.

Mit dem Prozeß der "Wiedervereinigung" wurde dieses gesellschaftliche Abseits, in das wir seit geraumer Zeit schleichend gedrängt wurden, für Viele schlagartig, sehr schmerzhaft und bitter klar. Das ganze Spektrum um Grüne und taz, schon länger mit den Segeln im realpolitischen Wind, ist von der nationalen Welle mitgerissen worden; die Segel standen schlicht schon richtig auf Kurs.

Was wir in diesem Prozeß weiterhin erleben müssen ist, bis auf wenige zersplitterte und einflußlose Kräfte, auch die Abdankung des rationalen, humanistischen bürgerlichen Spektrums, das einer Linken bisher in dieser Gesellschaft eine isolierte Randexistenz erspart hat. Was sich im "Historikerstreit" noch als, wie auch immer bereits in der Systemintegration verkommenes, "verfassungspatriotisches" Potential, gegen die offene Propagierung eines deutschen Nationalismus stellte, hat heute auch hier die Segel gestrichen oder die Seite gewechselt; teils offen wie Augstein, teils still wie Geiss, Broszat und Wehler, teils schleimig wie Habermas über den Paragraphen 146.

Dieses Wegbrechen des gesamten Spektrums, das bis 1988 in der Frage der "Einheit der Nation" noch entschieden nicht-nationale, wenn nicht anti-nationale Positionen zu vertreten vorgab, löst Bitterkeit und Wut aus. Denn dieses Wegbrechen fiel genau mit dem Moment zusammen, in dem die Bourgeoisie mit der Realisierung ihres Staatsziels Nr.1, der Transformation des "Provisoriums Bundesrepublik Deutschland" in einen neuen deutschen Nationalstaat ernst machte. Das konfrontiert uns mit einer völligen Neugestaltung der Rahmenbedingungen unseres Kampfes. Alte Bündnismuster ziehen nicht mehr, die Linke muß sich neu orientieren und wird dabei reichlich durchgeschüttelt. Dabei wird so mancher/m klar, daß die weitere Zersplitterung unserer Kräfte ins dauerhafte Aus führen könnte.

Die Vehemenz dieses Prozesses, die Unzufriedenheit damit, der Haß und die Wut, die Brisanz der Lage und das Bedürfnis, dem etwas entgegenzusetzen, schreckt aus der scheinbar sicheren Existenz auf!

Die Radikale Linke beginnt mit der überfälligen, politischen Auseinandersetzung unter den verstreuten linken Kräften. Dabei wird es nicht darum gehen dürfen, jetzt noch schnell zusammenzukratzen, was an sozialistischer und emanzipatorischer Utopie nach dem Zusammenbruch des "Realen Sozialismus" und dem Zerstäuben eigener Hoffnungen übrig bleibt. Gefordert ist eine Auseinandersetzungsbereitschaft zu einer engagierten Aufarbeitung der eigenen Geschichte, im Benennen der Lücken aufgrund taktischer Verdrängungen und im Eingestehen der Fehler aufgrund dogmatischer Verbohrtheit. Ob dieser Versuch zu einer politischen Neubestimmung der Aufgaben und des Selbstverständnisses einer radikalen Opposition führen wird, mit dem Ziel, unsere Kampfbedingungen zu verbessern und unser Terrain zurückzugewinnen, ist noch offen.

Der Aufbruchscharakter dieses Kongresses hat vielen gut getan und uns verdeutlicht, daß es noch eine linke Opposition in diesem Land geben kann. Das allerdings muß eine Linke sein, die Interesse zeigt, sich mit den unterschiedlichen Politikansätzen zu einer radikalen Systemopposition auseinanderzusetzen und einen neuen linken Anlauf zu versuchen. Vorschnelle "Wir-Gefühle" kommen bei uns nicht auf. Wie tragfähig und wie ernst gemeint dieser Versuch gestartet wird und welche Chancen sich aus ihm entwickeln können, wird sich in dem Austragen der Differenzen zeigen. Die Notwendigkeit eines solchen Versuchs liegt auf der Hand.

ZF./rh.

19. Was kommt nach dem Ende des realen Sozialismus? Falsche (?) Hoffnungen auf Gorbatschow Beitrag von Rainer Trampert zum Kongreß RL

Rubrik: Wiedervereinigung; Radikale Linke; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:17

1. Für alle ist sichtbar, daß nach dem Ende des sogenannten realen Sozialismus der Kapitalismus mit seiner Marktwirtschaft kommt. Ein langer historischer Anlauf, in dem Sozialismus bisweilen zumindest versucht wurde, ist beendet. Wir befinden uns nunmehr in einer Phase, die der VW-Chef Hahn kurz so beschrieb: "Osteuropa wird jetzt aufgeteilt, wer nicht dabei ist, der verliert."

Bei der Aufteilung liegt der deutsche Imperialismus weit vorn. Das hat verschiedene Gründe: Zunächst seine ökonomische Überlegenheit in der Welt - er ließ im letzten Jahr im Welthandel alle Konkurrenten hinter sich. Es kommt hinzu, daß er sich mit der DDR die zehntstärkste Industrienation der Erde unter den Nagel reißen kann, mit ihrem Binnenmarkt und ihren Außenmärkten im Osten. Ein dritter Grund ist, daß die meisten europäischen Staaten das westdeutsche Kaufhaus meinen, wenn sie nach Marktwirtschaft rufen, oder darum bitten, ins europäische Haus zu dürfen. Der BRD-Imperialismus wird eingeladen. Noch nie wurde Okkupation so leicht gemacht und die BRD nutzt das hemmungslos. So entstehen drei große Machtzentren: Europa unter deutscher Führung, Fernost unter japanischer und Amerika mit den USA an der Spitze. Alle drei haben ihre Vorgärten, die durch die zugespitzte Konkurrenz um die Vormachtstellung weiter unter Druck gesetzt werden.

Nach dem Fall der Breschnew-Doktrin nutzten die osteuropäischen Staaten also ihre neugewonnene Freiheit dazu, mit wehenden Fahnen zum Westen überzulaufen. Daraus leitet sich eine Erkenntnis für kommunistische Theorie ab: Sozialismus war keineswegs - wie von den Theoretikern und vielen von uns erhofft - eine Art Durchgangsstadium zur nächsthöheren, klassenlosen Gesellschaft, sondern führt geradewegs hinein in die Marktwirtschaft, in enge Nationalitätenkonflikte, häufig mit dem ideologischen Rüstzeug Jesus, Papst, Mekka oder einer Wiederbelebung der Habsburger.

2. Das alles wirft ein denkbar schlechtes Licht auf den vorherigen Zustand eines realen Sozialismus, dem zu Recht abgesprochen wird, ein sozialistischer gewesen zu sein.

Nach den Vorstellungen der Theoretiker sollte der Staat im Sozialismus absterben zugunsten einer unmittelbaren Aneignung und Lenkung der Geschicke in Betrieb und Kommunen, auf dem Weg zu unvorstellbaren Freiheiten. Statt dessen wuchs ein Überstaat heran, der das Leben bis in die Wohnzimmer hinein dirigierte und kontrollierte; ausgestattet mit einem Unfehlbarkeitsanspruch der Staats- und Parteiführung und dem Hoheitsrecht, darüber richten zu können, wer oder was revolutionär oder gerade konterrevolutionär sei. Die reale Not, bedroht zu sein, wurde in eine machtstabilisierende Tugend umgeformt.

Die Basis für eine ungeschorene Existenz oder eine Karriere war das Nachbeten der Führungsdoktrin. Dies schuf ein Klima der Trübseligkeit und eine Verkümmerung von Ideen. Für alle sichtbar protzte dazu das Patriarchat selbstgefällig am 1. Mai auf den Tribünen. Arbeit geschah entfremdet; zwar nicht für den Profit des Einzelkapitalisten, aber für den Plan des Staates, der den Leuten als Gesamteigentümer der Produktionsmittel machtvoll gegenüberstand.

Die Propaganda, dieser Staat sei trotzdem der Staat der Arbeiter und Bauern, und mit dem nächsten Fünfjahresplan werde - mit viel Anstrengung - wieder einmal der Westen überholt, nutzte sich ab und orientierte im Kern nicht auf eine freie Assoziation der ProduzentInnen, sondern auf die westliche Warengesellschaft als Ersatz für den entfremdeten, entbehrungsreichen Alltag.

Es lassen sich eine Reihe von Ursachen für das Scheitern sozialistischer Befreiungsversuche feststellen, die ich nicht gewichten kann. Ich will einige aufzählen.

Ich denke, die meisten Leute in Osteuropa wollten alles Mögliche, nur keinen Sozialismus. Er wurde ihnen - wie in der DDR - als Diktat von außen übergestülpt, war jedenfalls nicht das Werk der ausgebeuteten Klassen

selbst, wie es einst gedacht war. So etwas kann kaum gut gehen. Eine Rolle spielt, den Staat zwar zu besitzen, ohne den gesellschaftlichen Rückhalt. Daraus wird Macht über Gesellschaft, nicht Macht der Gesellschaft. Eine Rolle spielen Avantgardeansprüche, die sich als Parteimacht über Gesellschaft entfalteten. Die gedachten Sowjets erhielten jedenfalls keine Chance.

Besonders in der Sowjetunion wird der niedrige Stand der Produktivkräfte eine Rolle gespielt haben, der zu einer Nachindustrialisierung führte, mit viel Disziplin, erzwungen von einem Staatskapitalismus. In diesem Prozeß wie auch in manchen Notsituationen festigte sich eine Führungsbürokratie, die allmählich an Privilegien Gefallen fand - von der Befehlsgewalt bis zu einem Sonderstatus in der Versorgung - und die eine Klassengesellschaft neuen Typs von sich aus festigte. Zu allem kommen Kriege und permanente Bedrohungen, die zur Festigung von Hierarchien beitrugen und offenbar zu paranoiden Verfolgungen.

Bei aller Notwendigkeit, die inneren Ursachen zu erforschen, darf nie außer acht gelassen werden: Es gab keinen Befreiungsversuch, der vom Westen nicht mit vernichtenden Kriegen, mörderischen Söldnerbanden, mit Boykott und Isolation angegriffen wurde - auch das Totrüsten gehört dazu -, ob früher die Sowjetunion, später Vietnam oder neueren Datums Nicaragua, neben vielen anderen. Das muß im Blick bleiben, damit ein ganz und gar berechtigtes Feindbild nicht unzulässig verharmlost wird, ein Feind, der jetzt - nach der Vollstreckung - in der Maske von Demokratie, Freiheit und Hilfestellung durch die Gegend geistert.

Für den Fall, daß wir nach dem Scheitern eines großen Anlaufs neue Befreiungskämpfe erleben werden, die eine klassenlose Gesellschaft anstreben, wird Kommunisten wohl eine Klärung abverlangt werden: Glaubwürdige theoretische wie praktisch-politische Angebote, die eine Wiederholung des bekannten realen Sozialismus einigermaßen sicher ausschließen können.

3. Gorbatschow und die Perestroika sind ein Reflex auf Niederlagen; im Wettkampf mit dem Westen um Wachstumsraten, im Rüstungswettlauf, und im Inneren durch einen Akzeptanzverfall.

Die Frage, ob es falsche Hoffnungen auf Gorbatschow gibt, muß eindeutig mit "ja" beantwortet werden. Wenn sowohl westliche Präsidenten als auch Linke auf ihn setzen, dann wird eine Seite falsche Hoffnungen haben oder es ist alles kaputt.

Zwei Beispiele: Der Marxist Michael Stamm - ich könnte auch hundert Erneuerer zitieren - schrieb in "konkret": "Gorbatschows Verknüpfung von Plan, Markt, Partei, Räte ist das Beste, was kommunistische Theorie für die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft zu bieten hat." Als George Bush gefragt wurde, weshalb er so auf Gorbatschow setze, antwortete Busch: "Hey, ich kenne ihn. Er verdient Kredit für all das, was er getan hat." Irgendetwas stimmt da nicht, denn wir dürfen unterstellen, daß Bush ihm keinen Kredit oder Respekt für die beste kommunistische Theorie geben würde.

Perestroika war von Anfang an der Versuch, den Westen mit Methoden des Westens einzuholen. Gorbatschow definierte sein Werk so: "Perestroika ist die Stärkung der Disziplin und Ordnung (...) exakter Arbeitsrhythmus (...) Nutzung jeder Minute Arbeitszeit (...) Wir müssen in kurzer Frist den Welthöchststand bei der Produktivität der Arbeit erreicht haben."

Um mehr aus den Menschen herauszuzwingen, gab es die bekannten Dinge: Lohnhierarchien und Managementhierarchien gegen die beklagte Gleichmacherei; Kampagnen gegen Alkoholkranke und die sogenannten Faulen. In brutaler Manier beklagte Gorbatschow, daß Subjekte, die nicht so schnell arbeiteten, in der Sowjetunion sorgenfrei leben könnten, und daß Kinder von Schmarotzern nicht ihrem Schicksal überlassen würden. Dazu gab es den Beginn privaten Unternehmertums (...) Ich kann das Kapitel über die Maßnahmen abkürzen. Nichts klappte. In Erwartung auf die volle Marktwirtschaft mit ihren freien Preisen wurde gehortet und spekuliert. Unter Gorbatschow sank die Versorgung und die Produktivität, nur die Preise im privaten Handel stiegen und die Armut. Die Neureichen übten schon mal ihre blendende Zukunft.

Jetzt soll der freie Fall in die Marktwirtschaft folgen. Das gesamte Staatseigentum soll privatisiert und in Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Die neuen Manager werden an der Frankfurter Wertpapierbörse ausgebildet. Die Preise werden in Etappen freigegeben. Gosplan rechnet mit 20 Millionen Arbeitslosen. Von den Sowjets ist in der Sowjet-Republik nichts mehr zu sehen. Als letztes wurde die Wahl der Betriebsleiter wieder verboten. Sie paßt auch nicht zu Kapitalgesellschaften. Dazu gibts einen formal mächtigen Präsidenten, Parlament und bald viele Parteien.

Ich will nicht in Frage stellen, daß Glasnost und Perestroika neue Freiheiten gebracht haben: In Kultur, Wissenschaft, Geschichtsbewältigung, überhaupt Meinungsfreiheit, unternehmerische Freiheit oder faktisches Streikrecht. All das ist wichtig, abgesehen von der Unternehmerfreiheit. Ich würde auch einen Kapitalismus mit bürgerlicher Demokratie dem chinesischen Modell den Vorzug geben. Nur, dann sollte das auch so beim Namen genannt werden und nicht in sozialistische Erneuerung oder kommunistische Theorie umgedichtet werden. Mein Eindruck ist, daß einige Linke diese Umdichtung benötigen, um sich selber zu schonen. Im Kopf sind sie längst bei der Marktwirtschaft gelandet und damit das nicht so auffällt, gibt es die Formel "sozialistische Erneuerung".

In der Außenpolitik hieß die zentrale Lösung "Neues Denken". Gorbatschow definierte: "Politik muß durch die Priorität der gesamtmenschlichen Werte, statt durch Klasseninteressen bestimmt werden". Nun ist die Welt aber voller Klassen, Arm und Reich, oben und unten, und wer sich daraus befreien will, muß kämpfen. Wer sagt, genau dieser Klassenkonflikt solle nicht Gegenstand der Politik sein, will die Verhältnisse, so wie sie sind. Das wollen alle Gemeinschaftsideologen. Die Gorbatschowsche Begründung, das Ozonloch werde dann kleiner oder der Frieden größer, taugt nichts. Die Gesetzmäßigkeit, die Arm und Reich produziert und benötigt für ihre Akkumulation, ist die gleiche Gesetzmäßigkeit, die das Ozonloch größer macht und zu Kriegen führt. Überhaupt treffen wir heute auf die blödesten Friedensspekulationen. Nicht nur, daß gegen die Kleinen Krieg geführt wird nach Lust und Laune - nur die Leute dies weniger registrieren, auch die großen Kriege bleiben eine offene historische Angelegenheit. Nachdem die große Klammer weg ist, die die imperialistischen Staaten Jahrzehnte zusammenhielt - "gemeinsame Zerstörung des Bolschewismus" - kann niemand garantieren, daß die Imperialisten nicht wieder zur historischen Normalität schreiten: Freie Entfesselung ihrer Konkurrenzen um die Vormachtstellung.

Die Sowjetunion rüstet ab, um ihre Ökonomie zu entlasten und hofft lediglich auf die NATO. Die Sowjetunion bot uferlose Vorleistungen. Sie strich die Hilfe an Verbündete und empfahl ihnen, sie sollten dem Internationalen Währungsfond beitreten. Sie holte sich Beifall von den USA, als sie versprach, die Sandinisten fallenzulassen. Sie stimmte gemeinsam mit den USA gegen einen Antrag schwarz-afrikanischer Staaten, das Apartheid-Regime aus der internationalen Atomenergiebehörde auszuschließen. Sie forderte den ANC auf, endlich vom Sozialismus Abstand zu nehmen und den weißen Machthabern Sicherheitsgarantien zu geben. Gorbatschow lobte die Friedensbereitschaft der USA, als sie dabei waren, Elendsviertel in Panama zu bombardieren. Nicht alle Angebote an den Westen lassen sich mit der Reparatur der eigenen Ökonomie erklären. Das "Neue Denken" war nicht neu, sondern die Übernahme der alten westlichen Doktrin.

Kurz gesagt: Gorbatschow bereiste den Westen als Bettler, um Kredit, Technik und Direktinvestitionen locker zu machen und machte sich dafür zum Kronzeugen für den angeblich sauberen Westen. Vor kurzen las ich, daß es die Meistbegünstigung für Kredite erst dann geben soll, wenn die Sowjetunion die Ausdehnung der NATO auf Großdeutschland und die eigene Auflösung in 15 Einzelstaaten gutheißt. Boris Jelzin trifft inzwischen die Vorbereitungen.

Ich habe großes Verständnis dafür, wenn Mitleid aufkommt, ähnlich wie mit Modrow, als der "einige Vaterland" und "Marktwirtschaft" nachäffte und Kohl um 15 Millionen anbettelte, aber rausgeworfen wurde. Nur, eine sozialistische Erneuerung ist das nicht.

4. Perestroika und die Frauen. Eine zentrale Kampagne der Perestroika galt den Frauen in der Sowjetunion. Gorbatschow eröffnete sie mit den Worten: "Man muß es den Frauen ermöglichen, zu ihrer weiblichen Lebensaufgabe zurückzukehren (...) dem Haushalt und der Schaffung einer familiären Atmosphäre (...) Frauen, denen es von der Natur bestimmt ist, das Menschengeschlecht zu wahren uneigennützig, selbstlos."

Sein Wissenschaftler, Anatoli Afanasjew, veröffentlichte dazu: "Die Arbeit der Frau in der Produktion hat bei ihr Vorstellungen aufkommen lassen, die weder ihrer seelischen Veranlagung, noch ihrer biologischen Beschaffenheit entsprechen (...) Das wichtigste, was wir für die Frau tun können und müssen, besteht darin, ihr in eine ihrer biologischen Natur adäquate Lebensumgebung zurückkehren zu helfen, dorthin, wo sie glücklich sein wird (...) die Familie."

Es ist nicht nur die Tatsache, daß Frauen die Manövriermasse bei der hohen Arbeitslosigkeit sein sollen. Das Perfide an dem neuen Denken ist die scheinbar wissenschaftliche Begründung: "Seelenveranlagung und biologische Beschaffenheit", die der Frau einen anderen Weg in der Gesellschaft als den in den Haushalt so

grausam und unwiderruflich abspricht. Das gleicht den Begründungen, mit denen sonst angeblich minderwertiges Leben seinen Platz zugewiesen bekommt.

Einmal mehr wird belegt, daß das Patriarchat sich überhaupt nicht um veränderte Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln kümmert, sondern eine historische Eigengesetzlichkeit hat, das auch entsprechend zu bekämpfen ist.

5. Ausgesprochen blöde ist, daß die Abkehr von dem alten versteinerten System linken Befreiungsideen wieder Schaden zufügen wird, nachdem uns das alte System bei der Werbung für Kommunismus auch nicht gerade verwöhnt hatte. Osteuropa steht heute als der große Kronzeuge für die angeblich segensreiche Marktwirtschaft da, als Kronzeuge für diese unbegrenzte Freiheit, Waren produzieren zu lassen und sie beständig in mehr Geld zu verwandeln, Preise zu treiben, und mit allen Waren - einschließlich Wohnungen und Menschen - Handel zu treiben. Gorbatschow, der Kronzeuge aus dem Reich des Bösen, lobt den Imperialismus über den grünen Klee. Bei uns fühlen sich Hans und Franz bestätigt, in einem guten Kaufhaus zu leben. Fleißig zu sein, zu arbeiten und sich demütigen zu lassen, lohnt sich halt, das System auch, denn sonst würden die Arbeiter in der DDR nicht an den Betriebstoren Transparente aufhängen mit der Aufschrift: "Helmut, gib uns Arbeit."

Nur wenige Linke werden mit Perestroika und PDS in die soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard wandern oder die nächste Identitätskrise haben, was das kleinere Übel wäre. Marxisten schimpfen mit Gorbatschow über die faulen Russen, sind also im Kopf wieder ganz der Hoheitsstaat, auch wenn sie gar nichts zu sagen haben. Erneuerer berufen sich auf die Mehrheitswünsche der Menschen im Osten, als sei der Mehrheitswille in der Geschichte schon immer ein Garant für etwas Vernünftiges gewesen. Einige freuen sich darüber, daß mit Gorbatschow der Antikommunismus abgebaut worden sei. Stellen wir uns mal vor, Gregor Gysi zöge seinen Antrag, bei der sozialdemokratischen Internationale aufgenommen zu werden, zurück und würde sagen: Ich bin Kommunist und Deutschland verdient Revolution wie kein anderer Staat auf der Welt. Was wäre die Antwort: Hektischer Antikommunismus, Antisemitismus, Illegalität, Verfolgungen und etwa das, was wir bei der Frankfurter Demonstration erlebt haben.

Neben diesem offenen Quatsch gibt es subtile Einflüsse. Etwa die Frage: Bietet die Marktwirtschaft nicht doch mehr? Nein, tut sie nicht! Sie ist nur in wenigen gut gefütterten Metropolen an Waren überlegen. Und selbst dort wäre die Flucht eines Menschen aus der DDR nach Süditalien, Irland, Schottland, Manchester, Portugal, Griechenland, Spanien, Ostfriesland aus reinen Wirtschaftserwägungen blödsinnig gewesen. Die Marktwirtschaft bietet weltweit Elend an und es ist fraglich, wieviel aus den Ungarn marktwirtschaftlich herauszuholen ist, ohne den imperialistischen Genuß, überall auf der Welt billige Arbeitskräfte, Böden, Früchte, Mineralien zu haben.

Dazu müssen künftig in der Marktwirtschaft aus dem Mehrwert noch der Gewinntransfer in den Westen, die Finanzierung der neuen Millionäre, die vielen Devisenkonten in der Schweiz, die hohen Kreditzinsen abgezweigt werden - und dies im Rahmen der Bedingungen, die der IWF diktiert. Marktwirtschaft kann verdammt teuer werden für die, die unten sind. Ungarn, Polen und die meisten anderen in Osteuropa sollten nach Argentinien schauen, um ihre ökonomische Zukunft zu begreifen, und nicht nach Hamburg.

Eine andere subtile Frage: Muß nicht mit dem Mittel der Marktwirtschaft doch aus den Menschen mehr Produktivität herausgequetscht werden, besonders aus den Russen? Ich bin kein Freund von verplanten Güterzügen, die unnötig leer durch die Gegend fahren und überhaupt keiner von einer Zentralisierung aller Entscheidungen, die Leerlauf bringen müssen. Der Kern dieser Frage lautet aber: Sollten und können Linke überhaupt mehr Produktivität versprechen? Es ist doch wahrscheinlich, daß nicht entfremdete Arbeit - ruhigere Arbeit, weniger Zeitdiktat, ohne Schichten, mit gemeinsamer Beratung über Produkt und Gestaltung der Region, mit einer Entlastung der ausgeplünderten Länder und der Natur, mit einem Wechsel in den Tätigkeiten, der tendenziellen Aufhebung der Arbeitsteilung, mit Produktionsverhältnissen, wo alle Menschen, die nach maschinellen Produktivitätskriterien keine Höchstleistungen bringen, nicht als Schmarotzer behandelt werden, also als Feinde der Gesellschaft, sondern wo jede und jeder zählt und den Wert als Mensch nicht nach Leistung und Warenmasse zugewiesen bekommt -, es ist doch wahrscheinlich, daß diese Verhältnisse weniger produktiv sind als die gnadenlose Konkurrenz mit der darwinistischen Aussonderung des angeblich Minderwertigen.

Diese Verhältnisse wären aber die entscheidende Voraussetzung dafür, den Zwangscharakter einer Warengesellschaft mit ihren Fetischen abzustreifen und sich Leben anzueignen. Muß nicht gerade das unsere Kritik an den bestehenden Verhältnissen sein und gleichzeitig unsere Utopie?

he nicht, weil die Springquellen des Reichtums noch immer nicht üppig genug sprießen würden. Deshalb müßten die Produzenten von einem Tal der Tränen durchs nächste. Wir dürfen nicht ignorieren, wieviel Reichtumsproduktion da ist. Ich behaupte, bei einer solidarischen Verfügung muß kein Mensch auf der Welt schlecht dastehen, besonders wenn wir betrachten, daß die Springquellen hier woanders bereits wieder jede langfristige Versorgung untergraben. Auch hierzu meine ich: Wir brauchen die Utopie der solidarischen Verfügung als politischen Auftrag, statt Arbeit, Arbeit und Arbeit zu propagieren.

Keiner von uns weiß, ob Karl Marx - als er berechtigt keinen Sozialismus der Mängelverwaltung anstrebte, ihn nicht für möglich hielt - im Kopf hatte, daß ein Stand in der Verwissenschaftlichung der Arbeit, der die DDR an die 10. Stelle der Welt brachte, und der Sowjetunion ermöglichte, den Weltraum zu besiedeln, noch immer nicht reichen würde. Der Quantitätensozialismus darf kein Totschlagargument für Befreiungen werden.

Uns steht vieles bevor. Ich gehe davon aus, daß Menschen massenhaft enttäuscht werden, und weiß nicht, wohin die gehen werden. Die beginnende Enttäuschung ist offenkundig und soll wieder vom Wechselspiel "Konservatismus" oder "Sozialdemokratie" aufgefangen werden: Zustimmung zum Staatsvertrag gleich im Bundestag oder anschließend im Bundesrat. Es wird viel Kraft kosten, die Enttäuschungen nicht in dem bekannten Spiel verkommen zu lassen. Die wirkliche Probe, wozu der deutsche Imperialismus mit seinem Nationalismus fähig ist, steht erst dann bevor, wenn enttäuschte Menschen oder Konkurrenten im Weltmarkt ihm das wieder nehmen wollen, was ihm heute zufällt. Schon heute kündigt sich aber an, wieviel linkes Potential, wie so oft in der Geschichte, dem vaterländischen Druck erliegen wird.

20. Silke Struckmeyer: "Wir sind nicht das Salz in der Suppe eurer Sehnsucht" - Redebeitrag auf dem Kongreß Radikale Linke

Redebeitrag von Silke Struckmeyer

Rubrik: Radikale Linke; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:56

"Frauen leben in einer Welt, von der jede Frau spüren kann, daß es nicht ihre Welt ist, auch wenn es allenthalben Platzzuweisungen für sie gibt. Frauen stellen diese Welt mit her und erhalten sie, aber sie sind nicht in ihr wirklich zu Hause, sie sind nur mitgenommen worden, zugelassen unter Bedingungen." (1)

Ich füge hinzu: Die Bedingungen gestalten sich je nach ethnischer und klassenspezifischer Stellung, nach sexueller Orientierung unterschiedlich. Mein gesellschaftlicher Status ist der einer deutschen, weißen Heterofrau aus den Reihen der sogenannten "Intellektuellen". Ich sage dies, um deutlich zu machen, daß mein Blickwinkel geprägt ist durch diesen gesellschaftlichen Status und ich mir bewußt bin, daß ich in dieser Gesellschaft qua Geschlechtszugehörigkeit und politischem Standort Repressionen unterworfen bin, gleichzeitig aber z.B. mit dem "Ahnenpaß" einer Deutschen ausgestattet, auch Privilegien gegenüber anderen habe. (...)

Als ich zusagte, zur Fragestellung: Interventionsmöglichkeiten - Perspektiven des gemeinsamen Widerstands? Auch parlamentarisch? zu sprechen, hatte ich die Realität der imperialistischen Weltwirtschaftsordnung mit ihrer weltweiten Ungleichheit, das 4. Reich und das Technopatriarchat mit seiner selektierenden, vernichtenden Realität im Kopf und das "WIR"-Gefühl der "Nie wieder Deutschland-Demo" im Bauch: Nach dem Motto "Gemeinsam sind wir stark oder zumindest nicht ganz ohnmächtig". Doch dann bekamen die Worte "wir", "gemeinsam" einen bitteren Beigeschmack. - Da war doch noch was! (...)

Warum wollte ich den Part einer Mittlerin zwischen radikal-feministischen und radikal-linken Denken und Handeln übernehmen? Die Mitarbeit von Feministinnen erfolgte erst, nachdem wir dagegen protestiert hatten, daß wir beim ersten Treffen des Kreises Radikale Linke nicht eingeladen worden waren. Hat nicht eine Feministin wie Regina Michalek zumindest da Recht, wo sie fordert, daß Feministinnen Prioritäten setzen müßten? Doch sie spricht auch davon, daß wir Feministinnen dies nur in "autonomen, nicht links-definierten Zusammenhängen" tun sollen. Hier möchte ich ein Fragezeichen setzen, weil ich "Priorität" nicht automatisch gleichzusetzen vermag mit "Ausschließlichkeit". Zustimmen kann ich ihr auf jeden Fall, wenn sie sagt, "daß Feministinnen sich nicht einfach unter dem Etikett Radikale Linke subsummieren lassen wollen". Im Klartext: trotz gewisser inhaltlicher Überschneidungen lassen sich linke und feministische Analyse und Politik nicht addieren - dazu sind die Interessenskonflikte, die Widersprüche und Brüche zu groß.

Symptomatisch ist es für mich auf jeden Fall, daß es wieder mal die Frauen sind, die die männliche Täterschaft - auch die der Linken - im Geschlechterverhältnis zur Sprache bringen. Aber das Infragestellen des eigenen linken Tuns und Denkens, das ja auch auf sehr grundsätzliche Weise Machtverhältnisse gegenüber Frauen und Dominanz von Männern reproduziert, scheint derart an die männliche Substanz zu gehen, daß Mann dem lieber ausweicht. Es ist ja auch wahrlich bequemer, sich selbst nur überwiegend als "Opfer" von ökonomischer und politischer Herrschaft zu sehen (vgl. SDS-Zeiten). Doch die kollektive männliche Täterschaft in patriarchalen Systemen verschwindet nicht dadurch, daß z.B. ein männliches Individuum denkt, sein "Beitrag zur Frauenemanzipation" sei schon abgegolten, daß er persönlich kein "Sexist" sei, jemand der noch nie eine Frau geschlagen, gedemütigt oder vergewaltigt habe, sondern stattdessen den Haushalt mache oder mal die Windeln wechsle. Spätestens, wenn es um die sog. große Politik geht, wird das "verklärende Bild" von der Realität widerlegt. (...)

Es geht mir heute in meinem Beitrag - auf einem "linken" Kongress - um die Täterschaft von Linken im Geschlechterverhältnis. Dazu einige (im übrigen nicht neue) Thesen:

I. Linke Analysen und Strukturen sind patriarchal geprägt.

Dieser lockere Zusammenschluß nennt sich "Die Radikale Linke", aber: an der bisherigen Politik ist nur der Artikel weiblich, ansonsten ist die Politik weitgehend männlich definiert. Sprache hat bekanntlich

Definitionsmacht, sie benennt, klammert aus; definiert also Zugehörigkeiten und Ausgrenzungen. Ausgegrenzt, verschwunden schon im Namen sind z.B. wir Feministinnen. Wir tauchen höchstens mal kurzfristig als Randerscheinung, als feministisches "Nachtschattengewächs" auf. Klar: Uns ist großzügig "gestattet" worden, Texte - sogar schon verabschiedete - mit einem Hauch von "Feminität" zu schmücken. Daß wir dies getan haben, ist sicherlich auch ein Ausdruck unserer eigenen Schwäche; wir sind nicht viele, sondern nur einzelne, aktive Feministinnen in diesem Kreis. Aber ich stelle mir heute selbstkritisch die Frage, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, eigene Gedanken und Vorstellungen zur Diskussion zu stellen und z.B. unsere Mitarbeit dazu hätte nutzen sollen, mit anderen Frauen aus und um diesen Kreis Kontakte zu knüpfen, um evtl. Vernetzungsstrukturen aufzubauen. Fazit: Da sich, wie schon gesagt, die Radikale Linke bei näherem Hinsehen als der Radikale Linke entpuppt oder genauer gesagt: der deutsche, weiße Radikale Linke aus dem christlichen Abendland, werde ich im folgenden auch von dem Radikalen Linken sprechen. Vielleicht macht diese Zuspitzung ja das Problem etwas deutlicher und stellt auch bei anderen dieses "Etikett" in Frage.

Sowohl die vorangegangenen Treffen, wie auch dieser Kongreß haben mir noch einmal gezeigt, daß DER Radikale Linke - trotz mancher positiver Ansätze - sowohl in seinen Strukturen, wie auch in seinen Denkansätzen vielfach immer noch einem dualitisch-mechanistischen Weltbild anhängt. Ich könnte auch etwas bissig sagen: der Logik eines Schachspiels verhaftet bleibt, wo es nur schwarz und weiß gibt; wo - wer die richtigen Züge (Regeln) im rechten Moment weiß - gewinnt; wo die Dame eine wichtige Funktion erfüllt - bis sie notfalls für den König geopfert wird (frau beachte historische Parallelen wie z.B. die Französische Revolution). Doch die Realität, die gesellschaftlichen Widersprüche und unterschiedlichen Unterdrückungsmechanismen sind nicht zu lösen wie ein Schachspiel. Kurz: So recht vermag ich an die mehrfach demonstrierte "neue Nachdenklichkeit" DES Radikalen Linken noch nicht zu glauben.

II. Was hat DER Radikale Linke gelernt von feministischer Gesellschaftskritik? Oder gar von unserem Widerstand? Meine These: So gut wie nichts!

Klar, kaum einer aus dem Kreis DER Radikalen Linken würde heute noch die Unverfrorenheit besitzen, offen zu behaupten, daß Frauenunterdrückung ein sogenannter Nebenwiderspruch sei oder gar, daß wenn er "Mensch" sagt, er "Mann" meint. Doch wenn wir uns linke Texte ansehen, werden wir feststellen, daß sich dies augenscheinlich nicht in der Analyse widerspiegelt. Und wenn Frauen dann doch mal in den "Genuß" ihrer Erwähnung kommen, dann meist in Form eines monolithischen Bilds von uns: als besonders beklagenswerte Opfer des kapitalistischen Systems werden wir definiert in unserer Funktion für's Kapital. Frauen als handelnde oder gar aufmüpfige Subjekte findet frau genauso selten wie unseren politischen Standpunkt. Es ist zwar anscheinend in Mode gekommen, daß DER Radikale Linke den Begriff "Patriarchat" zumindest an einer Stelle in seinem Text oder Redebeitrag erwähnt - aber solange dieser nicht inhaltlich gefüllt wird, bleibt er eine leere Worthülse. Ich möchte kurz zwei - typische - Beispiele für den Umgang mit dem Geschlechterverhältnis nennen (ich nehme diese Beispiele, weil die beiden Kritisierten gleich nach mir sprechen und so Stellung beziehen können.

1. Beispiel: Bei Thomas Ebermanns durchaus spannendem Plädoyer für eine radikale Veränderung der Arbeits- und Lebensstrukturen kam ihm leider kein einziges Mal der Gedanke, bei dieser Gelegenheit auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als zu überwindende Struktur zu benennen.

2. Beispiel: Wie kommen Aussagen wie z.B. von K.H. Roth zustande, der in seinem Reader-Beitrag vom "jugendlichen, weiblichen und ausländischen Jobberproletarit" redet. Na wunderbar. Und wo "verortet" Mann z.B. die jugendliche, weibliche Ausländerin? Ich unterstelle Karlo mal positiv, daß er "Jugend" sicher nicht nur als deutsch und männlich verstanden haben will, aber durch solch ein Kategoriedenken wird ausgeblendet, wird unsichtbar gemacht, daß es sowohl verschiedene, wie auch ineinandergreifende und sich verstärkende Unterdrückungsmechanismen gibt. Es reicht halt nicht aus, nur das gemeinsame Elend aufzuspüren für den gemeinsamen Kampf. Oder anders ausgedrückt: "Aufgespürte Gemeinsamkeiten machen noch keine Gleichheit aus." Ich plädiere also dafür - auch wenn's schwerfällt - Abschied zu nehmen von Kategorien (oder sie zumindest zu problematisieren), die die unterschiedlichen Lebensrealitäten ver- aber nicht auf-decken.

Real hat sich im Bewußtsein des Radikalen Linken die Tatsache, daß die geschlechtshierarchische Vergesellschaftung von Frauen in allen Punkten der sog. allgemeinen Politik implizit enthalten ist, in keiner Form durchgesetzt, bleibt "Sache der Frauen". Der R.L. ist "stark" in der Analyse der Klassengesellschaft, weiß meistens, wie es um die sozio-ökonomische, die psychische und physische Verfaßtheit des "freien

Lohnarbeiters" bestellt ist (selbst wenn er derselben noch nie gefrönt hat). Aber wenn es um das Geschlechterverhältnis zwischen Mann und Frau geht, schweigt der Radikale Linke; wird plötzlich zum Geschlechtslosen Wesen.

Ich zumindest kann sie zuwenig entdecken, die linke Analyse z.B. zur doppelten Vergesellschaftung von Frauen-oder genauer gesagt ihrer Arbeitskraft - und den sich daraus ergebenden Widersprüchen. Ich meine - verkürzt ausgedrückt und auch in Abgrenzung gegen biologistische Argumentationen vom sog. weiblichen Arbeitsvermögen -, daß bis heute die Tatsache, daß es immer nur eine kleine Gruppe von Frauen war, die es sich leisten konnten oder gezwungen waren, sich auf "Familie und Hausarbeit" zu beschränken, was auch von Linken gesehen wird, jedoch der unmittelbare Zusammenhang von sog. privater Reproarbeit (die ja in Wirklichkeit Bestandteil gesamtgesellschaftlicher Reproduktion ist) und Erwerbsarbeit nicht gedacht wird. Entweder wird die ausbeuterische Vergesellschaftung von Frauenarbeit vorrangig in der sog. Privatsphäre ausgemacht (und damit die bürgerliche Ideologie von Frauenarbeit reproduziert) oder anderes Extrem: Frauenarbeit wird nur im unmittelbaren Produktionsprozeß ausfindig gemacht. Ich dagegen meine, daß geschlechtliche Arbeitsteilung nicht nur entlang der Konstruktion "Öffentlich und Privat" verläuft, sondern daß alle Bereiche gesellschaftlicher Praxis gekennzeichnet sind durch Zuteilung von Fähigkeiten, geschlechtshierarchisch unterschieden werden. Frauenausbeutung also gerade geprägt ist durch diese beiden sowohl gleichen als auch unterschiedlichen Herrschaftsformen. Von praktisch-politischer Solidarität will ich gar nicht sprechen - oder habt ihr Euch schon mal gefragt, was es z.B. heißt, sich als "Arbeitskraft mit Uterus" auf dem Erwerbsarbeitsmarkt zu bewegen??

Ein weiterer Bereich des Lebens, das sogenannte Privat-Leben, wird ebenfalls tabuisiert, weil Mann es abgekoppelt wissen will vom sogenannten "gesellschaftlichen" Leben. Wo, frage ich Euch, ist DER Radikale Linke, der Sturm läuft gegen diese Tabuisierung, die zur Folge hat, daß dieses Ausbeutungsverhältnis immer noch weitgehend "unsichtbar" gemacht wird? Mag es daran liegen, daß auch der Radikale Linke spürt, daß diese bürgerliche Intimsphäre der Paschas ihm Privilegien verschafft, von denen er sich nicht zu trennen vermag? Wo ist die linke Politik, die sich gegen die Norm des Paares, gegen die zwangsverordnete Heterosexualität wendet? Und ich frage euch weiter: Wo ist die linke Analyse, euer Aufschrei, euer Protest, wenn es um sexuelle Gewalt, um das sexuelle Ausbeutungsverhältnis von Männern über Frauen geht?

Dem Faschisten und Konsorten als politischem Gegner "eins auf`s Maul hauen zu wollen" - nun gut ... Aber dem Vergewaltiger, dem Frauenhändler, dem Geschlechtsgenossen?? Wo bleibt das linke Männerbündnis, welches auf die Straße geht? Wo hinterfragt Ihr mal euren eigenen Status - ob als Arbeiter oder Intellektueller -, der Euch trotz sonstiger Unterdrückungsmechanismen qua Geschlechtszugehörigkeit zusteht?

Es ist bequemer, wenn die Opfer von sexueller Gewalt gezwungen sind, Schutz in Frauenhäusern zu suchen, sich selbst isolieren zu müssen, um nicht noch mehr kaputt zu gehen. Frau wird's schon richten ...

Auf den bisher wenig überzeugenden Widerstand der Linken gegen das Technopatriarchat, gegen die Gen- und Reprotechnologien und das damit verbundene, selektive Menschenbild und anderen weitreichende Konsequenzen haben schon Theresia Degener und auch Jutta Ditfurth hingewiesen.

Ich stelle mir auf jeden Fall eine feministische Mitarbeit in sogenannten links-radikalen Kreisen nicht so vor, daß wir es sind, die dem Radikalen Linken den Einblick und die Aufarbeitung der eigenen patriarchalen Geschichte und die damit verbundenen Defizite abnehmen, sondern dieser Aufgabe muß sich der Radikale Linke selbst stellen. Mit der Übernahme von ein paar feministischen "Versatzstücken" ist dies allerdings nicht getan. Genauso wenig wie mit einer "Männergruppe", die glaubt für uns den Vormund spielen zu müssen.

III. Zu den Perspektiven

1. Wir alle wissen, daß der Marxismus eine historische Theorie ist, die sich allerdings als zeitlose Anweisung zum politischen Handeln als real untauglich erwiesen hat. Aus u.a. dieser Erkenntnis haben viele Feministinnen den Schluß gezogen, unsere Zeit nicht damit zu "verplempern", das feministische Programm, die feministische Theorie entwickeln zu wollen, sondern wir stehen auf dem Standpunkt, daß feministische Gesellschaftskritik und politischer Widerstand sich gegenseitig bedingen, nichts statisches sind, sondern eingebunden in den jeweils konkret-gesellschaftlichen Kontext.

2. Ich bin ferner der Ansicht, daß wir "Perspektiven des Widerstands" nicht verwechseln sollten bzw. ableiten von der verzweifelten Suche nach Utopien. Ich stimme Tina Thürmer-Rohr zu, wenn sie sagt:" Jedenfalls bin ich der Meinung, daß jeder Mensch, der verkündet, es gebe heute eine Lösung für alle, ein Hochstapler, ein Abwiegler, ein Lügner oder ganz einfach ein Dummkopf ist ... das anfeuernde und tröstende Weltverständnis können wir im Reich von Gedanken und Ideen finden und nachlesen, verfaßt von Humanisten der Vergangenheit." Kurzum: Ich plädiere dafür, Abschied zu nehmen von "Idealgesellschaften", die im "Nirgendwo" angesiedelt sind, Abschied zu nehmen vom "Prinzip Hoffnung" oder sozialrevolutionären Utopien oder sie zumindest als das zu benennen, was sie derzeit sind: moralische Stützen, Träume, Religionsersatz. Der Kampf gegen Herrschaftsstrukturen und Ausbeutung ist für mich ein Kampf, der sich auf die Gegenwart (die für mich Vergangenheit und Zukunft mitbeinhaltet) konzentrieren sollte. Auch wenn es wenig erbaulich klingt: Wir sollten uns ebenfalls vor Illusionen hüten, daß wir in naher Zukunft mehr sein könnten, als eine "Minorität" im Kampf gegen die sog. Volksherrschaft. Was wir derzeit führen sind Abwehr - aber keine Befreiungskämpfe - weltweit. Selbst wenn wir diesem Staat mal einen "Nadelstich" versetzen, wie mit der Demo - die Gen- und AusländerInnengesetze sind z.B. mit all ihren Konsequenzen ohne größeren, sichtbaren Widerstand über die Bühne gegangen. Der engagierte Widerstand von einzelnen Gruppen und Ini's hat nicht ausgereicht. Auch hier muß sich der Radikale Linke zu verhalten.

3. Trotz meiner Kritik und meinen Bauchschmerzen - ich halte einen Versuch, Vernetzungs- oder gar Bündnisstrukturen zwischen oppositionellen Kräften aufzubauen, für notwendig. Ich sehe ein solches Zustandekommen aber nichtmal im Ansatz, wenn ich erfahre, daß wir einerseits auf der Straße für "Nie wieder Deutschland" demonstrieren und andererseits einzelne Politikpatriarchen (und ich hoffe, daß es bei diesen einzelnen Herren bleibt), auch aus den Reihen der Radikalen Linken Gedanken hegen, sich ausgerechnet im Befriedungsinstrumentarium und Sprachrohr der kapitalistischen Machthaber, dem Parlament, de facto und real wiedervereinigen zu wollen mit der PDS. Ich bin - im Gegensatz zu vielen anderen von euch wahrscheinlich - nicht grundsätzlich dagegen, das Parlament als ein mögliches Öffentlichkeitsmedium zu nutzen, aber diese männerbündische Inkonsequenz trage ich als Feministin nicht mit. Für mich wäre in dieser konkret-historischen Situation diese Bündniskonstellation der Weg in die deutsch-deutsche Systemintegration.

Falls es der Radikalen Linken tatsächlich ernst ist mit dem Versuch, "Bündnisstrukturen zu schaffen, in dem alle nichtreformistischen Kräfte Platz haben" (K.- H. Roth), dann muß auch der Radikale Linke bereit sein, z.B. sowohl materielle, wie auch strukturell und publizistisch bessere Rahmenbedingungen z.B. für uns Feministinnen zur Verfügung zu stellen, darf es nicht angehen, daß im Namen des "Internationalismus", "Nationalismus", Rassismus, Antifaschismus Männer und Frauen anderer Ethnien, Männer und Frauen, die nicht mit dem sogenannten gesunden Volkskörper etc. ausgestattet sind, instrumentalisiert werden. Auch hier muß Raum geschaffen werden für die "Gleichheit in der Differenz".

Konkret plädiere ich dafür, daß es heute einen Beschluß darüber geben wird, daß interessierte Frauen aus den verschiedenen Politikspektren aus und um den Kreis Radikale Linke sich treffen können, um die verschiedenen Politikansätze, Widerstandsformen und eventuell gemeinsame Handlungsstrategien auszutauschen und diskutieren zu können, z.B. auch unser Verhältnis zu dem Radikalen Linken. Es geht mir dabei allerdings nicht darum, die sogenannte "Frauenfrage" - wie eine Frau es auf diesem Kongreß nannte - zu diskutieren. Wenn wir davon ausgehen, daß die geschlechtshierarchische Unterdrückung und Arbeitsteilung eine Voraussetzung ist zur Aufrechterhaltung der weltweit ungleich verteilten, patriarchal-imperialistischen Machtstrukturen, sollten wir Abschied nehmen von solchen Begrifflichkeiten. Oder ich könnte dann auch sagen: Die sogenannte Frauenfrage entpuppt sich als Männerproblem. D.h.: Wenn der Radikale Linke sich nicht nur aus taktischen Erwägungen, sondern auch real, mit feministischer Gesellschaftskritik, mit uns Frauen und seiner eigenen Eingebundenheit in die patriarchale Geschichte auseinandersetzen will (und müßte), dann erfordert dies nicht nur ein Neu- und Umdenken, sondern auch die Aufgabe von männlichen Privilegien und Strukturen.

Fest steht: Auch wenn es um den feministischen Widerstand in der BRD nicht gerade "gut" bestellt ist - eine Unterordnung unter den Radikalen Linken wird es nicht geben. Die distanzierte bis ablehnende Haltung vieler Feministinnen zum Projekt Radikale Linke zeigt dies meines Erachtens - auch wenn ich persönlich mir gewünscht hätte, daß diese Frauen sich hier mehr eingemischt und ihre Kritik ausgesprochen hätten.

Ich schließe mit einem Zitat von Andre Lorde, welches sie als Kritik - berechtigte Kritik - am weißen, feministischen Ethnozentrismus formulierte und welches ich weitergebe an den Radikalen Linken.

"Wir wollen Wir selbst sein,

so wie Wir uns definieren.

Wir sind kein Fragment Eurer Phantasie oder Eurer Wünsche. Wir sind nicht das Salz in der Suppe Eurer Sehnsucht." (2)

Zitate entnommen:

(1) Christina Thürmer-Rohr, Vagabundinnen, 1987

(2) Farbe bekennen, v. May Opitz u.a., 1986

SILKE STRUCKMEYER ist als Feministin Mitstreiterin in verschiedenen Frauenprojekten, u.a. derzeit Referentin im Frauen-ASTA, Uni Bremen

21. Rumänien: "Ihr Westeuropäer seid Heuchler!" Interview mit Silviu Brucan

Rubrik: Rumänien · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:03

von Hannes Hofbauer, Viorel Roman und Susan Zimmermann

"Jos Komunismul!" - "Nieder mit dem Kommunismus". Trotz dieser in Bukarest allgegenwärtigen Parole wählten mehr als zwei Drittel der RumänInnen die im Westen als kommunistisch verteufelte "Front zur nationalen Rettung". Warum dies kein Widerspruch ist, klärt ein Blick hinter die Kulissen der Gesellschaft am Balkan.

Ein rumänisches Schicksal. Mit uns zu Tisch sitzt der 50jährige Alin Braileanu, Mitglied der Nationalen Bauernpartei, die vor dem Krieg zusammen mit den Nationalliberalen eine satte Mehrheit im rechtslastigen rumänischen Parlament besaß. Die nachrevolutionären Wahlen im Mai 1990 allerdings brachten den konservativen Bauern magere 2,5% der Stimmen.

Alin Braileanu ist Arzt und wohnt in einem der mitten in die alten Villenviertel hingeklotzten Hochhäuser, 7. Stock - der Lift ist schon lange vor dem letzten Erdbeben steckengeblieben. Sein monatlicher Lohn beträgt 5.000 Lei, zum Schwarzmarktkurs ganze 100,- DM. Alin, den wir in der Parteizentrale von Ion Ratius Nationaler Bauernpartei kennengelernt haben, ist das exakte Gegenteil eines rumänischen Bauern. Mit seinem etwas längeren grauen Haar und der schräg auf dem Kopf sitzenden Baskenmütze erkennt ihn jeder hier in Bukarest als Intellektuellen. "Am Anfang hatte ich noch Sympathie für die Front zur nationalen Rettung, bis ich bemerkt habe, daß sich dort nach wie vor die alte kommunistische Nomenklatura tummelt", nennt er uns die Gründe, die ihn zur Bauernpartei gebracht haben. Alin selbst war noch bis vor zwei Monaten KP-Mitglied. "Dann habe ich bei denen angerufen und gefragt, was ich mit meinem Parteiausweis machen soll und die haben mir geantwortet: Verbrenn ihn!"

Ganz entschieden für die Bauernpartei hat er sich aber noch nicht. Die Wahlschlappe und das peinliche Auftreten des Parteiführers als protziger westlicher Kapitalist lassen Alin an seinem Entschluß zweifeln, am Aufbau der Nationalen Bauernpartei mitzuarbeiten. Ob er sich - später - eine Unterstützung von Iliescus Front zur nationalen Rettung vorstellen könne? "Wenn's eine sozialdemokratische, ehrliche Partei wird - ohne alte Kommunisten - könnte es schon sein, daß ich der Front beitrete", antwortet er. Seine Unentschlossenheit ist verständlich, wenn man die aktuelle und gesellschaftliche Situation in Rumänien gesehen hat. Politisch im Spannungsfeld zwischen Ost und West, gesellschaftlich am Rande des Abgrunds - das hat in Rumänien schon Tradition. Auch in Alins Familie. Er stammt aus der rumänischen Oberschicht. Sein Vater war General. Bis zum Jahre 1944 ist er an der Seite Hitlers marschiert. Dann hat Rumänien die Fronten gewechselt. "Am Kriegsende war mein Vater in Berlin, Seite an Seite mit der Roten Armee." Ein rumänisches Schicksal.

Explosiv und unversöhnlich

Die Explosion der gesellschaftlichen Widersprüche zwischen Stadt und Land liegt in der Luft. Wenige Monate nach dem Sturz des Diktators zeigen sich Risse im System der Ernährung der städtischen Proletariermassen. Schon der freie Verkauf auch nur eines kleinen Teils der landwirtschaftlichen Produkte berührt einen der empfindlichsten Punkte der rumänischen Gesellschaft: Nach dem radikalen Bruch des "realen Sozialismus" mit der althergebrachten "parasitären Stadt", die im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts uneingeschränkt über die Dörfer herrschte, stellt sich heute erneut handgreiflich die Frage, wer in diesem verarmten Land wen versorgen wird - um welchen Preis und nach welchen Regeln.

Bis in die 40er Jahre war Rumänien eine informelle Agrar- und Erdölkolonie der europäischen Großmächte; die heimische Oberschicht lebte zumeist vom Grundbesitz und führte auf dieser Grundlage ein ebenso elegantes wie parasitäres Leben in den Städten. Hier sammelte sich jener Teil des in der Landwirtschaft erarbeiteten Reichtums, der nicht ins Ausland transferiert wurde. Die Ruinen dieser gesellschaftlichen Verhältnisse stehen heute noch, insbesondere in Transsilvanien, zur Besichtigung: In den gediegenen alten Stadtkernen der ungarisch, deutsch sowie jüdisch geprägten Städte sind Reichtum und Lebensstil der ehemaligen Oberschicht in Handel und Handwerk zu Stein erstarrt. Heute sind von dieser Schicht, die einst das Stadtbild prägte, nur noch Überreste aufzuspüren: ein weltgewandter ungarischer Herr, der im perfekten Österreichisch der

Jahrhundertwende erzählt, wie er sein Landhaus, freilich ohne Grund und Boden, über die Jahrzehnte vor der Verstaatlichung retten konnte - ihm selbst ist es allerdings nicht erspart geblieben, sich in der Justizverwaltung zu verdingen. Die "häusliche Hilfskraft" verschwindet, nachdem sie die Speisen aufgetragen hat, zu ihrer Familie in der Küche, um dort zu essen. Damals, so erzählt der Herr weiter, studierten wir alle in Wien und Budapest; jetzt, nach der Revolution, möchte er seine Verbindungen wieder nutzen, um den Großneffen an der juristischen Fakultät in der ungarischen Hauptstadt unterzubringen.

Damals ... starben die Bauern - 80% der Bevölkerung - wie die Fliegen an der Mangelkrankheit Pellagra. Damals ... war das Land der größte Maisexporteur der Welt und der Fleischkonsum in den Städten betrug pro Kopf 52 kg im Jahr. Bauernaufstände wurden im Blut erstickt, und die im Zeichen des Antibolschewismus Anfang der 20er Jahre durchgeführte Agrarreform brachte den Bauern angesichts von Entschädigungsforderungen nur neue Zahlungsverpflichtungen.

Bauern und Städter standen sich in Rumänien nicht nur materiell unversöhnlicher gegenüber, als in jedem anderen europäischen Land. Sie waren durch Nationalität, Sprache und Religion klar voneinander getrennt, und die Vermischung von beiden sollte das Schicksal der Minderheiten in Rumänien nach dem Zweiten Weltkrieg bis hin zu den heute erneut aufflammenden ungarisch-rumänischen Konflikten bestimmen.

Im Kreise der Eliten nämlich sammelte sich in der Zwischenkriegszeit der Kern der nicht-rumänisch sprechenden Bevölkerungsgruppen: 1 Million Deutsche, 1 Million Juden und 1 Million Ungarn, die Hälfte davon einfache Leute. Hinzu kam die rumänische Elite des Landes, die sich in der Verwaltung konzentrierte und ebenfalls rund eine Million zählte. Von ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rolle her glichen diese Eliten tatsächlich einer Oberschicht, wie man sie aus den Kolonien kennt: Vor Ort organisierten sie den Abzug der Ressourcen aus dem Lande, um so unter den gegebenen Verhältnissen selbst am besten zu überleben. Von ihrer Sprache, Kultur und Religion her völlig auf die Metropolen konzentriert, nahmen sie die Bauern als "vertierte" Wesen wahr.

Auf in die Städte!

Seit den 30er Jahren allerdings wurde die Explosivität und Unhaltbarkeit dieser erstarrten Verhältnisse immer stärker offenbar. In der nationalreligiösen "Legion des Erzengels Michael", die hinter sich Hunderttausende zum Kampf entschlossener Bauern sammelte, in den Plänen der Nazis zur Umsiedlung oder Vernichtung des ländlichen Bevölkerungs"überschusses", den sie mit einem Sechstel errechnet hatten, und schließlich in den US-amerikanischen Plänen zur kapitalistischen Zwangsmodernisierung des Landes hinter geschlossenen Grenzen: in alledem kündigte sich der kommende Bruch mit den althergebrachten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen schon an.

Die stalinistisch-zentralistische Entwicklungslokomotive pumpte dann bis Anfang der 70er Jahre mehr als zehn Prozent der Landbevölkerung in die expandierende städtische Industrie. Als innerhalb des RGW (Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe) Anfang der 60er Jahre unter Federführung der Industriemächte UdSSR, CSSR und DDR der Versuch unternommen wurde, Rumänien erneut auf die Stufe eines agrarischen Hinterlandes hinabzudrücken, konnte die rumänische Führung dies erfolgreich abwehren.

1965 kam, zur Absicherung des eigenständigen Kurses, Ceausescu an die Macht. Nach einer Atempause in den 70er Jahren überschwemmte er die Städte mit einer neuen Welle proletarisierter Bauern - nun aber hielt die Industrialisierung selbst diesem Tempo nicht mehr stand. Der Stadtbevölkerung, die mittlerweile nahezu die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmacht, mangelt es heute an Arbeitsplätzen oder zumindest an Arbeit an diesen Arbeitsplätzen.

Die alte, parasitäre Stadt wurde im Verlauf dieser radikalen Umstrukturierung der Gesellschaft ausradiert, und mit ihr die Eliten, die das Machtzentrum der ehemaligen Gesellschaft dargestellt hatten. Die frühere rumänische Verwaltungsoberschicht führte in den vergangen Jahrzehnten entweder ein Schattendasein in den eleganten Bukarester Villenvierteln der 30er Jahre, oder sie hatte sich beim Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals schon in den 50er Jahren zu Tode arbeiten müssen. Die Juden wanderten angesichts der Erosion ihrer gesellschaftlichen Stellung nach Israel und den USA aus; heute leben nur noch 20.000 Juden in Rumänien. In den ehemaligen deutschen Städten Transsilvaniens zeugt ein überreiches Angebot deutschsprachiger Kochbücher und Literatur in den staatlichen Antiquariaten vom Massenexodus der Deutschen in den 80er Jahren, von den verbliebenen 200.000 haben 80 Prozent ihre Auswanderungsabsicht

bekundet. Die Ungarn, ohne Auswanderungsventil und gesellschaftlich zunehmend isoliert, haben die Umwälzungen im Lande am schlimmsten erfahren. Spätestens die dritte Generation aus der alten Elite spürt, daß mit dem Dienstmädchen in der Küche nichts mehr stimmt - der Abstieg ohne Ausweg ist grausam, die repressive Nationalitätenpolitik Ceausescus in den letzten 20 Jahren tat ihr übriges.

Seit dem Sturz des Diktators flüchtet die jüngere Intelligenz verstärkt nach Ungarn. Begleitet wird sie dabei von den städtischen Mittelschichten: "Eine produktive Existenz in der ungarischen Provinz ziehe ich baumelnden Beinen in der staatlichen Apotheke von Tirgu Mures/Marovasarhely tausendmal vor", bekundet die Gattin eines ungarischen Stationsarztes. Der Budapester Intellektuelle auf dem Marktplatz der traditionsreichen siebenbürgischen Stadt spürt nur eines: den Dreck, den Balkan, die Rumänen. Schon der Weg durch die Vorstadtsilos macht klar: das rumänische Dorf hat die Stadt überschwemmt. Der Stadt-Land-Konflikt ist damit keineswegs verschwunden, sondern nur gänzlich umgekrempelt. Das realsozialistische Entwicklungsmodell brachte zwar der Mehrheit der Bevölkerung ein, wenn auch kärgliches, Auskommen am Rande des Existenzminimums.

Aber die Industrialisierung hat gleichzeitig die Bevölkerung selbst in Stadt-und Landbewohner gespalten. Schon in den 80er Jahren wurde unter der Decke der staatlichen Unterdrückung der Konflikt um die Verteilung der Ressourcen zwischen diesen beiden Gruppen immer spürbarer. Schuldenrückzahlung, Mißwirtschaft, Korruption und nicht zuletzt der Ausbau der glänzenden Fassade des Regimes ließen die Mittel knapper werden. Mit grobschlächtigen und drakonischen Methoden setzte der zentrale Apparat die Versorgung der Agrarexport-Industrie mit landwirtschaftlichen Produkten und der städtischen Bevölkerung mit einem Minimum an Nahrungsmitteln durch. "Meine Hühner wurden gezählt, mein Küchengarten vermessen und die Ernteaussichten eingeschätzt, und dann wurde mir vorgeschrieben, wieviel Eier und Kartoffeln ich in diesem Jahr abzugeben habe aus der Eigenproduktion - das war fast mehr, als ich überhaupt herausgebracht habe", erzählt die Bäuerin auf dem Markt.

Drahtseilakt ohne Fangnetz

Die wirtschaftliche Lage Rumäniens ist denkbar schlecht. Arbeitslosigkeit, Inflation und Außenhandelsdefizit steigen, begleitet von einem Sinken der Produktion und Arbeitsmotivation. Der Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaftsordnung hat kein soziales Netz hinterlassen. Die Familie und die Parallelwirtschaft müssen weiterhin das nicht funktionierende Verteilungssystem der Waren und Dienstleistungen ersetzen. Bedrückend ist die offensichtliche wie auch die verdeckte Arbeitslosigkeit. Im letzten 5-Jahres-Plan, zwischen 1985 und 1990 sollten jedes Jahr 400.000 Jugendliche einen neuen Arbeitsplatz erhalten. Mindestens eine Million jedoch sind arbeitslos geblieben. Jetzt drängen sich über 2 Millionen Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt und es ist nicht verwunderlich, daß gerade diese Jugendlichen im Dezember 1989 auf die Barrikaden stiegen.

Seit Jahren schon schuf die Inflation keine Arbeitsplätze, sondern nur Engpässe in der Versorgung und eine Ausdehnung der Schattenwirtschaft. Die letzten staatlich festgesetzten Lohn- und Rentenerhöhungen waren nicht mit einer Steigerung des Warenangebotes verbunden. Die Politik nahm keine Rücksicht auf die Ökonomie und die proletarische Diktatur besann sich auf den Naturaltausch. Bis fast nichts mehr ging. Seit 1980 ist ein gewaltiger Anstieg der Schattenwirtschaft zu vermerken. Für offizielle Preise sind die Waren nur in den Morgenstunden nach langem Schlangestehen - auch für Milch und Brot - zu erhalten. Die Preise stiegen seither um das zwei- bis fünffache.

Sofort nach der Revolution 1989 stieg das Außenhandelsdefizit, nach offiziellen Angaben um fast eine halbe Milliarde US-Dollar; die Opposition spricht von zwei Milliarden US-Dollar in vier Monaten. Es wurden hauptsächlich Nahrungsmittel importiert. "Die Revolution in Rumänien hat ihre Kinder nicht gefressen, weil ausreichend Fleisch eingeführt wurde", meint der strategische Kopf der Revolution, Silviu Brucan, im Interview.

Bis Dezember 1989 war Rumänien das einzige sozialistische Entwicklungsland, das sich von den Auslandsschulden aus eigener Kraft befreien konnte. Die Dissoziationspolitik, das heißt der Abkoppelungsversuch vom Weltmarkt scheiterte, weil auf dieser Basis keine ökonomischen Erfolge erzielt werden konnten. Das Land ist wieder auf dem besten Weg in Richtung "Dritte Welt". Die Produktion, der Außenhandel und die Arbeitsmotivation sinken ohne das diktatorische Korsett unaufhörlich. Im Vergleich mit 1989 sind alle Produktionszweige im neuen Jahr rückläufig. Der Arbeitsdienst der Armee und die Zwangsarbeit der Bevölkerung sind eingestellt. Die offiziellen Angaben sprechen von einem Produktionsrückgang von 20%,

die Opposition schätzt ihn auf 30%. "Unsere Wirtschaft arbeitet zur Zeit nur mit 70% der Kapazität, die sie noch vor einem Jahr hatte", meint der Ökonom Virgile Stonescu. Außerdem arbeiten 20% der Betriebe ohne Gewinn. Sie sind subventioniert und beschäftigen über 2 Millionen Arbeitskräfte, die in einer freien Marktwirtschaft arbeitslos wären.

Das Arbeiten verlernt

Eine brutale Einführung des Marktsystems, die sogenannte Schocktherapie, kann sich leicht ins Gegenteil verkehren; die Folge wäre ein Scheitern der liberalen Absichten und die Wiedereinführung des Dirigismus, bzw. noch schlimmer, der Diktatur. Von Zentralwirtschaft, von Diktatur jedoch haben die RumänInnen genug. Seit fünfzig Jahren sind sie zu Zwangswirtschaft und Entbehrungen gezwungen worden. Ihr Widerstand war die Arbeitsverweigerung und in weiterer Folge das Verlernen der Arbeit schlechthin. Der Staat bezahlte die Arbeit, ohne einen Ausgleich an Waren und Dienstleistungen anzubieten. Das Fazit war, daß die staatliche Autorität sank und die Parallelwirtschaft überhandnahm. Alle streben nach illegalen Geschäften.

Seit der Revolution kann man zwar sagen, was man will, und man bekommt sogar einen Paß. Das heißt aber noch lange nicht, daß sich in der Arbeitswelt etwas verändert hat, oder daß Auslandsreisen in den Westen ohne konvertierbare Währung bzw. ohne Einladung von dort möglich wären. Wo soll man diesen Teufelskreis durchbrechen? Nach 50 Jahren Diktatur und Zentralwirtschaft hoffen alle auf die Sanierung der Landwirtschaft. Im Frühjahr dieses Jahres ist in Rumänien eine "Mini-Agrarreform" durchgeführt worden. 3 Millionen Hektar sind an ebensoviele Bauern verteilt worden. In einigen Gegenden besonders im Süden Rumäniens gibt es noch Land zu verteilen, aber keine Bauern mehr. Freie Bauern, staatliche Agrarbetriebe und Genossenschaften sind zum Wettbewerb aufgerufen.

Zurück in die Dörfer!

Die alte Elite in den Städten, aber auch ein Teil der neuen Intellektuellen und Industriearbeiter wollen die Bauern, die Ceausescu in die expandierenden Städte katapultiert hat, wieder in ihre Dörfer zurückdrängen. Welche Partei diese Aufgabe "ohne Gewalt" durchführen kann, steht noch in den Sternen. Bis jetzt gibt es jedenfalls keine Anzeichen dafür, daß die neuen Industriearbeiter wieder Bauern werden wollen.

Besonders die etablierten Intellektuellen sind für einen "Sozialen Dialog", so auch der Name einer recht einflußreichen Gruppe in Bukarest. Das Verhältnis zwischen Land und Stadt in Rumänien beträgt 50% zu 50%, eine Sozialstruktur, die England schon um 1800 und Österreich um 1890 überwunden hatte.

Eine Szene auf dem Amzeimarkt im Zentrum von Bukarest macht den wieder schärfer werdenden Konflikt zwischen Land und Stadt deutlich. Eine Schäferin verkauft Käse zu deutlich höheren Preisen als im Staatsladen. Der Unmut der Städter wird spürbar. Als ein Käufer den Preis nicht bezahlen will, droht die Lage unkontrollierbar zu werden. Wilde Schimpfduelle arten fast in eine Schlägerei aus. Die Staatsgewalt interveniert nicht. Die Konflikte zwischen Stadt und Land werden neuerdings frei ausgetragen.

Die Opposition

Frei ausgetragen wurden auch die ersten Parlamentswahlen in Rumänien seit über 40 Jahren. Die Vermutungen in der westlichen Presse, wonach Iliescu seine sagenhaften 85% bei den Präsidentschaftswahlen und 66% bei den Parlamentswahlen durch Betrug und Wahlschwindel erreicht hat, haben sich als haltlos erwiesen. Selbst die rumänischen Oppositionsparteien - die großen Verlierer des Wahlganges - haben die Fälschungstheorie ad acta gelegt. "Im ersten Moment habe ich an Schiebung geglaubt, dann sah ich die Resultate und wußte, daß wir die Schuld auch bei uns selbst suchen müssen", meint der Pressebetreuer der Nationalen Bauernpartei. Und Gheorghe Voimea, Neo-Parlamentarier der Nationalliberalen, schätzt, daß ca. 10%-15% des Ergebnisses gefälscht waren. Der Wahlsieg der "Front zur nationalen Rettung" steht außer Zweifel.

Warum die Opposition mit 6% für die Nationalliberalen und 2,5% für die Bauernpartei dermaßen schlecht abgeschnitten hat, erklärt sich nicht zuletzt aus der Sozialstruktur des Landes. Es gibt in Rumänien außerhalb der ungarischen Minderheit so gut wie keine Mittelklasse. Die Bauern und die erst vor einer Generation Proletarisierten aber haben Angst vor dem Liberalismus. Auf sie wirken die Verheißungen des Westens - anders als für die Menschen in Ungarn, der CSFR und im Baltikum - nicht euphorisierend, sondern bedrohlich. Mit dem Wahlslogan der Nationalliberalen z.B. - "Freiheit, Eigentum, Wohlstand" - kann in einer Gesellschaft,

deren Mitglieder um die tägliche Existenz kämpfen, kaum irgendwer etwas anfangen. Dazu kommt noch, daß die Führer der "Front" - Iliescu, Brucan und Roman - als Männer der Revolution gelten. Sie waren, nicht wie die Oppositionsführer, jahrelang im Exil, sondern haben - als in "Ungnade" gefallene Parteimitglieder - die Leiden des Volkes zumindest näher miterlebt als die Oppositionsführer Ratiu und Campeanu in London bzw. in Paris.

Dem Leben im Exil ist es auch geschuldet, daß sowohl Ratiu, als auch Cameanu eine Wahlkampfstrategie haarscharf vorbei an Gewohnheiten und Bedürfnissen der rumänischen Bevölkerung betrieben haben. "Ratiu wäre vielleicht fähig gewesen, Wahlen in England zu gewinnen, aber nicht hier", kommentiert der Aktivist Alin Braileanu den Mißerfolg seines Parteichefs. Der ist - tatsächlich völlig vorbei am rumänischen Alltag - in jeder TV-Show mit exzentrischen MascherIn aufgetreten und hat sich auch derart aufgeputzt an jeder Ecke in Bukarest plakatieren lassen. Nicht viel besser Campeanu, dessen Konterfei mit einem aus Brüsseler EG-Sternen zusammengesetzten Heiligenschein umgarnt, die Säulen und Wände der Innenstadt ziert.

Eine ganz andere Art von Opposition ging und geht von den Studenten aus. Seit Wochen halten ein paar hundert von ihnen den im Zentrum gelegenen Bukarester Universitätsplatz besetzt. Dort herrschte noch bis knapp nach den Wahlen revolutionäre Stimmung, Blumen wurden verteilt, Gedichte verlesen. Als antiherrschaftliche Kraft wenden sie sich gegen die alte kommunistische Nomenklatura und forderten - wie schon im sogenannten Timisoarer Appell - die Nichtzulassung früherer prominenter Parteimitglieder zu den Wahlen. Diese hauptsächlich gegen Präsident Ion Iliescu und Ministerpräsident Petre Roman gerichtete Forderung war allerdings mit dem überwältigenden Sieg der "Front" obsolet geworden.

Die Studenten demonstrierten dennoch weiter, ihre politischen Aussagen wurden jedoch zunehmend obskurer. Als dann am 24. Mai spät abends ein US-amerikanischer "Volkstribun" von einer "Mittelamerikagesellschaft" vor 10.000 DemonstrantInnen indirekt dazu aufforderte, Iliescu und die Seinen ins Schwarze Meer zu werfen und die Menge applaudierte, mußte man sich fragen, wie instrumentalisierbar die Studentenbewegung geworden war. "Gestern haben wir Nicaragua, Afghanistan und Angola befreit!", schrie der Amerikaner ins Mikrophon, "und heute sind wir hier!" Die Antwort der Menge - "SOS-Amerika! SOS-Amerika!" lehrte einem das Gruseln.

Der Einfluß der Bewegung auf dem Universitätsplatz nimmt von Tag zu Tag ab. "Während des Wahlkampfes haben die Studenten das Essen von den Oppositionsparteien bekommen. Jetzt gibt's keine Küche mehr", gibt der 25jährige "Front"-Parteisekretär des 1. Bukarester Bezirkes den Golans genannten DemonstrantInnen keine Chance auf ein politisches Überleben. Und wer gesehen hat, wie schwierig die Nahrungsbeschaffung in Bukarest ist, kann das Ende der Universitätsplatzbesetzung voraussehen.

Die Front

Die entscheidende politische Kraft ist die "Front zur nationalen Rettung". Mit 66% der Stimmen verfügt sie über eine 2/3-Mehrheit im rumänischen Parlament. "Seit Jahren haben alle auf Ceausescu geschimpft. Jetzt hat Iliescu den Bonus", kommentiert der Journalist Artur Silvestri den eindeutigen Sieg der Mitte-Links-Partei.

Schon im April 1989, also ein dreiviertel Jahr vor der Weihnachtsrevolution, soll sich - so die Gerüchtebörse - die organisatorische Struktur der "Front" gebildet haben. Damals haben sechs höhere Parteifunktionäre einen Brief anonym an Ceausescu geschrieben, in dem sie seine Politik als "Verrat an den Ideen des Sozialismus" brandmarkten. Iliescu und der Chefideologe Brucan waren mit von der Partie.

Die Revolution selbst ist bis heute ein nicht aufgeklärter Vorgang und wird es auch noch eine Weile bleiben. Manche sprechen von Putschplänen, die mit der Sowjetunion abgesprochen waren und denen sowohl der militärische Widerstand des noch unter Ceausescu hingerichteten Verteidigungsministers, als auch die Timisoarer Revolution zuvor kamen.

Die Gerüchte gibt es viele in Rumänien. Fest steht, daß die heutige - mittlerweile demokratisch gewählte - Führung das bessere Ende für sich hatte. Und daß die "Front" im Wahlkampf als einzige erkannt hat, wonach sich die rumänische Bevölkerung jetzt sehnt: Nach Freiheit und sozialer Sicherheit. "Viele Leute fürchten sich vor dem Kapitalismus, weil sie glauben, daß er ihr Leben noch verschlimmert", meint der "Front"-Sekretär des 1. Bukarester Bezirks. Eine junge "Front"-Aktivistin macht deutlich, warum sie sich vor dem Liberalismus fürchtet: "Wenn jetzt hier die Subventionen gestrichen werden, verhungern die Leute. Die Front ist der Garant für eine minimale soziale Absicherung."

Ob die "Front" eine sozialdemokratische Partei ist - für die sie sich selbst gerne ausgibt - kann mit Sicherheit nicht behauptet werden. Ihr wirtschaftliches Programm sieht folgendermaßen aus: Schrittweise Einführung des Marktes ohne Kolonialprofite für den Westen. Brennstoffe, Lebensmittel und öffentlicher Verkehr werden weiterhin subventioniert. Privatisieren will die "Front" die Landwirtschaft und den Dienstleistungssektor, über Schlüsselindustrien soll eine staatliche Kontrolle weiterbestehen. Ob das Programm realistisch ist, darf angesichts der gespannten wirtschaftlichen Situation im Lande bezweifelt werden. Allzu oft beobachtete Streitszenen in meterlangen Menschenschlangen, die für Öl, Käse oder Gemüse anstehen, lassen für die nahe Zukunft Schlimmes befürchten. Zu viele hungrige Mäuler könnten die vorderhand klug wirkende Politik der "Front" gefährden. Und wie schon aus vielen Beispielen in Ländern der "3. Welt" bekannt, würden dann politischer Dirigismus und möglicherweise Diktatur erneut auf die Tagesordnung kommen.

Ob Iliescus Mischung aus Sozialdemokratie und Populismus eine solche Entwicklung verhindern kann, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob das Land am Balkan dem ökonomischen Druck aus Westeuropa und den USA standhalten kann. Die Verhinderung einer Kolonisierung Rumäniens betrachtet die "Front" als ein Gebot der Stunde, denn sonst - so scheint es - droht ein Pogrom der Unbrauchbaren, das Millionen von Arbeitern und Bauern zurück in die Dörfer und damit ins nackte Elend treiben könnte.

Viorel Roman ist Akademischer Rat in Bremen und Verfasser mehrerer Bücher zu Rumänien, Susan Zimmermann lebt als Sozialwissenschaftlerin in Budapest und Hannes Hofbauer ist Redakteur der österreichischen "Monatszeitung".

22. Rumänien: Die Opposition wird terrorisiert

Rubrik: Rumänien · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:07

Am 20. Mai wählte die rumänische Bevölkerung erstmals nach dem Krieg und der Beseitigung des Ceausescu-Regimes ein Parlament und gleichzeitig den Staatspräsidenten. Die "Front zur nationalen Rettung" unter Führung des ehemaligen Kommunisten Ion Iliescu, der bereits Ende der siebziger Jahre bei dem früheren "Conducator" in Ungnade gefallen war, konnte einen haushohen Wahlsieg für sich verbuchen. Bei der Wahl zum Staatspräsidenten erzielte er 85%, seine Rivalen Radu Campeanu von der weit rechts stehenden Nationalliberalen Partei und Ion Ratiu von der politisch ähnlich orientierten Bauernpartei erhielten nur 10,64% bzw. 4,29%. Auch bei den Wahlen zum rumänischen Parlament konnte die "Front" knapp zwei Drittel aller Stimmen für sich verbuchen.

Vier Wochen danach ein Bild wie zu den Zeiten des blutigen Sturzes Ceausescus: Armee und Panzer räumen einen von Studenten seit 50 Tagen besetzten Platz, den sie zur "kommunistenfreien Zone" erklärten. Danach erneute Platzbesetzung von einigen Tausend Demonstranten und brutale Räumung und Verfolgung Oppositioneller und solcher, die dafür gehalten werden. Eilig herbeigekarrte Bergarbeiter, mit Eisenstangen bewaffnet, schlagen auf Demonstranten ein. Die Bilanz: mindestens fünf Tote, über 250 Verletzte, 600 Verhaftungen.

Nach Darstellung Iliescus planten faschistische Elemente den Umsturz. Er forderte seine Anhänger auf, diese "Nazirebellion zu liquidieren", denn hinter den Demonstrationen stecke die "Eiserne Garde", eine in der Tat faschistische Organisation, die vor dem Zweiten Weltkrieg mit den deutschen Nazis sympathisierte. Diese Vorwürfe sind nicht ganz von der Hand zu weisen - so hielt ein oppositioneller Student "die jüdische Weltlobby und Zigeuner" für die eigentlichen Drahtzieher des Ceausescu-Regimes und seiner Nachfolger. (taz, 11.5.90)

Auf der anderen Seite ist die "Front" sowohl hinsichtlich ihrer diktatorischen Methoden und ihres äußerst brutalen Vorgehens gegen die Demonstrationen, die sie mit der Räumung des besetzten Siegesplatzes in Bukarest erst provoziert hatte, alles andere als demokratisch, geschweige denn "kommunistisch". Die "Front", deren Vertreter sich als Sozialdemokraten bezeichnen und sich verschiedentlich auf Willy Brandt beruft, führte einen Wahlkampf mit stramm nationalistischen Tönen und nahm es zumindest stillschweigend hin, wenn Rechtsradikale gegen ungarische Minderheiten prügelten (wie in Tirgu Mures im März dieses Jahres), oder wenn Iliescu mit strammer Intellektuellenfeindlichkeit und rechtem Stammtisch-Vokabular die Studenten als "Colani" (Tagediebe) und mit anderen Schimpfwörtern zu diskreditieren versuchte.

Die "Front zur nationalen Rettung"

Mit der Beseitigung des Ceausescu-Regimes im Dezember letzten Jahres etablierte sich die damalige "Front zur nationalen Rettung" aus oppositionellen Kommunisten und Parteilosen, wie dem heutigen Ministerpräsidenten Petre Roman. Anfangs gehörten der "Front" auch einstige Dissidenten wie die Schriftstellerin Doina Cornea an, die das Bündnis wieder verließ und sich der Opposition anschloß. Die 3,8 Millionen Mitglieder zählende Kommunistische Partei, einmalig in den osteuropäischen Transformationsprozessen, löste sich in Staub auf, viele Mitglieder schlossen sich der "Front" an.

Der Wahlerfolg der "Front" ist mit darauf zurückzuführen, daß die Regierung die trostlose wirtschaftliche Lage des Landes und der Bevölkerung etwas besserte. Benzin wurde nicht mehr rationiert, die Regale in den Lebensmittelläden füllten sich mit Nahrungsmitteln, die sonst exportiert worden wären, die Energieversorgung funktioniert wieder und jede/r Rumäne/Rumänin kann einen Paß erhalten und damit - sofern er/sie die notwendigen Devisen hat - ungehindert auch ins westliche Ausland fahren. Die Regierung der "Front" gestattete den Bauern die Eigennutzung eines Teils der landwirtschaftlichen Flächen, später soll es eine begrenzte Privatisierung geben. Ein Gesetz zur Förderung von Privatbetrieben bis zu 200 Beschäftigten trat bereits in Kraft und auch Joint ventures mit ausländischer Kapitalbeteiligung sind möglich.

Die "Front" plant den Übergang zur "sozialen Marktwirtschaft" in zwei Phasen in einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren: zunächst schrittweise Freigabe der Preise und Abbau der Subventionen bei Inflationseindämmung, dann die Konvertibilität des Lei und der Aufbau eines kapitalistischen Geld- und Finanzwesens.

Die Kreditlage ist für Rumänien, verglichen mit den anderen osteuropäischen Staaten, sehr günstig. Rumänien ist gegenüber dem westlichen Ausland so gut wie schuldenfrei, was die Bevölkerung unter der Ceausescu-Despotie allerdings mit bitterer Armut zu bezahlen hatte. Obendrein hat das Land noch Forderungen an das Ausland von 3 Mrd. Dollar. Damit besitzt Rumänien einen Kreditspielraum von 10 bis 15 Mrd. Dollar, um mit diesen Krediten die Versorgungslage zu verbessern und Investitionsgüter einzukaufen.

Die Maßnahmen zur Besserung oder zur Linderung der Armut verband die "Front" im Wahlkampf mit der Parole "Ein Präsident für eure Ruhe". Offenbar entsprach die "Front" damit nicht nur den Interessen der herrschenden Nomenklatura, die noch immer in den Staatsapparaten hockt, sondern vor allem auch denen der Arbeiter, die - selbst nach Angaben bürgerlicher Quellen - keinen Kapitalismus, sondern "Ruhe" wollen, da sie die Friktionen bei Einführung des Kapitalismus fürchten.

Dies ist jedoch nur die eine Seite der "Front". Die andere Seite sieht so aus, daß die Opposition schon mal generell als "faschistisch", mal vom Westen gesteuert, angegriffen wurde. Viele Fragezeichen bleiben auch, inwieweit die neue "Nomenklatura" sich auf den alten Machtapparat Ceausescus stützt. In der Regierungskoalition, in der der Vertreter der Bauernpartei erst ausstieg, als die "Front" eine Verschiebung der Wahlen ablehnte, saßen bekanntlich auch Minister mit Securitate-Vergangenheit. Zu größeren Prozessen gegen führende Mitglieder dieses Sicherheitsdienstes ist es bislang nicht gekommen. Es heißt, viele Securitate-Offiziere und Mitglieder seien in der Armee untergekommen.

Das Mißtrauen gegen die "Front" wird dadurch erhärtet, daß die Regierung bislang keine Maßnahmen gegen die Securitate eingeleitet hat, so daß vor allem in Bukarest immer neue Gerüchte über die Verfilzung des Ceausescu-Apparates mit der "Front" kursieren, die aber auch nicht widerlegt werden. Zu den Ungereimtheiten gehört auch eine sogenannte "Gegendemonstration" von mit Bussen herbeigereisten Rumänen gegen die ungarische Minderheit in Tirgu Mures.

Und nun, nach dem Herbeischaffen von 10.000 Bergarbeitern gegen die Demonstranten und alle, die wie Studenten oder Intellektuelle aussehen? Waren es tatsächlich Bergarbeiter, die mit Eisenstangen auf viele Menschen einprügelten und sich prächtig mit den angerückten Soldaten verstanden? Das brutale Vorgehen bei der Räumung der "kommunistenfreien Zone" auf dem Bukarester Siegesplatz gegen einige Hundert Demonstranten und Hungerstreikende ist jedenfalls in keiner Weise zu rechtfertigen, zumal erst daraufhin der Platz erneut besetzt wurde und die "Front" mit noch brutaleren Mitteln gegen die Oppositionellen vorging. Die Methoden erinnern in fataler Weise an das Vorgehen der Securitate und unterscheiden sich kaum von den Mitteln des Ceausescu-Regimes.

Und mit einem fairen Wahlkampf hat es nichts zu tun, wenn es zu tätlichen Übergriffen gegen die beiden führenden Oppositionspolitiker Campeanu und Ratiu kommt, sie in Wahlveranstaltungen am Reden behindert und von Vertretern der "Front" als westlich gesteuerte Ausländer bezeichnet werden, weil sie lange Jahre im Exil leben mußten.

Die Opposition

Das Zentrum der Opposition konzentriert sich im wesentlichen auf die Hauptstadt und andere größere Städte, so auch auf Temeswar. Im Mai einigten sich verschiedene Oppositionsparteien der "Nationalen Allianz" auf eine "Charta von Temeswar", in der die beiden Hauptforderungen erhoben wurden: keine ehemaligen Kommunisten sollten kandidieren und in den nächsten zehn Jahren keine parlamentarischen und sonstigen staatlichen Ämter bekleiden; freier Zugang zu den staatlich kontrollierten Massenmedien. Der Hauptvorwurf an die "Front" konzentrierte sich auf den "Nachweis", daß diese und besonders ihr Spitzenkandidat Iliescu bloße Nachfolger des alten Regimes seien. Man habe den Conducator nicht gestürzt, damit sich innerparteiliche Gegner Ceausescus an die Spitze setzten. Angeblich sollen für diese "Charta" Hunderttausende Unterschriften gesammelt worden sein.

Daß es sich bei den oppositionellen Hauptparteien nicht nur um antikommunistische, sondern reaktionäre Parteien handelt, wird kaum bestritten. Die Nationalliberale Partei knüpft an die Ära König Carol II. (1930-1940) an und war an der Ausschaltung des vorherigen Regenten Maniu von der Nationalen Bauernpartei maßgeblich beteiligt. Dies alles hatte damals mehr mit Intrigen und inneren Machtkämpfen zu tun als mit der herkömmlichen parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie, dessen Spielregeln das rumänische Volk bis heute

nicht kennt. Heute sind die ehemaligen Rivalen gemeinsam in der Opposition, aber es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen was geschehen würde, wenn sie die Wahlen gewonnen hätten.

Außerdem gibt es eine extrem nationalistische Organisation namens "Vatra Romanesca" (Rumänische Heimstatt), die für ein Großrumänien unter Einschluß Bessarabiens und der Bukowina - wie zwischen 1918 und 1940 - eintritt.

Scharfe Polarisierung

Stramm rechte bis rechtsradikale Parteien stehen also der "Front" gegenüber, die sich die gegenseitige Vernichtung androhen. Diese außerordentliche Polarisierung prägte auch den Wahlkampf. Die "Front" errang einen überlegenen Wahlsieg, weil sich die Opposition vornehmlich in Bukarest und einigen anderen Städten manifestiert hat, auf dem Lande und unter dem Gros der Arbeiter aber bedeutungslos ist.

Nach den brutalen Übergriffen gegen die Opposition, in der auch - aber nicht nur - "faschistische Elemente" ihr Süppchen kochen, war die "Front" zu einigen Zugeständnissen bereit. Sie löste den Innenminister ab und verhandelt nunmehr mit einigen Studentenführern und sicherte der Opposition einen eigenen privaten Fernsehsender zu.

Angesichts der gesellschaftlichen Polarisierung, an der die "Front" einen maßgeblichen Anteil nicht nur wegen des brutalen Vorgehens gegen die Demonstranten, sondern auch wegen der Vertuschung der jüngsten Vergangenheit (Aufklärung über die Securitate) hat, sind weitere gesellschaftliche Auseinandersetzungen mit bürgerkriegsähnlichen Ausmaßen zu erwarten.

Von einem "friedlichen Übergang" zu Marktwirtschaft und bürgerlich-parlamentarischer Demokratie ist dieses Land noch weit entfernt, weil es diese nie gekannt hat. Die EG hat bereits eine deutliche Drohung ausgesprochen. Rumänien könnte angesichts der jüngsten Entwicklungen von den "Hilfsmaßnahmen" für die reformbereiten osteuropäischen Staaten ausgenommen werden. Der gerade fertig ausgehandelte Kooperations- und Handelsvertrag werde vorerst nicht ratifiziert.

D./Westberlin

23. Neue Phänomene des kurdischen Befreiungskampf Interview mit Jelal Talabani, Generalsekretär der PUK

Rubrik: Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/62.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:62

ak: Im Irak wurden in den letzten Monaten Tausende von Kurden und Oppositionellen festgenommen. Was hat es mit dieser neuen Verhaftungswelle auf sich?

Jelal Talabani: Im Januar dieses Jahres ließ die irakische Regierung Tausende von Kurden und Arabern unter dem Verdacht der Zugehörigkeit zur Opposition gegen das Regime festnehmen. Diese umfangreiche Verhaftungswelle zielt darauf ab, durch Geständnisse der Inhaftierten die Zellen und zivilen, gewerkschaftlichen und militärischen Untergrundstrukturen der Opposition aufzudecken, die diese innerhalb der Jash (kurdische Söldnertruppe, Anm. AK) und der Armee besitzen.

Zweifellos rufen die Existenz oppositioneller Gruppen in der Bevölkerung, ihre illegalen Netzwerke in den großen Städten und Umsiedlungslagern und die Aktivitäten von illegalen Partisanengruppen in diesen Städten und Umsiedlungslagern Beunruhigungen und Ängste in den herrschenden, faschistischen Kreisen hervor. Die Regierung befürchtet, daß die Unzufriedenheit in den Städten zunimmt und die Aktivitäten der Opposition ansteigen, da die Menschen unter ständigen Preissteigerungen und der wachsenden Inflation zu leiden haben und ihnen alle bürgerlichen Freiheitsrechte und nationalen Rechte vorenthalten werden.

Die Regierung befürchtet, daß es in den kurdischen Gebieten zu einem Aufstand, zu einer Intifada kommt und daß dieser Aufstand auf die irakischen Städte übergreift. Gerade nach den Ereignissen in Osteuropa und besonders nach dem Sturz Ceaucescus hat das Regime große Angst, daß sich etwas Ähnliches im Irak ereignet. Das Regime will solchen Entwicklungen vorbeugen, indem es die illegalen und bewaffneten Gruppen in den Städten vernichtet. Von der Vernichtungswelle waren Tausende betroffen, Angehörige der loyalen kurdischen Söldnertruppen, regimetreue Kurden, die man heimlicher Beziehungen zum kurdischen Widerstand verdächtigte, viele Künstler, Intellektuelle, Lehrer, aber auch Arbeiter und Händler und sogar einige irakische Staatsbeamte.

Was soll nach dem Willen des irakischen Präsidenten Saddam Hussein aus den Hunderttausenden von Kurden werden, die aus ihren Dörfern umgesiedelt wurden und nun in riesigen Deportationslagern in den Ebenen leben?

Das grundsätzliche Ziel des Saddam-Regimes ist die Fortsetzung des Vernichtungskrieges, die gewaltsame Veränderung der charakteristischen Strukturen Kurdistans. Das heißt konkret: die Deportation, die Vertreibung der angestammten Bewohner und die Ansiedlung von Arabern in Kurdistan und damit die Arabisierung Kurdistans.

Das ist der Kern der Politik von Saddam Hussein, und das ist der Hintergrund der Umsiedlungswelle in Kurdistan, der Zerstörung vieler tausend Dörfer und der Zwangsansiedlung von Kurden in eigens eingerichteten Lagern. (s. ak 316)

Diese Politik erfordert jedoch die Existenz eines arabischen Bevölkerungsüberschusses im Irak. Saddam Hussein versuchte die ägyptischen Migrationsarbeiter für diesen Zweck einzusetzen. (1) Aber durch die schlechte Behandlung der Ägypter im Irak kam es zu einer Rückreisewelle nach Ägypten, was die Realisierung des zweiten Teils dieses Planes, nämlich die Arabisierung Kurdistans, verhinderte. Das augenblickliche Ziel Saddams ist es, die Kurden in Lagern ähnlich der Gefangenenlager, die die Amerikaner in Vietnam gebaut hatten, zusammenzupferchen. Dort sind sie der Kontrolle der Polizei und der Armee unterworfen, sind also Geiseln in seinen Händen. Sie sollen gezwungen werden, in der Armee zu dienen und sich für die loyalen Söldnertruppen rekrutieren zu lassen. Und vor allem sind sie so aus den ehemals befreiten Gebieten Kurdistans entfernt, die Stützpunkt und Zufluchtsstätte für die kurdischen Peshmergas waren. Bei der Verwirklichung seines langfristigen Ziels, der Arabisierung Kurdistans, sieht sich Saddam jedoch mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert: Die umgesiedelten Kurden widersetzen sich und verlangen, auf ihre Dörfer zurückkehren zu dürfen, und es werden Stimmen laut, die eine Öffnung des Irak und die Achtung der Menschenrechte fordern.

Was sind die Pläne der irakischen Regierung für die kurdischen Großstädte Suleymania, Arbil und Dehok?

Seit langem existierende Pläne der irakischen Regierung sehen vor, ganze Stadtteile und Bezirke dieser Städte zu zerstören und so ihre Bewohner zur Abwanderung in den Süden des Irak zu zwingen. Dabei dient der Bau von Autobahnen oder die Abrißsanierung von ohne behördliche Genehmigung gebauten Stadtteilen als Vorwand. Danach sollten Zehntausende von ägyptischen Migrationsarbeitern in diesen Städten angesiedelt werden. Doch die Beziehungen zu Ägypten haben sich, wie oben schon angedeutet, verschlechtert. Dennoch ist das, was dort jetzt passiert, Teil dieser Pläne. Man versucht, die Städte der totalen Kontrolle und Überwachung zu unterwerfen und den Widerstand der kurdischen und irakischen Opposition im Keim zu ersticken. Dazu dient eine breite Kampagne zur Baathisierung der Bevölkerung. Sie werden zur Mitgliedschaft in der Baath-Partei gezwungen, deren Statuten durch ein Gesetz festgelegt sind. Dieses Gesetz verpflichtet zur lebenslangen Mitgliedschaft in der Baath-Partei und verbietet die Mitgliedschaft in anderen Organisationen.

Anfang dieses Jahres wurde ein Appell für Demokratie und Menschenrechte im Irak veröffentlicht, der von Vertretern fast des gesamten kurdischen und arabischen Oppositionsspektrums im Irak, auch von Ihnen, unterzeichnet ist. In diesem Appell wird Saddam Hussein nicht erwähnt. Er könnte als Essential-Katalog für Verhandlungen mit dem irakischen Regime verstanden werden.

Dieser Appell ist nicht für Verhandlungen gedacht. Es ist ein Appell für den politischen Massenkampf und an die Weltöffentlichkeit, um Demokratie und Menschenrechte im Irak zu erlangen. Das, was wir in dem Appell verlangen, würde das Ende der Diktatur bedeuten. Wir fordern einen politischen Wandel, der im Kern bedeutet, die Diktatur im Irak zu stürzen. (...)

Unsere Erfahrungen aus Verhandlungen mit Saddam Hussein und anderen irakischen Regimes sind, daß sie zu nichts führten. Deshalb können wir nicht darauf bauen, daß wir unsere Ziele und Anliegen durch Verhandlungen erreichen können. Wir denken, daß der Kampf an verschiedenen Fronten intensiviert werden muß: bewaffneter Kampf, ideologischer und ökonomischer Kampf, Massenkampf und politischer Kampf einschließlich Verhandlungen.

Haben Sie oder andere Organisationen, die an der kurdischen Front (2) beteiligt sind, in letzter Zeit mit dem irakischen Regime verhandelt?

Nein. Es gibt nur Gerüchte über Verhandlungen zwischen Kurden und der irakischen Regierung. Ich denke, die irakische Regierung will zur Zeit nicht verhandeln, aber von Zeit zu Zeit verbreitet sie für ihre eigenen Zwecke Gerüchte über Verhandlungen zwischen der kurdischen Front und der irakischen Regierung. In Wirklichkeit gibt es keine Form von Verhandlungen.

Sie und andere kurdische Führer wie Massoud Barzani kündigten im letzten Jahr eine neue Strategie für die kurdische Bewegung an: Rückkehr zur klassischen Guerilla-Kriegsführung und die Ausweitung ihres Operationsgebietes bis in die Zentren des Irak, in den arabischen Irak, sowie diplomatische Initiativen, um Unterstützung für die kurdische Sache zu gewinnen. Von hier aus kann man jedoch den Eindruck gewinnen, daß in dieser Richtung bisher sehr wenig geschehen ist.

Nun, es gibt keine neue Strategie. Die Strategie der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung ist nicht veränderbar. Sie wird bis zur Erreichung der nationalen und demokratischen Befreiung gelten. Was wir jetzt stärker betonen, sind einige neue Taktiken im kurdischen Kampf. Das wesentliche dieser neuen Taktik liegt darin, den Guerillakrieg in drei Formen zu führen: 1. Stadtguerilla, 2. kleine Gruppen von Partisanen, die beweglich und aktiv sind und die in der Lage sind, überall anzugreifen und sich zurückzuziehen, und 3. die Hauptarmee der Peshmerga, die an der Grenze zwischen Iran und Irak steht, die ausgebildet werden und deren Qualität verbessert werden muß, um ihre geringe Zahl auszugleichen.

Einer der Gründe, warum wir z.B. noch nicht viele oder alle unserer Stadtguerillas einsetzen, ist die Sorge, als Terroristen bezichtigt zu werden, und deshalb versuchen wir, in der arabischen Welt, in Europa und anderswo den politischen Boden für diese neue Taktik des Partisanenkrieges zu bereiten.

Natürlich wollen wir nicht die Tatsache leugnen, daß der massive Einsatz chemischer Waffen, der zur Entvölkerung Kurdistans, zur Deportation und zwangsweisen Massenflucht in den Iran und in die Türkei geführt hat, die kurdische nationale Befreiungsbewegung sehr stark getroffen hat. Die befreiten Gebiete wurden entvölkert, was bedeutet, daß eine der Hauptbasen der Partisanenaktivität vernichtet wurde. Dies bedeutet jedoch nicht das Ende der kurdischen Befreiungsbewegung oder des Partisanenkrieges.

Die Beziehungen der kurdischen Bewegung zu Iran und Syrien werden oft als ein Grund für den Zusammenbruch der kurdischen Bewegung 1988 angesehen. Wenn wir Zusammenbruch sagen, wollen wir das nicht mit 1975 vergleichen (3), aber es war eine Form des Zusammenbruchs. Wie weit können Sie von diesen Verbündeten unabhängig werden?

Zunächst einmal bin ich nicht mit dieser Behauptung einverstanden. Ich denke, die Beziehungen der kurdischen Bewegung mit Syrien und dem Iran werden häufig sehr stark übertrieben. Wenn Sie heute alle revolutionären Bewegungen in der Welt betrachten, dann sehen Sie, daß diese Bewegungen gezwungen sind, bestimmte Formen der Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu haben, egal, ob diese Länder sozialistisch, kapitalistisch, feudalistisch, reaktionär oder progressiv sind. Von Kambodscha bis Eritrea, Nicaragua und Lateinamerika, überall versuchten revolutionäre Kräfte einen Weg nach draußen zu finden und die gegen sie gerichtete Blockade zu brechen. (...) Trotz dieser Beziehungen konnten wir immer unsere Unabhängigkeit behaupten. Auch während wir Beziehungen zum Iran hatten, erhielten wir unsere sehr guten Beziehungen zur KDP (Iran) und zur Komala aufrecht; für eine lange Zeit, bis 1988, befanden sich die Hauptquartiere von Komala und KDP-Iran in unseren befreiten Gebieten.

Wir waren gezwungen, Beziehungen zu Iran und Syrien zu haben, und hatten und haben sie. Aber nicht als Bestandteil der Strategie des Irans, Syriens oder anderer. Ich glaube nicht, daß dies den - wie Sie sagen Zusammenbruch - der kurdischen Revolution verursachte. Der Hauptgrund für den Rückzug - wie ich es bezeichne - ist das veränderte Kräfteverhältnis. Die irakische Armee ist eine gewaltige Armee geworden. Das können sie nicht mit 1975 vergleichen. 1975 bestand die gesamte irakische Armee aus 11 Divisionen; 1988 aus 62 Divisionen. 62 Divisionen ausgerüstet mit schweren Waffen und Munitionen, mit den besten und modernsten Waffen, mit denen Ost und West den Irak ausrüsteten, einschließlich dem Einsatz chemischer Waffen. Dies ist der Hauptgrund, aber ich habe den Eindruck, niemand will das sehen. Ohne den Einsatz chemischer Waffen wäre der Irak nicht in der Lage gewesen, unser Hauptquartier in Yagsamir zu erobern. 18 Tage lang versuchte die gesamte irakische Armee unter dem direkten Kommando von Saddam Hussein vergeblich, es zu besetzen. Erst als sie in großem Umfang chemische Waffen und Nervengas einsetzten, gelang es ihnen.

Ich will keine Fehler verteidigen, die seitens der kurdischen Bewegung in ihren Außenbeziehungen gemacht worden sind, aber ich bin gegen diese Übertreibungen, gegen den Versuch, verschieden gelagerte Gründe durcheinanderzubringen. (...) Das kurdische Volk hat das Recht wie andere Völker, sich zu verteidigen und von jedem auf der Welt Unterstützung zu erhalten. Es ist die Pflicht unserer Freunde, von uns Unabhängigkeit zu erwarten. Unabhängigkeit im Geist, in der Analyse, in den Forderungen, in den Beziehungen und in der Praxis. Aber man kann nicht von uns verlangen, uns selbst zu blockieren, oder uns hindern, Widersprüche zwischen verschiedenen Regierungen auszunützen.

Ich denke, diese Beschuldigungen werden auch deshalb vorgebracht, weil die Kurden in vier Staaten leben und die meisten Menschen, die sich von außen mit der kurdischen Frage beschäftigen, keine Kurden sind und die Situation nur schwer erfassen können. Die erste Frage, die immer gestellt wird, ist: Warum vereinigen sich die Kurden nicht und führen einen gemeinsamen Kampf?

Ja, wenn wir in drei, vier Parteien gespalten sind, fragen sie: "Warum seid ihr gespalten?" In einer modernen Gesellschaft mit verschiedenen Klassen, mit unterschiedlichen Strömungen, mit unterschiedlichen Auffassungen muß man verschiedene Parteien haben. Das ist keine Eigenart der Kurden. Nennen Sie uns irgendeine Nation - Nicaragua! Die Sandinisten entwickelten sich außerhalb der konventionellen Parteien, auch außerhalb der Kommunisten. (...) Viele glauben wohl, wir seien nur ein Stamm. Wir sind aber ein Volk, wie Ihr. Wir haben verschiedene Klassen, verschiedene Ideologien, verschiedene Schichten und verschiedene geistige Strömungen.

Man kann für die Zukunft erwarten, daß Iran und Irak einen Friedensvertrag schließen. Bedeutet das nicht, daß Ihre Basen im Grenzgebiet geschlossen werden und daß besonders die Flüchtlinge aus Irakisch-Kurdistan in den Irak zurückgeschickt werden?

Die von der PUK eingeleitete neue kurdische Revolution wurde eingeleitet, als Iran und Irak Flitterwochen hatten. Wir starteten unseren Kampf 1976, nach dem Abkommen zwischen dem Schah und Saddam Hussein. Das belegt, daß der bewaffnete Kampf des kurdischen Volkes nicht Ergebnis von Widersprüchen zwischen

Iran und Irak ist. Ein Frieden zwischen Iran und Irak wird möglicherweise zur Schließung der Basen innerhalb des Iran führen, er wird vielleicht viele der Flüchtlinge zwingen, in den Irak zurückzukehren oder nach Europa zu gehen, aber er wird nicht den kurdischen Kampf und die kurdische Revolution beenden.

Ich bezweifle, daß es für den Iran und Irak oder auch für die Türkei einfach ist, zu einer völligen Übereinstimmung zu kommen und ihre Widersprüche untereinander zu lösen. Sollte dies jedoch geschehen, dann werden auch die Kurden ihre Taktik ändern, vielleicht vereinigen sie sich dann, und es gibt eine kurdische Revolution in ganz Kurdistan.

In der Türkei führte die brutale staatliche Repression gegenüber den Kurden zum Ausbruch der sogenannten kurdischen "Intifada". Und in enger Absprache mit dem irakischen Regime übt die Türkei Druck aus auf die kurdischen Flüchtlinge in den Camps, das Land zu verlassen; mehrfach wurde das Essen in den Lagern vergiftet. Gelder und Hilfsgüter internationaler Organisationen für die kurdischen Flüchtlinge wurden seitens der türkischen Autoritäten zurückgehalten. Heißt das nicht, daß die türkische Regierung so etwas wie der Hauptfeind der kurdischen Nationalbewegung geworden ist?

Meiner Meinung nach war und ist die türkische Regierung schon immer der Hauptfeind der Kurden. Sie war immer das Haupthindernis auf dem Weg zur kurdischen Nation.

Als wir 1983/84 mit der (irakischen, Anm. ak) Regierung verhandelten, hatte die Türkei ganz wesentlichen Anteil daran, ein Abkommen zwischen uns und dem Irak zu verhindern. Sie übte Druck auf die irakischen Stellen aus, drohte mit einer Schließung der irakischen Pipeline (die durch die Türkei verläuft, Anm. ak), vollzog eine Annäherung an den Iran, um den Irak von einem Abkommen mit uns abzuhalten, da ein solches Abkommen die Sicherheit der Türkei gefährde. Vergessen wir nicht, daß der allergrößte Teil der Kurden in der Türkei lebt!

Nun zu der von Ihnen angesprochenen Repression und der sogenannten "Intifada". Je mehr Demokratie es in der Türkei geben wird, um so besser werden die Möglichkeiten für kurdische Politik und für kurdische Intifada. Was wir jetzt erlebt haben war noch keine Intifada, man könnte es als "Probe für die Intifada" bezeichnen. Würde es mehr Demokratie geben, Möglichkeiten zu streiken, zu demonstrieren, und Möglichkeiten für die internationale Presse und Fernsehen, die Ereignisse vor Ort zu verfolgen und an die Weltöffentlichkeit zu bringen, könnte die Türkei diese Bewegung nicht in der Weise unterdrücken, wie Israel es tut, und die Kurden wären ermutigt weiterzumachen. Derzeit unterdrückt die Türkei mit Unterstützung der westlichen Staaten die kurdische Bewegung.

In der Türkei können wir zwei neue Phänomene der kurdischen Befreiungsbewegung feststellen: Das erste ist der bewaffnete Kampf. Mehr als 50 Jahre nach Ende der kurdischen Revolution (auf dem Staatsgebiet der Türkei, Anm. ak) begann ein neuer Aufschwung des bewaffneten Kampfes. Dies ist historisch für die kurdische Bewegung sehr wichtig! Unglücklicherweise wurden einige Fehler der PKK-Führung in diesem Kampf vom reaktionären türkischen Regime sehr geschickt ausgenutzt, um die Kurden als das hinzustellen, was im Westen als "Terroristen" bezeichnet wird, obwohl es kein Terror ist.

Das zweite Phänomen ist das Anwachsen des politischen Kampfes der Kurden, beginnend in den Zeitungen, in Parteien, im Parlament, und dies wird meiner Meinung nach in den nächsten Jahren zu einem wichtigen Faktor der kurdischen Politik werden. Kurdische Abgeordnete und Intellektuelle überlegen gemeinsam mit progressiven türkischen Kräften die Gründung einer neuen Partei, und dies kann zu einem neuen politischen Element werden. Der bewaffnete Kampf der illegalen kurdischen Organisationen und dieser Kampf ergänzen sich gegenseitig in einem gemeinsamen Kampf für kurdische Rechte und Demokratie.

Wir müssen auch bedenken, daß sich die politischen Veränderungen in Osteuropa und die dadurch veränderten Beziehungen zwischen Ost und West auch auf die Türkei auswirken. Die Türkei kann nicht ewig eine Diktatur bleiben. Wenn sich die Staaten des Warschauer Pakts zu Demokratien wandeln, kann die Nato keine Diktatur in ihrer Organisation haben. Außerdem ist die türkische Wirtschaft sehr schwach und angewiesen auf die Beziehungen mit Europa. Die Erfahrungen in den Nahostländern Irak, Syrien, Ägypten, Algerien und der Türkei haben gezeigt, daß die Diktaturen unfähig sind, wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Fortschritt zu gewährleisten. Für die wirtschaftliche und gesellschaftliche, aber auch politische und kulturelle Entwicklung dieser Gesellschaften ist ein gewisses Maß an Demokratie unablässig. Außerdem verlangt die wirtschaftliche Entwicklung des Westens geradezu nach der Ablösung der diktatorischen

Regimes, um die Entwicklung der Weltwirtschaft anzukurbeln. Aus diesem Grund finden derzeit in vielen Staaten sogenannte Demokratisierungen statt, nicht wegen Menschenrechten, Humanität oder den Werten der Demokratie ...

Der Westen verfolgt diese Politik aus zwei wichtigen Gründen: Der erste war die Konfrontation mit den sozialistischen Ländern. Sie haben die Schwachstelle der sozialistischen Systeme entdeckt, den Mangel an Demokratie und das Fehlen von bürgerlichen und individuellen Freiheiten in diesen Ländern. Die Forderungen nach Menschenrechten und Demokratie sind erhoben worden, um die sozialistischen Staaten von innen heraus zum Einsturz zu bringen, und das ist ihnen auch tatsächlich gelungen. Der zweite Grund ist ein wirtschaftlicher: All diese (westlichen) Länder brauchen neue Märkte, und wo finden sie die? Erstens in Osteuropa, zweitens in der Sowjetunion und schließlich in der Dritten Welt. Wie kann man sich diese Märkte erschließen, wie kann man dort Nachfrage und Kaufkraft schaffen? Wie kann man diese Länder entwickeln, um dort Waren abzusetzen? Das ist nur mittels einer demokratischen Entwicklung möglich. Diese Demokratie ist nicht ein Lösungsansatz für die Probleme der Dritten Welt, sondern vor allem für die Probleme der kapitalistischen Welt. Das sind nicht Demokratien in unserem Sinne, sondern in einem ganz beschränkten Sinn. Unter Husni Mubarak hat beispielsweise die Repression verglichen mit der Regierung seines Vorgängers noch zugenommen, das Regime von König Hussein in Jordanien ist mit gewähltem Parlament diktatorischer als vorher. Dasselbe gilt für die Reformen in Algerien, für Marokko und Tunesien.

Auch in der Türkei bemerke ich solche Veränderungen. Die Wahl von Turgut Özal zum Staatspräsidenten und damit seit 30 Jahren zum ersten Mal die Wahl eines Zivilisten hat eine besondere Bedeutung. Von der Machtergreifung General Gürsels bis heute ist immer der Generalstabschef zum Staatspräsidenten gemacht worden. Diesmal kam nach Kenan Evren ein Zivilist.

Ich bin überzeugt, daß dieser "Sturm der Demokratie" auch den Nahen Osten erreichen wird. Natürlich wird dies im Laufe von Jahren geschehen und nicht sofort, aber der politische und wirtschaftliche Faktor erfordern es einfach. Das ist mein persönlicher Standpunkt, damit stimme ich sicher mit Euch, aber auch mit einigen unserer Genossen nicht überein.

Wie ist der Stand im sowjetisch-kurdischen Dialog, der vor zwei Jahren begonnen wurde?

Er ist gestoppt. Die komplizierte Situation in der Sowjetunion hat dazu geführt. Wir haben auf diesem Weg überhaupt nichts erreichen können, obwohl wir mehrfach mit sowjetischen Vertretern zusammengetroffen waren.

Überall in der sogenannten Dritten Welt kann man sehen, daß sich die SU aus den Konfliktregionen zurückzieht und auf Verhandlungslösungen drängt. In Bezug auf die kurdische Frage kann man feststellen, daß die SU ihre Beziehungen mit der türkischen Regierung intensiviert. Kann man unter diesen Vorzeichen überhaupt erwarten, daß die Sowjetunion ihre Haltung bezüglich der Kurden ändern wird?

Ich möchte betonen, daß die sowjetische Außenpolitik ja auch vor ihrem Rückzug aus der Dritten Welt nicht auf sozialistischen Prinzipien beruhte, sondern sie war z.B. nach dem 2. Weltkrieg auf Gewinnung sowjetischer Hegemonie gerichtet und während der 60er Jahre auch sehr opportunistisch und verweigerte revolutionären Kämpfen und Erhebungen die Unterstützung.

Betrachten wir die kurdische Frage: 1946 hatte die Sowjetunion die Gründung einer kurdischen und einer aserbaidschanischen Republik (im Iran, Anm. ak) unterstützt. Als der iranische Ministerpräsident dann Stalin eine Beteiligung an der Ausbeutung der iranischen Ölquellen anbot, waren beide (autonomen) Regierungen Opfer dieses Abkommens. (4) Das ist keine Politik von Prinzipien, sondern eine Handelspolitik. Als die SU ihre Beziehungen mit Ägypten intensivierte, schwieg sie zur Behandlung der Kommunisten in Ägypten.

Jetzt ist das internationale Gleichgewicht ins Wanken geraten. Vorher gab es ein Gleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion, welches den Völkern der Dritten Welt und den revolutionären Kräften Bewegungsfreiheit und einen gewissen Handlungsspielraum verschafft hatte. Die Amerikaner haben nun die Möglichkeit, in jedem Winkel dieser Welt zu intervenieren, ohne irgendeine sowjetische Gegenreaktion befürchten zu müssen. Die Sowjets ziehen sich nicht nur in der Dritten Welt vor den Amerikanern und dem Westen zurück, sie weichen sogar innerhalb der Grenzen der Sowjetunion zurück. Ich glaube, daß dieses Zurückweichen bald bis in den Kreml gehen wird, also daß die Amerikaner eines Tages fordern werden, daß

die SU eine bürgerliche, demokratische Regierung brauche. Gorbatschows Haltung in der Weltpolitik ist nicht nur ein Zurückweichen, es ist ein panischer Rückzug. Dieser panische Rückzug bedeutet die Vernichtung der Handlungsfreiheit für Befreiungs-und revolutionäre Bewegungen in der Welt.

Die europäischen bzw. westlichen Regierungen haben mittels der Pariser Konferenz (5) und ihren Positionen zur Kurdenfrage in der Türkei klargemacht, daß sie die Kurden nicht als Nation betrachten, daß sie den Kurden kein Selbstbestimmungsrecht zugestehen; sie unterstützen militärische Optionen, wie jetzt in der Türkei. Ist diese westliche Politik nicht eine große Gefahr für die kurdische Bewegung? Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dieser westlichen Politik?

Die offizielle europäische und amerikanische Politik in der Kurdenfrage ist eine Politik der Heuchelei. Auf der einen Seite macht man sich auf der ganzen Welt für die Einhaltung der Menschenrechte und für Demokratie stark, und auf der anderen Seite unterstützen die amerikanische und andere westliche Regierungen diktatorische Regimes, die ihre Völker und das kurdische Volk unterdrücken, sorgen mit materieller und politischer Hilfe dafür, daß diese Regimes an der Macht bleiben. Aber innerhalb ihrer Parlamente werden Stimmen laut, die die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber dem kurdischen Volk fordern und prokurdische Positionen vertreten. Z.B. hat in Großbritannien die oppositionelle Labour-Partei, die natürlich auch ein Teil des Systems ist, im Parlament gefordert, harte Maßnahmen gegen das irakische Regime zu ergreifen, um die Existenz des kurdischen Volkes zu verteidigen und die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber dem kurdischen Volk zu erzwingen. In den USA forderte der Kongreß die Verhängung von Sanktionen gegen den Irak aufgrund von C-Waffeneinsätzen und der Deportationspolitik. Die Administration hat das verhindert, indem sie von ihrem Vetorecht Gebrauch machte. Auch in der BRD haben die Grünen und die SPD verlangt, daß die bundesdeutsche Politik die gerechte Behandlung der Kurden zum Ziel haben sollte. Das Europaparlament, in dem ja alle Parteien vertreten sind, hat einstimmig das irakische Regime verurteilt.

Ich bin der Ansicht, daß die westlichen Regierungen eine ausgefeilte Politik im Nahen Osten verfolgen, ohne daß dabei Menschenrechte irgendeine Rolle spielen. Von Menschenrechten und Demokratie ist nur die Rede, wenn es in das Konzept ihrer Strategie paßt und den tatsächlichen Interessen des Westens in der Region nützt. Ich erwarte von diesen Regierungen nichts Positives, aber meiner Ansicht nach setzt die zunehmende Unterstützung kurdischer Forderungen in Kreisen der Opposition, der demokratischen Bewegungen und der Menschenrechtsgruppen diese Regierungen unter Druck, um die Fortsetzung der materiellen und militärischen Hilfe für diese Regimes zu verhindern.

Das Interview für den ak führte Hans Rimscha am 14.4.1990

Anmerkungen:

1) Seit Ende der 70er Jahre und verstärkt nach Beginn des iranisch-irakischen Krieges 1980 holte der Irak massenhaft ägyptische Arbeiter ins Land, deren Zahl schließlich ca. 2 Mio. ausmachte (bei etwa 14 Mio. Gesamteinwohnerschaft). Im vergangenen Jahr ereigneten sich in großer Zahl gewalttätige Übergriffe und Morde an den Ägyptern im Irak, über tausend Ägypter wurden "von aufgebrachten Irakern" (mit Billigung des Regimes) getötet, vielen wurde die Auszahlung der Löhne "für Wiederaufbauzwecke" verweigert. In der Folge führte dies zu einer massenhaften Rückkehr von etwa der Hälfte, also 1 Mio. der Ägypter.

2) Die kurdische Front Irak entstand im Frühjahr 1988, also einige Monate vor dem Waffenstillstand im Golfkrieg, nachdem bereits seit 1986 eine intensive Zusammenarbeit zwischen den kurdischen Organisationen, v.a. KDP-Irak (Barzani) und PUK (Talabani) existierte. Die kurdische Front umfaßt neben diesen beiden größten Organisationen die Pasok, die sozialistische Partei Kurdistans, die demokratische Volkspartei Kurdistans und die Kurdistansektion der KP-Irak.

3) Das Abkommen von Algier vom März 1975 zwischen Saddam Hussein und dem Schah (Iran) bedeutete eine entscheidende Niederlage für die irakischen Kurden unter Führung Barzanis, die seit 1972 vom Iran unterstützt worden und in recht starkem Maße abhängig waren. Auf Beschluß der KDP-Führung legten Zehntausende kurdischer Peshmerga ihre (z.T. schweren) Waffen nieder und gingen als Flüchtlinge in den Iran. Aus Unmut über die Politik verließen verschiedene oppositionelle Gruppen die KDP, von denen einige 1976 die PUK gründeten.

4) Die "Republik von Mahabad" existierte vom Dezember `45 bis zum Dezember `46. Der Rückzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran, (welcher während des Krieges von britischen und sowjetischen, später auch amerikanischen Truppen besetzt war, um eine Zusammenarbeit des Iran mit Hitlerdeutschland zu verhindern) erfolgte bereits unter dem Druck des beginnenden Kalten Krieges.

5) Unter Schirmherrschaft von Madame Mitterand und Leitung des französischen Staatsminister Kouchner fand im Oktober 89 in Paris eine Konferenz für "kulturelle Identität der Kurden und Menschenrechte" (nicht nationale Rechte!) statt, zu der die französische Seite auch Jash (kurdische Vertreter des irakischen Regimes) eingeladen hatten.

24. Israel/Palästina: Massaker und Kriegskabinett

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/57.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:57

"Wäre das Blutbad von Rischon Lezion nicht die Untat eines Psychopathen, müßte man es einem arabischen Agenten zuschieben. Es hat der von den Arabern geschürten Hysterie über die Masseneinwanderung aus der UdSSR zusätzlichen Auftrieb gegeben, die bereits abflauende Intifada neu belebt, Israel diplomatisch in die Defensive gedrängt und die Kluft zwischen Washington und Israel vertieft." Mit dieser - doch recht gewagten - Überlegung eröffnet Zeev Barth in der "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung", dem Organ des Zentralrats der Juden in Deutschland, seine Betrachtung über die Reaktion des "arabischen Lagers" auf das Massaker in Rischon Lezion, bei dem ein jüdischer Israeli sieben Palästinenser erschoß und zehn weitere zum Teil schwer verletzte.

Am frühen Morgen des 20. Mai warten an einer Straßenkreuzung auf dem sog. Sklavenmarkt bei Rischon Lezion, fünf Kilometer südlich von Tel Aviv, wie an jedem anderen Werktag hundert Palästinenser aus dem Gasastreifen auf Arbeitsangebote. Aus einem Orangenhain taucht ein Mann auf mit einem automatischen Gewehr. Er trägt Armeehosen, ein schwarzes Hemd und eine schwarze Jacke. Er kontrolliert die Ausweise der Palästinenser, die annehmen, einen Soldaten vor sich zu haben. Die vor ihm Aufgereihten fragt er: "Wißt ihr, warum ich das tue?" und beginnt unmittelbar aus nächster Nähe in die Menschenmenge zu feuern. Er erschießt sechs der Palästinenser und verletzt zehn weitere. Dann zieht er einen Fahrer aus seinem Wagen, schießt ihn in den Kopf und flüchtet mit dem Wagen.

Eine Stunde nach seiner Bluttat wird der Mörder, der rund 20jährige Ami Popper bei seiner Familie, die die Polizei benachrichtigt hatte, festgenommen.

Noch bevor der genaue Tatverlauf feststand, hatte die Polizei bereits die psychologische Untersuchung des Täters abgeschlossen: Ami Popper sei geistig gestört, er habe aus Liebeskummer gehandelt und/oder weil er als Jugendlicher von einem Palästinenser sexuell mißbraucht worden sei. Auch wurde sofort bekanntgemacht, daß Avi Popper längere Zeit seines Militärdienstes in Haft verbracht habe und "unehrenhaft" entlassen worden sei. Und schließlich stand für die Polizei von Anbeginn fest, daß Popper seine Tat zwar geplant hatte, politische Hintermänner aber gebe es nicht und er habe auch nicht aus "nationalistischen Gründen" gehandelt.

Dies Vorgehen steht im völligen Gegensatz zum Handeln der Polizei, wenn es um den Angriff eines Palästinensers auf jüdische Israelis geht: Die Tat des betreffenden Palästinensers mag noch so unerklärlich und "verrückt" sein, er ist grundsätzlich nationalistisch motiviert, seine Familie wird für die Tat mitverantwortlich gemacht, in aller Regel wird das Haus der Familie gesprengt; und der palästinensische Täter hat selbstverständlich Hintermänner, die ebenso selbstverständlich der PLO angehören - womit ein weiterer Beweis dafür produziert ist, daß die PLO eben doch dem Terror nicht abgeschworen hat und nebst ihr für die fragliche Tat die Palästinenser in toto den Kopf hinzuhalten haben.

Das zweite Massaker

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Bluttat in Rischon Lezion flüchteten Tausende palästinensischer Arbeiter aus Furcht vor weiteren Angriffen zurück in ihre Heimatorte. Ebenso unmittelbar stellten sich Militär, Grenzpolizei und Polizei auf die zu erwartenden Proteste und Demonstrationen ein. Nicht nur in den besetzten Gebieten, auch in Ostjerusalem und im Norden Israels, wo der größte Teil der palästinensischen Israelis lebt, wurden Militär- bzw. Polizeipräsenz verstärkt. Die Schulen in Ostjerusalem wurden sofort geschlossen, der gesamte Gasastreifen sowie einige Städte und Lager in der Westbank unter Ausgangssperre gestellt. Und die Presse wurde, wie es in einer Erklärung der "Foreign Press Association", des Verbandes der Auslandskorrespondenten in Israel, vom 28.5. heißt, seit dem 20. Mai "systematisch an der Berichterstattung über die Ereignisse in Westbank und Gasastreifen gehindert". Wo den Medien Orte oder Regionen nicht per Erklärung zum "militärischen Sperrgebiet" unzugänglich gemacht worden waren, unterbanden die "begleitenden" Militäreskorten jeden Kontakt von Journalisten mit den Einwohnern der besetzten Gebiete und auch mit an den Kampfhandlungen beteiligten Soldaten.

Ungeachtet des Versuchs des Militärs, die Bewohner der besetzten Gebiete per Ausgehverbot in ihre Häuser wegzuschließen, wurden vom Tag des Massakers an in Gasastreifen und Westbank massenhaft

Protestaktionen und Demonstrationen durchgeführt. In Gasa-Stadt verlor das Militär zeitweise die Kontrolle, als PalästinenserInnen Militärposten und das städtische Gefängnis angriffen.

In konsequenter Fortsetzung des Massakers von Rischon Lezion wurden von israelischen Soldaten noch am selben Tag vom Militär mindestens sieben PalästinenserInnen erschossen und mehr als 400 verletzt - eine der höchsten Toten- und Verletztenzahlen seit Beginn der Intifada. Nach Angaben des "Israelischen Informationszentrums für Menschenrechte in den besetzten Gebieten" (Btselem) war am elften Tag der Proteste die Anzahl der vom Militär getöteten PalästinenserInnen auf siebzehn, die Anzahl der Verletzten auf über 1.000 angestiegen.

In Israel begannen die ersten Proteste ebenfalls noch am Tag der Tat mit Demonstrationen unter Teilnahme linker Parlamentarier vor dem Haus des Ministerpräsidenten und wurden in den folgenden Tagen von Palästinensern wie jüdischen Israelis in Städten und Universitäten fortgesetzt. Rechte israelische Studenten entblödeten sich nicht, an der Universität Haifa eine Demonstration palästinensischer Studenten mit israelischen Staatsfahnen zu umtanzen und ihnen zu drohen: "Ihr kommt auch noch dran." Mitglieder von jüdisch-israelischen Protestgruppen entzündeten in Rischon Lezion Kerzen zum Gedenken an die Opfer des Massakers und hielten an mehreren Orten Israels auf den sog. Sklavenmärkten für Arbeiter aus den besetzten Gebieten Mahnwachen ab. Palästinensische Prominente traten in Ostjerusalem in den Hungerstreik. Sechs Tage nach der Bluttat organisierte "Frieden Jetzt" in Tel Aviv eine Kundgebung, an der (nach unterschiedlichen Angaben) zwischen 10.000 und 50.000 Menschen teilnahmen.

Während des unter den palästinensischen Israelis ausgerufenen eintägigen Generalstreiks kam es zu schweren Auseinandersetzungen an zahlreichen Orten Israels und zu einer regelrechten Straßenschlacht zwischen Polizei und Demonstranten in Nazareth. Dort wurden auch eine Bank bis auf den Grund niedergebrannt und öffentliche Gebäude, darunter eine Abteilung des Finanzamtes, demoliert. Rund hundert der DemonstrantInnen, darunter die Frau des Bürgermeisters, wurden festgenommen. In den palästinensischen Vierteln in Haifa wurden schwarze Fahnen und auch die - verbotene - palästinensische Nationalflagge gehißt. Hysterisiert zeigte sich das israelische Establishment insbesondere über das Aufbegehren der palästinensischen Israelis, de jure Staatsbürger Israels. Nach diesem Generalstreik, äußerte ein ehemaliger Berater des Premiers für "arabische Angelegenheiten", werde nichts mehr so sein, wie es früher war.

Protestdemonstrationen gegen das Massaker gab es auch in mehreren Lagern in Jordanien. In Irbid wurde bei dem Versuch der Polizei, eine Demonstration von 15.000 PalästinenserInnen auseinanderzureiben, ein 14jähriger erschossen. Im Lager Bekaa kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den etwa 7.000 Bewohnern. - In der jordanischen Hauptstadt Amman schoß ein Palästinenser auf die Insassen eines französischen Touristenbusses und verletzte neun Franzosen und einen Jordanier. Als Motiv gab der Täter das Massaker von Rischon Lezion an. Ein Mitglied des PLO- Exekutivkomitees bezeichnete diese Tat als "verdächtige Handlung", die das Ziel habe, von den täglichen Verbrechen Israels in den besetzten Gebieten abzulenken.

Die arabischen Länder forderten im Namen der PLO eine Dringlichkeitssitzung des UNO-Sicherheitsrates, die zum 25./26.5. nach Genf einberufen wurde, um ein etwaiges Einreiseverbot für Arafat in die USA zu umgehen. Die Resolution des Sicherheitsrates, eine aus drei Personen bestehende UNO-Beobachterdelegation in die besetzten Gebiete zu entsenden, scheiterte am Veto der USA. Schamir hatte zuvor schon bekanntgegeben, UNO-Beobachter würden in den besetzten Gebieten nicht zugelassen werden, da deren Anwesenheit dem Frieden nicht dienlich sei; ein etwaiger entsprechender Sicherheitsratsbeschluß werde von Israel ignoriert werden ebenso "wie viele andere UNO-Entscheidungen".

Aufgrund des Vetos der USA gegen die Sicherheitsratsresolution beschloß die Vereinigte Nationale Führung des Aufstands, mit sofortiger Wirkung alle Kontakte mit den USA abzubrechen. Die hungerstreikenden palästinensischen Prominenten in Ostjerusalem riefen die arabischen Staaten zum "Boykott amerikanischer Waren und zum Einsatz der Öl-Waffe gegen Washington" auf.

Kriegskabinett

Während im palästinensischen Ostjerusalem noch Trauer herrschte und dort am Tag zuvor eine Demonstration unter schwarzen Fahnen von der Polizei unter Tränengas-Einsatz aufgelöst worden war, wurde

in Westjerusalem der "Jerusalem-Tag", die sog. Wiedervereinigung Jerusalems nach dem Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 mit Musik, Flaggen und Tanz auf den Straßen gefeiert. Sieben Palästinenser drei Tage zuvor von einem "Verrückten" gekillt? War das was? Israel feiert.

Auch sonst wurde Gelegenheit geboten und genommen, einer vertiefenden Debatte und etwaigen Konsequenzen des Massakers auszuweichen. Ein Bombenanschlag auf einem Markt in Westjerusalem, bei dem ein Toter und zehn Verletzte zu beklagen waren, und der in jeder Hinsicht wahnwitzige Versuch eines Terrorangriffs auf Tel Aviv durch ein PLF-Kommando wurden genutzt, alsbald zum gewohnten Bild zurückzukehren: auf der einen Seite der arabische Terror, auf der anderen das um sein Überleben kämpfende Israel.

Und schließlich zeigt die Zusammensetzung der nach monatelangem Debakel und erst mit Hilfe einiger Überläufer und der Zusicherung politischer Pfründe (bei nur 120 Knesset-Abgeordneten besteht das neue Kabinett aus neunzehn Ministern und rund einem Dutzend stellvertretender Minister) am 11. Juni zustandegekommenen neuen Regierungskoalition aus rechten, rechtsextremen und orthodox-religiösen Parteien, daß von ihr auch nicht ein einziger Schritt hin auf eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu erwarten ist. Im Gegenteil verschärft diese Regierung noch den aggressiven und provokanten Kurs gegenüber den Palästinensern. Neben den Evergreens - keine Verhandlungen mit der PLO, kein Rückzug aus den besetzten Gebieten, kein Staat Palästina in Gasastreifen und Westbank - werden die Bedeutung der Stärkung des Militärs, der Förderung der Einwanderung und der Siedlungspolitik hervorgehoben. Als oberstes der "nationalen Ziele" wird die Beschleunigung der Einwanderung aus allen Ländern bezeichnet. In Anspielung auf die Debatte um die Ansiedlung sowjetischer Juden in den besetzten Gebieten heißt es: "Die Siedlung in allen Teilen Eretz Israels (d.h. - mindestens - Israel in den 48er-Grenzen plus annektierte Golanhöhen plus annektiertes Ostjerusalem plus besetzte Gebiete Westbank und Gasastreifen - Anm. d. Verf.) ist das Recht unseres Volkes und integraler Bestandteil der nationalen Sicherheit; die Regierung wird Maßnahmen, um die Siedlungstätigkeit zu stärken, auszudehnen und zu entwickeln." Für die Durchsetzung dieser Absicht steht die Ernennung des ehemaligen Kriegsministers und Rechtsextremisten Ariel Scharon, einer der schärfsten Propagandisten des "Transfer", zum Wohnungsbauminister und zum Vorsitzenden eines Kabinettsausschusses für die Integration jüdischer Einwanderer. Zur "Sicherung der Unabhängigkeit und Souveränität des Staates" beschloß die Regierung, "die Stärke der israelischen Armee, ihre Macht und ihre Abschreckungsfähigkeit zu erhöhen (...) Die israelische Armee und andere Sicherheitskräfte werden nachdrücklich und beharrlich Frieden für alle Einwohner sichern, um Gewalt und Unruhen auszurotten und um Ruhe und Frieden im ganzen Land herzustellen."

"Extreme nationalistische Ideologie" bescheinigt auch die bürgerliche Presse dieser neuen israelischen Regierung; Palästinenser qualifizieren sie kurz und bündig als "Kriegskabinett".

K., Hamburg

Quellen

Div. Ausg. aus dem Zeitraum 21.5.-23.6.90 von: Al Fajr (Ost-Jerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Basler Zeitung (Schweiz), Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Jerusalem Post - International Edition (Israel), Jewish Chronicle (Großbritannien), Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), News from Within (Israel), Palästina Bulletin, Palästina Information - Sondernummer, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), taz, The Other Front (Israel), Vorwärts (Partei der Arbeit, Schweiz), Wochenzeitung (Schweiz), Die Zeit

25. Wehrkraftzersetzung in Spanien

Rubrik: Friedensbewegung; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:02

Seit Anfang 1989 haben im spanischen Staat 369 junge Männer den Militärdienst total verweigert. Sie gestehen dem Staat kein Recht zu, sie zu irgendeinem Dienst zu zwingen, sei er "militärisch" oder "zivil". Sie tun diesen Schritt kollektiv, eingebettet in eine breite Kampagne gegen den Militarismus. Diese Bewegung gründet in einem traditionellen Unwillen gegen das Militär, von dem Marx und Engels in "Die Revolution in Spanien" schrieben, die Bewohner Spaniens seien "diejenigen unter allen Völkern Europas, welche die größte Antipathie gegen die militärische Disziplin haben." Die Erfahrungen aus der Zeit des Franco-Faschismus haben dies nur verstärkt. In Katalonien und dem Baskenland, zwei Zentren der Bewegung, kommt hinzu, daß das Militär Symbol und Instrument der nationalen Unterdrückung durch den Zentralstaat ist. Dort sprach sich die Mehrheit der Bevölkerung bei der Volksabstimmung 1986 über den NATO- Beitritt gegen die NATO aus, im Landesdurchschnitt konnten die NATO Befürworter nur knapp einen Sieg davon tragen. In einer Umfrage von Mitte 1988 sprachen sich 74% der Befragten für die Abschaffung des Militärdienstes aus, von den 18 bis 29jährigen sogar 87%.

Unter Franco gab es die ersten Militärdienstverweigerer. Es waren überwiegend Zeugen Jehovas, die gnadenlos eingekerkert wurden. Albert Contijoch Berenguer z.B. verweigerte 1959 und saß elf Jahre dafür im Knast. Zwischen 1958 und 1976 wurden 285 Verweigerer zu insgesamt 3218 Jahren verurteilt. Zweimal, 1970 und 1971, schlug der Ministerrat, um die Lage zu entspannen, ein Gesetz zur Verweigerung aus religiösen Gründen vor. Beide Male scheiterte diese Initiative an dem Druck der Militärs.

Im Mai 1975 wurde der Regierung ein von 1200 Jugendlichen unterschriebener Vorschlag übergeben, anstelle des Militärdienstes einen zwei Jahre dauernden Zivildienst unter der Kontrolle des Arbeitsministeriums zuzulassen. Die Regierung antwortete nicht und Mitte des Jahres begannen sieben Jugendliche in Barcelona kurz vor ihrer Einberufung einfach mit einem solchen Sozialdienst. Im Februar 1976 wurden sie verhaftet. Nach starken Protesten wurden sie im Juli begnadigt, woraufhin auch in anderen Städten Jugendliche begannen, einen Sozialdienst zu initiieren. Die Einkerkerung ging dennoch weiter.

Im Dezember 1976 erließ die Regierung Adolfo Suárez ein Gesetz, daß die Verweigerung aus religiösen Gründen zuläßt und den zwölfmonatigen Militärdienst durch einen dreijährigen Zivildienst ersetzte. Die Verweigerer lehnten dieses Gesetz ab und gründeten im Januar 1977 die MOC (Bewegung der Verweigerer aus Gewissensgründen), die erste Koordination von Verweigerern auf gesamt- staatlicher Ebene.

Im Oktober 1977 wurden 220 Verweigerer amnestiert, darunter 20 von der MOC, die anderen Zeugen Jehovas. An der Gesetzeslage wurde jedoch nichts geändert, das Ringen um ein Recht auf Militärdienstverweigerung ging weiter.

Anfang 1978 veröffentlichte die UCD- Regierung (Union de Centro Democrático) einen Entwurf für ein Gesetz über Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen (LOC). Der Entwurf sah kein grundsätzliches Recht auf Verweigerung vor und schränkte die Möglichkeit zu Verweigern stark ein. Die MOC formulierte eine Liste ihrer Anforderungen an ein solches Gesetz: u.a. unüberprüfte Akzeptierung aller Verweigerungsgründe, jederzeitiges Recht auf Verweigerung auch zu Kriegszeiten und während des Militärdienstes, ein wohnortnaher entmilitarisierter Zivildienst gleicher Dauer im Interesse der arbeitenden Bevölkerung.

Im August, auf dem ersten Kongreß der MOC wird die Debatte um das eigene Selbstverständnis geführt. Die Definition von Antimilitarismus, die Frage der Gewaltfreiheit und die Stellung zum Zivildienst sind wesentliche Punkte der Debatte. An diesen Fragen fanden in der folgenden Zeit auch Abspaltungen und Neugründungen von Gruppen statt.

Im Dezember 1980 veröffentlicht die UCD-Regierung eine überarbeitete Fassung des LOC und des Gesetzes über einen ersatzweisen Sozialdienst (PSS), die aber den Entwürfen von 1978 im wesentlichen glichen.

In diesem Zeitraum entwickelte sich die MOC weiter. Die inhaltlichen Positionen wurden untermauert und radikaler, die Arbeit wurde auf andere Bereiche ausgedehnt: Steuerboykott, Wehrpaßverbrennung, Beteiligung an der Anti-NATO-Bewegung.

Im Oktober 1983 griff die neue PSOE-Regierung (Sozialisten) das LOC- Projekt freudig auf, während sie es von der Oppositionsbank her noch kritisiert hatten. Die MOC bekam angesichts des drohenden Gesetzes einen neuen Aufschwung, mehr Leute beteiligten sich und die Strategie der totalen Verweigerung jeden Dienstes trat in den Vordergrund.

Aus der Notwendigkeit heraus eine spezielle Kampagne zur Abschaffung des Militärdienstes anzuschieben, wird im Oktober 1984 in Barcelona die Anti-Militär Koordination MILI-KK gegründet. Im März 1985 führten sie die erste Demo gegen Militärdienst und Militär durch mit einer Beteiligung von 3000 Jugendlichen. Damit zeigte sich, daß die Kampagne eine breite Basis in der Jugend hat. MILI-KK begann eine breit angelegte Arbeit gegen die Erfassung, zur Veröffentlichung von Mißhandlungen, Selbstmorden und Toten beim Militär, gegen Militärparaden, gegen die Zusammenarbeit der zivilen Behörden mit dem Militär bei der Erfassung. Auch in anderen Orten wurde MILI-KK gegründet, in Euskadi unter dem Namen KAKITZAT.

Die PSOE schafft Gesetze

Am 28. Dezember veröffentlicht die PSOE-Regierung im Amtlichen Anzeiger das Gesetz zur Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen und zum ersatzweisen Sozialdienst. Das Gesetz sieht, ähnlich dem bundesdeutschen Recht, ein Gericht (CNOC, Consejo Nacional de Objeciòn de Conciencia) vor, daß über das Gewissen des Bewerbers entscheidet. Die Möglichkeit während oder nach dem Militärdienst zu verweigern besteht nicht.

Mitte 1985 ging die MOC in die Offensive. Das CNOC war noch immer nicht berufen und die MOC entwarf nach langen Debatten eine kollektive Erklärung der Verweigerung. Damit erklären die Unterzeichner ihre Verweigerung aus Gewissensgründen, ohne dies näher begründen zu wollen und ohne irgendwem das Recht zu geben, dies anzuzweifeln. Der ersatzweise Sozialdienst wird ebenfalls abgelehnt, da er dem Militarismus entspringt. Durch die massenhafte Unterzeichnung entstand ein solcher Druck auf die Regierung und das später berufene CNOC, daß bis Februar 1988 10.000 Verweigerer offiziell anerkannt wurden.

Jugendliche, die während des Militärdienstes verweigerten, wurden weiterhin eingeknastet, auch wenn es teilweise nach starken Protesten zur Anerkennung als Verweigerer kam.

Ende Oktober 1987 fällte der Nationale Gerichtshof ein Urteil zu einer Verfassungsklage gegen das LOC und den PSS. Er bestätigte, daß es kein verfassungsmäßiges Recht auf Verweigerung gibt und daß der Ersatzdienst doppelt so lange dauern darf wie der Militärdienst.

Auch daß eine Verweigerung während des Militärdienstes unmöglich ist, wird für rechtens erklärt.

Am 15. Januar 1988, mehr als drei Jahre nach der Veröffentlichung des LOC billigte der Ministerrat eine Verordnung zur Regelung des ersatzweisen Sozialdienstes und der Verweigerung aus Gewissensgründen. Die Dauer des PSS wird auf 18 Monate festgesetzt gegenüber zwölf Monaten Militärdienst.

Durch die große Zeitspanne zwischen dem Inkrafttreten des LOC und dem Erlaß der Verordnung steht die Regierung vor dem Problem, daß für die mittlerweile große Zahl anerkannter Verweigerer keine entsprechende Infrastruktur vorhanden ist, um alle Verweigerer im PSS unterzubringen, zugleich will der Staat aber auch nicht auf die Dienstpflicht verzichten. So werden willkürlich einige Verweigerer zum PSS herangezogen, andere nicht. Um die so entstehende Vereinzelung der Verweigerer zu verhindern, entschloß sich die Bewegung zu einer "Neuverweigerung", einer kollektiven Erklärung der erneuten Verweigerung und der Ablehnung des PSS, die rund 2000 anerkannte Verweigerer unterschrieben. Damit währe die Anerkennung der Verweigerer eigentlich aufgehoben, aber die CNOC ignorierte diese Erklärung einfach.

Der Staat hat den rechtlichen Rahmen abgesteckt und die Bewegung bereitete sich auf die direkte Konfrontation mit dem Militär vor: "Insumision", die totale Verweigerung von Militär- und Zivildienst (1). Stichtag hierfür war der 20. Februar 1989, der nächste Einberufungstermin.

Außerhalb des Gesetzes

Am 20. Februar 1989 meldeten sich die ersten 20 einberufenen Wehrpflichtigen als Totalverweigerer bei den Militärbehörden, sie stehen damit "außerhalb des Gesetzes", wie es General Casinello ausdrückte. Wahllos wurden zehn der 20 festgenommen. Aufgrund starker Proteste, wie Demonstrationen, Protestversammlungen

in Schulen - auch von Leuten, die zuvor scharfe Kritik an der Strategie der totalen Verweigerung geübt hatten - wurde am 21. März der letzte der "Gesetzlosen" wieder freigelassen. Ein klarer Erfolg der Insumiso-Bewegung.

Am 18. April, dem nächsten Einberufungstermin, meldeten sich weitere 57 Insumisos beim Militär, nur einer von ihnen wurde in Gasteiz festgenommen und nach zwei Tagen wieder freigelassen. Es hatte erneut bedeutende Mobilisierungen gegeben u.a. wurde in Gasteiz ein Militärkonvoi durch eine Menschenkette blockiert und über 100 Frauen zeigten sich selbst an, für Wehrkraftzersetzung geworben zu haben.

Ein Totalverweigerer aus Bilbao wurde einen Tag später von der GAL (Todesschwadron) bedroht. Er hatte in einem Leserbrief öffentlich seine Verweigerung begründet. Die GAL ist bekannt für ihre Mordanschläge auf ETA-Mitglieder im französischen Exil und Anschläge auf angebliche ETA-Unterstützer im spanischen Staat, sie hat eindeutig nachgewiesene Verbindungen zu Polizei und Guardia Civil.

Auch bei den weiteren Einberufungsterminen wurden einzelne Insumisos eingesperrt. Die Insumiso-Bewegung reagierte darauf mit Demonstrationen und Aktionen wie die symbolische Umzingelung eines Militärgefängnisses oder der Selbsteinschluß von 141 Professoren der baskischen Universität.

Insgesamt wurden in der ersten Hälfte 1989 21 Einknastungen gezählt, davon die längste für zwei Monate, die meisten für zwei bis drei Wochen. Fast alle Festgenommenen kommen aus dem Baskenland und Katalonien.

Zur Zeit (Stand Mai 90) befinden sich im Militärgefängnis Alcala de Henares in Madrid sieben Insumisos im Knast, einer, der während des Militärdienstes verweigerte, schon seit über siebzig Tagen. Einige von ihnen haben sich über Mißhandlungen beschwert.

Die Strategie der Insumiso-Bewegung ist bisher im großen und ganzen aufgegangen. Es haben so viele Jugendliche totalverweigert, daß der spanische Staat sie nicht alle einsperren konnte. Dennoch nehmen die Insumisos die Gefahr der Einknastung sehr ernst. So gibt es einen Leitfaden mit genauen Rechtshinweisen und Anweisungen für Entspannungsübungen im Falle längerer Haftzeit.

Prinzipiell gegen das Militär

"Mit unserer Haltung sagen wir Totalverweigerer, daß dieser Staat kein Recht hat, uns zu irgendeiner Art von Dienst zu zwingen, egal ob zivil oder militärisch. (...) Das Militär verneint die Freiheit des baskischen Volks und die der anderen Völker im spanischen Staat", sagt Rotxo aus dem Baskenland. "Ich bin keine Nummer, ich bin eine Person. Ich kann die Irrationalität nicht akzeptieren, daß es nur ein ‚jawohl, zu ihren Diensten` gibt." Die Insumiso-Bewegung ist weit mehr als eine pazifistische Kampagne, sie richtet sich gegen das Militär als "Schule der Nation", wo Staatstreue, Gehorsam und Machismo antrainiert werden und weit in das gesellschaftliche Leben hinein nachwirken. Sie trifft damit einen zentralen Nerv der spanischen Gesellschaft.

Schon in der Grundsatzerklärung des ersten MOC Kongresses bestimmte die MOC sich eindeutig als antimilitaristisch. Das beinhaltete immer, dem Staat das Recht einen Dienst einzufordern grundsätzlich abzuerkennen. Mit einer zweideutigen Haltung zum Zivildienst wurde das allerdings zu Beginn realativiert. Im Laufe der Jahre und mit den Erfahrungen aus den konkreten Kämpfen haben sich die Positionen innerhalb der Bewegung radikalisiert und die Arbeitsbereiche ausgeweitet. Es bestehen Kontakte in die Kasernen und die Bewegung begreift sich als Teil der Anti-NATO-Bewegung.

Seit dem zweiten MOC Kongreß 1986 ist die totale Ablehnung von jeglichem Dienst, ob militärisch oder Zivil festgeschrieben. Die dort beschlossene Selbstdefinition der MOC lautet: "Eine politische, radikale und alternative Bewegung, die sich speziell der antimilitaristischen Arbeit widmet und solidarisch an der Entwicklung der anderen revolutionären Kämpfe beteiligt."

Es haben sich aber auch Gruppen abgespalten, wie die 1985 gegründete Vereinigung der Verweigerer aus Gewissensgründen (AOC), die sich lediglich für eine Reform des LOC und einen "gerechten" Zivildienst ausspricht.

Die Insumiso-Bewegung selbst ist sehr vielgestaltig, sie reicht von strikt gewaltfreien Gruppen wie MOC bis hin zu Gruppen, die sich in ihren Aktionsformen nicht prinzipiell beschränken wollen, wie MILI-KK/KAKITZAT. Auch in anderen Fragen stehen unterschiedliche Positionen nebeneinander; einige befürworten ein Konzept gewaltfreier Verteidigung als alternative zum Militär, andere bevorzugen ein Konzept des "Volk in Waffen" das sich verteidigt und finden den bewaffneten Befreiungskampf berechtigt.

Es gibt nicht einmal eine gemeinsame nationale Koordination. Die Informationen und Absprachen laufen über einzelne Kontakte, Spanienweite Aktionstreffen und Gruppen wie MOC und MILLI-KK/ KAKITZAT. Vor Ort gibt es in Städten und Regionen Koordinationstreffen der verschiedenen Verweigererkollektive. Dennoch ist es gelungen, über alle ideologischen Grenzen hinweg in der Bewegung gemeinsam und solidarisch vorzugehen. "Die Einheit der Verweigerer war Grundlage um dahin zu gelangen, wo wir sind: zeigen, daß die Totalverweigerung eine echte Alternative ist. Es ist eine Einheit zum Kämpfen, und das ist immer gut."

Spanisches Heer nein - baskisches ja?!

Das Baskenland ist eine der Hochburgen der Verweigerer, 190 von 369 Totalverweigerern kommen aus dem Baskenland. Hier ist das spanische Militär zugleich Ausdruck der nationalen Unterdrückung, ist Besatzungsmacht. Dies macht neben den antimilitaristischen Gesichtspunkten einen wichtigen Mobilisierungsansatz aus. Zugleich spaltete sich die baskische Linke an diesem Punkt. Während MOC und KAKITZAT - getragen von Unorganisierten, KEMEN (EMK), IT (LKI), Anarchisten und Autonomen - jeden Militärdienst ablehnen, richtete sich Jarrai, die Jugendorganisation des KAS-Blocks, der sich zusammen mit seinem politischen Umfeld gerne als "baskische nationale Befreiungsbewegung (MLNV)" bezeichnet, lediglich gegen das spanische Militär. Der Insumiso-Bewegung warfen sie vor, mit der Ablehnung des Militärdienstes nur die Bestrebungen für ein Profi-Heer zu unterstützen. Ihre Konzeption der nationalen Autonomie hingegen sieht einen baskischen Militärdienst in einem baskischen Militärdistrikt unter baskischer Kontrolle vor. (2)

Viele Jugendliche aus dem Jarrai-Umfeld finden die Insumision jedoch gut, haben keine Lust auf Militärdienst. Die Position von Jarrai stieß auf Unverständnis. Die Dynamik der Insumiso-Bewegung brachte Jarrai Anfang diesen Jahres dazu, die eigene Position zu ändern und die Insumiso-Bewegung zu unterstützen. Sie üben Selbstkritik, den radikalen Inhalt der Insumiso-Bewegung verkannt zu haben. In ihrer Selbstkritik zeigt sich aber immer noch viel Unkenntnis von der Bewegung und ihren Zielen. So trennen sie zwischen "politischer" und "unpolitischer" Verweigerung, wobei "unpolitisch" mit "gewaltfrei" gleichgesetzt wird, was angesichts der inhaltlichen Radikalität von z.B. MOC sehr eindimensional ist. Ihre Konzeption eines autonomen baskischen Militärdienst kritisieren sie zwar, aber sie stellen diese Idee nicht grundsätzlich in Frage. Eine Debatte um nicht-hierarchische bewaffnete Verteidigungsstrukturen fand bisher nicht statt. Die Verantwortung für eine mögliche Professionalisierung des Militärs wird nun eindeutig dem Staat zugewiesen.

Die Bedeutung der kollektiven Verweigerungserklärung des Militärdienstes von 1985 für die heutige Insumision wird ignoriert. Stattdessen wird der Eindruck erweckt, als ob die antimilitaristische Bewegung, und damit Gruppen wie MOC und KAKITZAT, zum Ziel hatten, die "baskische nationale Befreiungsbewegung" und deren Kampfformen politisch und ideologisch zu bekämpfen. Die Empfindlichkeit liegt wohl darin, daß sie die Kritik hierarchischer militärischer Strukturen als Ablehnung der ETA wahrnehmen.

Bei aller Schwammigkeit in den Positionen ist die Wende von Jarrai ein bedeutender Erfolg der Insumiso-Bewegung und zugleich ein starker Schub für sie. Der spanische Staat ist aktuell von der Bewegung politisch stark in die Enge gedrängt, ob es ihm gelingen wird, die Bewegung zu integrieren ist fraglich. In jedem Fall sind die Erfahrungen der Insumiso-Bewegung, das scheinbar persönliche Problem der Verweigerung zu einem kollektiven, politischen zu machen wichtig, auch für die Debatte hierzulande.

olafo, kb-frischzelle

Anmerkungen:

Quellen sind das Buch Con Razón, Insumisión von J. García, T. Gisbert, F. Porret, J. Munoz, 1990 Madrid sowie div. Ausgaben von zer egin?, Zeitung von EMK und hacer, Zeitung von MC, sowie Flugblätter, Broschüren und viele Gespräche mit Aktivisten.

(1) Das Wort "Insumisión" beinhaltet mehr als nur Totalverweigerung. Es leitet sich vom spanischen insumiso ab, was unbotmäßig, rebellisch bedeutet.

(2) Im Entwurf für ein Autonomiestatut von HB - ebenfalls im KAS-Block - wird aber auch ausdrücklich ein Recht auf Verweigerung erwähnt.

26. Das Projekt "Republikaner" in der Krise

Rubrik: Wahlen; Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:27

Das schlechte Abschneiden der "Republikaner" (REP) bei den Landtagswahlen in Nordrhein- Westfalen und Niedersachsen und der Rücktritt des Parteivorsitzenden Schönhuber von seinem Amt sind Anzeichen für eine tiefe Krise, in der sich die REP befinden. Der anvisierte Einzug in den Bundestag scheint nach allen bisherigen Meinungsumfragen mehr als fraglich: nicht mehr als 2% der Bevölkerung wollen die REP noch wählen. Die bürgerliche Presse spricht bereits vom Ende der REP.

In diesem Artikel sollen zum einen die Wahlniederlage der REP in Niedersachsen exemplarisch beleuchtet, zum anderen die internen Machtkämpfe und Auseinandersetzungen, die auch Ausdruck über den künftigen Kurs der Partei sind, dargestellt werden.

Entwarnung wird jedoch nicht gegeben.

Bei dem Streit um die Führung der REP ist auffällig, daß sich in der Gruppierung, die sich zumindest vorläufig gegenüber Schönhuber durchsetzte, viele ehemalige NPD-Mitglieder befinden. Nachdem Schönhuber diese Kräfte jahrelang in Schutz genommen hatte, war für ihn am 12.2.90 "die Schmerzgrenze (...) nicht nur erreicht", sondern "überschritten". (1) Unmittelbarer Anlaß waren Presseberichte über Werbung für Nazi-Propaganda im u.a. von seinem Vize Harald Neubauer herausgegebenen Magazin "Credo". Bereits damals warnte er davor, "übereilt Landtags- und Bundestagskandidaten aufzustellen".

Ex-NPDler setzen sich durch

Der Streit eskalierte, als Schönhuber am 15.5. seine Kandidatur für den bayerischen Landesvorsitz mit der Absicht, "jenen Kräften Einhalt (zu) gebieten, die das Erscheinungsbild der Partei aufgrund extremistischer Äußerungen schädigen", ankündigte. Für diese, gegen die ehemaligen NPDler Neubauer und Franz Glasauer gerichtete Erklärung erhielt Schönhuber kaum Unterstützung, dafür um so massiveren Widerspruch.

Im Bundesvorstand war er längst isoliert und am 20.5. erklärten sich 200 REP-Funktionäre aus Bayern mit den Angegriffenen solidarisch. Daraus zog Schönhuber schließlich mit seinem Rücktritt als Bundesvorsitzender am 25.5. die Konsequenz. Der Bundesvorstand enthob ihn daraufhin seiner Rechte als Parteimitglied und leitete ein Ausschlußverfahren gegen ihn ein. Gleichzeitig wurden Schönhuber-Getreue in der Bonner Parteizentrale durch entsprechende Leute ersetzt. (2) Als Kandidat für den neuen Bundesvorsitz schlug der Bundesvorstand mittlerweile Karsten Voigt (REP-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen seit 1989, davor Mitglied der CSU, der REP und der FDP) vor.

Schönhubers Rücktritt und die gleichzeitige Ankündigung einer erneuten Kandidatur erscheint als Versuch, seine Anhänger in seiner Partei zu sammeln und gegen die Neubauer-Seilschaft zu mobilisieren. So forderte er seine Parteifreunde auf, "in der Partei auszuharren, damit auf dem Bundesparteitag mit mir ein neuer Bundesvorstand das Ruder übernehmen kann". Inzwischen erklärte er seine Absicht, er werde jedes Ergebnis des gegen ihn eingeleiteten Ausschlußverfahrens akzeptieren. Dies ist Teil der parteiinternen Konfrontation und zugleich der Versuch, seinen Flügel und sich selbst als Biedermänner zu präsentieren, die mit dem "Rechtsextremismus" nichts zu tun hätten.

Die Krise der REP verleitet zu mancherlei Spekulationen. Die bürgerliche Presse sieht die REP bereits am Ende oder zumindest in einem unaufhaltsamen Abstieg in die Bedeutungslosigkeit. Andere Beobachter erwarten die Spaltung der Partei. (3) Der rechtskonservative Flügel werde, ob mit oder ohne Schönhuber, letztlich wieder bei der CSU/DSU und der CDU landen - der neofaschistische Rest in einer Vereinigung mit der NPD.

Das Spezifikum des REP-Projektes besteht in seiner Funktion als Sammelbecken für unterschiedliche politische Strömungen: von Rechtskonservativen, enttäuschten CDU/CSU-Wählern, Revanchisten, ehemaligen NPD-Kadern bis zu Neofaschisten des FAP-Umfeldes. Die innerparteiliche heterogene Zusammensetzung führte zwangsläufig immer wieder zu Machtkämpfen, Parteiaustritten und zahlreichen Abspaltungen. Dabei stand die Person Schönhuber oft im Mittelpunkt. Selbst das Ausschlußverfahren gegen ihn ist nicht das erste dieser Art. (4)

Mit bisherigen Krisen der REP ist die momentane allerdings nur bedingt zu vergleichen. Ihre Qualität bezieht sie nämlich daraus, daß die heterogene Zusammensetzung nicht nur Ursache der Auseinandersetzung ist, sondern erstmals selbst in Frage gestellt wird.

Die "AusländerInnen"-Politik der Regierungskoalition hat mit dem neuen Ausländergesetz und dem Schengener Abkommen einen völkisch-rassistischen Grad erreicht, den die REP derzeit auf der programmatischen Ebene nicht überbieten. (5) Das Aus- und ÜbersiedlerInnenproblem, die hierzulande als Konkurrenten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt auftraten und angeblich "privilegiert" behandelt wurden - die REP machten gegen einen angeblichen Mißbrauch des AussiedlerInnen-Status durch einen Teil dieser Zuwanderer Stimmung - ist durch die Bundesregierung mittlerweile durch den Abbau dieser angeblichen Privilegien weitgehend entschärft worden.

Weit schwerwiegender hat sich die nationalistische Anschlußpolitik aus Bonn ausgewirkt, die die "Attraktivität" des modernisierten REP-Programms mit Schwerpunkt Deutschland-Politik schnell zunichte gemacht hatte.

Wie weit auch diese Rechtsverschiebung im gesamten politischen Spektrum durch die REP mitbedingt war, so hat sich diese Funktion der REP heute weitgehend erübrigt. Dies gilt jedenfalls für die Rechtskonservativen inner- und außerhalb der REP. Das Ende der REP also?

Auch wenn die Ergebnisse des Taunussteiner Parteitages am 7.7.90 abzuwarten sind, scheint schon jetzt sicher, daß die REP aus ihrer derzeitigen Krise nicht als dieselbe Partei herauskommen, die sie zuvor war. Von "links" locken Modelle einer neuen 4. Partei (DSU und CSU) und von rechts liegen bereits Angebote der NPD zur Vereinigung beider Parteien vor.

Bleibt ein neofaschistischer Kern übrig?

Unabhängig davon, mit welcher organisatorischen Option die REP auf ihre Krise reagieren werden, ist eine Rechtsentwicklung absehbar. Nach dem Scheitern der Strategie einer "modern"-rechtskonservativen Orientierung bleibt von der Rosenheimer Programmatik allein der neofaschistische Kern übrig.

Die Versuche, durch eine konservative "Öffnung" der REP weitere CDU/CSU- Wählerschichten zu erschließen, ist angesichts ihrer Wahlergebnisse zumindest vorläufig gescheitert. Die nationalistische Anschlußpolitik hat den REP ihr zentrales Thema geklaut.

Was bleibt, ist eine Verschärfung der rassistischen Hetze und die Orientierung auf den Revanchismus - keine Anerkennung der zum "Reich" gehörenden Grenzen - als neue Themenschwerpunkte. Ersteres wurde bereits in Rosenheim von vielen Delegierten eingeklagt, letzteres ergibt sich aus der Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesregierung und die Möglichkeit, bei den Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften Punkte zu sammeln. Hierzu paßt, daß der nach Schönhubers Rücktritt zum bayerischen Spitzenkandidaten gewählte Horst Rudolf Übelacker zugleich Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Bayern ist.

Das Treffen des "Bundes der Vertriebenen" am 16./17. Juni verdeutlichte je- denfalls Bruchlinien zur aktuellen CDU/CSU-Politik. So wandte sich der BdV gegen die Erklärung von Bundestag und Volkskammer zu Polens Westgrenze und sprach von der "Preisgabe Ostdeutschlands". Das Gerede über den "nationalen Verrat" hatte jedenfalls schon einmal eine zentrale Bedeutung für die REP: die Ablehnung des Straußschen Milliardenkredits an die DDR war 1983 ein wichtiges Moment in ihrer Gründungsphase.

Zumindest ein Unterschied zur damaligen Situation ist offensichtlich: 1990 verfügen die REP dank ihrer früheren Wahlerfolge über beträchtliche finanzielle Mittel (6), einen bundesweit ausgebauten Apparat und eine materiell und strukturell günstigere Ausgangsbasis. Inwieweit sich diese Ausgangsbasis auch zu Wahlerfolgen nutzen läßt, hängt ab von der programmatischen Antwort auf ihre Krise, von der Integrationskraft der CDU/CSU und dem Verlauf der innerparteilichen Auseinandersetzungen und Machtkämpfe. Und nicht zuletzt auch von den Entwicklungen in der DDR nach dem Staatsvertrag, denn die REP bereiten dort längst ihre Etablierung vor.

Keine Gründe für Antifaschisten also, die Hände in den Schoß zu legen.

Landtagswahlen in Niedersachsen

Die Landtagswahlen vom 13. Mai in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben den REP mit 1,5 bzw. 1,8 Prozent ein Ergebnis eingebracht, das unter den Befürchtungen blieb. Von den Tagesthemen bis zur taz durchzog ein tiefes Aufatmen über das Ende der neofaschistischen Gefahr die Medien. Da wir aber nicht an Märchen glauben wollen und Neonazis sich weder in Luft auflösen, noch in brave Demokraten verwandeln, nachfolgend einige Fakten und Thesen. Wir beschränken uns in diesem Beitrag auf Niedersachsen.

Wie anderenorts auch, wurde in Niedersachsen der Wahlkampf bestimmt vom Thema "Deutsche Einheit". Laut infas-Umfragen steht zwar dem Einigungsprozeß eine klare Mehrheit hoffnungsvoll gegenüber, die Hälfte der Befragten in Niedersachsen rechnete jedoch dabei mit einer "Beeinträchtigung des sozialen Klimas". (FR, 16.5.90) So setzte die SPD mit Gerhard Schröder an der Spitze an den Ängsten der Bürger um Haus und Einkommen an und versprach eher väterlich-einigend denn kämpferisch, die deutsche Einheit sozialverträglich durchzusetzen.

Bei den Europa-Wahlen im vergangenen Jahr konnten die REP in Niedersachsen ein Ergebnis von 4,8 Prozent aufweisen. In ihrer rassistischen Kampagne gegen AussiedlerInnen und AsylbewerberInnen konnten sie sich die Furcht vor vermeintlich offenen Grenzen im Zuge von EG `92 zunutze machen. Hinzu kam sicherlich, daß sie bei den Europa-Wahlen nicht unter dem Druck standen, Kandidaten in den Wahlbezirken präsentieren zu müssen.

Die REP versuchten, programmatisch an ihre völkisch-nationale Konzeption eines Groß-Deutschlands bei diesen Landtagswahlen anzuknüpfen. So heißt es in ihrem Entwurf des Landtagswahlprogrammes: "Zu Herzog Widukinds Stamm ... gehören die jetzigen Bezirke Magdeburg und Halle bis zur Elbe und Saale. Die Niedersachsen drüben sind bis heute durch verwandtschaftliche Beziehung, gleiche kulturelle Tradition und Mundart mit uns im Bundesland Niedersachsen verbunden." Weiterhin ist die Erhaltung der Erfassungsstelle Salzgitter eine weitere Forderung der REP. Das Landtagswahlprogramm besteht im wesentlichen aus der Wiedergabe des Bundesprogramms der REP - gelegentlich angereichert mit einigen Zahlen, die niedersächsische Bezüge herstellen sollen. Lediglich die Kapitel "Landwirtschaft, Forsten, Jagd und Fischerei" sowie "Umwelt und Energie" sind etwas umfangreicher geraten. Dieser Umstand dürfte wohl hauptsächlich den übergetretenen Funktionären der ÖDP (deren Landesvorstand sich fast vollständig den REP angeschlossen hat) sowie dem ehemaligen CDU-MdL- und Landwirt Kurt Vajen geschuldet sein, der sich als Landwirtschaftsfachmann zu profilieren sucht. ("Rechter Rand" Nr. 4-90)

Bemerkenswert an der Wahl in Niedersachsen war, daß sich außer den vier im Parlament vertretenen Parteien sechzehn Gruppierungen rechts von der CDU zur Wahl stellten. Dieser Umstand ist dem Wahlgesetz in Niedersachsen zuzuschreiben: Nur in den Wahlbezirken, wo Direktkandidaten aufgestellt wurden, mußten Wahlunterschriften gesammelt werden. Die mit der Zweitstimme gewählte Landesliste benötigte keine Wahlunterschriften. Dies im Unterschied übrigens zu den Landtagswahlen in NRW, wo nur mit einer Stimme gewählt wurde und für eine Kandidatur auch immer ein Direktkandidat nominiert werden mußte, wodurch sich das Ergebnis der REP in NRW nicht mit Niedersachsen vergleichen läßt, da sie gar nicht in allen Wahlkreisen antraten.

Als Abspaltung der REP in Niedersachsen traten die "Demokratischen REP" (DRD) und " Die Deutschen Demokraten" (DDD) auf, die aber beide mit 0,1% und noch darunter bedeutungslos blieben. Die Entstehung der beiden REP-Abspaltungen basiert zum einen auf das zunehmende Eindringen von ehemaligen NPD-Kadern in die REP, zum anderen suchen die neuen Rechten (konservative Ökologen, christliche Fundamentalisten, konservative Intelligenz) nach der Option einer eigenständigen bündnisfähigen Kraft rechts von der CDU. Die DDD hatte sich erst Ende Februar dieses Jahres in Hannover konstituiert.

Die REP hatten vor der Wahl versucht, ihr Image als NPD-Nachfolgeorganisation mit dem Ex-NPD-Landesvorsitzenden Norbert Markgraf an der Spitze durch dessen Abwahl aufzubessern. Scheiterte Schönhuber mit diesem Anliegen noch auf dem letzten Landesparteitag im September, so bereiteten eine Reihe von Parteischiedsgerichtsverfahren diesen Schritt vor. An seiner statt wurde der Göttinger Werner Haase, quasi als Beruhigung für die rechtskonservativen Kräfte an die Parteispitze gesetzt. Ohne Parteivorgeschichte steht er für eine "moderne", den Kapitalinteressen angepaßte Politik.

Der organisatorisch politische Schwerpunkt der REP in Niedersachsen wird jedoch weiterhin eindeutig von ehemaligen Kadern der NPD und nahestehenden Organisationen dominiert. Da ist zum Beispiel Klaus Kunze,

ehemaliges Mitglied im neofaschistischen "Ring freiheitlicher Studenten", jetzt Landespressesprecher der REP. Die ehemaligen Funktionäre der JN, Meyer und Bersterman, jetzt weiterhin in ihrem Amt als Kreisvorständler der REP bestätigt, oder Ex-NPD-Funktionär Hartmut Heger, jetzt Schriftführer der REP Wilhelmshaven. ("Rechter Rand" Nr. 4-90) Oder Christian Heck (Bundesvorstand Gesamtdeutscher Deutscher Studentenbund), jetzt stellvertretender Vorsitzender des Landesschiedsgerichts. Diese Fraktion von jungen ehemaligen NPD-Kadern lehnt zwar Schönhuber zumeist wegen seines autoritären Führungsstiles ab, inhaltliche Differenzen zum neuen Bundesprogramm sind bislang jedoch nicht öffentlich geworden.

Die deutschnationale und ausländerfeindliche Politik der Regierungskoalition hat den rechten Gruppierungen eines ihrer wichtigsten Themen abgelaufen. Die Vielzahl der rechten Gruppierungen weist auf ihre Zerstrittenheit hin. Die REP konnten sich in Niedersachsen nicht als Sammelbecken aller rechten Kräfte behaupten. Somit versuchten verschiedenste Kleinstparteien mit unterschiedlichen Themen neue Zielgruppen für neofaschistische Politik zu gewinnen. Die NPD als politische Kraft in Niedersachsen scheint am Ende: ein großer Teil der Kreisverbände löst sich auf, auf dem letzten Bundesparteitag bekam Mußgnug für seinen Parteivorsitz keine zwei Drittel zusammen. Das Überwechseln zu den REP hält an.

Die REP haben in diesem Wahlkampf keine Mobilisierungsfähigkeit gezeigt: in nur sieben der 100 Wahlbezirke konnten sie Direktkandidaten aufstellen. Bis auf Kurt Vajen, der in seinem Wahlkreis Rotenburg mit 5,3% mehr Erststimmen als seine Partei mit 3,8% erhielt, konnte sich kein Kandidat der REP profilieren.

Die REP werden jedoch in Zukunft die maßgebliche neofaschistische Partei in Niedersachsen sein.

Antifa-AG, KB/Westberlin

Anmerkungen:

1) Brief an den Bundesvorstand und den bayerischen Landesvorstand der REP, dokumentiert bei: Schomers, "Deutschland ganz rechts".

2) Dabei handelt es sich um Rainer Vogel, dem noch am 2.11.89 wegen seiner NPD-Vergangenheit nahegelegt wurde, die Partei zu verlassen. Davor war er u.a. im "Volksbund Deutscher Ring", von 1979 bis 1983 Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten und im Bundesvorstand der NPD, versteckte den Nazi-Terroristen Eckhardt Weill. Franz Glasauer forderte als stellvertretender bayerischer Landesvorsitzender im Mai 1989, die WAA als Arbeitslager für "Gesindel und den Abschaum" einzurichten. Die damals von Neubauer angekündigte Überprüfung scheint mittlerweile erfolgt.

3) Helmut Kellershorn in: "Die Volkszeitung", 8.6.90

4) 1985 versuchte der damalige Vorsitzende Franz Handlos erfolglos, Schönhuber wegen des Einschleusens zahlreicher NPD-Mitglieder (!) auszuschließen.

5) ak 316, S. 13 (zum neuen REP-Programm) und ak 318, S. 4 (zum neuen Ausländergesetz).

6) Selbst für die Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen erhielten sie z.B. eine Million DM Wahlkampfkostenrückerstattung.

27. Der Traum von Großdeutschland (Teil 2) Die "Braunzone"

Rubrik: CDU/CSU; Rechtsradikale, Neonazis; Deutsche Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/traum.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:traum

Im letzten AK untersuchten wir verschiedenste neofaschistische Presseorgane darauf, wie sie auf die Transformation ihres Standardthemas "Deutsche Frage" zum offiziellen Herzensanliegen der Regierung reagieren. Wir stellten dabei eine weitgehende Sprach- und Hilflosigkeit fest, fanden sogar Lob für Brandt und Kohl. In diesem AK wollen wir die Untersuchung mit der "Braunzone" zwischen Union und Neonazis fortsetzen, also jenem Spektrum, aus dem sich die neofaschistischen Parteien und Gruppierungen traditionell (und berechtigt) Zulauf erhoffen und das die Union von rechts unter Druck setzt. So ist Kohls Eiertanz um die polnische Westgrenze, mit dem er hart am Rande des Koalitionsbruchs vorbeischlidderte, - außenpolitisch klare Machtpolitik - innenpolitisch in Rücksichtnahme u.a. auf die Vertriebenenmafia begründet, die der CDU/CSU, geht es auf Wahlen zu, immer sehr am Herzen liegt.

In dieser "Braunzone" gibt es eine Unmenge an Zeitungen, Gruppierungen, Studienstiftungen etc., in denen ein lebhafter Diskussionsprozeß zwischen Vertretern von Union und Neonazis stattfindet.

Der Bund der Vertriebenen - "Frieden durch freie Abstimmung"

Bei den von uns untersuchten Zeitungen - "Das Ostpreußenblatt" (Opb) (1), "Die Sudetendeutsche Zeitung" (Sdd) und "Der Schlesier" - fällt der Schlesier aufgrund seiner Sonderstellung unter den Vertriebenenblättern aus dem Rahmen (s.u.). Im "Ostpreußenblatt" wie in der "Sudetendeutschen" werden hauptsächlich der rechte Unionsflügel und die ihm angehörenden Funktionäre des Bundes der Vertriebenen (BdV), wie z.B. Czaja, Hupka oder Koschyk, unterstützt. Daneben ist in diesen Zeitungen auch schon mal der eine oder andere neonazistische Autor - wie z.B. Bernard Willms oder Emil Schlee - zu finden.

Von der politischen Berichterstattung und Kommentierung unterscheiden sich diese Zeitungen daher kaum von christdemokratischen Hardlinern a la "Deutschland-Magazin" (s.u.); der Kanzler hat's schließlich gerichtet. Aber wenn es auch immer wieder betont wird: Man merkt, die Übereinstimmung ist keine vollständige. So sind die BdV-Funktionäre auch durchweg damit beschäftigt, ihrer Basis die Regierungspolitik schmackhaft zu machen, um ein übereiltes Aufbegehren in der sudetendeutschen, schlesischen oder ostpreußischen "Frage" vor dem Anschluß der DDR zu verhindern und dem Kohlschen Revanchismus den Rücken zu stärken: "Wir müssen erkennen, daß die Stabilisierung und langfristige Festigung der Demokratie in der Tschechoslowakei in unserem ureigensten Interesse ist. Die Betonung sudetendeutscher Forderungen ist deshalb nicht angebracht." (Wolfgang Egerter, Bundesvorstandsmitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Sdd, 16.2.90)

Über eigene Aktionen wie die Unterschriftensammlung "Frieden durch Abstimmung" für eine Volksabstimmung in Polen (s.u.) wird versucht, die eigene Basis einzubinden und gleichzeitig aus revanchistischen Utopien eine realpolitische Linie zu entwickeln. Die Kohlsche Hinhaltepolitik in Sachen polnischer Westgrenze wird in diesem Sinne auch voll getragen: Der BdV könne sich "eine Entkrampfung noch offener Grenz- und Gebietsfragen durch ein alle modernen Lebens- und Rechtsbereiche umfassendes Volksgruppenrecht vorstellen." (Opb, 6.1.90)

"Zuerst sei gefragt, warum nicht, wenn schon eine künftige Grenze anvisiert werden soll, von der deutschen Ostgrenze die Rede ist (...) Man tut so, und darin steckt eine böse Absicht, als ginge die Zukunft ganz Deutschlands in allen seinen Teilen, als gingen Ostpreußen, Pommern, Schlesien nur die aus ihrer angestammten Heimat Vertriebenen an." (BdV-Vize MdB Herbert Hupka) Dementsprechend wird vor einem neuen Versailles - wie etwa einer derzeitigen Fixierung der polnischen Westgrenze - gewarnt und unter laufender Berufung auf die "Charta der Vertriebenen" von 1950 ("Wir Vertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung") immer wieder die nun über vierzig Jahre andauernde Friedfertigkeit der (Bundes-)Deutschen hervorgehoben.

Der Feind sitzt immer noch im Osten: "Diese Reise (Jaruszelski in Paris, d.V.) erinnerte fatal an den Besuch, den Polens Marschall Pilsudski (1934) an der Seine abstattete mit dem erklärten Ziel, die Franzosen zu einem

gemeinsamen Präventivschlag gegen Deutschland zu gewinnen." (Wellems, Opb, 17.3.90) Und da die ehemaligen Ostgebiete "zur besseren Versorgung nicht ausreichen" darf man "jetzt schon gespannt sein, auf welches Gebiet die Polen diesmal aus sein werden" (Opb - Redakteur P.Fischer, Opb, 17.3.90) "Für Polen selbst ist diese Politik (Grenzdiskussion, Entschädigungsansprüche, geforderte Teilnahme an 2 + 4, d.V.) wie so oft verhängnisvoll, aus der eigenen Angst erklärbar, aber falsch. Polen bräuchte den gemeinsamen wirtschaftlichen und technologischen Wiederaufbau und einen echten geschichtlichen Ausgleich mit den Deutschen in ehrlicher gegenseitiger Achtung und Zusammenarbeit." (BdV-Präsident MdB Czaja, Opb, 17.3.90)

Mit dem Fortschreiten der Verhandlungen über den Kaufpreis der DDR und des Grenztangos mit Polen wandelt sich diese Haltung vom Appell zur praktischen Politik: "Der Bund der Vertriebenen verwahrt sich gegen ein Grenzanerkennungsdiktat durch Polen und lehnt eine ersatzlose Preisgabe der deutschen Ostgebiete ab (...) Wohl aber schlägt BdV-Generalsekretär Hartmut Koschyk als eine in die Zukunft weisende und damit eine deutsch-polnische Verständigung begründende Lösung der Probleme vor, mittels einer Volksabstimmung die betroffenen Menschen selbst entscheiden zu lassen. In der Volksabstimmung sollten folgende Fragen zur Entscheidung gestellt werden:

Verbleib der deutschen Gebiete

- bei Deutschland

- bei Polen

oder im Vorgriff auf die anzustrebende europäische Ordnung

- eine Europäisierung, wie sie 1955 als Alternative bei der Saar-Abstimmung vorgesehen war." (Opb, 31.3.90) Und es wird zu einer Unterschriftensammlung aufgerufen, schließlich "fordert man jetzt von uns die Preisgabe von 114.000 qkm Deutschlands". (Unterschriftenliste, Opb, 21.4.90) Das interessante (und gefährliche) daran sind die inzwischen stark ausgeprägten Beziehungen zwischen BdV und der zunehmenden Zahl von Organisationen der deutschen Minderheiten, wie z.B. den "Deutschen Freundschaftskreisen", die z.Zt. in Polen überall aus dem Boden zu sprießen scheinen: "Bei den Deutschen in Schlesien herrscht eine ambivalente Stimmungslage vor, die einerseits von einem neuen Selbstbewußtsein aufgrund einer zunehmenden Organisationsdichte des `Deutschen Freundschaftskreises', andererseits aber auch von Angst und Hoffnungslosigkeit aufgrund der Oder-Neiße-Diskussion geprägt ist (...) Bei allen Gesprächen habe ich den Deutschen in Schlesien die Forderung des BdV nach einer Abstimmung der Betroffenen über die Zukunft der Oder-Neiße-Gebiete vor einer Gebietsentscheidung sowie eine europäische Perspektive für die Oder-Neiße-Gebiete erläutert, was auf begeisterte Zustimmung gestoßen ist." (Bericht des BdV-Generalsekretärs Koschyk, Opb, 5.5.90)

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft

Im Unterschied zu Ostpreußen, Schlesien oder ähnlichem gehörte das "Sudetenland" 1937 nicht zum deutschen Reich sondern zur Tschechoslowakei und wurde, nachdem der dortige Ableger der NSDAP, die "Sudetendeutsche Partei" genügend aufgewiegelt hatte, im Münchner Abkommen 1938 an das Reich abgetreten. Dadurch ergibt sich ein anderes (d.h. nicht so offen revanchistisches) Verhältnis zur Tschechoslowakei als dies bei z.B. der Landsmannschaft Ostpreußen gegenüber Polen der Fall ist, zumal Staatspräsident Havel wohl sehr richtig erkannt hat, daß er sich über Zugeständnisse an die eigene deutsche Minderheit einen EG-Bonus in Bonn erkaufen kann.

"Die Lösung der sudetendeutschen Frage ist keine staatsrechtliche Angelegenheit, sondern sie ist eine Frage der Menschenrechte, des Heimats- und Selbstbestimmungsrechts." (Franz Neubauer, Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe, Sdd, 8.12.89) "Wenn Deutsche und Tschechen eine gemeinsame Zukunft haben sollen, dann muß sie zum einen auf einer Grundlage aufgebaut werden, die von beiden Völkern akzeptiert wird, zum anderen gilt es endgültig zu erkennen, daß die Übertragung des Nationalstaatskonzepts französisch-westlicher Prägung auf Räume, in denen mehrere Völker zusammenleben, untauglich ist, und zu all dem Schlimmen und Furchtbaren in der Vergangenheit geführt hat, das die Völker in diesem Jahrhundert getroffen hat." (W. Egerter, Bundesvorstandsmitglied der SL, Sdd, 16.2.90)

"Daß die Durchsetzung dieser Ziele in der `Paneuropäischen Ordnung', die Präsident Havel jetzt in den USA gefordert hat, besser möglich ist, als über nationalstaatliche Grenzdiskussionen, sollte Kritikern der gegenwärtigen sudetendeutschen Volksgruppenpolitik spätestens in diesen bewegten Tagen einleuchten." (B. Posselt, Berater O. v. Habsburgs, Sdd, 9.3.90)

Der "Schlesier"

Seit längerer Zeit hat sich der "Schlesier" unter den Vertriebenenzeitungen zum neonazistischen Kampfblatt entwickelt. 1988 mußte sich die Landsmannschaft Schlesien aufgrund des politischen Drucks von seinem - damaligen - offiziellen Mitteilungsblatt trennen, weil viele Autoren des "Schlesiers" aus ihrer neonazistischen Gesinnung keinen Hehl gemacht hatten.

Viele CDU/BdV-Funktionäre publizierten ab diesem Zeitpunkt nicht mehr im "Schlesier". Die Zeitung wurde durch diesen Schnitt auf ihren rechtsextremistischen Kern reduziert. Doch was heißt das schon in einem Vertriebenenverband wie der Landsmannschaft Schlesien. Der "Schlesier" ist hier keineswegs isoliert, und dies, obwohl - oder richtiger, gerade weil - er offen für neonazistische Organisationen, Verlage etc. wirbt und in seinen "analytischen" und überaus langweiligen Artikeln die einschlägige neonazistische Literatur auf und ab rezipiert wird.

Der "Schlesier" wird deshalb von den Vertriebenen gern gelesen und hat sich deshalb einen gewissen Einfluß gewahrt. Wie groß der Einfluß ist, wird am deutlichsten daran, daß der Landesverband Bayern der Schlesier im Oktober 1989 den geschäftsführenden Bundesvorstand aufforderte, den "Schlesier" wieder als offizielles Mitteilungsblatt anzuerkennen. Der Antrag wurde hier "mit der knappestmöglichen Entscheidung bei Stimmengleichheit im vollzähligen Vorstand" abgelehnt ("Schlesier", 6.11.89).

Im Gegensatz zu den anderen Vertriebenenzeitungen kam beim "Schlesier" über den Prozeß der Vereinigung der BRD mit der DDR keine rechte Freude auf, da man als Preis für diesen Prozeß den "Verzicht auf die Ostgebiete" befürchtete. Charakteristisch ist daher, daß in der Ausgabe nach der Öffnung der Grenzen der DDR diese mit keinem Wort erwähnt wird, sondern stattdessen die Entschließung des Bundestages vom 8.11.89 zur polnischen Westgrenze zum "Trauertag in der Geschichte des deutschen Volkes" auf der Titelseite des "Schlesier" von seinem Herausgeber, Hans-Joachim Ilgner, deklariert wird ("Schlesier", 13.11.89).

Die wesentlichen programmatischen Kernpunkte des "Schlesier" sind:

- Kritik an der "Verzichtspolitik" der CDU/CSU und ihrem "propolnischen" Kurs, was dazu führe, daß "die Siegerwillkür von Jalta und Potsdam mit der völkerrechtswidrigen Aufteilung des Deutschen Reiches" festgeschrieben würde. Die CDU/CSU, und in ihrem Fahrwasser die Führung des BdV machen sich mit der Anerkennung der polnischen Westgrenze "zu Erfüllungsgehilfen des Super-Versailles der Siegermächte" (Die polnische Entschließung im Deutschen Bundestag, von "Justus", in: "Schlesier", 20.11.89).

- Kampf gegen die "Kriegsschuldlüge". Martin Jenke, einer der Hauptautoren im "Schlesier" und offener Sympathisant der REP, führt dazu u.a. aus: "Zu erwarten war, daß bei einer 'drohenden' Vereinigung wenigstens bis zur Oder die alten Platten von Deutschlands Alleinschuld an den zwei Weltkriegen wieder in West und Ost aufgelegt werden. Kein Wunder, wenn führende Bonner Politiker in geradezu unverantwortlicher Weise diese Unwahrheiten selbst in aller Welt verbreiten und dem Ausland laufend die Stichworte zur Deutschenhetze liefern. Während Polen mit dieser 'deutschen Alleinschuld' den Anspruch auf den Raub von Ostdeutschland begründet, haben führende BdV-Leute in Bonn es bisher nicht einmal für nötig gehalten, diese ungeheure Geschichtslüge zu entlarven. (...) Ja, diese christdemokratischen 'Vertriebenen-Vertreter' hauen noch in die Umerziehungskerbe und beschuldigen Deutschland einseitig der Kriegsschuld" ("Schlesier", 12.3.90).

- Kampf um die "Ostgebiete" mittels dem "Selbstbestimmungsrecht der Deutschen". Ein weiterer Hauptautor im "Schlesier", Karlheinz Bruns, der auch in der Frey-Presse publiziert, kritisiert den BdV wegen seiner Unterschriftensammlung für eine Volksabstimmung unter den "früheren und heutigen Bewohnern über den Zukunftsstatus der alten Reichsgebiete". Nach Bruns ist "eine sogenannte 'freie Abstimmung über Schlesien, Oberschlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ostpreußen und Westpreußen' - wie vom BdV beschlossen - (...) nach dem relevanten Völkerrecht völlig wirkungslos - und auch unzulässig". Für Bruns sind diese Gebiete nach dem geltenden Völkerrecht urdeutsche Gebiete, allein das Ansinnen nach einer Volksabstimmung, was ja

beim BdV als revanchistische Drohung in Richtung Polen, SU und Tschechoslowakei gemeint war, erscheint bei ihm schon als opportunistischer Akt, als Ansinnen auf Verzicht ("Schlesier", 30.4.90).

- Ähnlich argumentiert Dr. jur. Egmont Meissner, nachdem die Oder-Neiße-Linie schon deswegen nicht anerkannt werden kann, weil "das Verbot der Massendeportation und Liquidierung von Bevölkerungen zum Zwecke des Gebietserwerbs zu den prinzipiellen Regeln des Völkerrechts gehört" ("Schlesier", 23.4.90).

- Unterstützung der "unterdrückten deutschen Minderheit" in Polen: In welch widerlicher Weise hier gehetzt wird, illustriert der Artikel von Botho Streithorst "Versöhnung oder ewiger Deutschenhaß?" beispielhaft. "Im übrigen sitzt der Deutschenhaß in Polen viel zu tief für eine Versöhnungsbereitschaft, wie auch Umfragen in der Bevölkerung und Hetzpropaganda gegen die deutsche Minderheit immer wieder zeigen." Die "von Bonn betriebene 'Versöhnung'" führte "zu einer Unterwerfungspolitik - Ironie der Nachkriegsgeschichte - unter ein Volk, von dem nach dem Ersten Weltkrieg selbst ausländische Politiker - keineswegs Deutschenfreunde - sagten, es sei politisch und wirtschaftlich völlig unfähig, etwas aufzubauen und sich selbst zu regieren" ("Schlesier", 23.4.90).

- Neutralität statt Westverbindung ist für den "Schlesier" die Voraussetzung, um zu einem "souveränen Gesamtdeutschland" zu kommen, denn die NATO wird als "Wachhund über Deutschland" erlebt ("Schlesier", 12.3.90). Neutralisten wie Kiesling werden daher hochgelobt bzw. nachgedruckt (vgl. "Schlesier", 19.2.90).

Auch wenn der "Schlesier" zur Zeit mehr die REP favorisiert, wegen ihrer "Forderung nach Wiedervereinigung einschließlich Ostdeutschlands und deutscher Blockfreiheit" ("Schlesier", 30.4.90), so werden doch auch "Ungereimtheiten im Programm" der REP bemängelt, weil sie angeblich nur ein Deutschland in den Grenzen von 1937 wollen ("Schlesier" vom 5.2.90, vgl. auch "Schlesier" vom 27.11.89).

"Das Deutschland-Magazin": Speerspitze der Stahlhelmfraktion

Das Deutschland-Magazin (DM) ist das monatlich erscheinende Propaganda-Organ der Deutschland-Stiftung e.V. und ihres Kopfes und Gründers Kurt Ziesel. Ziesel war bereits im Dritten Reich publizistisch tätig. Nach 1945 wurden seine sämtlichen Publikationen in Österreich verboten, zeitweilig erhielt er Redeverbot. (2) 1966 gründete er in Abstimmung mit Konrad Adenauer die Deutschland-Stiftung e.V., die "als Speerspitze der sogenannten 'Stahlhelmfraktion' innerhalb der CDU/CSU gelten" kann." (3) Eng mit dem Kreis um die DEUTSCHLANDSTIFTUNG verbunden sind die PANEUROPA - UNION des Otto von Habsburg (...) und die INTERNATIONALE GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE (IGFM) (...), die die Menschenrechtsproblematik zur Schürung des Kalten Krieges mißbraucht." (4) Das "Deutschland-Magazin" ist einer der klassischen Berührungspunkte zwischen Unionspolitikern und Kräften rechts der Union, eben ein Organ der Braunzone. So finden sich Anzeigen für Bücher von Republikaner-Führer Schönhuber, des Hitler-Apologeten David Irving oder der Republik Südafrika; Autoren sind neben namhaften Unionspolitikern wie Brigadegeneral a.D. Heinz Karst (Autor in Report (CARP), Publikationen im rechtsradikalen Druffel-Verlag) und Heinz-Georg von Studnitz (Autor in Criticon, Student, Nation Europa).

Durch die gesamte Berichtererstattung und Kommentierung zum "deutschen Einigungsprozeß" zieht sich eine Grundeinschätzung, die wir in ein paar Kernsätzen wiedergeben:

1. "Der unaufhaltsame Drang nach Freiheit hat den Sozialismus besiegt." (Ziesel, DM 12/89, 1/90) "Was wir schon immer wußten, wird jetzt zur Gewißheit: Wir haben die besseren Werte, das bessere System." (Löwenthal, ebd.)

2. "Jahrzehntelang haben die Sozialdemokraten bei uns in der Bundesrepublik alles getan, um die Herrschaft der Kommunisten zu stabilisieren (...) Während die SPD sich zur Zeit mit der ganzen Raffinesse eines Chamäleons an die Spitze der anti-kommunistischen Revolution dieser Monate zu stellen versucht, hat sie, ja tut es noch, dessen Möglichkeiten zu torpedieren versucht. (...) Die unentwegte Hetze gegen die Wiedervereinigung seitens der SPD-Prominenz - Arm in Arm mit den Grünen - stellt daher einen klaren Bruch des Eides dar, den sie auf die Verfassung geleistet hat." (Ziesel, ebd.)

3. "Die Unionsparteien und hier vor allem die CSU (...) sind aus ihrer Tradition, ihrem Freiheitsverständnis und aus ihrer Verfassungstreue heraus dazu aufgerufen, der friedlichen Revolution der Völker im Osten und vor allem der Deutschen in der `DDR' die Fahne der Einheit voranzutragen." (Ziesel, ebda.) "(...) die (Realität, d.V.)

sieht leider so aus: Jede Stimme, die rechte Randgruppen der Union wegnehmen, ist eine Stimme für rot-grün." (ebd.)

4. Nötig sind jetzt "eine angemessene Portion Patriotismus - blinder Aktionismus und nationalistische Großmannssucht sind ebensowenig gefragt wie kleinkarierte Duckmäuserei". (Mahlitz, Chefredakteur, ebd.) und eine moralische Wende: "Der vielfache Mißbrauch der Freiheit, der ungehemmte Wohlstand, der geistige und moralische Verfall unserer Wertordnung - das ist nicht das, was die ihre Freiheit erkämpfenden Völker von uns und für ihre Zukunft erwarten." (Ziesel, ebd.)

5. "Die moralische Revolution von drüben droht im freien Westen zu einer unmoralischen Abkehr von jenen Grundsätzen zu werden, zu deren Verwirklichung diese Völker einst ja auch gegen das NS-Regime zu Felde zogen. Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit der Völker sind keine dehnbaren und manipulierbaren Rechte." (Ziesel, DM 2/90)

6. "Das NS-Regime in all seiner Totalität und Brutalität hat sich nur an die Spitze einer gesellschaftlichen, ökonomischen Pyramide gesetzt, die Grundstrukturen der Gesellschaft und Wirtschaft - etwa die Eigentumsstrukturen - blieben unangetastet. Der Kommunismus hingegen hat (...) die Gesellschaft wirklich radikal umgekrempelt, die Eigentumsstrukturen zerstört und damit eine `tabula rasa' geschaffen. Deshalb wird es sehr viel schwieriger sein, den kommunistischen Osten zu sanieren und wieder auf die Beine zu stellen, als dies nach 1945 mit dem kriegszerstörten Westdeutschland der Fall war. Hinzu kommt, daß die kommunistische Herrschaft viel länger gedauert hat als das NS-Regime." (WELT-Redakteur Ströhm, DM, 3/90)

7. "Ohne einen deutschen Gesamtstaat, der niemanden bedroht, den niemand zu fürchten hat, als Herzstück Europas, mit seiner geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Kraft, der den geeinten Völkern Europas neue Impulse geben wird und Frieden und Freiheit für alle Völker garantiert, kann es keinen wirklichen Frieden geben. Daß die Supermächte in Ost und West dazu bereit sein müssen, ihr sinnloses Militärpotential bis auf einen bedeutungslosen Rest abzubauen und nicht auf der Teilung der Welt weiter zu beharren, sondern auf die Zusammenarbeit aller hinzuwirken, gehört allerdings auch zu den Voraussetzungen der hier geschilderten Zukunftsvision." (Ziesel, DM 12/89, 1/90)

8. "Wer sich zu Deutschland bekennt, wer unser Land liebt, wird diesen Weg zur Einheit über alle politischen und sozialen Probleme hinweg als Herausforderung, ja als eine patriotische Selbstverständlichkeit empfinden, der wir uns nicht entziehen dürfen. Es ist der Preis für die Einheit. Er kann gar nicht zu hoch sein." (Ziesel, DM 3/90)

"Criticon"

In dem Theorieorgan "Criticon", in dem in der offensten Form sowohl konservative als auch neonazistische Autoren schreiben, nimmt seit November 1989 besonders die Frage eines "neutralen Deutschlands" einen großen Raum ein.

Carl Gustaf Ströhm, Osteuropa-Korrespondent der "Welt", stellt dort dazu fest: "Ob die Deutschen - besonders jene in der Bundesrepublik - es nun wollen oder nicht: Durch die Ereignisse in der DDR, aber auch durch die von diesen nicht zu trennenden Entwicklungen im Raum zwischen Finnischem Meerbusen und Schwarzem Meer - also von Estland bis Rumänien und weiter bis in den Kaukasus - rückt jene Nation, die der eigentliche Verlierer des Zweiten Weltkriegs und das Opfer der Teilung zwischen West und Ost war, wieder in ihren natürlichen Raum: in die Mitte des Kontinents." Für Ströhm ist die "Wiederherstellung Mitteleuropas" ein "Resultat der Schwächung der sowjetischen Hegemonialmacht" und des westlichen Bündnisses, das "durch die Ost-Entwicklung einen schweren, womöglich irreparablen Knacks abbekommen" hat ("Criticon" Nr. 117, S. 17).

Die Prognose von Ströhm ist: Die "Erstarkung der Mitte aber ist unvermeidlich - die Dinge laufen gewissermaßen auf die Deutschen zu. Wenn sie nicht große Dummheiten machen (wie leider zweimal bereits in unserem Jahrhundert geschehen), dann wird sich die deutsche Wirtschaft als führende Kraft in Mitteleuropa und im Südosten unseres Kontinents etablieren." Dies ließe sich aber - nach Ströhm - nur dann realisieren, wenn "die Deutschen aus ihrer Niederlage - und aus der Psychologie des Geschlagenen und Schuldigen - hinauswachsen und wieder zu sich selber finden" (ebd.).

Um "aus dem Schatten" vollständig heraustreten zu können, plädiert Ströhm für Blockfreiheit, denn für eine NATO-Mitgliedschaft gebe es heute keine Begründung mehr, es sei denn, die "Deutschen" sollen "unter Kontrolle der NATO" verbleiben, wie er argwöhnt. "Die Anwesenheit fremder Truppen kann (...) kein wünschbarer Dauerzustand sein." Und allen europäischen Politikern, die die "Deutschen" unter "eine Art Kuratel stellen möchten", droht Ströhm, daß genau dies "eine der Voraussetzungen für die unnormale Entwicklung Deutschlands in den zwanziger Jahren und damit auch für den Aufstieg Hitlers" gewesen sei (Ströhm, Neutral - warum eigentlich nicht?, in: "Criticon" Nr. 118, S. 61).

Das Verhältnis "Sowjetunion und die deutsche Einheit" spielt im Kreis der neonazistischen und konservativen Theoretiker eine große Rolle. Auch der Altnazi und Botschafter a.D., Horst Groepper, sieht heute noch in der SU den "Schlüssel zur Wiedervereinigung des ganzen Deutschlands". Nur die Bundesregierung stehe der unter der Bedingung der Neutralität möglichen Einheit mit der Westbindung im Weg. (Horst Groepper, Die Sowjetunion und die deutsche Einheit, in: "Criticon" Nr. 116, S. 274/275).

Antifa-Kom. KB Göttingen

Anmerkungen:

1) "Das Ostpreußenblatt", das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen, ist die größte bundesdeutsche Vertriebenenzeitung (wöchentliche Auflage 1987 41.000).

2) Quelle: KB - Antifa - Kommission, Wer mit wem? - Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis, Hamburg 1981

3) Quelle: Jäger (Hg.), Rechtsdruck - Die Presse der Neuen Rechten; Berlin, Bonn 1988

4) Quelle: ebda

28. "Republikaner" in Nordrhein-Westfalen

Rubrik: Wahlen; Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:51

Mit 1,8% der abgegebenen Stimmen bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen liegen die "Republikaner" weit unter den 4,1%, die sie landesweit bei den Europawahlen 1989 erhalten haben. Im Vergleich zu den Kommunalwahlen 1989 verloren die REP im Schnitt 2,3%.

Die Gründe für dieses Desaster sind vielfältig. Zum einen hat die aktuelle Tagespolitik die REP vollkommen überfahren. Zum zweiten hatten sich die internen Streitereien um Einfluß, Geld und Pöstchen derart ausgeweitet, daß reihenweise Mitglieder entweder von selber gingen oder ausgeschlossen wurden. Zum dritten hat eine relativ gute antifaschistische Aufklärungsarbeit im Land diese Partei ins "rechte" Licht rücken können.

Der REP-NRW-Landesvorstand ist in zwei große Fraktionen gespalten, die sich auch noch mit gegenseitigen Rechtsextremismus-Vorwürfen überhäufen. Auf der einen Seite sind eine Reihe von Altrechten aus NPD, DVU und ähnlichen Organisationen, die bis kurz vor der Wahl im Landesvorstand saßen. Gemeint ist hier z.B. der Lohmarer Karl Denkewitz, ex- stellvertretender Landesvorsitzender der REPs. Denkewitz spielte eine vergleichbare Rolle wie in Niedersachsen Norbert Margraf. Auch er brachte seine NPD-Kameraden in Schlüsselpositionen unter und konnte so die REP für sich funktionalisieren: den im Herbst 1989 zurückgetretenen Landesvorsitzenden Kurt Beckmann z. B. oder den ebenfalls vom Landesvorstand zurückgetretenen Wolfgang Rau, der jetzt im Düsseldorfer Stadtrat sitzt und Kreisvorsitzender ist.

Gegner des "alten" Landesvorstandes ist die "Kölner rfs-Mafia" um Markus Beisicht, die die "Intellektualisierung" der Partei propagieren und mit ihren nationalrevolutionären Sprüchen andere Neofaschisten an sich banden: In Köln, wo die Partei mit 7,4% bei den Kommunalwahlen in den Rat einzog, haben sechs der sieben Ratsmitglieder einschlägige Vergangenheiten: Markus Beisicht selbst, Gabriele Schläper und Ute Rottler kommen vom neofaschistischen "Ring Freiheitlicher Studenten" (rfs). Von der NPD/JN kam Manfred Rouhs. Aus dem Ableger der militanten "Wiking-Jugend" "Sturmvogel" kamen Birgit Golombek sowie der Bezirksvertreter Mark Scharfenberg. Die Ratsmitglieder Friedrich Ring und Joachim Weyer, die sich jüngst als Gruppe "Die Bürger" von den REP abspalteten, spielten wichtige Rollen bei den neofaschistischen Gruppen "Deutscher Bürgerschutz" und "Wotans Wölfe". Der Bezirksvertreter Marcus Bauer kommt aus dem nationalrevolutionären Spektrum. Drahtzieher mit guten Kontakten zur gesamten neofaschistischen Szene ist der Geschäftsführer der Kölner Ratsfraktion Rainer Vogel, der von 1979 - 1983 Bundesvorsitzender der "Jungen Nationaldemokraten" war und zusammen mit dem NPD-Kreisvorsitzenden Hartmut Neumann im Hinterhof der Roonstraße 49 ein neonazistisches Zentrum schuf. Der Kreisgeschäftsführer der Kölner REP Wilhelm Cronenberg (Ex-NPD) war verwickelt in Waffengeschäfte und gewährte in den 70er Jahren dem flüchtigen Rechtsterroristen Eckart Weil Unterschlupf.

Brauner Sumpf Köln - Bonn

In Bonn war Etti Scherer, Mitglied im "alten" Landesvorstand und Bonner Kreisvorsitzender der REP, emsig bemüht, den Landesverband von Personen mit krimineller Vergangenheit oder aus dem rechtsextremen Spektrum zu säubern. In ihrem eigenen Kreisverband tummelten sich allerdings die Neofaschisten: Aus dem neofaschistischen "Ring Freiheitlicher Studenten" kamen die Bonner Kommunalwahlkandidaten Heinz Schmolke, Theodor Homann sowie Helge Korell. Klemens Behler war Waffen-SS-Mann und später Direktor des Waffenkonzerns Diehl. Der Bonner Peter Boßdorf sitzt im Bundesvorstand des rechtsextremen "Gesamtdeutschen Studentenverbandes" (GDS). Mitglieder dieser Organisation prügelten 1984 auf dem Kaiserplatz zusammen mit Wiking-Jugend, FAP und Borussenfront auf Bonner Punker ein. Einer der später verurteilten Schläger des GDS, Hartmut Heger, ist heute REP-Funktionär in Wilhelmshaven.

Daß Bonn und Umgebung auch eine Hochburg der militanten "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) bzw. der "Wiking-Jugend" (WJ) ist, schlägt sich bezeichnenderweise auch bei den Kandidaten der letzten Kommunalwahl nieder. Mindestens sechs Kandidaten der REP kamen aus der FAP/WJ oder ihrem Umfeld: In Bonn Stefan Niederhöer, der 1988 verurteilt wurde, weil er mit anderen FAPlern in Marschformation über den Friedensplatz marschierte, das Horst- Wessel-Lied sang und "Juda verrecke" gröhlte; in Troisdorf Dietmar Meyer und Udo Krause. Krause war einer von drei Verfassern eines Drohbriefes an eine türkische Mitschülerin

("Betrifft: Reinigungsaktion Deutschland - Du alte Türkensau") - Meyer ist in Sachen FAP strafrechtlich in Erscheinung getreten. In Siegburg kandidierten Oliver Spiller; in St. Augustin Olaf Lange und Theodor Henn. Über letztgenannte laufen die Kontakte der REP zur FAP in St. Augustin. Beste Kontakte auf höchster Ebene gibt es übrigens zwischen der Kölner Ratsfrau Birgit Golombek und dem "Gauführer Mittelrhein" der FAP Ralf Tegethoff aus Bad Honnef. Beide kennen sich noch aus der gemeinsamen WJ-Zeit.

Dem neuen aus Bayern importierten NRW-Landesvorsitzenden Ekkehart Voigt ist solche Herkunft von Funktionären und Kandidaten gleichgültig: "Die dürfen nur nicht vorne stehen, in der zweiten und dritten Reihe ja".

Grauzone

Seit der Gründung der REP ist der CDU-Einfluß auf die Vertriebenenverbände (Czaja, Hupka) stetig gesunken. Einige Funktionäre der REP kommen von sogenannten "Landsmannschaften". Hier sehen die Neofaschisten in- und außerhalb der REP im Zuge der deutschen Einigung und der von ihnen befürchteten Festschreibung der Grenze zu Polen ein zukünftiges Betätigungsfeld.

Einen kleinen Skandal gab es im letzten Jahr, als der Bonner General-Anzeiger über die intensive Betreuung von Aus- und Übersiedlern durch die "Landsmannschaft Schlesien" unter ihrem Vorsitzenden Freiherr von Strachwitz berichtete. Das Blatt verschwieg dabei, daß besagter Freiherr gleichzeitig Mitglied und Kandidat für die Bonner REP ist. Im selben Bericht wird die Jugendreferentin der "Landsmannschaft", Yvonne Olivier erwähnt und zitiert. Sie ist Mitglied einer rechtsextremen geistigen Wehrsportgruppe, die sich "Thule-Seminar" nennt. Angeführt wird dieser Verein von Pierre Krebs aus Kassel, der ideologische Schulungen in der rechtsterroristischen Szene betreibt (z.B. im NF-Zentrum in Bielefeld). Olivier ist übrigens frisch in den NRW-Vorstand des "Bundes der Vertriebenen" gewählt worden. Dort darf man auf ihre national-revolutionäre Politik gespannt sein.

Gute Kontakte zur "Nationalistischen Front" (NF) und zum eben genannten Pierre Krebs hat der Bonner Peter Weinmann. Der "Journalist", der heute bei Manfred Rouhs "Europa Vorn" mitarbeitet und eine eigene Zeitung betreibt ("Frank und Frei"), hat eine wichtige Rolle im Hintergrund. Ende der 70er Jahre war er die Bonner Kontaktadresse für die Wehrsportgruppe Hoffmann sowie Mitglied im 1982 verbotenen VSBD (Volkssozialistische Bewegung Deutschlands) des Krefelder Friedhelm Busse. In jüngster Zeit ist er für die ideologische Schulung der militanten Szene in Bonn und Umgebung zuständig.

Eine besondere Rolle spielt eine andere Organisation, die sich "Volksbund Deutscher Ring" (VDR) nennt. Dieser 1963 gegründete und als gemeinnützig anerkannte Verein ist eine Tarn- und Bündnisorganisation der neofaschistischen Szene des Köln-Bonner Raumes. Bei Zusammenkünften des VDR gibt es regen Kontakt zwischen den verschiedensten Organisationen, von CDU bis tief hinein in das neofaschistische Lager. Bei der VDR-Jahreshauptversammlung vom 9.5.87 trafen sich z.B. Gabriele Schlaeper und Markus Beisicht von den REP mit Arthur Marson von der DVU, Anita Zickert von der NPD und Adolf Hellmich, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Kölner CDU. Beisicht selbst erwähnte dem WDR gegenüber, daß über die "VDR-Schiene" inoffizielle Kontakte zur CDU bestehen würden.

Führender Kopf des VDR in Bonn ist der rechtsradikale Verleger, Buchhändler und REP-Mitglied Peter Wegener.

Auch wenn es den Anschein hat, daß die REP, ähnlich wie die NPD in den 70er Jahren, in die Bedeutungslosigkeit absinken, heißt es für den Antifaschismus weiterhin, REP und ähnliche Organisationen (z.B. DSU-Gründung in NRW) zu demaskieren und die Themen und Begriffe der "Neuen Rechte" als das zu kennzeichnen, was sie sind: faschistisch. Da sich nationalrevolutionäre Themen (z.B. Konföderation) in die aktuelle Diskussion der etablierten Parteien (SPD und Grüne mit inbegriffen) wiederfinden lassen, heißt Antifaschismus auch: Linke gesellschaftliche Gegenkonzepte entwickeln und mit neuer Energie propagieren - sich in den sozialen Bewegungen engagieren und die Nutznießer bzw. Gewinner der bevorstehenden Wiedervereinigung und von reaktionärer Politik deutlich zu machen.

Doris Kemper und Andres Garcia,

AK-Antifa Bonn

29. VVN-BdA: Ein neuer Anfang Bericht vom VVN-Bundeskongreß

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:11

Nur rund 280 von ca. 380 gewählten Delegierten waren zum vorgezogenen Bundeskongreß der VVN - Bund der Antifaschisten erschienen. Ein weiterer Beleg für die Krise, in der sich diese antifaschistische Organisation seit dem Ausbleiben der Gelder aus der DDR befindet. Deutliche Mitgliederverluste im vergangenen halben Jahr, der SPD-Pressedienst "blick nach rechts" geht von einer Zahl von mehr als 10% aus, unterstreichen dies. Der Bundeskongreß vom 9./10. Juni kann jedoch die Chance für einen Neubeginn sein.

Naturgemäß spielten die noch immer ungeklärten Finanztransaktionen und daß Maß an Abhängigkeit von DDR und DKP in den Diskussionen um die Rechenschaftsberichte, die erstmals getrennt und schriftlich vorlagen, da die bisherige Führung zu einem gemeinsamen Papier nicht fähig und willens war, eine wichtige Rolle. Doch schon im Bericht der Kommission, die den Kongreß vorbereitet hatte, wurde der Wille zu einem Neuanfang deutlich. Für diese Kommission verdeutlichte der Freiburger Rechtsanwalt und Sozialdemokrat Norbert Müller, daß aus den Ereignissen der Vergangenheit Konsequenzen für die Struktur der VVN- BdA gezogen werden müßten, hob aber gleichzeitig hervor, daß die VVN-BdA nur als parteiunabhängige Organisation eine Chance habe. Martin Stadelmeier, der als Beobachter des SPD-Parteivorstandes anwesend war, wird es mit Interesse vernommen haben. Scharfe Töne fand Müller auch für den Anschluß der DDR, den er als Ausdruck imperialistischer Politik bezeichnete.

Auch die inhaltlichen Foren des Samstag nachmittags waren geprägt von der Suche nach einer Neubestimmung antifaschistischer Politik der VVN-BdA. Bruchstellen und unterschiedliche Einschätzungen wurden überdeutlich. Die im Forum "Neofaschismus" vorgetragene Forderung, die VVN-BdA solle sich eigenständiger Analysearbeit enthalten und sich auf die Mitarbeit in Bündnissen beschränken, wurde von einer großen Mehrheit scharf zurückgewiesen. Versuche des Neuererspektrums, eine nicht näher definierte "humane Orientierung" als alleinbestimmend, den Antikapitalismus ausschließend, zu erklären, wurden weitgehend abgelehnt. Der Dimitroff'sche Ansatz zur Erklärung sei in der Vergangenheit dominierend gewesen, jammerten die einen. Die anderen bestritten es, betonten aber, daß Dimitroffs Thesen selbstverständlich ihren Platz in der VVN haben müßten.

Mehr Zeit als eingeplant nahm erwartungsgemäß die Satzungsdebatte ein. Die bisherige Struktur wurde demokratisiert, die Zentralisierung der Organisation weitgehend rückgängig gemacht. Die Mitglieder des Bundesausschusses (anstelle des bisherigen Vorstandes) werden von den Landesverbänden delegiert. Beschlußverbindlichkeit gilt nur noch für Entscheidungen des künftig im zweijährigen Turnus tagenden Bundeskongresses. Der Ausschuß koordiniert lediglich die Aktivitäten.

Hektische Aktivitäten entwickelten sich noch im Vorfeld der Wahlen zum SprecherInnenkreis, einem ebenfalls neuen Gremium, während die Satzungsdebatte noch in vollem Gange war. Der mühsam vor dem Kongreß ausgehandelte Personalkompromiß zwischen den Fraktionen und Parteien drohte zu scheitern, da die Kandidatur von Hartmut Meyer, bekannt durch seine Aktivitäten für die Antifa-Landeskoordination NRW, und DKP-Mitglied, gekippt werden sollte. Die DKP ließ sich auf das böse Spiel ein und opferte Meyer. Daß in der VVN-BdA tatsächlich neue Zeiten angebrochen sind, zeigte sich in der Reaktion der Linken. Sie präsentierten wegen Meyers Rückzug mit Volkmar Wölk einen eigenen Kandidaten, der inhaltlich für die Zusammenarbeit mit linkeren Kräften steht. Obwohl speziell der "Erneuerer"-Flügel um Kurt Faller versuchte, gegen diese Kandidatur Sturm zu laufen, setzte sich Wölk denkbar knapp durch und sorgte mit 147 Stimmen für die Nichtwahl des evangelischen Pastors Rudolf Dörmann, der 146 Stimmen erhielt. Die anderen Mitglieder des SprecherInnenkreises sind Ester Bejerano (Hamburg) als jüdische Verfolgte, Rosel Vadera (NRW, SPD), Alfred Hausser (Landesvorsitzender von Baden-Württemberg) und der bereits erwähnte Norbert Müller. Die einzige Gegenkandidatur gab es gegen den Hamburger Landessekretär Rolf Burgardt als profiliertes DKP-Mitglied. Der zum "Erneuerer"-Flügel zählende Hermann Volk unterlag jedoch deutlich mit 40 gegen 170 Stimmen.

Die im AK von Volkmar Wölk aufgestellte These von den drei Fraktionen innerhalb der VVN-BdA bestätigte sich. Erfreulich, daß der linksunabhängige Flügel deutlich stärker zu sein scheint als im Vorfeld erwartet. Die Funktionäre um Kurt Faller dürften sich nach ihrer deutlichen Niederlage wohl in absehbarer Zeit umorientieren. Als Auffangbecken für sie steht bereits das vor kurzem in Frankfurt mit Schützenhilfe Cohn-Bendits gegründete "SOS Rassismus" bereit, das offensichtlich an die Inhalte ("Multikulturallala") des ehemaligen bundesweiten Arbeitsausschusses anknüpfen will. Bestätigt sich die Entwicklung der VVN, dann dürfte sie auch für die Linke zunehmend interessant werden.

ue/HH

30. Kunst als Widerstand

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:12

PlakatederOktoberrevolution, DaDa, Grosz/Heartfield, "soziale Brauchbarkeit", "Kunst als Waffe im Klassenkampf", der knüppelnde Hessenlöwe, "Tag X", Antifaschistische Aktionen - das sind die Stichworte einer in Göttingen erarbeiteten Plakatausstellung, die seit Mitte März für ungefähr zwei Jahre durch die bundesdeutschen und europäischen Lande zieht. Unter dem Motto "Kunst als Widerstand" präsentiert sie weit mehr als eine Ansammlung linksradikaler, fast durchweg kriminalisierter Agitationsbilder: sie liefert sie sowohl Anstöße zur Reflexion linksradikaler Geschichte als auch Material für die Frage, welche Bedeutung und Stellung Kunst im Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse haben kann.

Wie vielschichtig dieses Projekt ist, wird schon an der Entstehungsgeschichte deutlich.

Im Sommer 88 existierte in Göttingen ein antifaschistisches Bündnis, das auf zweierlei Weise auf sich aufmerksam machen konnte (s. ak 295-300). Erstens durch mehrere spektakuläre Protestaktionen gegen faschistische und nationalistische Umtriebe in der Region und zweitens durch seine nicht nur für Göttinger Verhältnisse ungewöhnliche Zusammensetzung von Autonomen bis zum DGB (ausgenommen wie üblich SPD und Jusos). Beides machte es zum Objekt zahlreicher propagandistischer Angriffe, bei denen sich neben dem notorischen "Göttinger Tageblatt" vor allem die "Gewerkschaft der Polizei" (GdP) hervortat. Trotzdem konnte Anfang Mai 88 eine Demonstration gegen den faschistischen Multifunktionär Polacek mit 3.000 TeilnehmerInnen sowie wenige Monate später eine Informations- und Aktionswoche anläßlich einer jährlich stattfindenden revanchistischen Großveranstaltung gemeinsam durchgeführt werden. Als die Widersprüche innerhalb des DGB auch durch "Mäßigung" der Aktivitäten des Bündnisses ohne Preisgabe wesentlicher Inhalte zu groß und der Einfluß der GdP zu stark wurde, zerbrach es. Auslöser dafür war das Mobilisierungsplakat "Alle werden fallen".

Mittlerweile waren dieses Plakat und sein Vorgänger, der Aufruf für die Polacek-Demo, Gegenstand der Kriminalisierung geworden: gegen die UrheberInnen, Menschen, die beim Plakatieren von Zivilstreifen beobachtet und abgegriffen worden waren sowie den Redakteur der AStA-Zeitung, in der das Polacek-Plakat nachgedruckt worden war, wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

In dieser Situation bestand die Notwendigkeit der Solidaritäts- und vor allem Öffentlichkeitsarbeit zum Thema "Kriminalisierung antifaschistischer Aktivitäten". Als "Notlösung" wurde die Idee entwickelt, die aktuell inkriminierten Plakate öffentlich im Zusammenhang mit anderen Beispielen politischer Zensur, auch aus der Weimarer Republik (Tucholsky, Ossietzky), auszustellen.

Bald zeigte sich, daß dieses Konzept zwar äußerst reizvoll, für eine schnelle Realisierung jedoch zu umfangreich war: Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung wie bei der Finanzierung v.a. des Katalogs traten auf.

Ausstellung

Nach vielen Monaten ist eine Bilder- und Leseausstellung entstanden, die in drei Teile gegliedert ist. Die erste Abteilung dokumentiert Anfänge revolutionärer Plakat- und Bildkunst; Schwerpunkte sind die frühen Versuche in der Sowjetunion sowie die Produktionen von Grosz und Heartfield in der Weimarer Republik, auch hier mit einem Schwerpunkt auf der ersten Hälfte der 20er Jahre. Bezüge zu DaDa werden hergestellt, die politische Verfolgung einiger Bilder dokumentiert. Besonders spannend ist es, die gezeigten Werke mit einem Text von Grosz und Wieland Herzfelde zu konfrontieren, in dem aus einer Bestandsaufnahme und Kritik der künstlerischen Gegenwart und Ideologie um 1925 Kriterien für revolutionäre Künstler entwickelt werden. (s. Kasten)

In der zweiten Abteilung finden sich (Original-)Plakate aus verschiedenen Bereichen radikaler Opposition in den 80er Jahren: einige sind schon erwähnt, die meisten hat mensch schon mal irgendwo gesehen. Sie werden ergänzt durch technische Hinweise und ausführliche Beschreibungen, die - und das ist eine der Besonderheiten der Ausstellung - das Hinschauen nicht etwa ersetzen, sondern dazu anregen, sich viel genauer mit den Bildmotiven und der "Komposition" zu beschäftigen, als es der Fall ist, wenn mensch ein Plakat in einer Kneipe oder an einer Hauswand sieht. Weiterhin - eine zweite Besonderheit - sind den Bildern

ausführliche Erläuterungen zu ihrem politischen Entstehungszusammenhang beigegeben, zu Diskussionen - auch über die Plakate - und zur Kriminalisierung sowohl der jeweiligen Bewegung als auch der Aufrufe selbst.

Auch die dritte Abteilung ist so aufgebaut, mit dem Unterschied, daß es hier ausschließlich um Plakate aus dem Bereich Antifa geht, mit einem sehr deutlichen Schwerpunkt auf Göttingen und dem/der PlakatautorInnen-Gruppe KUK ("Kunst und Kampf"). Überhaupt: soweit feststellbar, ist KUK unter den PlakatautorInnen mit Abstand am meisten vertreten und prägt die Ausstellung entscheidend - nicht nur dadurch, daß zwei KUK-Plakate zu ihrem Entstehen geführt haben.

Zur Ausstellung "Kunst als Widerstand" gehören in den jeweiligen Städten durchaus sehr unterschiedliche Veranstaltungen, die von den vor Ort verantwortlichen Gruppen organisiert werden. Der Akzent kann, wie in Kiel, verstärkt auf dem Thema "§129a -Kriminalisierung von AntifaschistInnen" oder, wie in Hannover, mehr auf der Frage "Linksradikale und Kunst - was hat das miteinander zu tun?" liegen.

Kunsttheorie

Daß die begleitenden Veranstaltungen so unterschiedlich sind, liegt an den verschiedenen Möglichkeiten der Betrachtung, die die Ausstellung eröffnet. Eher eingeschränkt kann mensch die Entwicklung oppositioneller, radikaler Plakatkunst kennenlernen oder doch zumindest einige wesentliche Ansätze. Schade ist, daß zwar aus der Weimarer Republik programmatisch-theoretische Stellungnahmen vorliegen, nicht aber aus den 80ern. So bietet sich - als eine zweite Sehweise - dem/der BetrachterIn die Möglichkeit, die historischen Produkte mit ihren Ansprüchen zu konfrontieren, für die heutige Zeit gibt es solches Material jedoch bisher nicht. Ein in der nächsten Zeit erscheinender Text von KUK wird in dieser Hinsicht etwas Abhilfe schaffen. Vielleicht aber regt gerade das Fehlen von Kriterien, Definitionen und Leitfäden die BetrachterInnen an, in die hier noch völlig offene Diskussion einzusteigen.

Eine dritte "Lesart" der Ausstellung könnte sein, was die taz/Hamburg abfällig "Eine Leistungsschau der autonomen Linken" (21.3.90) nennt: ein Durchgang durch linksradikale, autonome Geschichte vornehmlich der 80er Jahre. Anti- AKW, Startbahnbewegung, Frauenwiderstand, politische Gefangene, antifaschistischer Kampf - gerade durch die ausführlichen Texte und den derzeitigen Drang (nicht nur) der autonomen Linken nach Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit bietet sich dieser Blick auf den Widerstand, mit den Plakaten als "optischen Stichworten", durchaus an.

Kunst? - Kunst!

Für die linksradikalen KünstlerInnen der jungen Sowjetunion und der Weimarer Republik war es selbstverständlich, daß sie sich die Frage stellten, auf welche Weise Kunst und das Streben nach revolutionärer Veränderung der Gesellschaft miteinander vermittelt werden könnten. Die Frage nach dem "Wie" war es, die ihnen zu schaffen machte: welche Formen sollte sie haben, die revolutionäre, proletarische, klassenbewußte Kunst? Ganz neue entwickeln oder bürgerliche übernehmen? Auch Grosz/Herzfelde in ihrem bereits erwähnten Papier machten da keine Ausnahme. Ihr zentrales Anliegen war es, zunächst festzustellen, daß alles, also auch Kunst, Tendenz hat und damit politisch ist. Selbst dann, wenn einE KünstlerIn keine politischen Aussagen treffen will: "Tatsache bleibt, daß sie absichtlich auf die ganzen ideologischen Beeinflussungsmöglichkeiten (auf den Gebieten der Erotik, Religion, Politik, Ästhetik, Moral etc.) des Künstlers verzichten, dem sozialen Geschehen schweigend, teilnahmslos, also verantwortungslos, gegenüberstehen". Aus ihrer Auffassung, daß Kunst (grundsätzlich) politisch ist, entwickeln sie dann die Forderung nach "sozialer Brauchbarkeit" von Kunst, andernfalls stehe künstlerische Produktion auf der herrschenden Seite im Klassenkampf.

Für KUK (und nur darauf können wir uns in diesem Zusammenhang beziehen) besteht heute zunächst die Notwendigkeit, die Existenz von Kunst für Linksradikale überhaupt erstmal zu begründen. Durch das Kappen aller Verbindungslinien zu revolutionärer Tradition durch den Faschismus und die darauffolgenden KommunistInnenverfolgungen in der frisch geschaffenen BRD gab es nur noch winzige Ansätze nichtbürgerlicher Kunst, so daß bis heute von Linken "Kunst" und "Bourgeoisie" miteinander identifiziert werden.

KUK beantwortet in einem vorläufigen Papier die Frage "Gibt es Kunst" mit einem deutlichen "Ja": "KUK geht davon aus, daß es Kunst gibt als ein besonderes menschliches Medium, ein übergeordnetes unrationales

Prinzip." Angelehnt an den Begriff der "sozialen Brauchbarkeit" werden einstweilen mehrere Prinzipien für die eigene Plakatkunstproduktion entwickelt. (s. Kasten)

Wenn mensch die Gelegenheit hat, sich in einem der nächsten Ausstellungsorte den Eröffnungsvortrag anzuhören (oder das Geld hat, sich den im Herbst erscheinenden Katalog zu kaufen), wird sie/er viele der hier skizzierten Gedanken wieder hören und hat die Möglichkeit, Anspruch und Wirklichkeit miteinander zu vergleichen.

Zensur und Widerstand

Wie schon erwähnt, sind die allermeisten der gezeigten Bilder auf die eine oder andere Weise kriminalisiert worden. Trotzdem geht es der Ausstellung - auch wenn das nicht explizit gesagt wird - um etwas anderes als "Die Freiheit der Kunst". Schon durch ihre Entstehungsgeschichte ist sie auch praktische Solidarität, in diesem Fall mit AntifaschistInnen. Dementsprechend wird die Kriminalisierung von Plakaten in einem sehr engen Zusammenhang mit der Bewegung gesehen, aus der sie stammen. Anders gesagt: die Plakate werden kriminalisiert, um die jeweilige Szene in den staatlichen Blick zu kriegen, sie mittels Verhören, Hausdurchsuchungen etc. besser durchleuchten zu können. Oder noch schärfer formuliert: die Bilder sind nur der Anlaß zur Verfolgung von z.B. autonomem antifaschistischen Widerstand.

Es stellt sich uns die Frage, ob diese Bewertung der Hetze gegen linke politische Kunst nicht zu kurz greift und den Akzent zu stark auf genau den einen - und keinen anderen - Zusammenhang setzt. Zensur im bürgerlichen Staat - und nichts anderes ist die Verfolgung eines Plakates oder von PlakatiererInnen, DruckerInnen etc. - zielt schließlich immer auch auf die Unterdrückung unliebsamer Meinungen, Inhalte; auch dann, wenn die VertreterInnen selbst keine erklärte FeindInnen des Staates sind. Vorstellbar wäre es also unserer Einschätzung nach gewesen, z.B. Plakate aus den diversen Anti-Strauß-Kampagnen mit aufzunehmen. Allein künstlerische Gründe, wie auch immer sie zu definieren wären, können jedenfalls für ihr Fehlen nicht ausschlaggebend sein.

Bisher liegen nur wenige schriftliche Reaktionen (nur auf die wollen wir uns hier beziehen) auf die Ausstellung vor; zu quer liegt sie in der linksradikalen politischen Landschaft. Beachtenswert ist deshalb die Kritik in "konkret" 5/90, v.a. deshalb, weil sie zeigt, wie man den Versuch der Göttinger Gruppe falsch verstehen kann.

"Ein Vergleich der Plakate von Grosz und Heartfield mit den Antifa-Plakaten aus den 80er Jahren läßt zumindest fraglich erscheinen, ob beim Übersetzen von Flugblatt-Texten in Bildmotive ‚Kunst als Denkstoff` (Zitat Hanns Eisler; ak) eine wesentliche Rolle gespielt hat. Die dominierende, wenig originelle Symbolik, die technisch oft unpräzise Ausführung dokumentieren eher den Unwillen der auf das Medium Plakat Angewiesenen, sich mit dessen Geschichte und Wirkungsmöglichkeiten professionell (was, wie Grosz und Heartfield zeigen, ja nicht als Schimpfwort verstanden werden muß) auseinanderzusetzen. Dieser Aspekt hat die Göttinger Ausstellungsgruppe offensichtlich nicht interessiert - das ist deswegen schade, weil die gute Resonanz, die die Ausstellung z.B. in Hamburg (ansonsten zu recht) hat, vielleicht hätte bewirken können, daß tatsächlich auch ‚Kunst als Widerstand` begriffen wird und nicht bloß (als; ak) das Drucken militanter Losungen."

Hat der/die "konkret"-Autor/in eigentlich nicht richtig hingeguckt oder gelesen, wenn von "unpräziser Ausführung" geredet wird? Davon abgesehen wollen wir zwei von vielen Fragen zum Stichwort "Kunst als Denkstoff" hervorheben:

1. Bei der ästhetischen Bewertung der Ausstellung ist mensch in jedem Fall gezwungen, sich über die eigenen Maßstäbe klar zu werden. Bei Plakaten à la "schwarzer Hintergrund - weiße Schrift - roter Stern" mag das ja einfach sein, bei den KUK-Bildern bestimmt nicht. Genau dann wird es nämlich zum Problem, daß unsere Betrachtungsweisen von bürgerlicher Kunst, Werbungs-, Videoclip- und Hollywoodästhetik geprägt sind. Wer also von "wenig origineller Symbolik" spricht, sollte schon mal genauer klären, was damit gemeint ist.

2. Ähnlich verhält es sich mit dem Bezug auf das Eisler-Zitat. Was im einzelnen als kritisierenswert empfunden wird, bleibt den LeserInnen verborgen. "Kunst als Denkstoff": das ist sicher auch in Bezug auf die KünstlerInnen gemeint, aber nicht nur. Ganz sicher jedoch auch für die BetrachterInnen; gerade das aber leisten die Plakate ganz offensichtlich, das macht doch gerade ihren Kunst- (und damit doppelten, nämlich nicht nur Agitations-)Charakter aus, selbst dann, wenn mensch mit der Denkrichtung nicht einverstanden ist.

Oder sollte sich hinter dieser Stellungnahme eine Auseinandersetzung um autonome (Antifa-)Politik, autonome Faschismusanalysen verstecken? Darüber gäb's allerdings einiges zu diskutieren, nur: das wäre ein anderes Thema und von einer Kritik der Ausstellung durchaus deutlich zu trennen.

Bliebe zum Schluß in das allgemeine Lamento einzustimmen, daß sich die Linke viel zu wenig mit Kunst und Kultur, v.a. ihrer eigenen, beschäftigt. Und zu hoffen, daß das Projekt "Kunst als Widerstand" von vielen gesehen wird und möglichst viele Diskussionen auslöst - und daß irgendwo eine andere Gruppe diesen Ansatz weiterführt.

MH + ES

31. Vier Tage Freiheit auf dem Gefängnishof Ein Bericht aus Santa Fu

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:33

Es ist zu bezweifeln, daß sich mehr als die Hälfte der Gefangenen für eine Übernachtung im Freien entschieden hätte, hätte es an diesem Montag nicht einen Fraß gegeben, bei dem selbst ein Schwein die Nase rümpfen würde. Jedenfalls war es mehr als die reine Solidarität zu den auf dem Dach befindlichen Gefangenen, was die Mehrzahl der Insassen die Offensive ergreifen ließ, und schließlich dazu führte, daß der Knast zum Aufmacher in Presse-, Rundfunk- und Fernsehnachrichten wurde. Von einem organisierten Aufstand kann nicht gesprochen werden, von einem vorprogrammierten dagegen schon: Vorprogrammiert durch die sich über alle Lebensbereiche der Gefangenen ausweitenden Reglementierung und Disziplinierung einerseits und durch die Vernachlässigung der persönlichen Belange der Gefangenen andererseits, war es nur eine Frage der Zeit, bis die Spannungen sich entluden.

So kam es für mich und viele andere Gefangene nicht überraschend, als es hieß, daß zwei Leute auf dem Knastdach wären. Mein erster Gedanke war: "Das haben sie nun davon!" Davon, daß sie die 1972 und danach von uns erkämpften Freiräume immer mehr einschränkten.

Und draußen war dann der Bär los! Ob wir die Nacht über im Freien bleiben, bedurfte keiner Diskussion. Die ersten hatten bereits Decken mit auf dem Freistundenhof, Thermoskannen mit heißen Getränken tauchten auf, viele zogen sich wärmer an und richteten sich auf eine Nacht unterm Sternenzelt ein. "Sowas hatte ich schon seit Jahren nicht mehr!" war zu hören und die Stimmung großartig, als 19.30 Uhr überschritten war - der Zeitpunkt, an dem wir in unseren Zellen unter Verschluß sein sollten. Irgendwelche Uniformen tauchten nicht auf - nur der Anstaltsgeistliche spukte zwischen uns herum, versuchte zu intervenieren und sperrte seine Ohren dermaßen auf, daß es schon sichtbar wurde.

Worum es konkret ging oder was die beiden auf dem Dach für ein Programm hatten, war erstmal nicht herauszukriegen. Zu viele persönliche und punktuelle Entrüstungen und Forderungen machten die Runde, bis sich einige Sprecher und auch Wichtigtuer herauskristallisierten, die wiederum durcheinanderpalaverten, bis einer den konstruktiven Einfall hatte, eine Forderungsliste zu erstellen, die die wichtigsten Punkte enthielt, auf die man sich einigte. Der Ruf nach der Presse wurde laut, ein Gespräch mit Curilla war vielen sehr wichtig, der Zaun auf dem Freistundenhof sollte weg, die Isolationstrakte wurden beanstandet und die Ausländerproblematik stand auf dem Programm neben zahlreichen anderen Punkten. Nur der Knastgeistliche ließ sich ab und zu sehen und versorgte uns mit heißem Kaffee. Es wurde zunehmend finster und das erste Feuer tauchte auf - in einem metallenen Papierkorb, damit es sich nicht zu sehr ausbreitete. Wohlgemerkt, das ganze war ein gewaltloser Protest - an sinnlose Randale dachte keiner! Im Gegenteil! Einige Ausländer tanzten zu ihrer Musik, die Knastbeleuchtung reichte aus, um die halbe Nacht Fußball zu spielen, viele saßen am Feuer oder spazierten in Decken gehüllt auf dem Hof herum, und alle fühlten sich guter Dinge über diese einmalige Nacht unter Sternen in der selbstgenommenen "Freiheit" auf dem Gefängnishof. Ein einmaliges Erlebnis - am anderen Tag konnte schon alles vorbei sein. Daß es drei solche Nächte und Tage voller Sonnenschein dauern sollte, wußte zu diesem Zeitpunkt keiner. Die Gefangenen halfen sich gegenseitig mit Tabak, Kaffee, Decken und allem, was eben vorhanden war. Von Gefangenen, deren Gesundheit oder andere Gründe einem Draußensein entgegenstand, wurde alles, was wir brauchten, aus den Fenstern gereicht, abgeseilt oder hinaufgereicht.

Über Lautsprecher und Radiogeräte, die in die Fenster gestellt wurden, hatten wir ständig Musik und Nachrichten, selbst Fernsehen war von der Isolierstation B I aus möglich, da die dort befindlichen Gefangenen sich ebenfalls im Ausstand befanden und am liebsten mit auf den Hof gekommen wären. Überhaupt waren wir viel mehr Gefangene, als bei den Zählungen genannt wurden, da alle, die sich im Hause solidarisch erklärten und irgendwie beitrugen, nicht zur Sprache kamen. Aber auch so wurden die Zahlen heruntergespielt, was jedesmal ein Buh-Rufen wegen der Falschmeldungen hervorbrachte, sowie ein gemeinsames Rufen nach der Presse, die endlich hereingelassen werden sollte.

Am Abend tauchten Plakate in den Fenstern auf, denen in deutsch und englisch zu entnehmen war, daß es an diesem Fenster bis morgens um sechs Uhr heißes Wasser, Tee und belegte Brote gibt. Für alle umsonst und

solange der Vorrat reicht. Ein Türke besetzte von Anfang an mit seinem Tauchsieder die einzig frei zugängliche Steckdose und versorgte uns alle mit heißem Wasser, nachdem er seinen Kaffee schon an alle verteilt hatte. "Jetzt wir sind eine große Familie", wird er seitdem genannt und in diesem Sinne gestaltete sich auch der Umfang mit den Ausländern, die sich während der Tage beispielhaft verhielten. Sie waren diszipliniert, hatten einen Sprecher und einigten sich auf eine Meinung, was von uns nur annähernd praktiziert wurde. Einige unserer Sprecher versuchten, uns von allen möglichen Dingen zurückzuhalten, und konnten doch nichts verhindern.

Großen Jubel gab es, als von einer Abteilungsleiterin (die übrigens nicht mehr in der Anstalt ist) zwei Telegramme mit Solidaritätsadressen des autonomen Spektrums und der Arbeitsloseninitiative im "Café Müßiggang" auf den Hof gebracht wurden. Noch größeren Jubel gab es, als Geräusche einer Demonstration über die Mauer zu hören waren, und erst recht, als die Eßpakete, Obst, Tabak und Schokolade sowie ein weiteres Megaphon über die Mauer geflogen kamen - nicht zu vergessen, der Kopf, der da plötzlich auf der Mauer erschien und zu uns herüberblickte, war ein Anblick, den ich nie vergessen werde.

Und nicht nur eine Außenmauer wäre beinahe überwunden worden, auch die Mauer, die uns von den Gefangenen in der Nachbaranstalt VIII trennte, war Schauplatz fröhlicher Umarmungen. Dortige Gefangene (ca. 80) blieben ebenfalls im Freien, stellten Forderungen auf und Fußballtore etc. an die Mauer, damit sie sich obenauf mit uns treffen konnten.

Mit dem Argument, wir wollen schließlich auch etwas erreichen, wurden unüberlegte Handlungen von einzelnen weitgehend verhindert. Besonnenheit war es dann auch, was die Mister Wichtigs anführten, als vom Senat angeboten wurde, einen Vertreter Curillas zu schicken, mit dem wir Sondierungsgespräche führen sollten. Viele betrachteten dies schon als Erfolg, um überhaupt zu Verhandlungen zu kommen, während andere davor warnten, daß dies der übliche Trick sei, uns zu spalten, Versprechungen zu machen, die Curilla hinterher nicht einhalten braucht, da er sie nicht selbst gegeben hat. Und so kam es auch. Die Spaltung war vollzogen. Einige Gefangene suchten noch in der Nacht ihre Zelle auf, wozu sie vom Knastpfarrer, einem Anstaltsbeirat und einem Lehrer, die sich zwischen uns gemischt hatten, überredet wurden. Einige wollten noch bis zum Morgen warten, da sie im Finstern nicht ihre Siebensachen zwischen all dem anderen finden konnten und einige wollten erst den Vertreter Curillas sehen, um schriftlich zugesichert zu bekommen, daß sie keine Disziplinarmaßnahmen zu erwarten hätten. Nur noch sehr wenige, die sich auf die Dächer der früheren Werkbetriebe begaben, blieben draußen.

Bemerkenswert ist der Umstand, daß vom Knast sofort das Interesse ausging, daß die Gefangenen den Arbeitsbetrieb wieder aufnahmen - nicht, ohne sie mit einer Disziplinarmaßnahme wegen Arbeitsverweigerung zu bedrohen. Entsprechend aufgebracht, aber immer noch hoffnungsvoll, wurde nunmehr im Haus das Erscheinen Curillas erwartet, der mit einigen von uns verhandeln sollte, bis etwas für uns Günstiges herauskäme. Fast alle waren wir um die Zentrale herum in den verschiedenen Stockwerken verteilt und es flogen auch Eier und Mehl auf die Panzerverglasung der Zentrale - um so mehr, je länger auf das Erscheinen von Curilla gewartet werden mußte. Irgendwann hieß es über die Lautsprecher, daß Curilla im Hause wäre, die Zellentüren offen blieben und verhandelt werden würde. Wir warteten weiter auf Ergebnisse, die ja irgendwann einmal kommen mußten.

So ruhig hätte es bleiben können, wäre Curilla wenigstens mit kleinen Versprechungen aufgetreten und weiteren Verhandlungen in der darauffolgenden Woche. Das, was aber dann um Mitternacht über die Lautsprecheranlage durchgesagt wurde, war erst unverständlich von der Lautsprechereinstellung her. Und als diese dann verständlich ausgesteuert war, kam nichts Konkretes, das mehr gewesen wäre als die doppelte Nullösung. So jedenfalls wurde das hinhaltende Wischiwaschi Curillas genannt, nachdem klar wurde, worauf er hinaus wollte. Zu nichts konnte er was sagen. Die Abschaffung der Haftkosten für die Isolationstraktaufenthalte wäre Sache der Finanzbehörde, die Ausländerproblematik wäre ebenfalls nicht sein Bereich, in dem er entscheiden könne, und den Rest hörten wir schon gar nicht mehr richtig, da bereits die ersten Türen ausgehängt waren und über die Brüstung fielen. Für die doppelte Nullösung waren wir nicht so lange im Freien und die anderen auf dem Dach - es mußte weiter verhandelt werden.

Curilla müßte uns und denen, die er nun verlegen ließ, eigentlich dankbar sein, daß es nicht zum Schlimmsten kam. Nicht sein Verdienst ist es, daß hier alles gewaltlos abging, sondern derer, die es nicht soweit kommen ließen. Die werden nun mit Repressalien belegt und einige als Rädelsführer hingestellt, da es solcher bedarf,

wenn es darum geht, mit der exemplarischen Bestrafung Einzelner eine ganze Anzahl von Menschen im Zaum zu halten.

Wie es nun weitergeht, nachdem bewaffnete Uniformen mit Gewalt die Gefangenen von den Dächern geholt und den verschwindenden Rest im Hause, der nicht schlief, in die Zellen zurückgetrieben haben, kann nicht vorhergesagt werden. Die Situation sieht so aus, daß scheinbar Ruhe eingekehrt ist, aber unter der Oberfläche gärt und brodelt es an allen Ecken und Enden, weil für uns nichts als Rückschritt bei der Aktion herauskam. "Die sollen sich nicht einbilden, daß es schon zu Ende wäre!" oder: "Das nächste Mal geht es nicht so gesittet ab!" bekommt man des öfteren zu hören. Selbst die Beamten, die tagtäglich mit uns zu tun haben, äußern ihren Unmut über die völlig sinnlosen und schwachsinnigen Anordnungen, die mehr durcheinanderbringen als regeln. Die ersten haben sich bereits krank gemeldet, was niemanden hier wundert. Es ist eine Frage der Zeit, bis die ersten von uns oder von den Beamten ausrasten, solange Curilla nicht mindestens wieder den alten Stand einführt und einige Forderungen erfüllt. Wir empfinden die nunmehr verschlossenen Flügel, die Reduzierung unseres Besuchs, die Einschränkung der Telefonmöglichkeit und die flügelweise Trennung der Freistunde an den Wochenenden als kollektive Bestrafung, die es laut Gesetz gar nicht geben darf. Sie demaskiert Curilla und die Anstaltsleitung, die uns völlige Straffreiheit zusagten, ebenso als Lügner, wie die Verschleppung unserer Mitgefangenen, die auf dem Dach waren, oder die Verlegung der Mitgefangenen, bei denen wir noch gar nicht wissen, weshalb sie plötzlich verlegt wurden. Es ist an der Zeit, daß hier objektive und unabhängige Beobachter und Presseleute erscheinen, die sich mit allen Gefangenen unterhalten.

Insgesamt betrachtet, kann, denke ich, gesagt werden, daß die Vorfälle der letzten Tage der Justizbehörde nicht ganz ungelegen kamen. Seit Jahren liegen Pläne über einen sogenannten Wohngruppenvollzug vor, laut Strafvollzugsgesetz soll es ihn schon lange geben, die CDU drängt auf die Verwirklichung desselben und angeblich fehlt es nur an den finanziellen Mitteln, die nun mit Sicherheit bereitgestellt werden. Für uns Gefangene bedeutet das noch mehr Einschränkung innerhalb der Anstalt, da dann nicht nur die Flügel voneinander getrennt sind, sondern auch noch Zwischendecken in den Etagen gezogen werden. Divide et impera, ist das Motto der Justizbehörde. Sollten nun alle Etagen zu solchen umgebaut werden - was der Wohngruppenvollzug im Klartext nämlich ist! - dürften der Justizbehörde aufregende Zeiten ins Haus stehen.

Und wer weiß? Vielleicht wachsen ihnen die Geister, die sie mit ihrer Menschenfeindlichkeit riefen, auch noch über den Kopf.

Emil Emsig

32. UNO kritisiert Isolationshaft in der BRD

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:18

In der ersten Hälfte dieses Jahres äußerten sich zwei UNO-Organe zu den Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD: der Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission zum Thema "Folter", P. Kooijmans, und der UN-Menschenrechtsausschuß (1)

Die Intervention des UN-Sonderberichterstatters zu "Folter" bei der Bundesregierung

Während des 10. Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und dem anti-imperialistischen Widerstand (1989) wandte sich eine Gruppe von Genossinnen und Genossen an den Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission zum Thema Folter, Prof. Pieter Kooijmans (2), und legte ihm Informationen über die Haftbedingungen und den Hungerstreik vor - mit der Bitte, auf die Bundesregierung im Sinne der Zusammenlegung einzuwirken. Der Sonderberichterstatter kann in unterschiedlicher Weise tätig werden: von Regierungen in Bezug auf bestimmte Foltervorwürfe Informationen anfordern, aber auch direkt Kontakt mit der Regierung aufnehmen, und darüberhinaus Gefangene besuchen und mit Menschenrechtsgruppen sprechen. Prof. Kooijmans erklärte gegenüber der genannten Gruppe, ob und wie er tätig werde, sei vertraulich. Jedoch würden von ihm unternommene Schritte seinem nächsten Jahresbericht an die UN-Menschenrechtskommission zu entnehmen sein.

Dieser Jahresbericht liegt nun vor; in Bezug auf die BRD heißt es darin: "Auf seine Bitte hin kam der Spezialberichterstatter zu Konsultationen in Bonn mit Vertretern des Bundesjustizministeriums zusammen. Er wurde dahingehend informiert, daß die betroffenen Gefangenen (deren Zahl ungefähr 25 ist) immer noch eine Gefahr für die Gesellschaft bildeten, und daß aus diesem Grund besondere Sicherheitsmaßnahmen, zum Beispiel in Bezug auf ihre Unterbringung, notwendig seien. Jedoch wurde bestritten, daß sie in schalldichten Zellen untergebracht seien; darüberhinaus hätten alle von ihnen Radios, Plattenspieler oder Kassettenrecorder in ihren Zellen. Während gewisser Stunden am Tag könnten sie Kontakt zu anderen Gefängnisinsassen haben, aber die meisten von ihnen lehnten dies ab, da sie sich nicht als gewöhnliche Kriminelle betrachteten; insoweit sei deshalb ihre Isolation selbstgewählt. Sie hätten regelmäßige Kontakte zu ihren Anwälten (nicht überwacht) und mit anderen Besuchern, und könnten mit anderen Gefangenen, die zur selben Gruppe gehören, sowie mit Menschen außerhalb korrespondieren, wenngleich diese Korrespondenz der Zensur unterliege. Der Sonderberichterstatter wurde mit detaillierten Informationen über die Haftbedingungen eines jeden dieser Gefangenen versehen. Ihm wurde versichert, diese Angelegenheit sei Gegenstand ständiger Aufmerksamkeit der Regierung und die ergriffenen Maßnahmen würden ständig kontrolliert werden, um das Gefängnisleben für diese besondere Kategorie von Gefangenen so menschlich wie möglich zu gestalten." (3)

Die an erster Stelle gegebene Begründung für die Aufrechterhaltung der Isolationshaft ist deutlich. Wenn das Bundesjustizministerium sagt, die Gefangenen bildeten "noch immer" eine "Gefahr für die Gesellschaft", so wird damit zunächst die Tatsache der Isolation eingeräumt, zugleich aber auch deren Ziel benannt: die Gefangenen als "Gefahr für die Gesellschaft" (gemeint ist: für das kapitalistische Staats- und Wirtschaftssystem) auszuschalten, d.h. sie durch die Isolation dazu zu zwingen, ihre politische Überzeugung aufzugeben. Das Bundesjustizministerium bekennt sich hier der Sache nach zur Isolationsfolter.

Im Übrigen betont das Bundesjustizministerium die angeblichen Kommunikationsmöglichkeiten der Gefangenen untereinander: sie könnten miteinander und mit Menschen draußen korrespondieren, wenn auch unter Zensur. Nicht erwähnt werden allerdings Zweck und Ausmaß dieser Zensur: Es handelt sich um weitreichende politische Zensur, von einer kontinuierlichen Korrespondenz politischen Inhalts kann nicht gesprochen werden, abgesehen davon, daß Briefwechsel nicht den unmittelbaren Kontakt ersetzen kann. (4)

Was die Möglichkeit von Besuchen angeht, so gilt ähnliches: Sie werden unterbrochen oder abgebrochen, wenn während des Besuchs politisch mißliebige Themen (z.B. die Haftbedingungen) angesprochen werden.

Was schließlich die behauptete Selbstisolierung der politischen Gefangenen betrifft, so möge die Bundesregierung, die doch sonst gern mit angeblichen Briefen und Aufzeichnungen von Gefangenen an die Öffentlichkeit geht, diese seit Jahren behauptete Absicht der Selbst-Isolierung einmal belegen. Tatsächlich kämpften die politischen Gefangenen von 1970-75 für die Gleichstellung mit anderen Gefangenen und forderten erst ihre Zusammenlegung, als sie davon ausgingen, daß sie dieses Ziel nicht erreichen würden.

Zudem werden soziale Gefangene, die gelegentlich in Kontakt mit den politischen Gefangenen kommen, regelmäßig von Seiten der Gefängnisleitungen mit Repressalien belegt, wenn sie diesen Kontakt aufrecht erhalten wollen.

An der Tatsache der Intervention Kooijmans bei der Bundesregierung läßt sich ablesen, daß er Fragen und Kritik bezüglich der Haftbedingungen vorzubringen hatte (auch wenn diese auf Grund der Vertraulichkeit des Verfahrens nicht bekanntgemacht wurden). Durch die Veröffentlichung in seinem Jahresbericht an die UN-Menschenrechtskommission wurde sein Vorgehen den UN-Mitgliedsstaaten und der internationalen Fachöffentlichkeit bekannt. Hierin liegt die Bedeutung seiner Intervention bei der Bundesregierung.

Die Kritik des UN- Menschenrechtsausschusses vom März 1990

Der UN-Menschenrechtsausschuß behandelte am 27. und 28. März 1990 (in New York) die Menschenrechtssituation in der BRD (5). Der Menschenrechtsausschuß ist ein aus 18 Experten zusammengesetztes Organ, dessen Aufgabe darin besteht, die Einhaltung des UN-Pakts über bürgerliche und politische Rechte zu überwachen, dem 90 Staaten, darunter die BRD, beigetreten sind. Zu diesem Zweck haben die Vertragsstaaten dem Ausschuß alle 5 Jahre einen schriftlichen Bericht vorzulegen, in dem sie die Menschenrechtssituation in "ihrem" Land darstellen müssen. Der Ausschuß diskutiert den Bericht in öffentlicher Sitzung mit einer Delegation der jeweiligen Regierung, Ausschußmitglieder stellen Fragen und machen kritische Bemerkungen an die Adresse der Delegation. Der Ausschuß hatte sich bereits 1978 und 1986 anläßlich der Prüfung des 1. und 2. Berichts der Bundesregierung kritisch zu den Haftbedingungen geäußert (6).

Die bundesdeutsche Delegation bestand aus Herrn Meyer-Ladewig, Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium und Herrn Hans A. Stöcker, Ministerialrat im Bundesjustizministerium (der bereits 1986 als Experte in Sachen Isolationshaft aufgetreten war).

Der Ausschuß legte der Delegation zunächst eine Reihe von schriftlichen Fragen vor, auf die sich alle Ausschußmitglieder geeinigt hatten. Die Delegierten gingen auf diese Fragen ein; es folgten mündliche Fragen einzelner Ausschußmitglieder und die Antworten der Delegierten.

Menschenrechtsverletzungen gegen politische Gefangene

In seinen schriftlichen Fragen "zur Behandlung von Gefangenen" wollte der Ausschuß wissen,

- welche Verfahren garantierten, daß in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen rasche und unparteiische Untersuchungen durchgeführt würden;

- ob diesbezügliche Beschwerden seit Behandlung des letzten Berichts der BRD (1986) vorgebracht worden seien, ob man ihnen nachgegangen sei und mit welchem Ergebnis;

- wie Gefangene behandelt würden, die auf Grund "anti-terroristischer Gesetze" inhaftiert sind;

- ob Sicherheitsmaßnahmen gegen Gefangene in Einzelfällen überprüft würden, und ob in Hochsicherheitstrakten untergebrachte Gefangene jemals in den offenen Vollzug verlegt worden seien.

Herr Stöcker ging folgendermaßen auf die Fragen ein:

- zu den Beschwerdemöglichkeiten: Die BRD habe die UN-Konvention gegen Folter ratifiziert. Foltervorwürfe würden von der Bundesanwaltschaft verfolgt werden, wenn sie ihr vorgelegt würden. Ob bestimmte Vorwürfe erhoben worden seien, wisse er nicht; ihm sei kein Fall bekannt, in dem es um eine Verletzung des Folterverbots gegangen sei. Jedoch würden Mißhandlungen von Gefangenen, die keine Folter seien, bestraft.

- Der Kampf gegen den Terrorismus sei verfassungsgemäß - auf Grund von Definitionen (des Begriffs "Terrorismus"; d. Verf.), die festlegten, worin solche terroristischen Handlungen bestehen. Es gebe keine allgemeinen Regeln über die Behandlung von Personen, die wegen terroristischer Verbrechen angeklagt seien. Deren Behandlung hinge von der Schwere der Vorwürfe gegen sie ab. Dementsprechend könnten sie unter Sicherheitsbedingungen mittleren oder höchsten Grades oder getrennt von anderen Gefangenen untergebracht werden. Gefangene könnten in psychiatrische Anstalten eingeliefert werden, wenn ihr Zustand dies erfordere; ihre Rechte seien geschützt. Die BRD habe die Europäische Konvention gegen Folter ratifiziert, die für sie am 1.6.1990 in Kraft trete.

Zu Herrn Stöckers Ausführungen ist Folgendes zu sagen:

- Die Bundesanwaltschaft geht Vorwürfen von Folter und Mißhandlung in der Weise nach, daß sie bei entsprechenden Beschwerden (gegen die Haftbedingungen) Stellungnahmen abgibt, die gerade zum Ziel haben, die Isolationsfolter aufrechtzuerhalten, wie sie allgemein die Instanz ist, die die Isolationshaft - bereits durch Anträge an die zuständigen Haftrichter - durchsetzt.

- Was den "Kampf gegen den Terrorismus" und die Definition dieses Begriffs angeht, so bezieht sich Herr Stöcker hier offenbar auf die Diskussion von 1986: damals hatte er auf die Frage des jugoslawischen Ausschußmitglieds Dimitrijevic nach der Definition dieses rechtlich doch unpräzisen Begriffs geantwortet: Der Begriff sei zwar rechtlich unpräzise, es handele sich um politische Straftaten, die juristisch schwer zu erfassen seien, der Begriff habe sich aber als praktikabel erwiesen. Herr Stöcker wollte nun wohl diese deutliche und deshalb im Sinne der Bundesregierung ungeschickte Äußerung zurücknehmen. - Tatsächlich gibt es keine genaue rechtliche Definition des Begriffs, weil es sich hier um eine rein politische Frage handelt. Im Sprachgebrauch der Bundesregierung und der übrigen westlichen Staaten werden Guerilla-Gruppen in den imperialistischen Metropolen sowie nationale Befreiungsbewegungen als "terroristisch" bezeichnet, letztere, wenn westliche Staaten sie bekämpfen. Konterrevolutionäre Gruppen, wie die nicaraguanischen Contra, sind nach diesem Sprachgebrauch "Freiheitskämpfer", "Rebellen", u.U. "politische Gefangene". Ob die westlichen Regierungen Gruppen oder Personen als "Terroristen" bezeichnen, hängt also davon ab, ob sie ihnen die politische Legitimation absprechen oder nicht.

- Die Behauptung, es gebe keine allgemeine Regelung zu den politischen Gefangenen, ist nicht zutreffend. Die Regel ist, daß die Gefangenen durch Isolation zum "Abschwören" gezwungen werden sollen, und die Isolation aufgehoben, und z.B. der "offene Vollzug" eingeführt wird (nach dem der Ausschuß gefragt hatte), wenn ein Gefangener dies tut. Alle im übrigen bestehenden Differenzierungen in den Haftbedingungen ändern nichts an diesem Grundsatz.

Psychiatrisierung statt Haftentlassung

Es folgten die Fragen einzelner Ausschußmitglieder.

Herr Fodor, Universitätsdozent, Beamter im Außenministerium (Ungarn), bezog sich auf die Feststellung im Bericht der Bundesregierung, der Vorwurf der Isolationsfolter sei "unbegründet"; gleichwohl stelle der Bericht selbst fest, daß manche Gefangene getrennt in besonders eingerichteten Blocks untergebracht seien. Ob dies eine erniedrigende Behandlung darstelle, hänge von der Dauer ab und richte sich nach den Standards der UN für die Behandlung von Gefangenen. Er fragte, ob die Maximaldauer von 3 Monaten für Einzelhaft, die er als "exzessiv" bezeichnete, noch in Geltung sei (die Dauer von drei Monaten ist in § 89 II Strafvollzugsgesetz festgelegt; d.Verf.).

Frau Chanet, Richterin (Frankreich), wollte wissen, ob es wahr sei, daß Gefangene systematisch durchsucht würden, wenn sie mit jemandem zusammengetroffen seien.

Herr Prado Vallejo, ehemaliger Außenminister (1967/68), UN-Delegierter (Equador), fragte danach, ob auf Grund antiterroristischer Gesetze inhaftierte Gefangen für längere Zeit in Isolationshaft gehalten würden. Eine derartige Bestrafung könne psychologische Probleme verursachen. In einem Fall sei ein wegen Terrorismus inhaftierter Gefangener monatelang daran gehindert worden, nach draußen zu gehen. Seines Wissens würden solche Gefangene oft daran gehindert, mit anderen Gefangenen Kontakt aufzunehmen. Wenn sie erkrankten, würden solche Gefangene oft daran gehindert, einen Arzt ihrer Wahl herbeizuziehen. Würden solche Dinge untersucht?

Herr Pocar, Völkerrechtsprofessor (Mailand) fragte nach Gesetzen zum Schutz vor Folter während der Haft.

Herr Wennergren, Präsident des Verwaltungsgerichts Ostgötland (Schweden), wollte wissen, warum Gefangene aus dem Bereich des Terrorismus keinen Kontakt zu anderen Gefangenen haben. Welche Garantien gebe es für den Fall, daß ein Gefangener Zeichen seelischer Krankheit zeige? Habe es schon einen Fall gegeben, in dem ein Gefangener in ein psychiatrisches Hospital habe gebracht werden müssen?

Herr Stöcker antwortete:

Die Situation (in Bezug auf die Haftbedingungen; d.Verf.) habe sich in den letzten zwei Jahren verbessert. Die Behörden würden versuchen, die Haftbedingungen zu verbessern. Personen, die wegen terroristischer Verbrechen angeklagt seien, meinten oft, besondere Gefangene zu sein, die besondere Behandlung verlangen könnten. Um dieses Ziel zu erreichen, hätten sie zu allen möglichen Aktionen Zuflucht genommen, z.B. zu Hungerstreiks, um Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Solche Gefangene seien in einigen Fällen in kleinen Gruppen untergebracht worden, sie hätten Bücher sowie die Möglichkeit, untereinander zu kommunizieren. Außerdem hätten sie Zugang zu Räumen, die die Möglichkeit zu Erholung und Sport bieten. Ihre Forderungen, mit anderen Gefangenen Kontakt zu erhalten, seien geprüft worden. Auch werde geprüft, ihre Bedingungen zu verbessern. Was Gefangene mit psychiatrischen Problemen angehe, so wolle er nicht auf einzelne Fälle zu sprechen kommen, weil dies erfordern würde, Namen zu enthüllen. Man habe eine neue Politik in Bezug auf die Behandlung solcher Fälle eingeführt; die Presse könne die Räumlichkeiten einsehen, in denen die Gefangenen untergebracht seien.

Dazu ist Folgendes zu sagen:

- Die "Verbesserungen" der Haftbedingungen, von denen Herr Stöcker spricht, sind (minimale) Zugeständnisse auf Grund des 10. Hungerstreiks (1989) und des damit verbundenen öffentlichen Drucks auf die Bundesregierung. Die Methode der Bundesregierung, von den Gefangenen unter Einsatz ihres Lebens erkämpfte Hafterleichterungen sich selbst zuzurechnen und dem Ausschuß als Zeichen der Achtung der Menschenrechte zu verkaufen, hat Tradition. Bereits in der Diskussion von 1986 wie auch in der hier dargestellten berief sich die Bundesregierung auf die Existenz von "kleinen Gruppen", "vergaß" allerdings hinzuzufügen, daß auch sie das Ergebnis von Hungerstreiks gewesen sind, wie sie natürlich auch nicht darüber berichtete, daß die Gefangenen, die sich am Hungerstreik beteiligt hatten, deswegen mit Verfahren nach § 129 a StGB überzogen wurden. (7)

- Was die "Gefangenen mit psychiatrischen Problemen" angeht, so betrifft dies Gefangene, die auf Grund der Isolation haftunfähig geworden sind, gleichwohl nicht aus der Haft entlassen werden, weil sie sich weigern, das geforderte politische Wohlverhalten zu zeigen. So ist Bernd Rössner, der von allen politischen Gefangenen am längsten isoliert ist, haftunfähig. Die "neue Politik" besteht in dem Versuch der Bundesanwaltschaft, ihn in eine psychiatrische Anstalt einweisen zu lassen, was am Widerstand Bernd Rössners scheiterte.

Herr Meyer-Ladewig fuhr fort: Gefangene würden nicht vollständig isoliert. Sie könnten Besuche von ihren Anwälten empfangen. Die Bundesbehörden würden ein neues Gesetz über die Haft diskutieren. Die Delegation werde den Ausschuß im nächsten Bericht darüber informieren.

Die Einlassung von Herrn Meyer-Ladewig entspricht der bundesdeutschen Position, wonach Isolation von Gefangenen zwar verboten, darunter jedoch nur die "totale" Isolation, d.h. auch der Ausschluß von Anwälten und Angehörigen, zu verstehen ist. Diese Auffassung läuft darauf hinaus, nur die Kontaktsperre als verbotene Isolation anzusehen (wobei offen bleibt, wie die bundesdeutsche Kontaktsperre dann zu rechtfertigen ist), und widerspricht im übrigen den UN-Standards, die auch unterhalb der Schwelle der Kontaktsperre liegende Isolation verbieten.

Mit dem "neuen Gesetz über die Haft" ist ein im Bundesrat eingebrachtes Strafvollzugsgesetz gemeint, das versucht, "statt der Resozialisierung des Gefangenen, wie sie das Gesetz von 1977 als Ziel formuliert, seine Vollzugstauglichkeit zu fördern. Sühne, Sicherheit und Abschreckung sollen wieder stärkeres Gewicht bekommen." (8)

Wiedervereinigung und Menschenrechte

Zahlreiche Ausschußmitglieder stellten in ihren Fragen und Bemerkungen eine Verbindung zwischen der Wiedervereinigung und den Menschenrechten her. So meinte das ungarische Ausschußmitglied Fodor, es hätten sich im Lauf der Diskussion Mängel gezeigt, wie die Haftbedingungen, die überlange Dauer der Untersuchungshaft und die Beschränkung der Bewegungsfreiheit bei einigen Gruppen von Fremden; es sei wichtig, in einem wiedervereinigten Deutschland das hohe Niveau des Menschenrechtsschutzes nach dem UN-Pakt aufrechtzuerhalten. Die Verknüpfung von Menschenrechtsproblemen mit der Wiedervereinigung hat sicher zur Grundlage, daß die Ausschußmitglieder durch die Wiedervereinigung ein "starkes" und "selbstbewußtes" Deutschland entstehen sehen, in dem die bisher kritisierten Menschenrechtsverletzungen fortgeführt oder sogar intensiviert werden.

Zusammenfassende Stellungnahmen

Am Ende der gesamten Diskussion gaben einige Ausschußmitglieder zusammenfassende Erklärungen ab, in denen es erneut um das Thema "Haftbedingungen" ging. Die Herren Pocar (Italien), Ando (Japan) und Fodor (Ungarn) drückten ihre "Betroffenheit" über die Behandlung von "Gefangenen" bzw. von "terroristischen Gefangenen" aus. Herr Ndiaye (Kenya) sprach die Hoffnung aus, daß die Gesetze gegen den Terrorismus geändert würden. Herr Prado Vallejo (Equador) äußerte Kritik an der langen Dauer der Kontaktsperre nach dem Kontaktsperregesetz.

Hervorzuheben ist schließlich die Erklärung von Herrn Wennergren (Schweden), er sei betroffen über die Behandlung von politischen Aktivisten, die sich selbst als "Kriegsgefangene" betrachteten, und über deren lange Einkerkerung. Führt man sich vor Augen, daß der Kampf des Staates gegen die RAF wesentlich auch auf ideologischer Ebene geführt wird (mit dem Ziel, ihr jegliche Legitimität abzusprechen), und daß dazu eine offizielle, von den Massenmedien verbreitete Sprachregelung gehört, es gehe hier um "Terrorismus", nicht um "Politik", so wirkt die Bezeichnung der Gefangenen als "politische Aktivisten" fast sensationell, obwohl sie nur der Realität entspricht (9). Die Kritik an der "langen Einkerkerung" bezieht sich wohl auf die Tatsache, daß die politischen Gefangenen die zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt wurden, nach einer gewissen Zeit (in der BRD: 15 Jahre) nicht aus der Haft entlassen werden. Auch diese Kritik ist erstaunlich, weil hier zum ersten Mal ein Ausschußmitglied nicht allein die Haftbedingungen kritisiert, sondern die Dauer der Haft anspricht und die Freilassung von Gefangenen nahelegt.

Ausblick

Die Bundesregierung wird der Empfehlung des japanischen Ausschußmitglieds Ando, sie möge die Kritik veröffentlichen, sicher nicht Folge leisten. Sie hatten bereits einen entsprechenden Vorschlag im Jahre 1986 nicht beachtet. Rechtlich ist sie zur Veröffentlichung nicht verpflichtet. Insgesamt hat der Ausschuß nur geringe Kompetenzen, um seiner Kritik Nachdruck zu verleihen. Er wird die dargestellte Kritik, wie üblich, in seinen Jahresbericht an die UN-Generalversammlung aufnehmen und sich im übrigen darauf beschränken, bei der Prüfung des nächsten (4.) Berichts der BRD in fünf Jahren "nachzuhaken".

Umso wichtiger ist es, die Kritik des Menschenrechtsausschusses einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

E.M.

Anmerkungen:

(1) Menschenrechtskommission und Menschenrechtsausschuß sind zwei verschiedene Gremien. Die Menschenrechtskommission (Commission on Human Rights) ist ein politisches Organ: aus Regierungsvertretern zusammengesetzt, behandelt und verurteilt sie schwere und systematische Menschenrechtsverletzungen (nach dem Maßstab der UN-Charta), stellt also einzelne Staaten politisch in der Öffentlichkeit an den Pranger. Der Menschenrechtsausschuß (Human Rights Committee) ist ein aus 18 unabhängigen Menschenrechtsexperten (Richtern, Völkerrechtsprofessoren) zusammengesetztes Organ, das die Einhaltung des UN-Pakts über bürgerliche und politische Rechte (dem jetzt 90 Staaten beigetreten sind) überwachen soll, und dem es nicht in erster Linie um eine politische Verurteilung, sondern den Schutz individueller Rechte geht.

(2) Kooijmans ist Professor für Völkerrecht an der Universität Leiden.

(3) E/CN. 4/1990/17 (18.12.1989), S. 3f.

(4) Vgl. auch: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. 3. Aufl. Hamburg 1988, S. 28ff u. 45ff.

(5) Der folgende Bericht stützt sich auf die Pressemitteilungen der UN: HR/CT/55-57 (27. und 28.3.1990).

(6) Der Schutz der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1988.

(7) Die Verfahren wurden inzwischen eingestellt, nachdem sie ihre Aufgabe erfüllt hatten, als Rechtsgrundlage für Zellenrazzien bei den Gefangenen und als Abschreckungsmittel gegenüber Leuten draußen zu dienen, die befürchten mußten, wegen "Unterstützung" oder "Werbung" kriminalisiert zu werden.

(8) Süddeutsche Zeitung v. 2.-4.6.1990.

(9) Zu der von Herrn Wennergren angesprochenen Frage des Kriegsgefangenenstatus: Er war zuerst im Stammheimer Verfahren Thema eines Antrags (Januar 1976) und sodann seit dem 4. Hungerstreik (1977) Teil der Forderungen der Gefangenen, nicht jedoch im 10. Hungerstreik (1989). Auf diese Frage kann hier nicht eingegangen werden, weil dieser Beitrag die Menschenrechte allgemein behandelt, während es bei der Berufung auf Kriegsrecht um die Menschenrechte in "internationalen bewaffneten Konflikten" geht.

33. Stammheim: Prozeß wegen Dornier-Anschlag Auf der Suche nach der "legalen Ebene" der RAF

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:21

Im Stammheimer Prozeßbunker wird seit dem 8. Mai gegen Luitgard Hornstein aus Düsseldorf verhandelt. Sie war am 2.8.86 festgenommen worden. Gemeinsam mit Christian Kluth, der wie sie polizeilich gemeldet in Düsseldorf lebte, hatte sie Eva Haule in einer Rüsselsheimer Eisdiele getroffen. Eva Haule war bis zu dieser Festnahme erklärte Angehörige der RAF und lebte in der Illegalität. Das Treffen von legal lebenden Linksradikalen mit einer Angehörigen der RAF nahm die Bundesanwaltschaft zum Anlaß, um ihre eigenartige Hypothese, die RAF verfüge über eine "legale Ebene", mit großem propagandistischen Aufwand unter die Leute zu bringen. Die Kiefernstraße, in der Luitgard Hornstein wohnte, sei ein "Terrornest", hier hause die RAF, hieß es damals. Razzien, wie jüngst in der Hamburger Hafenstraße, wurden mit gigantischem Polizeiaufgebot in der Kiefernstraße durchgeführt. Luitgard Hornstein wurde im Juni 1988 zu vier Jahren Knast (bei Anrechnung der U-Haft) verurteilt, die sie am 1.8.90 abgesessen haben wird.

Die Staatsschutzbehörden sind allerdings unerbittlich. Im November 1989 gab der Bundesgerichtshof (BGH) der Revision der Bundesanwaltschaft (BAW) gegen dieses Urteil statt. Weil Luitgard Hornstein sich weder mit den herrschenden Verhältnissen noch mit ihren Haftbedingungen, der Isolation, abgefunden hat, soll sie für weitere vier bis sechs Jahre hinter den Mauern verschwinden.

Vordergründiger Gegenstand der erneuten Hauptverhandlung ist ein Anschlag auf Dornier 1986, der einen Glasschaden von 500.000,- DM verursachte. Drei Leute aus der Düsseldorfer Widerstandsszene, Christian Kluth, Andrea Sievering und Rico Prauss, wurden wegen ihrer angeblichen Beteiligung an diesem Anschlag und wegen Mitgliedschaft in der "legalen RAF" zu insgesamt 28 Jahren Knast verurteilt. Luitgard Hornstein, die mit den Verurteilten befreundet war und gemeinsam mit ihnen an einer bundesweit geführten Diskussion über westeuropäische Kapitalstrategien und dagegen gerichtete Widerstandsperspektiven beteiligt war, soll nun als vierte "Tatbeteiligte" festgestellt werden. Wenn sie an dem Anschlag beteiligt war, so das Urteil des BGH, dann seien die Diskussion mit Eva Haule, ihre Beschäftigung mit "anschlagsrelevanten" Themen, die Zugehörigkeit zu einem bundesweiten Diskussionszusammenhang, die Freundschaft zu Chris, Rico und Andrea, die gelegentliche Organisierung von nicht überwachten Räumen als Tatbeiträge zu werten. Der BGH spricht von "Lebenssachverhalten". Auf diese Weise wird die gesamte Beweisaufnahme im Wesentlichen auf den Nachweis von Kontakten zu den bereits Verurteilten reduziert.

Fragwürdige Gutachten

In der laufenden Hauptverhandlung hat sich allerdings die Unterlage dieser Kontaktschuldkonstruktion von BAW und BGH ins Nichts aufgelöst. BAW und BGH behaupten, daß Andrea Sievering die drei Briefumschläge handschriftlich adressiert habe, in denen die Bekennerschreiben zur Aktion auf Dornier an Presseorgane verschickt worden waren. Dies stellte die einzige Verbindungslinie zwischen der Aktion bei Dornier und den DüsseldorferInnen her. Im bisherigen Verfahrensverlauf wurde jedoch deutlich, daß die beiden Schriftgutachten, auf die diese Behauptung gestützt ist, nichts hergeben. Das eine Gutachten ist schlicht falsch; das zweite wurde falsch interpretiert, und seine Aussage ins Gegenteil verkehrt. Das ergab die Anhörung einer Schriftgutachterin des BKA, deren Gutachten die Schrifturheberschaft Andreas' eher verneint als bejaht. "Das habe ich so sicherlich nicht gesagt", kommentierte sie die Interpretation ihres Gutachtens im Urteil.

Der achte Verhandlungstag gegen Luitgard Hornstein am 12. Juni war mit 140 BesucherInnen, darunter die Bundestags-Grüne Oesterle-Schwerin, sehr gut besucht. Es wurde nochmals deutlich, daß der Senat unter dem Vorsitzenden Berroth auf der vom Bundesgerichtshof vorgezeichneten Linie der "Lebenstatsachen" und der "Kontaktschuld" eine hohe Strafzumessung erreichen will und daß es dabei nicht unmittelbar um den Anschlag geht. "Wenn Sie so weitermachen, werden Sie den heutigen Tag im Saal nicht überleben," droht Berroth, als ein Raunen durch den Bunker geht. Nein, der Zeuge des Landeskriminalamtes soll seine Wohnanschrift nicht nennen, das wäre zu gefährlich für ihn. In der Mittagspause werden zwei ProzeßbesucherInnen verhaftet, die gar nicht wissen, daß sie überhaupt gesucht werden. Die Verhaftung geschieht in Stammheim, obwohl die beiden wohnen, wo sie polizeilich gemeldet sind. Dem Zeugen Prauss

werden zwei Polizisten zur Seite gestellt, damit er am Sprung über den Richtertisch gehindert werde, bescheidet der Vorsitzende. Die Vorspiegelung großer Gefährlichkeit dieses Zeugen, der von Berroth hin und wieder als "Angeklagter" bezeichnet wird, soll der Öffentlichkeit die Notwendigkeit der Verurteilung der Angeklagten wegen des Anschlags beweisen: Alles RAF. Bürgerliche ZeugInnen werden höflich und zuvorkommend sofort vernommen, Chris, Andrea, Rico dagegen müssen stunden-, ja ganze Tage lang "zur Verfügung des Gerichts" in einer fensterlosen Bunkerzelle im Keller des Gerichts, in verschärfter Einzelhaft auf ihre Vernehmung warten. Mit denen kann Berroth es machen, mit denen macht er's. Nicht Menschen, sondern Untermenschen sind in den Augen des Gerichts diese Zeugen und auch Luiti, deren Aburteilung schon lange feststeht. Ob Luiti in kurzen Pausen denn nicht im Gerichtssaal verbleiben könne, anstatt in die Kellerzelle gesperrt zu werden, bitten die Verteidiger. "Die Angeklagte wird abgeführt", verfügt der Vorsitzende schneidig, was dem Gerichtsbullen Gelegenheit gibt, sie ruckartig mit dem Handknebel wegzuzerren und ihr Verletzungen am Handgelenk zuzufügen. "Selber schuld", kommentiert Berroth. Der offen zur Schau gestellte Haß gegenüber der Angeklagten, die offensichtliche Voreingenommenheit des Gerichts und des Vorsitzenden hatte bereits eine ganze Reihe von Befangenheitsanträgen zur Folge, die freilich arrogant abgelehnt wurden. Alles RAF, alles in den Knast - das ist die Stimmung, die Berroth im Gerichtssaal verbreitet. Tatsächliche Indizien sind weit und breit nicht auszumachen. Berroths Devise aber ist: Durchmarsch und die Augen fest geschlossen.

Widerspruchsvolle Zeugen

Die paar selbstproduzierten Strohhalme, an die sich die Verfolger neben den untauglichen Schriftgutachten klammern, geben für einen Tatnachweis auch nichts her. Da wären zwei Zeugen, die Luitgard Hornstein eine Woche nach dem Anschlag in der Bodenseegegend gesehen haben wollen. Die verwickeln sich in Widersprüche, welche sie dann selbst mühsam zu glätten versuchen. Offenbar wollen sie nicht einfach irgendeine Beobachtung zum besten geben. Sie wollen eben den Verfolgern behilflich sein. Und da wären noch Protokolle, die ein Besuchsüberwacher des LKA hergestellt hat. Bei Besuchen von Untersuchungs- und Strafhäftlingen, die aufgrund des Terrorparagrafen 129a StGB einsitzen, ist nicht nur eine Trennscheibe obligatorisch. Sie werden auch durch Beamte des LKA überwacht, die sich Notizen machen über Gespräche, deren Inhalt ihnen naturgemäß ein Rätsel bleibt. So entstandene Besuchsprotokolle wurden am 12.6. in die Verhandlung eingeführt. Rico Prauss soll zu BesucherInnen gesagt haben: "Wo ich in der RAF gekämpft habe, da waren auch Frauen dabei." "... weil ich für Dornier verantwortlich bin", soll er gesagt haben. Und: "Wir erwarten von euch, daß die Sache am Laufen gehalten wird." Der Wahrheitsgehalt dieser Protokolle ist gleich Null. Satzfetzen werden offenbar von Besuchsüberwachern, die hören, was sie hören sollen, so protokolliert, daß die Wünsche von BAW, Polizei und Gericht optimal befriedigt werden. Die Besuchsprotokolle führten zu Besuchsverboten für Personen, die für Rico wichtig geworden waren. Das bedeutet eine Verschärfung seiner Haftbedingungen und eine Bedrohung der ehemaligen BesucherInnen. Denn die Protokolle dienen als Beleg für eine angebliche "Zellensteuerung", die BesucherInnen erscheinen als Kuriere. Und sie enthalten dumm und plump und präzise, wonach das Gericht sucht: Das "Geständnis".

Kriminalisierung der Diskussion

Rico Prauss war, ebenso wie einige Verhandlungstage vorher Christian Kluth, vom Gericht als Zeuge geladen worden. Womit dieses allerdings nicht gerechnet hatte: Die beiden konfrontierten es mit Aussagen zur Sache, die den Indizienkonstruktionen der Anklage diametral widersprechen: "Die Angriffsaktion auf den Rüstungskonzern Dornier ist nicht von uns organisiert worden", sagte Rico. "Wir haben auch nichts dazu beigetragen." Richtig sei nur, daß auch Teile der Düsseldorfer Szene an einer damals bundesweit geführten Diskussion über neue Entwicklungen im imperialistischen Europa beteiligt waren. Es wurde in diesem Zusammenhang auch darüber diskutiert, daß und wie mit vielfältigen Aktivitäten, mit Veranstaltungen, Demonstrationen, Sprühaktionen, keinesfalls also nur mit Anschlägen wie gegen Dornier, diese Entwicklungen gestört oder gestoppt werden könnten. Ähnlich wie bei Ingrid Strobl und Ulla Penselin würde die Beteiligung an einer solchen Diskussion zum hauptsächlichen Indiz für die Beteiligung an Anschlägen und darüber hinaus für die "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" aufgeblasen. Die Diskussionen, die hier angeklagt würden, konstituierten aber keine Organisation oder eine "legale Ebene der RAF". Es seien vielmehr weitverzweigte, verschachtelte, informelle Diskussionsprozesse. Der Vorwurf der "Mitgliedschaft in der RAF" sei reine Propaganda. Die RAF sei tatsächlich eine Organisation, die aus der Illegalität operiere. Er selbst und auch die anderen verfolgten DüsseldorferInnen seien dagegen nie illegal gewesen. Er hätte andernfalls z.B.

nicht, zehn Minuten nachdem er sich seinen neuen Ausweis vom Einwohnermeldeamt abgeholt hatte, verhaftet werden können. "RAF ist nicht meine Identität", sagte er. Nur zu bestimmten Anlässen, z.B. zur Herausgabe einer Broschüre, habe mensch sich, wie z.B. auch Ulla Penselin und die e-colibri-Redaktion, in einen vom Staat unkontrollierten Raum zurückgezogen. Dies sei aber etwas ganz anderes als die prinzipielle Entscheidung für ein Leben in der Illegalität. "Militanz" sei im Widerstand kein militärischer Begriff. Vielmehr bezeichne er eine Lebensweise, die sich der eigenen Gegnerschaft zu den herrschenden schlechten Verhältnissen in einem kollektiven Prozess beständig vergewissere.

Rico Prauss ging auch darauf ein, warum er diese Aussagen überhaupt macht. Die politischen Senate verurteilten, ohne irgendeinen tatsächlichen Nachweis für ihre Anklagevorwürfe zu erbringen. Um ihnen dieses Handwerk zu erschweren und um den Spieß umdrehen zu können, müßten die Methoden und Konstruktionen der Staatsschützer aufgedeckt werden. Die Aussagen der politischen Angeklagten und Zeugen richteten sich an die Öffentlichkeit. Sie sollten dazu beitragen, den politischen Inhalt des Verfahrens und die Zwecke des Staatsschutzes zu erkennen. Radikales politisches Bewußtsein, die Identität des Widerstands solle unter dem Vorwand der "Anschlagsaufklärung" als "anschlagsrelevant" und als "Mitgliedschaft in der RAF" ausgemerzt werden. Vermittelt hat die Festsetzung von Leuten aus dem Widerstand aber auch mit dem verfolgten Anschlag zu tun. Alle die tatsächlich einen Anschlag planen und durchführen, sollen sehen, daß zur Rache und Abschreckung irgendwelche Leute aus dem Widerstand auf jeden Fall eingelocht werden. Rico sprach von Geiselnahme. (Die Aussagen von Rico und Chris sind vollständig im Prozeßinfo 8 der Düsseldorfer Prozeßgruppe dokumentiert. Bezug über Infoladen, Kiefernstr. 15, 4000 Düsseldorf.)

Die Bedeutung des Verfahrens auch für uns draußen liegt auf der Hand: Die Repressionsdrohung gegen alle, die die herrschenden Gewaltverhältnisse ablehnen und deshalb ein unverkrampftes Verhältnis zur Gegengewalt haben, die Repression gegen die Organisierung einer anderen Lebensweise, wie in der Kiefern- und Hafenstraße, der Zwang zur Auswanderung von Zeitschriften wie der "radikal" oder dem "Kriminalisierungsrundbrief", sind so deutsch wie unerträglich. Wir haben die Tabuisierung von Diskussionen über Widerstandsperspektiven gründlich satt.

tz, Stuttgart

34. Staatsschutzkontrolle über Informationstechnik

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/jo.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:jo

Eine neue Weichstelle der wehrhaften Demokratie hat die Bundesregierung entdeckt: die Abhängigkeit des Staates vom einwandfreien Funktionieren moderner Computertechnik. "Mit dem zunehmenden Einsatz der Informationstechnik steigen auch die Risiken durch unrichtige, unbefugt gesteuerte, fehlende oder rechtsgutgefährdende Informationen." So steht es im Gesetzentwurf über ein neu zu schaffendes "Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik" (BSI). Bereits ab dem 1.1.91 soll dieses Amt mit umfassenden Kompetenzen den Zugriff des Staates auf Information und Informationsverarbeitung unter Staatsschutzsgesichtspunkten steuern. Propagandistisch legitimiert wird das neue Bundesamt durch eine gewaltig aufgebauscht "Hackergefahr". Die (bislang wenigstens) mehr öffentlichkeitswirksamen als praktisch nützlichen Einbrüche in den großen Bereich staatlicher Geheimhaltung sollen damit im Ansatz unterbunden werden.

Natürlich hat dieses Amt eine Vorgeschichte: Es soll aus einer Abspaltung der bisherigen "Zentralstelle für das Chiffrierwesen" (seit 1.1.89 "Zentralstelle für Sicherheit in der Informationstechnik" / ZSI) hervorgehen, die für den BND feindliche Codes geknackt und eigene entwickelt hat. Unterstellt ist die ZSI dem Geheimdienst-Koordinator im Bundeskanzleramt.

Nicht verwunderlich, daß zu den Kernaufgaben des neuen Amtes die Beratung und praktische Unterstützung von Polizei, Bundesanwaltschaft, Verfassungsschutz, Militärischem Abschirmdienst und Bundesgrenzschutz (der, wie die Computerwoche berichtet, schon jetzt den gesamten Funkverkehr in der BRD abhört) bei Fahndungen und Abhöraktionen gehören soll. Ein Hohn dagegen, daß auch der Bundesdatenschutzbeauftragte auf diese Stelle zurückgreifen soll - was bedeutet, daß dieselben Leute, die Datenschutzverstöße organisieren und abtarnen, auch für ihre "Aufdeckung" zuständig werden. "Alle Umstände legen in der Tat den Verdacht nahe, daß hier ein Spezialistencorps zur möglichst sachkundigen Aushebelung des Datenschutzes etabliert werden soll. Daß der Bundesbeauftragte (für Datenschutz) selbst die Regierungspläne unterstützt, beruhigt keineswegs, im Gegenteil." (Kommentar Computerwoche)

In Amtshilfe beim Schnüffeln und Abschottung des Staates vor unerwünschten Einblicken ist jedoch die Aufgabenstellung des neuen Sicherheitsamtes nicht erschöpft. Es soll auch Empfehlungen und Normen für "sichere" Computerprogramme vorgeben, und einen Produktprüfungs-Service für die Wirtschaft bieten. Der Schutz vor Störanfälligkeit von Software ist damit allenfalls am Rande gemeint - für eine ernsthafte "Validierung" (vollständige Prüfung auf korrekte Funktion) sind die meisten Softwaresysteme viel zu komplex. Dagegen eignen sich Sicherheitsstandards vorzüglich als Waffe im innerimperialistischen Konkurrenzkampf: Wer diese Normen definiert und international durchsetzen kann, kann damit Fremdanbietern den Zugang zum Markt erheblich erschweren. Vor einigen Monaten ist es der ZSI gelungen, die deutschen IT-Sicherheitskriterien als Grundlage für einen künftigen NATO-Standard zu verankern, durch den das US-amerikanische "Orange Book" abgelöst werden soll. Damit würden Prüfungen und Zertifikate des BSI zum Nadelöhr, das jede "sicherheitsrelevante" Software auf dem westlichen Markt passieren muß.

Auch im EG-Rahmen ist die BRD dabei, Fakten zu setzen. "Im Vorgriff auf eine angestrebte Zusammenarbeit aller Nationen Europas haben für Fragen der IT-Sicherheit zuständige Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland (‚Vierergruppe`) eine enge Zusammenarbeit für diesen Bereich vereinbart." (ein IT-Berater der Bundesregierung, in Computerwoche) Ein zwischen diesen Nationen abgestimmter Entwurf für IT- Sicherheitskriterien (auf Grundlage bundesdeutscher Vorgaben) soll bereits im Frühsommer 1990 vorgelegt werden.

Aber zurück zum BSI-Gesetzentwurf: "Im übrigen müssen allgemein kriminell, extremistisch oder nachrichtendienstlich motivierte Einbrüche in informationstechnische Systeme rechtzeitig erkannt, ihre Auswirkungen bewertet und Möglichkeiten zur sachlichen Beweisführung aufgezeigt werden." (BSI-Gesetzentwurf). Um "plötzlich und überrraschend auftretenden Risiken", durch Hacker, Viren usw., schnell und wirkungsvoll begegnen zu können, gibt es einen "Kommunikationsplan IT-Sicherheit" (KITS). Hinter dem schönen Titel verstecken sich allerings alte Bekannte: "Federführend für die Entgegennahme von Informationen über mögliche Gefährdungen ist das für die allgemeine Verbrechensbekämpfung zuständige Bundeskriminalamt (BKA). ... Dem BKA können Informationen über mögliche Gefährdungen aus beliebigen

Anwenderbereichen (Wirtschaft, Wissenschaft, öffentliche Verwaltung) zugeleitet werden." Das BKA bewertet die Situation, gibt erforderlichenfalls Warnmeldungen heraus und empfiehlt Schutzmaßnahmen. Das KITS-Verfahren - und damit die zentrale Zuständigkeit des BKA in allen akuten Fällen - wurde in aller Stille Anfang 1989 eingeführt und habe sich "bereits mehrfach bewährt". (IT- Berater der Bundesregierung)

Nicht nur das Hackerwesen soll allerdings von den Aktivitäten des neuen Bundesamtes betroffen sein, sondern vielmehr jede oppositionelle Tätigkeit, die sich der Informationstechnik bedient. Bei der Durchsuchung der Hafenstraße durch das BKA etwa wurden auch jede Menge von - teilweise verschlüsselten - Disketten beschlagnahmt. Grundsätzlich macht der Stand der PC-Technik es für praktisch jeden sehr einfach, Informationen, die konspirativ bleiben sollen, so zu codieren, daß sie nur unter gigantischem Aufwand zu entschlüsseln wären. Die Kontrolle solcher Verschlüsselungsalgorithmen durch den Staat dürfte eine insgeheime Aufgabe der neuen Behörde sein. "Wie ein Mitarbeiter eines einschlägig aktiven Unternehmens erzählt, wird auch heute noch kein leistungsfähiger Chiffrieralgorithmus zur Implementierung freigegeben, für den nicht eine `Trap' definiert ist, über die er jederzeit geknackt werden könne." (Computerwoche)

Nicht zuletzt wird in der künftigen BSI-Zentrale aller staatliche Sachverstand konzentriert sein, wenn es um die Veränderung/Verfälschung von Daten geht. Wer aber Datenfälschungen nachweisen kann, weiß auch, wie er Manipulationen an Datenbeständen begeht und vertuscht. Mit dem BSI wird eine polizeilich/geheimdienstlich ausgerichtete Einrichtung geschaffen, die die fachliche Kompetenz und die praktische Möglichkeit zur - durch andere Institutionen nicht nachweisbaren - Datenfälschung besitzen wird. Angesichts einer Entwicklung, bei der immer mehr gesellschaftlich, politisch und juristisch wichtige Information nicht mehr "auf Papier", sondern nur noch auf Datenträgern vorliegt, ein immenses staatliches Gefahrenpotential.

Ein Genosse des anti-rep-Bereichs

Der Artikel stützt sich wesentlich auf Berichte der "Computerwoche", (quasi das Standesorgan der EDV-Branche) vom 22.12.89, 23.3. und 15.6.90, insbesondere auf die dort veröffentlichten Beiträge des "Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V."

35. Akten zu - Gerichtssäle auf! Göttinger Ermittlungsverfahren gegen Polizei eingestellt

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:26

Am 19.11.89 starb Conny W. am Ende und Höhepunkt eines Einsatzes des berüchtigten ZSK - Zivilen Streifenkommandos -; "Sollen wir sie plattmachen - Ich bin dabei!". Dieser Wortwechsel im Bullenfunk ging dem Finale voraus. Nicht nur in Göttingen wurde in der Folgezeit die Arbeit derartiger Sonderkommandos und der Einsatz gegen die Gruppe, in der sich Conny befand, diskutiert und kritisiert. Eine Zeitlang war die Parole "Auflösung des ZSK" die populärste, weil einleuchtendste auf Flugblättern, Häuserwänden und Veranstaltungen ... .

Kapitel 1: Tod im Rahmen der Gesetze

Länger als ein halbes Jahr arbeitete die Göttinger Staatsanwaltschaft daran, die ursprünglich sehr widersprüchlichen Bullenversionen auf eine Linie zu bringen. Herausgekommen ist ein Freispruch erster Klasse für die Bullen, Hohn und Beschuldigung für die Tote.

"21.17 Uhr: Als acht Polizisten aus ihrem Streifenwagen steigen, laufen die Autonomen davon. Auch die 24jährige Cornelia W.. 21.18 Uhr: Die Frau rennt auf die Weender Landstraße. Das Auto kommt. Unfall. Conny W. ist tot." So berichtet das Göttinger Tageblatt (13.6.90) über die staatsanwaltschaftlichen Erkenntnisse und zitiert dann: "Der tragische Tod von Frau W. kann weder dem Führer des Unfallfahrzeuges noch den für den Einsatz verantwortlichen Polizeibeamten vorgeworfen werden. ... Gegen die Polizei könne der Vorwurf der fahrlässigen Tötung nicht erhoben werden. Anders wäre es, wenn die Anordnung der Personalienfeststellung pflichtwidrig gewesen wäre. Das war aber nicht der Fall. Denn: Die Autonomen seien einer Straftat verdächtig gewesen oder seien zumindest als Zeugen in Betracht gekommen.". Der berüchtigte Einsatzbefehl "Die sollten wir ruhig mal plattmachen" sei laut Bullerei und Staatsanwaltschaft die "Anordnung an eine Person, sich flach auf den Boden zu legen, um sie besser durchsuchen zu können." (ebda.). Der Bullenjargon ist eben rüde wie die Praxis - warum und seit wann das Hinlegen aber für "Zeugen" gilt (anderes waren die Leute dieser Gruppe bisher nicht), läßt die Staatsanwaltschaft ungeklärt. Nach ihrer Logik ist das auch nicht nötig; denn sie geht davon aus, "daß die Autonomen den Polizeifunk abgehört hatten. Und: So sei nicht auszuschließen, daß die Formulierung 'plattmachen' Anlaß für Flucht und den Tod der Studentin war."

Möglicherweise unfreiwillig, aber dennoch deutlich zeigt die Staatsanwaltschaft noch mehr als nur Hohn für die Tote. In Göttingen sind eine ganze Reihe von Dokumentationen erschienen, in denen anhand des Bullenfunks konkrete Analysen von Strukturen, Arbeitsweisen und Mentalität der Sonderkommandos, der Einsätze bei Demonstrationen, der Verfolgung der Linken und des Schutzes für Faschos etc. erstellt worden sind ... Immer wurden die härtesten Brocken des Bullenfunks als "sprachliche Ausrutscher", "Verletzung der Funkdisziplin" weggewischt. Verknackt wurden allenfalls die KritikerInnen ... Jetzt hat die Staatsanwaltschaft belegt, daß sie sich bei diesem Geschäft auch durch Tote nicht beirren und behindern läßt.

Hinweise dafür boten sich in der juristischen Aufarbeitung der Konflikte zum ZSK und Faschos, des Todes von Conny und der bundesweiten Demo am 25.11.89. Auch nach Abschluß des Ermittlungsverfahrens liegen die Akten dem Anwalt der Verwandten von Conny - trotz mehrerer Zusagen - immer noch nicht vor; die am Einsatz beteiligten Bullen wurden erst 5 bis 8 Tage nach dem Einsatz zur Sache vernommen. Die Staatsanwaltschaft konzentrierte sich darauf, "Zeugen" aus den Reihen der Autonomen zu finden. Kurz: Die Staatsanwaltschaft ließ sich und der Bullerei Zeit, Zeit, in der die Wogen der Empörung geglättet werden könnten; Zeit, in der sich wackere SPD Professoren im Dialog mit den Autonomen üben durften anläßlich der nicht ganz gewaltfreien Demo am 25.11.; Zeit, in der höhere Bullenkader sich um runde Tische drängelten, um entsetzte Bürger zu besänftigen; Zeit, in der der Öffentlichkeit gezeigt werden konnte, wie sehr betroffen alle durch diesen von der Staatsgewalt herbeigeführten Tod doch waren. Zeit auch, in der sich die Justiz mit Fingerübungen fürs Alltagsgeschäft begnügen mußte unter den erschwerten Bedingungen einer aufgeschreckten Öffentlichkeit.

Fingerübungen, das waren Ermittlungsverfahren gegen Plakate und Transparente, die davon sprachen, daß "Conny von der Polizei ermordet" oder "in den Tod getrieben" worden sei. Diese Verfahren laufen noch. Jetzt aber heißt es:

Kapitel 2: Vorhang auf fürs eigentliche Geschäft

1. Am 7.6. fand der erste Verhandlungstag gegen S.K. aus Fürth statt. Ein Provinzgericht in Höchstform war in Göttingen zu erleben: Leibesvisitationen, "Einlaßquote" - zwei Männer, eine Frau, weil nur eine Beamtin da war -, eine völlig hingeschluderte Anklageschrift. Denkwürdig auch die Entscheidung des Richters zu einem Antrag der Verteidigung auf Verlegung in einen größeren Saal: "Ich verhandle grundsätzlich nicht im Schwurgerichtssaal". Ein zweiter Verhandlungstag wurde auf einen Termin gelegt, zu dem die Verteidigerin nachweislich nicht kommen konnte; nur ein ärztliches Attest konnte verhindern, daß der Richter an diesem Tag seinen zu erwartenden Schuldspruch durchzog.

Ach so, ja: angeklagt ist der Autofahrer S.K. wegen Mitführens von einer Kiste leerer Bierflaschen, einem Kanister Öl, einem Kanister Bier, etwas Autodichtmasse ... am 25.11., dem Tag der überregionalen Demo.

2. Ruckzuck verknackt wurde am 18.6. in Göttingen eine Frau aus Frankfurt/Main zu 12 Tagessätzen wegen Mitführens einer "Hassmaske" und einer CS-Sprühdose im Auto.

3. Schneller waren die Richtersympathisanten in Karlsruhe. Am 23.5. - noch vor offiziellem Abschluß des Ermittlungsverfahrens gegen den Polizeieinsatz in Göttingen am 19.11. - wurden dort drei Leute verknackt zu 60, 70 und 35 Tagessätzen. Strafbar hatten sie sich gemacht, weil sie - doch das muß zitiert werden:"M. verteilte am Rande dieser Kundgebung (zu El Salvador am 20.11.89!) ein Flugblatt (aus Göttingen) vom 18.11.89 mit der Überschrift 'Polizei tötet Antifaschistin' (...), in dem die eingesetzten Polizeibeamten bewußt wahrheitswidrig bezichtigt werden, 'ermordet' zu haben."

"W. (...) verlas bei dieser Kundgebung den Inhalt des genannten Flugblattes (...). Am Ende seiner Rede skandierte er laut die Parole 'BRD - - Bullenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt'. Den Angeschuldigten war in beiden Fällen klar, daß der Vorwurf der vorsätzlichen Tötung der C.W. in Göttingen jeglicher Grundlage entbehrte ..."

Verurteilt wurden sie dann, weil sie wider besseres Wissen eine unwahre Tatsache verbreitet, verächtlich gemacht und in der öffentlichen Meinung herabgewürdigt und öffentlich die Bundesrepublik Deutschland beschimpft bzw. Hilfe dazu geleistet haben sollen. Wohlgemerkt: Am 17.11.89 starb Conny, am 18.11. erscheint das Flugblatt, das in Karlsruhe am 20.11.89 verlesen wird. In Göttingen hat die Staatsanwaltschaft zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal richtig der Ermittlungen aufgenommen, geschweige denn die Bullen dazu vernommen. Am 23.5.90 unterstellt die Staatsanwaltschaft Karlsruhe den Leuten, ihr Vorwurf "entbehre jeglicher Grundlage". Sie bezieht sich dabei "fürsorglich" auf die Göttinger Akten, die noch nicht offiziell abgeschlossen sind und von denen der Göttinger Anwalt der Verwandten Connys noch kein Blatt gesehen hat - und verknackt die Leute.

Das zeigt zum einen, was von den "intensiven" Göttinger Ermittlungen zu halten ist; zum anderen ist von kommenden Verfahren nichts Gutes zu erwarten.

KB Göttingen

36. Internationaler Kongreß Migration und Rassismus in Europa - Hamburg 27.-30. September 1990

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:50

"Für die Linke waren Fragen, die mit der Tatsache, daß die Gesellschaft der BRD eine Einwanderungsgesellschaft ist zusammenhängen, sowieso noch nie ein wichtiges Thema." Ein Kongreß zum Thema Migration und Rassismus Ende September in Hamburg soll helfen, hier Abhilfe zu schaffen. Und das scheint angesichts der aktuellen Entwicklung dringlicher denn je. Jemand aus der Vorbereitungsgruppe des Kongresses gibt in diesem Artikel einen Überblick zur Problematik, den Themen und Zielen des Kongresses und einen Überblick über die wichtigste Literatur.

Im Dezember 1989 startete die Bundesregierung eine Plakat- und Anzeigenkampagne unter dem Motto: "Offene Grenzen - Offene Herzen". Genau zur gleichen Zeit beschloß das Bundeskabinett ein neues Ausländergesetz, dessen obersten Grundsatz "das Prinzip der Nichteinwanderung" bildet. Grenzen und Herzen sollten für die offen sein, die "deutscher Abstammung" sind.

Ein vergleichbares Bild auf europäischer Ebene: Die Europäische Integration steht vor der Tür, die innereuropäischen Grenzen werden durchlässiger oder verschwinden ganz. Gleichzeitig arbeitet eine EG-Kommission daran, die Einwanderung aus "Drittländern" zu verhindern. Vor wenigen Tagen, am 19. Juni, wurde bereits das Schengener Abkommen unterzeichnet: Parallel zur Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen den fünf Unterzeichnerstaaten werden ihre Außengrenzen dichtgemacht.

In der BRD wurde im April/Mai 1990 das Ausländergesetz, das nicht nur die äußeren Staatsgrenzen, sondern auch die Grenzen innerhalb des Landes - durch die Bevölkerung - verstärkt, von Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Ein ausgeklügeltes System von Unterscheidungen und Differenzierungen trennt nicht nur die Staatsbürger von den "Ausländern", die weiter ausgegrenzt und denen die Bürgerrechte vorenthalten werden, sondern sortiert die "Ausländer" noch einmal in Aufenthaltsberechtigte, Menschen mit unbefristeter und befristeter Aufenthaltserlaubnis, für einen bestimmten Aufenthaltszweck Zugelassene und vorübergehend Geduldete.

"Ausländer raus"

Liegen die Meinungsumfragen richtig, dann wollen die Bundesbürger mehrheitlich weder "Asylanten" aufnehmen noch "Ausländer" zulassen. In der Frage der "Aussiedler" und "Umsiedler", die von der Mehrheit der Bevölkerung auch nicht mehr gewollt werden, scheint die futterneidische, pragmatische Variante des Nationalismus zur Zeit stärker zu sein als ein völkischer, großdeutscher Nationalismus. Ob und wie sich dies im Vereinigungsprozeß ändert - darüber kann man jetzt nur Vermutungen anstellen. In der Ablehnung der Nicht-Deutschen sind sich die BRD- und DDR-Deutschen auf jeden Fall einig.

"In einer Zeit, da nicht nur die Volkswirtschaft, sondern auch die Volksseele belastet scheint durch den Zustrom von Deutschen aus der DDR und östlichen Staaten, (ist) eine Begrenzung des Zuzugs von Ausländern angezeigt," heißt es in der FAZ vom 12.2.1990 - und dies ist nur ein Beispiel für die weitverbreitete Auffassung, daß Schluß sein müsse mit jeder Form der Immigration von Nicht- (Volks-)Deutschen.

"Ausländer rein"

Nach dem "Tag der Deutschen" im letzten Herbst war vorübergehend in Vergessenheit geraten, was unter anderem CDU-Modernisierer, einzelne Kapitalisten und Zeitschriften wie die "Wirtschaftswoche" konstatiert hatten: "Vergreisung der Deutschen" trotz Aus- und Umsiedlern (Geißler), "alternde Bevölkerung" aber bedeute "schrumpfende Wirtschaft" (Reuter, Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz). Also würden weiterhin Einwanderer gesucht. Die "Wirtschaftswoche" forderte aus rationalen ökonomischen Überlegungen auf der Titelseite: "Ausländer rein!" (vgl. auch Roland Tichy: Ausländer rein, München 1990).

Während in den ersten Monaten des Jahres 1990 in der bundesdeutschen Presse noch über angeblich "notwendige Zuzugsbegrenzungen für Ausländer" geschrieben wurde, berichtete die britische Presse schon über neue Formen der Anwerbung von Arbeitskräften in die BRD: Tatsächlich wurden während der letzten

Monate mit allen osteuropäischen Ländern bereits Verträge abgeschlossen, die es ermöglichen, Arbeitskräfte während eines festgesetzten Zeitraums in der BRD zu beschäftigen. Der Widerspruch zwischen der ökonomischen Notwendigkeit, Arbeitskräfte zu importieren, und dem politischen Widerstand gegen Einwanderung soll durch erneute Einführung des Rotationsprinzips gelöst werden. Das Instrumentarium dafür liefert das neue Ausländergesetz mit der neu eingeführten "Aufenthaltsbewilligung", die nur für einen bestimmten Zweck und bestimmte Dauer gilt.

Rassismus - der blinde Fleck in Migrationstheorie und Multikulturalismus

Das Zusammenspiel von kapitalistischer Internationalisierung, was eben auch die Internationalisierung der Arbeitsmärkte, also große Migrationsbewegungen mit sich bringt, einerseits und ideologischer Re-Nationalisierung und zunehmendem Rassismus andererseits, stellt Kritiker und Gegner dieser Entwicklungen vor schwierige theoretische und praktische Probleme und Aufgaben.

Die theoretischen Einsichten in diese Prozesse sind in der BRD mager, die politischen Debatten provinziell; für die Linke waren Fragen, die mit Migration bzw. mit der Tatsache, daß die Gesellschaft der BRD eine Einwanderungsgesellschaft ist, zusammenhängen, sowieso noch nie ein wichtiges Thema.

Die etablierte Migrationsforschung hat sich darauf konzentriert, die Einwanderer (die sie im Einklang mit der Staatspolitik "Ausländer" nennt) zum Problem zu machen. Sie hat ignoriert, daß eine Gesellschaft, die von der Einwanderung zwar profitieren, die Tatsache der Einwanderung aber nicht wahrhaben und akzeptieren will, das eigentliche Problem darstellt. Rassismus - ein Grundmechanismus der Abwehr, Ausgrenzung und Diskriminierung - ist der blinde Fleck der Migrationsforschung.

Auch diejenigen, die jetzt den kulturellen Austausch und nicht mehr die Unterordnung unter die "deutsche Kultur" fördern wollen, schweigen meist über Rassismus oder sehen die "Ausländerfeindlichkeit" - wie das Phänomen in der BRD genannt wird - als Ergebnis gestörter zwischenmenschlicher Kommunikation oder mangelnder Sachinformation an. Daraus resultiert ein hilfloser Antirassismus, der den Fremdenhaß durch multikulturelle Werbeveranstaltungen und Beschnupperungsprogramme zähmen und durch umfassende Information über die Einwanderer, ihre Lebensgewohnheiten und - vor allem - ihren Nutzen für die Einheimischen bei diesen "Vorurteile abbauen" und "Verständnis schaffen" will.

Weit verbreitet - besonders unter Linken - sind auf der anderen Seite auch völlig unzulängliche ökonomistische Erklärungen, die Ausländerfeindlichkeit bzw. Rassismus nur als Produkt von Wirtschaftskrise, Wohnungsnot und Sozialabbau begreifen.

Warum ein Kongreß?

Der Kongreß, der vom Institut für Migrations- und Rassismusforschung in Hamburg organisiert wird, kann natürlich die Mängel der bundesdeutschen Debatten nicht unmittelbar beheben. Ziel der Veranstalter ist es, durch Vorstellung eines Teils der wenigen bundesdeutschen theoretischen Versuche zum Thema Migration, in denen die Phänomene Rassismus und Nationalismus nicht ausgeblendet werden, und vor allem durch Beiträge aus anderen europäischen Ländern (aber auch aus den USA, Kanada und Australien) eine Debatte über Rassismus auch in der BRD zu initiieren. Immerhin könnte die Rezeption der Forschung und Diskussion aus anderen Ländern dazu beitragen, in der BRD wenigstens neue Fragestellungen zu entwickeln: Also z.B. nicht mehr zu fragen: "Welche Defizite und Integrationsprobleme haben Einwanderer?", sondern: "Was sind die Ursachen und Mechanismen ihrer Ausgrenzung? Welche Strategien sind dagegen möglich?" Gerade auch zum letztgenannten Punkt gibt es beispielsweise in England, Frankreich, Holland und Schweden langjährige Erfahrungen, die unbedingt in die beginnende bundesdeutsche Diskussion über Multikulturalismus und Antirassismus eingehen sollten.

Außerdem ist es sinnvoll, gegen die kapitalistische Internationalisierung und Europäisierung neue Formen des Internationalismus zu entwickeln. Am letzten Tag des Kongresses wird es daher ausschließlich um den Austausch und die Diskussion der Erfahrungen von Antirassismus-Gruppen aus europäischen Ländern gehen. Die Abschlußdiskussion wird sich mit den Perspektiven der Immigranten nach der Europäischen Integration beschäftigen.

Der Kongreß ist öffentlich; Veranstaltungen, die nicht in deutscher Sprache stattfinden, werden simultan oder konsekutiv übersetzt; das Programm ist in acht Sektionen aufgeteilt.

Zum Kongreß-Programm

Den Schwerpunkt von Sektion 1, Rassismus, bilden Vorträge und Diskussionen zu - vor allem - gesellschaftstheoretischen Modellen zur Erklärung von Rassismus. ReferentInnen sind unter anderem Stuart Hall, Phil Cohen (beide aus London), Colette Guillaumin, Etiénne Balibar, Veronique de Rudder (alle aus Paris), Chris Mullard, Philomena Essed (Amsterdam), Uli Bielefeld (Hamburger Institut für Sozialforschung) und W.F.Haug (Berlin).

Da das Programm-Heft zum Kongreß, in dem die Veranstalter u.a. Kurzfassungen der Referate veröffentlichen wollen, erst Ende August vorliegen wird, viele Interessierte aber sich schon früher vorbereiten möchten, geben wir hier wenigstens ein paar Literaturhinweise zu diesem Programmpunkt. Dies ist nicht ganz leicht, da - und dies ist ja gerade ein Grund für die Notwendigkeit eines solchen Kongresses - wichtige Texte auf Deutsch nicht vorliegen. Dennoch: wer ein wenig Einblick in die englische und französische Diskussion bekommen möchte, sollte folgende Aufsätze lesen:

- Etienne Balibar: Gibt es einen "neuen Rassismus"? (in: Argument 175/1989)

Robert Miles: Bedeutungskonstitution und Begriff des Rassismus (ebd.)

Stuart Hall: Ausgewählte Schriften, Hamburg 1989 (darin einige Aufsätze zum Thema)

- John Solomos: Spielarten der marxistischen Konzepte von "Rasse", Klasse und Staat: eine kritische Betrachtung (in: Peripherie 24/1986)

Zu empfehlen ist auch die Lektüre der "klassischen" Arbeiten über Rassismus:

- Albert Memmi: Rassismus, Frankfurt 1987.

- George L. Mosse: Rassismus. Ein Krankheitssymptom in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Königstein 1978.

- Léon Poliakov u.a.: Über Rassismus. 16 Kapitel zur Anatomie, Geschichte und Deutung des Rassenwahns, Frankfurt-Berlin-Wien 1984.

Interessante Beiträge aus der bundesdeutschen Rassismus-Diskussion sind zu finden in: Autrata u.a. (Hg.): Theorien über Rassismus, Hamburg 1989.

Für diejenigen, die es gern kürzer hätten, kann als Kurzabhandlung zur Geschichte des Rassismus empfohlen werden: Micha Brumlik, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus - Zur Geschichte eines menschenfeindlichen Deutungsmusters, in: Soziale Welt 1983).

Zu den neuen Diskussionen in Frankreich gibt es eine informative Rezension von Gerhard Höhn über Arbeiten zu "Neorassismus und Antirassismus" (Frankfurter Rundschau, 29.8.89).

Sehr instruktiv ist auch der vor kurzem erschienene Aufsatz "Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus" von Jost Müller (in: DISKUS, Frankfurter StudentInnenzeitung 2/90). Müller liefert nicht nur einen recht guten Überblick über die verschiedenen Rassismus-Theorien und historischen Formationen des Rassismus, sondern versucht auch aufzuzeigen, daß es " 'geheime' Korrespondenzen zwischen dem differentiellen Rassismus der Neuen Rechten und dem durch die multikulturalistische Ethik fundierten Antirassismus" gibt. Mit "differentiellem Rassismus" wird in der französischen Diskussion der "neue Rassismus" bezeichnet, der " - jedenfalls auf den ersten Blick - nicht mehr" wie der universelle Rassismus des 18. Jahrhunderts oder der superiore Rassismus des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts "die Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker über andere postuliert, sondern sich darauf 'beschränkt', die Schädlichkeit jeder Grenzverwischung und die Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen zu behaupten" (Balibar).

Da es in der BRD sehr häufig eine begriffliche Vermischung von Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit gibt, sei hier auch auf Micha Brumliks Artikel aus der "dvz/die tat" vom 28.10.1988 hingewiesen: "Gestern Juden, heute Türken? Überlegungen zu einem falschen Vergleich".

Daß der moderne Antisemitismus wesentlich mehr ist als ein gegen Juden gerichteter Rassismus, darüber klärt Detlev Claussen in seiner Gesellschaftstheorie des Antisemitismus (Grenzen der Aufklärung, Frankfurt

1987) auf. In dem schon klassischen, vielfach nachgedruckten Aufsatz von Moishe Postone: Die Logik des Antisemitismus (zuletzt erschienen unter dem Titel "Nationalsozialismus und Antisemitismus" in: Dan Diner (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt 1988) wird der spannende Versuch unternommen, Antisemitismus und Massenvernichtung mit den Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie zu fassen.

Eine Veranstaltung des Kongresses wird sich mit den Zusammenhängen und Unterschieden von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus beschäftigen. Außerdem wird das Verhältnis dieser Phänomene zum Sexismus diskutiert werden.

Der Zusammenhang von Nationalstaat, Rassismus und Sexismus wird vor allem in den Veranstaltungen mit den Referentinnen Floya Anthias, Nira Yuval-Davis (London), Jan Pettman (Canberra) und Roxanna Ng (Toronto) diskutiert werden.

In Sektion 2, Migration, werden globale Theorien über die politischen und ökonomischen Ursachen von Migration zur Diskussion gestellt (Deutschsprachige Literatur zur Einführung: Stephen Castles, Migration und Rassismus in Europa, Berlin 1987; Lydia Potts: Weltmarkt für Arbeitskraft, Hamburg 1987, beide auch ReferentInnen auf dem Kongreß) und wird die Geschichte der Migration in Europa untersucht: Robert Miles (Glasgow) referiert über die Migration nach Großbritannien, Gérard Noiriel (Paris) über das französische Modell der Einwanderung. Einen guten Überblick über die Einwanderung nach Deutschland bzw. in die BRD liefert Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter - Zwangsarbeiter - Gastarbeiter (Bonn 1986).

Czarina Wilpert (Berlin) und Michael Fritsche (Oldenburg) werden die bundesdeutsche Migrationsforschung ihrer Kritik unterziehen: also zu belegen versuchen, daß Rassismus den blinden Fleck dieser Forschung bildet (Wilpert) und die Migrationsforschung darüberhinaus entscheidenden Anteil daran hat, Migranten zu marginalisierten Minderheiten zu machen (Fritsche). Remco van Capelleveen (Berlin) wird am Beispiel der USA zeigen, wie sich Einwanderungsgesellschaften durch die Immigration verändern ("Dritte-Welt-isierung" der USA). Zu diesem Thema gibt es von ihm u.a. die Aufsätze: "Dritte Welt"-Migration in die USA (in: ProKla 74/1989) und: Die Transformation der metropolitanen Ökonomie. Karibische Migranten in New York City (in: ProKla 60/1985). Sehr zu empfehlen ist auch sein Aufsatz: "Schwarze Erfahrung und Marginalität. Zum Verhältnis von Rassismus und Klassengesellschaft in den USA" (in: Peripherie 20/1985).

In einem Beitrag von Ferrucio Gambino (Padua) wird das Verhältnis der italienischen Gesellschaft zur afrikanischen Immigration untersucht. Helma Lutz (Amsterdam) und Annie Phizacklea (London) referieren über die besondere Situation der Einwanderinnen im Arbeitsprozeß und als Mittlerinnen zwischen Einwanderern und Aufnahmeland.

Zu den übrigen Sektionen sollen an dieser Stelle nur Kurzinformationen gegeben werden.

In Sektion 3, Nation, geht es um Geschichte und Konstitution des Nationalstaates, um Staatsbürgerschaft und Bürgerrechte und um Nationalismus. Zum Teil wird es thematische Überschneidungen mit Sektion 6, Politik, geben, in der die Ausländer-bzw. Einwanderungspolitik und Gesetzgebung der verschiedenen Staaten analysiert wird. Während in Sektion 3 der Schwerpunkt auf Nationalismus als Ideologie beziehungsweise der Konstruktion von "nationalen Identitäten" liegt, beschäftigen sich die Beiträge in Sektion 6 vorrangig mit der Rolle des Staates, z.B. bei der Konstruktion "ethnischer Minderheiten" (Jan Rath), bei der "Rassifizierung" der Immigranten (Max Silverman) und mit dem Verhältnis von "politischer Sprache und rassischem Diskurs" (Solomos). Fritz Franz untersucht die Bedeutung des in der BRD gültigen Abstammungsprinzips im Staatsangehörigkeitsrecht "als Nährboden nationaler Überheblichkeit". C.U. Schierup referiert über die Konstruktion und Krise des schwedischen Multikulturalismus.

In Sektion 4 werden Theorien, politische Konzeptionen und Strategien der Neuen Rechten analysiert (ReferentInnen sind Irmgard Pinn, Siegfried Jäger, Eike Hennig und Ali Yurttagül).

In Sektion 5 geht es um Fragen von Kultur und Ideologie, z.B. um die Bedeutung von Sprache sowohl für die Entstehung rassistischer Ideologie (Jürgen Link, Teun van Dijk) als auch zur Kontrolle immigrierter Minderheiten (Skutnabb-Kangas und Phillipson). Cihan Arin wird aufzeigen, wie mit Kultur Politik gemacht wird, nämlich Migranten marginalisiert und von der Politik ausgeschlossen werden.

In Sektion 6 werden, neben den schon oben erwähnten Themen, Erfahrungen mit einer Gesetzgebung gegen Diskriminierung von Einwanderern diskutiert werden (z.B. Antidiskriminierungsgesetz in Holland; Arbeit der Commission for Racial Equality in England).

In Sektion 7, Erziehung, werden Modelle interkultureller Pädagogik und muttersprachlichen Unterrichts vorgestellt und Inhalte, Möglichkeiten und Grenzen antirassistischer Erziehung, also z.B. Probleme und Widersprüche institutionalisierter antirassistischer Erziehung diskutiert.

Zum Abschluß, am Sonntag, den 30.9., werden Organisationen und Initiativen, die antirassistische Strategien entwickeln und praktizieren, ihre Aktivitäten und Erfahrungen zur Diskussion stellen.

Das Programm mit allen Themen und ReferentInnen, Informationen zu organisatorischen Fragen und Anmeldezettel gibt es bei: Institut für Migrations- und Rassismusforschung, Rutschbahn 38, 2000 Hamburg 13, Tel. 040/452162.

Dort möchten sich auch bitte recht bald alle Leute aus Hamburg melden, die Schlafplätze anbieten können.

37. Die HEW - ein Nazikonzern, von Karl Heinz Roth

Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:19

BRD-Konzerne sind heute wieder auf dem Vormarsch und es ist nützlich, ihre Geschichte und ihre Kontinuität zu kennen. Über die Geschichte des HEW-Konzerns bis heute referierte Karl Heinz Roth auf einer Versammlung der Hafenstraßenbewohner aus Anlaß einer Stromsperre, die die Hamburgischen Elektrizitäts-Werke (HEW) gegen die Hafenstraßen-Häuser im Sommer 1989 verhängt hatte. Eine Geschichte, die auch für die AK-LeserInnen interessant ist. Der Text ist aus Platzgründen stark gekürzt.

Die HEW ist ein Granitpfeiler wirtschaftlicher Macht im Herrschaftsgefüge der Hamburger Region. Sie war führend dabei, als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ganze Polizeiarmeen gegen den Massenprotest der AKW-Gegner mobilgemacht wurde. Sie hat eine Prozeßlawine gegen die Initiativen zum Strompreisboykott (Strobo-Initiativen) losgetreten und sie innerhalb von zwei Jahren kaputtprozessiert. Im Verein mit den übrigen Aktiengesellschaften des bundesdeutschen Stromkartells hat die HEW 1981 den damaligen Hamburger Bürgermeister Klose gestürzt. Jetzt steht sie in vorderster Front gegen die Hafenstraße- und Schanzenviertelbewegung und greift sie mit den Mitteln ihres Strom- und Wärmemonopols kompromißlos an. Ihre Taktiken richten sich jeweils nach den Widerstandsmöglichkeiten des Gegners. Sie kauft Rechtsgutachten, operiert mit gefälschten Planungsunterlagen und gezielten Desinformationen, prozessiert durch alle Instanzen und setzt immer wieder ihr wichtigstes Erpressungsmittel ein, die Stromsperre. So vielfältig wie ihre Widersacher sind die Taktiken, mit denen sie sie in Schach hält. Auf allen Ebenen agiert sie kaltschnäuzig und skrupellos.

So operiert nur ein Konzern, der sich für völlig unangreifbar hält. Woher kommt diese Macht? Wie ist sie ins Funktionieren gekommen? Wo liegen die Schnittpunkte und Arbeitsteilungen mit den politischen Machtträgern? Wer steht überhaupt hinter der Konzernmacht HEW?

Um diese Fragen zu klären, müssen wir uns die HEW als einer geschichtlich gewachsenen Konzernstruktur nähern. Der kritisch-historische Rückblick ist unverzichtbar. Im Gegensatz zu meinen ersten hypothetischen Annahmen müssen wir sogar weit hinter die Zeit der Nazidiktatur zurückgehen.

Kampf um das Verteilermonopol

Die Hamburgische Electricitäts-Werke AG ist 1894 als rein privatkapitalistisches Unternehmen entstanden. Vorausgegangen war ein Jahr zuvor ein Konzessionsvertrag des Hamburger Senats mit dem künftigen Betreiber, der Schuckert & Co., einem der Vorläufer des heutigen Siemens-Konzerns. Die HEW, an deren Grundkapital Schuckert & Co. mit 84,7 Prozent beteiligt war, hatte in einer Laufzeit von 30 Jahren fünf Stadtbezirke zu elektrifizieren. Neben einer Produktionsabgabe erhielt der Hamburgische Staat eine Gewinnbeteiligung zugesichert. Diese Gewinnbeteiligung hatte den Ausschlag gegen andere Mitbewerber gegeben, die ansonsten mit weitaus günstigeren Konditionen aufgewartet hatten. Schuckert & Co. beherrschte nur die Gleichstromtechnik. Gleichstrom aber kann nicht über längere Freileitungen geschickt werden, womit eine rasche Elektrifizierung des konzessionierten Stadtgebiets von vornherein in Frage gestellt war.

Unmittelbar vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs war dieser Zustand nicht mehr länger aufrechtzuerhalten. Das gesamtkapitalistische Interesse einer mehr großindustriell orientierten Standortentwicklung und Elektrifizierung setzte sich nach jahrelangen Machtkämpfen durch. Im Jahr 1914 wurde der Konzessionsvertrag erneuert; bei dieser Gelegenheit erwarb die Stadtregierung eine fünfzigprozentige Beteiligung. Das konzessionierte Versorgungsgebiet wurde aufs gesamte Stadtgebiet ausgeweitet und überall auf die Wechselstromtechnik umgestellt. Den wichtigsten Einschnitt brachte die Reorganisation der Strompreistarife: es wurde neben den Tarifen Licht und Kraftstrom (A und B) ein neuer Sondertarif für großgewerbliche Abnehmer eingeführt (C). So begann 1914 eine Scherenentwicklung in der Preisgestaltung, die sich im Kern bis heute erhalten hat.

War die HEW den industriellen Standortinteressen entgegengekommen, so verschaffte sie sich ihrerseits freie Hand beim Vorgehen gegen die Betreiber von Blockanlagen, die gezwungen werden, HEW-Strom abzunehmen. Der Kampf um das Verteilermonopol ging jahrzehntelang weiter. Erst die Nazis verhalfen der HEW zu einem uneingeschränkten Verteilermonopol. Genau im Jahr 1938, der zeitlichen Konzessionsgrenze des erneuerten Vertrags von 1914, wurde die letzte große HEW-unabhängige Blockzentrale stillgelegt.

HEW und Nazidiktatur

Trotz einiger Teilerfolge war die HEW von ihrem selbstgesetzten Ziel, "Groß-Hamburg" energiepolitisch vorwegzunehmen, bis 1933 noch weit entfernt. Die Weltwirtschaftskrise hatte Hamburg besonders intensiv getroffen. Auch vom bald nach der Übergabe der politischen Macht an die Nazis einsetzenden wirtschaftspolitischen Erholungsprozeß war in Hamburg 1934/35 wenig zu spüren. Es stand schlecht um die Hamburger Reeder, Werftkapitalisten und Handelsgesellschaften, und auch die HEW hatte angesichts drastisch geschrumpfter Stromabgaben um ihr Überleben zu kämpfen.

Am 26. Januar 1937 wurde das Groß-Hamburg-Gesetz verkündet (1). Im Austausch gegen einige kleine preußische Enklaven wurden Altona, Harburg-Wilhelmsburg, Wandsbek und weitere Randgebiete Hamburg einverleibt. Diese langersehnte "Zentralisation der Verwaltung" kam fast über Nacht. Für die HEW-Spitze war eine langfristig angelegte Option in Erfüllung gegangen. Sei machte sich unverzüglich daran, aus der politischen Absichtserklärung ökonomische Fakten zu machen. Die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen dafür, nämlich der Ausbau und die Neuansiedlung energieintensiver Rüstungssektoren in der Region Groß-Hamburg, waren 1937/38 rasch geschaffen. Im Rahmen der naziimperialistischen Expansionspläne in Richtung Südost- und Osteuropa, Lateinamerika und die früheren Kolonien war Hamburg als zentraler Überseehafen, als "Tor zur Welt", vorgesehen. Zur Erweiterung der Hafen- und Werftkapazitäten gesellten sich neue Rüstungsbetriebe der metallverarbeitenden Industrie und der Mineralölverarbeitung.

Gestützt auf das Energiewirtschafts-und das Groß-Hamburg-Gesetz sowie einige schneidige Erlasse des Groß-Hamburger Reichsstatthalters und Gauleiters Karl Kaufmann ging die HEW-Direktion 1937/38 in die Offensive. Sie begann eine Serie von Transaktionsverhandlungen, die die Übernahme der gemeinde- bzw. stadteigenen Kraftwerksanlagen von Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Lokstedt durch die HEW zum Ziel hatten und war damit erfolgreich.

1940 bzw. 1942 erneuerte die Hansestadt Hamburg ihren Konzessionsvertrag mit der HEW. Da 1938 der letzte lokale Blockanlagenkonkurrent stillgelegt worden war, schien es selbstverständlich, der HEW jetzt auch vertraglich zu bescheinigen, daß sie allein für die öffentliche Stromversorgung Hamburgs zuständig war. Der regionale Kartellmonopolist HEW hat Groß-Hamburg seit 1940 unbeschränkt energiepolitisch im Griff. Daß seine innere und äußere Expansionsstrategie so reibungslos aufging, hatte er ausschließlich den Nazis zu verdanken. Selbst in einer im Jahr 1982 veröffentlichten systemloyalen historischen Studie heißt es lakonisch: "Der verbleibende Zeitraum bis heute läßt sich demzufolge als eine Zeit der Fortentwicklung auf der Basis der im Jahre 1940 erreichten Struktur charakterisieren." (2)

Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge für die HEW

Seit 1937/38 ging es mit der HEW wieder steil aufwärts. Praktisch alle Hamburger Haushalte waren an des HEW-Netz angeschlossen, und fast zwei Drittel der gesamten Stromabgabe gingen wieder an die Industrie. Der Neubau eines weiteren Großkraftwerks wurde 1938/39 erforderlich. Im Wissen um den bevorstehenden Krieg hielt es die HEW-Führung für ratsam, eine bombengeschützte Kraftwerksanlage in einem größeren Abstand von Hamburg zu bauen. Die HEW wich in den Gau Ost-Hannover aus und entschied, die neue Kraftwerkszentrale 60 km südöstlich von Hamburg in Alt-Garge an der Elbe - Lauenburg gegenüber zu bauen. Es handelte sich dabei um eine supermoderne Anlage, die vom Rüstungsministerium als Einheitskraftwerksmodell übernommen und erst im Jahr 1974 von der HEW stillgelegt wurde.

Mit den Bauarbeiten wurde 1941 begonnen. Die Arbeitskräfte waren zu dieser Zeit extrem verknappt, aber die HEW verstand es, sich Abhilfe zu verschaffen. Just in Alt-Garge hatte das Kriegsgefangenenwesen der Wehrmacht ein Lager für etwa 1000 kroatische, serbische und slowenische Kriegsgefangene aufgemacht. Diese jugoslawischen Gefangenen wurden im Herbst 1941 nach der Ausrufung NS-loyaler Satellitenstaaten auf jugoslawischem Boden teilweise in einen "Fremdarbeiter"-Status überführt. Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene stellten somit die ersten Kolonnen für die Planierungsarbeiten und den Aufbau des neuen HEW- Werks. Über ihr Schicksal ist bis heute fast nichts bekannt. Wir wissen nur, daß sie innerhalb des Gemeinschaftslager-Komplexes der HEW in eigenen umzäunten und bewachten Lagern ("Kroatenlager") untergebracht waren. Die Existenz des "Kroatenlagers" wird zum letztenmal in einer Aktennotiz der HEW-Baustelle erwähnt, und zwar in einem Bericht des "Lagerführers", der am 6. Oktober einen von zwei mit

"entwendeten Äpfeln" unter dem Lagerzaum zurückgekrochenen kroatischen Zwangsarbeitern angeschossen hatte (3). Das "Kroatenlager" ist spätestens im Frühjahr oder Sommer 1944 aufgelöst worden.

Im August 1944 wurde ein zweites Lager, das "Lager B", als Außenkommando des KZ Neuengamme eröffnet. Am 25. August kam ein erster Transport mit 500 polnischen Widerstandskämpfern an, die am Warschauer Aufstand teilgenommen hatten und dann nach kurzem Zwischenhalt im KZ Sachsenhausen nach Alt-Garge deportiert worden waren. Für sie, die zunächst gehofft hatten, als Kriegsgefangene behandelt zu werden, gab es ein böses Erwachen. Unzureichend verpflegt und bekleidet, mußten sie schwerste körperliche Arbeiten leisten, wobei mindestens 50 Häftlinge durch Entkräftung, Mißhandlungen und Arbeitsunfälle ums Leben kamen. Weder von den SS-Wachmannschaften noch von den HEW-"Meistern" hatten sie etwas zu erwarten. Etwa die Hälfte der KZ-Häftlinge war nach drei Monaten derart entkräftet und krank, daß sie in das KZ Neuengamme abtransportiert wurden. Als Ersatz kamen Häftlinge verschiedener Nationalität, darunter etwa 20 norwegische und 70 dänische Widerstandskämpfer. John Hopp und Grit Petersen haben, überwiegend gestützt auf die Berichte überlebender Häftlinge, das Schicksal der Zwangsarbeiter des KZ-Außenkommandos Alt-Garge detailliert aufgezeichnet. (4)

Als Generalunternehmer des Bauvorhabens Alt-Garge war die HEW für das Schicksal der Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge unmittelbar verantwortlich. Die Leitung der HEW-Kraftwerksbaustelle rechnete den "Arbeitseinsatz" der KZ-Häftlinge direkt mit der Lagerkasse des KZ Neuengamme ab. Noch im Januar 1945 berichtete ihr "Werksbeauftragter Osthannover", Heinemann, an das Rüstungsministerium, daß das SS-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt beabsichtigte, die noch etwa "350 in Osthannover eingesetzten Sträflinge zur anderweitigen Verwendung abzuziehen. Die HEW (...) haben sofort schriftlich bei dieser Stelle Einspruch erhoben und gebeten, die Häftlinge bis zum 15.3.45 im Einsatz zu lassen. Sie werden sich inzwischen bemühen, Polen und Italiener als Ersatz zu bekommen. Ich bitte Sie, die Bemühungen der HEW dadurch zu unterstützen, daß Sie sich mit dem zuständigen Herrn der Amtsgruppe D, Standartenführer Maurer, in Verbindung setzen und Verlängerung des Einsatzes befürworten." (5)

Trotz dieser und anderer Beweise für ihre direkte Verantwortung als Generalunternehmer hat die HEW-Leitung bis heute gegenüber Entschädigungsforderungen ehemaliger KZ-Häftlinge eine Haltung eingenommen, wie sie zynischer nicht sein kann. Im November 1985 hatte die HEW-Hauptverwaltung Post von einem ehemaligen KZ-Häftling erhalten, der in Alt-Garge unbezahlt und "bei völlig unmenschlichen Bedingungen" für die HEW ausgebeutet worden war: "Selbst die Deutsche SS äußerte sich, daß bei dieser Ernährung und den Strapazen der schweren Arbeit, kein Gefangener es länger als 3 Monate überlebt." (6) Die HEW-Direktion antwortete im Dezember 1985 folgendermaßen: "Gewiß sind Sie mit uns der Meinung, daß Sie zu keiner Zeit bei unserem Unternehmen beschäftigt waren und auch kein Mitarbeiter unseres Unternehmens Ihnen Schaden zugefügt hat."

Tatsächlich befanden sich die KZ-Häftlinge in keinem "ordentlichen Arbeitsverhältnis" mit den sie ausbeutenden Firmen, weil das nazistische "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" sie aufgrund besonderer Zusatzerlasse in rassistischer Diskriminierungsabsicht von der "Betriebsgemeinschaft" ausschloß. Dieses Gesetz ist 1945 vom Alliierten Kontrollrat als typisch nazistisches Gesetz annuliert worden. Und auf diese nazirassistische Diskriminierung berief sich die HEW-Direktion in ihrer Korrespondenz mit dem ehemaligen polnischen KZ-Häftling, ohne sie allerdings offen beim Namen zu nennen. Die HEW-Hauptverwaltung hat sich noch 1985/86 als eine Konzernspitze präsentiert, die bewußt und planvoll an ihrer Nazivergangenheit festhält. Warum soll auch eine Konzernführung, deren ökonomische Macht ungebrochen vom Nazismus herkommt, im Hinblick auf die rassistischen arbeitspolitischen Diskriminierungen eine Ausnahme machen?

Konsolidierung und Wiederaufschwung seit 1945

In den ersten Nachkriegsjahren war die HEW-Leitung intensiv mit der Reparatur ihrer bombengeschädigten Erzeuger-und Verteileranlagen beschäftigt. Dabei verfügte sie allerdings über ein gewichtiges Faustpfand: das supermoderne Großkraftwerk Alt-Garge, das bis Kriegsende fast fertiggestellt war, war völlig unbeschädigt geblieben und ging 1946 ans Hamburger Netz. Die Ausbeutung der Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge machte sich erst jetzt richtig bezahlt. Das HEW-Kraftwerk Osthannover hat bis tief in die sechziger Jahre die Hauptmasse des von der HEW verteilten Grundlaststroms geliefert.

Dessenungeachtet gab es wie nach dem Ende des ersten Weltkriegs eine zeitlang Sozialisierungsprobleme. Im Jahr 1947 verhandelte der Senat der Hansestadt mit der Britischen Militärregierung über die Verstaatlichung mehrerer formal gemischtwirtschaftlicher Hamburger Betriebe, darunter auch der HEW. Die HEW-Direktion spielte zusammen mit den freien Aktionären auf Zeitgewinn, denn sie wußte, daß die Zeit für sie und gegen die Verstaatlichungsabsichten des Senats arbeitete. Solange sich der Verstaatlichungsversuch ausschließlich auf den Aktienbesitz beschränkte und die technologischen und Managementstrukturen der HEW unangetastet ließ, bestand keine reale Gefahr.

Erst im August 1949 blies die freie HEW-Aktionärsgruppe zum Gegenangriff, während der HEW-Vorstand sich offiziell zurückhielt. Sie schickte den Hamburger Juraprofessor Hans Peter Ipsen vor, der mit einem im September 1949 veröffentlichten Gutachten alles daransetzte, für die Kontinuität des Nazimonopols eine rechtlich tragfähige Argumentationsbrücke zu stiften. (7) Bei diesem seinem Verdikt blieb es, der politische Wind hatte sich längst gedreht.

Die HEW und die regionale Entwicklungseuphorie der sechziger und siebziger Jahre

Ende der fünfziger Jahre war die HEW ein profitables und gut gepolstertes Unternehmen. Auch die Hansestadt war wieder reich geworden. Noch nie hat eine Stadt- und Landesregierung über derart riesige Einkünfte verfügt wie das Bundesland Hamburg in den sechziger Jahren. Und noch nie hat ein Senat die aus diesen Ressourcen hervorgegangenen Handlungsspielräume derart vertan. Er hat unter dem beherrschenden Einfluß des Energiemonopolisten HEW entwicklungspolitische Weichen gestellt, die der Region Unterelbe gigantische Investitionsruinen, überdurchschnittliche Arbeitslosenziffern und eine langfristige Strukturkrise ungeheuren Ausmaßes beschert haben.

Am 5. Mai 1955, dem Tag der Aufhebung des westalliierten Besatzungsstatuts mit seinen Beschränkungen im Bereich der Atomforschung und Atomwirtschaft, trafen sich ehemalige Aktivisten und Wissenschaftler des nazistischen Atombombenprogramms in Hamburg, um unter Beteiligung der HEW und der Wirtschaftsbehörde eine Gesellschaft zur Förderung der Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt zu gründen. Zwei Jahre später wurde das zunächst auf den Schiffbau begrenzte Projekt auf die Planung von Atomkraftwerken erweitert. Dabei nahm die HEW zusammen mit ihren norddeutschen Verbundpartnern NWK und Preußenelektra von vornherein das Heft in die Hand: die HEW übernahm 16,67 Prozent des Kapitals der Studiengesellschaft für Kernkraftwerke GmbH. Mit billigem Atomstrom sollte der drohende Einbruch der konkurrierenden Erdgaslieferanten genauso abgewehrt werden wie der übermächtige westdeutsche Energieriese Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE), der mit seinem billigen Braunkohlestrom die norddeutsche Verbundgruppe bislang erfolgreich auf Distanz gehalten hatte.

Es ist wichtig festzuhalten, daß die HEW im Rahmen ihres norddeutschen Verbunds der historisch entscheidende Impulsgeber für den Einstieg des gesamten bundesdeutschen Energiekartells in die Atomwirtschaft war. Auch sollte heute in Erinnerung gerufen werden, von welchen Kapazitäts- und Kostenrechnungen die HEW damals ausging, als sie auf Atomkraftwerke setzte. Die HEW-Spitze rechnete damit, innerhalb eines Jahrzehnts ihre gesamte Grundlasterzeugung auf einen Selbstkostenpreis von 1,1 bis 2,5 Pfennig pro Kilowattstunde senken zu können. Daraus errechnete sie die Chance riesiger energiebedingter Standortvorteile für ihr monopolisiertes Versorgungsgebiet. Sie brauchte lediglich das bisherige Groß-Hamburg-Konzept auf die gesamte Unterelberegion auszuweiten, wo- für ja aufgrund des Kartellverbunds mit NWK und Preußenelektra die Voraussetzungen geschaffen waren. Man mußte sich nur entsprechend beeilen und das neue Energiekonzept derart schnell durchpeitschen, daß der daraus erhoffte komparative Standortvorteil gegenüber der RWE und der süddeutschen Verbundgruppe, die ja beide noch vor dem Einstieg in die Atomwirtschaft zurückschreckten, mindestens ein Jahrzehnt bestand. Unter diesen Voraussetzungen entwickelte der HEW-Vorstand in den sechziger Jahren ein Investitionsprogramm, das darauf abzielte, in den letzten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts die bis Ende der sechziger Jahre erreichte Eigenleistungskapazität jeweils zu verdoppeln, wenn nicht gar bis zum Jahr 2000 zu versechsfachen.

Im damaligen Wirtschaftssenator Helmuth Kern hatte er rasch einen Bündnispartner gefunden, der alle Bedenken beiseiteräumte. Damit dabei das von der HEW entwickelte Modell des atomwirtschaftlich abgesicherten Energiepreisdumping auch voll zum Tragen kam, einigte man sich auf die Allokation besonder energieintensiver Unternehmen der Grundstoffindustrie, wobei die Palette von der Aluminium- und Stahlindustrie bis zur Petrochemie reichte. Mit Investitionshilfen, infrastrukturellen Vorleistungen und

Sonderstromtarifen auf der Basis der hochgerechneten Selbstkostenpreise der künftigen Atomkraftwerke kamen Reynolds (jetzt Hamburger Aluminiumwerke), die Hamburger Stahlwerke, Dow Chemical, die VEBA-Chemie und die Bayer AG an die Unterelbe, und die Hafenstruktur wurde in einem aberwitzigen Wettlauf mit den zentralen EG-Häfen an die Umwälzungen der Transportkette angepaßt. Für die strukturelle Anpassung und Diversifikation der gewachsenen Industriestruktur war bald kein Geld mehr da, und die Weltwirtschaftskrise besorgte schließlich seit 1973/74 den Rest. Die Strukturplaner und politischen Machthaber hatten sich die Hochrechnungen der HEW zu sehr zu eigen gemacht, als daß sie in der Lage gewesen wären, den einmal begonnenen Marsch in die wohl schwerwiegendste und folgenreichste Strukturkrise der bisherigen Hamburger Geschichte zu stoppen.

Seit der Vergabe des Bauauftrags für das Atomkraftwerk Stade begannen jetzt für die HEW heroische Zeiten. Zwei Jahre später, im Jahr 1969, folgte der Bauauftrag für das AKW Brunsbüttel, wobei sich die HEW im Gegensatz zur Kernkraftwerk Stade GmbH (ein Drittel) jetzt an zwei Dritteln des Kapitals beteiligte. Als 1972 das AKW Stade ans Netz ging, nahm die HEW mit 50 Prozent des Kapitals sowie einem Beherrschungsvertrag an der Gründung der Kernkraftwerk Krümmel GmbH teil, und 1975 beteiligte sie sich unter den gleichen Kapitalvoraussetzungen an der Kernkraftwerk Brockdorf GmbH. Damit war Hamburg innerhalb von acht Jahren von vier Atomkraftwerksprojekten eingekreist. Die Erhöhung der Grundlastkapazität stellte seit 1972 alles bisher Dagewesene in den Schatten, wobei allein die neuen Energiefresser Reynolds und Hamburger Stahlwerke mit 200 bzw. 110 Megawatt direkt beliefert wurden. Seit Mitte der siebziger Jahre muß die HEW erhebliche Überkapazitäten weit unter den eigenen Grenzkosten an ihre norddeutschen bzw. bundesdeutschen Verbundpartner verkaufen, während sie schon 1973 allein bei der Belieferung von Reynolds zum Sondertarif von 2,8 Pfennig pro Kilowattstunde jährlich etwa 50 Millionen DM Verlust machte, weil sich die Selbstkosten des AKW Stade auf 6,3 Pfennig pro Kilowattstunde beliefen. Es ist dem HEW-Management bis heute erfolgreich gelungen, einen Großteil dieser aus einer selbstverantworteten Überkapazität resultierenden Defizite durch Preissteigerungen bei den Haushalts- und Kleinabnehmertarifen wieder auszugleichen.

Nimmt man den Durchschnitt der sechziger Jahre als Ausgangspunkt, so stiegen die Stromkosten der durchschnittlichen Hamburger Dreizimmerhaushalte bis 1981 auf das knapp Dreieinhalbfache, während sich der Strombezug lediglich verdoppelte. Zusammen mit konzerninternen Rationalisierungsmaßnahmen und belegschaftsbezogen stagnierenden Lohnkosten wurde auf diese Weise das wertmäßige Durchschlagen einer katastrophalen Technologie- und Investitionspolitik auf die Bilanz verhindert. Voraussetzung dafür war eine Kostenrechnungspolitik gegenüber den Haushalten, die die Stromkostenentwicklung für sie zu einem unüberschaubaren Dickicht machte, während der HEW-Vorstand seine Wertverluste gegenüber den großindustriellen Abnehmern und seinen Verbundbeziehern gleich völlig geheimhielt (die Sondertarif- und Verbundpreise liegen etwa 35 bzw. 20 Prozent unter den konzernintern errechneten Grenzkosten). Anläßlich der Preiserhöhung von 1960 war es noch möglich, den Anstieg der Arbeits- und Grundpreise für Haushalt und Gewerbe (außerhalb der Sonderbezieher) einigermaßen zu überblicken. Dann kam der Übergang zum Jahresinkasso und 1972 eine weitere Aufsplitterung der Kostenstruktur, indem die bisherigen Grundpreise in Verrechnungspreise und Bereitstellungspreise differenziert wurden. Seither ist es praktisch nur noch HEW-intern möglich, die tatsächlichen monatlichen Haushaltungskosten zu rekonstruieren. 1974 trat bundesweit eine Bundestarifordnung Elektrizität (BTO) in Kraft. Obwohl in sie wesentliche Aspekte des HEW-Systems eingingen, ist es danach nur, "soweit es elektrizitätswirtschaftlich sinnvoll ist, auch für das Hamburger Versorgungsgebiet eingeführt" worden.(8) Hier sieht man, was bedeutet, wenn ein Versorgungsmonopolist in der Lage ist, die von ihm abhängige Beziehergruppe mit Hilfe EDV-gesteuerter Kostensimulationsmodelle virtuos zu entwaffnen und diktatorisch in seine Konzernstrategie einzubauen.

Der Widerstand seit Mitte der siebziger Jahre

Es ist schwer, sich distanziert-kritisch zu jenen Widerstandskampagnen zu verhalten, an denen man selbst aktiv teilgenommen hat. Dies gilt insbesondere für solche Aktionserfahrungen, die Massencharakter hatten, und die sich deshalb auch nur durch den kollektiven Erfahrungsaustausch historisch rekonstruieren lassen. Die Anti-AKW-Bewegung hat uns alle mehr oder weniger intensiv geprägt, und sie hat ja auch durchaus politische Folgen gehabt. Wir haben seit dem Vorbild von Wyhl jahrelang gegen die Atomkraftwerke der HEW und ihrer norddeutschen Verbundpartner gekämpft. Situationen liegen hinter uns, die die etablierten Medien als "bürgerkriegsähnliche Zustände" abgebucht haben. Der Polizeiaufmarsch war gewaltig, den die HEW an exponierter Stelle mitorganisiert hat. Keines der vier fertiggestellten bzw. aufgebauten Atomkraftwerke wurde

bis heute stillgelegt, eine Reihe weiterer HEW-Projekte kam freilich zum Stillstand. Seit Beginn der achtziger Jahre hat sich der Widerstand auf die Wiederaufbereitungsanlage und die Kernbrennstofferzeuger verlagert. Wir müssen zugeben, daß die HEW alles in allem ziemlich glimpflich davongekommen ist, aber auch, daß wir uns über das historisch gewachsene und kaltschnäuzig-elitäre Machtbewußtsein der Manager der HEW und ihrer Kartellpartner in der Zeit der Konfrontationsjahre seit 1975/76 kein rechtes Bild gemacht haben. Dessen ungeachtet war die Zeit der Massenaktivitäten der wichtigste Bezugspunkt für den sozialen und politischen Widerstand in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre.

Aus dem Massenprotest sind seit 1977/78 vielfältige Aktivitäten kleinerer Gruppen hervorgegangen. Auf eindrucksvoll einfache wie effektive Weise wurden Stromleitungen von und zu den Atomkraftwerken gekappt. Als Beispiel für gewaltfreie Widerstandsformen sei auf die Initiativen zum Strompreisboykott hingewiesen (Strobo-Initiativen), denen sich zwischen 1978 und 1980 in Hamburg zeitweilig über 400 Haushalte der "links-alternativen Szene" angeschlossen haben. Von den Strompreisen wurden zehn Prozent aus Protest gegen den AKW-Kurs der HEW einbehalten und auf ein Sperrkonto überwiesen. Die HEW kündigte umgehend Stromabschaltungen an. Eine Wohngemeinschaft bemühte daraufhin die Justiz um eine einstweilige Verfügung. Die aber unterblieb, und es kam stattdessen zu 80 Gerichtsverfahren, bei denen die HEW unangefochten obsiegte. Seit 1980 hat sie unter Berufung auf den Ausgang dieser Verfahren den Strobo-Wohngemeinschaften den Strom einfach abgeschaltet.

Kritische Aktionäre und AKW-Gegner, die sich um eine HEW-Anstellung bemühen, um auf Belegschaftsebene weiterzukämpfen, mußten bald zur Kenntnis nehmen, daß der Monopolist bei Aktionären und Behörden noch immer über eine unerschütterliche Loyalitätsbasis verfügt. Dagegen fanden die vielen Einkommenslosen - monatlich oft mehr als 3000 - , denen die HEW wegen Zahlungsschulden kommentarlos den Strom abschaltet, kaum Kontakt zu den vielfältigen Initiativen des dezentralisierten Widerstands. Dieser Aspekt der Stromsperre als Entzug eines elementaren Existenzrechts ist erst seit 1986 durch das Vorgehen der HEW gegen die besetzten Häuser in der Hafenstraße politisiert worden.

Entnazifizierung durch dezentrale Sozialisierung

Ich hoffe, verständlich gemacht zu haben, warum sich die HEW seit Jahren als Vorreiter im Kampf gegen links-alternative Wohngemeinschaften, Strompreisboykotteure, Einkommenslose und die Kollektive besetzter Häuser betätigt. Sie attackiert sie schon im Vorfeld, da, wo mit dem Bezug von Elektrizität und Wärme ein elementares Existenzrecht anfängt. Für Einkommenslose ist die Stromabschaltung oft eine existenzielle Katastrophe. Ihnen wird nichts gestundet, und es gibt keine Rabatte. Den privaten Haushalten wird das Sechs- bis Zehnfache der "Sonderkunden" abverlangt. Der Preistarif ist in den Augen des Monopolisten eine reine Machtfrage.

Trotzdem ist der Widerstand bis heute zersplittert. Überlagert von der Massenbewegung gegen die Kernkraftwerke, haben die vielfältigen Ansätze des Protests gegen die Kostensteigerungen und den brutalen Umgang mit den einkommenslosen Strombeziehern bis heute nicht zusammengefunden. Vielleicht bietet das provokante Vorgehen gegen die Hafenstraße- und Schanzenviertelbewohner einen neuen Ansatzpunkt. Aus dieser jüngsten Konfrontation lassen sich unschwer einige Forderungen herleiten, die unmittelbar einsehbar und zu vermitteln sind und das Zeug in sich haben, den zersplitterten Widerstand zusammenzubringen:

- Entschädigung der Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge von Alt-Garge;

- kostenloser Strombezug für Einkommensschwache;

- Umkehrung der diskriminierenden Stromtarife, d.h. drastische Kostensenkungen für Haushalte und Kleinverbraucher, Abschaffung der Sondertarife für die Großwirtschaft und die Verbundbezieher;

- Stillegung der Atomkraftwerke.

Damit kann es aber nicht sein Bewenden haben. Die Geschichte der HEW lehrt uns, daß sie sich erst mit Hilfe der Nazis im Rahmen einer allgemeinen privatkapitalistischen Kartellierung zum regionalen Kartellmonopolisten entwickelt hat, und daß die gesamte, von der HEW führend mitverantwortete technokratische Planungskatastrophe der sechziger und siebziger Jahre auf diesen nazistischen Machtstrukturen aufbaute. Sie sind in diesen Jahrzehnten buchstäblich ins Gigantomanische überhöht worden,

und auch wir haben genauso wie die übrige Bevölkerung noch jahrzehntelang an den Folgen zu tragen. Deshalb müssen wir einen Weg finden, der den linken Widerstand langfristig offensiv zusammenfaßt.

Wie wäre vorzugehen? Wenn wir uns auf diese Frage einlassen, tauchen die zentralen ungelösten Fragen der revolutionären und sozialistischen Strategiedebatten wieder auf. Klar ist: der Energiemonopolist muß sozialisiert, "in Volkes Hand" überführt werden, um einmal diese heroische Parole zu gebrauchen. Aber wie? Eine privatkapitalistische Entflechtung im Sinn der Aufhebung der Kartellstruktur und der Auflösung in kleine privatkapitalistische Einheiten scheidet aus, da sich der inneren kapitalistischen Logik zufolge über kurz oder lang die heutige Monopolsituation restaurieren würde. Aber auch eine Verstaatlichung würde nichts bringen. Die politische Macht würde lediglich verstärkt, die diktatorische Monopolfunktion würde verlagert, aber nicht abgebaut. An der technokratischen Gigantomanie würde sich nichts ändern, und selbst in der seit Tschernobyl geänderten Gesamtkonstellation bliebe beispielsweise der Ausstieg aus der Atomenergie fraglich. Vielleicht werden wir sehr bald Gelegenheit haben, diese Annahme praktisch zu überprüfen. Die HEW wird wegen der auch nach dem Sturz Kloses andauernden machtinternen Kontroversen um Brokdorf von den norddeutschen Verbundpartnern zunehmend"abgekoppelt". Spätestens seit 1985 hat, sichtbar anhand der zunehmenden Verringerung der Verbundlieferungen, ein Prozeß der Ausgrenzung begonnen. Vielleicht wird der Prozeß des schleichenden "Ausblutens" bald zu einer Kontroverse führen, bei der sich die Verstaatlichung der HEW als Alternative zur Übernahme durch die Preußenelektra durchsetzen könnte. Sozialdemokraten "sozialisieren" bekanntlich immer nur Verluste.

Klar ist folglich: wir haben keinen Anlaß, auf irgendeine institutionelle Lösungsperspektive zu warten und unser Schicksal dem politisch-ökonomischen Machtpoker zu überlassen. Wir sollten eine langfristige sozialistische Gegenplanung aufmachen und ausgehend von den taktischen Akutforderungen den Kampf für den Ausstieg aus der Atomenergie mit einer Strategie der dezentralen Sozialisierung verbinden. Das Erzeuger- und Verteilermonopol der HEW muß zerschlagen werden. Statt des durch die AKWs nur potenzierten Großtechnik-Konzepts sollten wir Technologien durchsetzen, die dezentral einsetzbar sind (Energieboxen usw.). Dieses dezentrale und auf Stadtteilebene sozialistisch selbstverwaltete System der Energieversorgung sollte auf Bezirksebene an das mittlere Verteilernetz angeschlossen werden, während die AKWs und mit ihnen die 380-Kilovolt-Sammelschiene verschwinden. Auf diese Weise würde es möglich, den Monopolriesen mit Hilfe eines zur sozialistischen Linken herübergezogenen Teils der Belegschaft zu zerschlagen, ohne daß wir und die Bevölkerung auch nur vorübergehend im Dunkel und in der Kälte sitzen müßten. Gleichzeitig wäre es möglich, im Rahmen der dezentral-sozialistischen Perspektive eine ökologisch ausbalancierte Energiepolitik in Gang zu bringen.

Vom Kampf für den Strom-Nulltarif für Einkommenslose, für die Senkung der allgemeinen Haushaltstarife und für den Ausstieg aus der Atomwirtschaft ist es ein weiter Weg bis zur dezentralen Sozialisierungspolitik. Aber vergessen wir nicht, daß Tausende von den Stromabschaltungen der HEW bedroht und daß wir bis jetzt nur durch Zufall von einer Reaktorkatastrophe a` la Harrisburg und Tschernobyl verschont geblieben sind. Es sind konkrete Überlebensfrage, wenn wir fordern, die HEW endlich durch eine wohlüberlegte Politik der Sozialisierung zu entnazifizieren.

Nachtrag

Auf unerwartete Weise sind unsere Überlegungen zur Auseinandersetzung mit der HEW wieder akut geworden. Im November 1988 hatte die HEW ihre gegen die Häuser der Hafenstraße gerichtete Stromsperre wieder aufgehoben und lieferte wieder elektrische Energie auf Rechnung der Lawaetz-Stiftung. Der Stromlieferungsvertrag mit der Lawaetz-Stiftung wurde Anfang Mai 1989 von deren Nachfolger, der Voscherau-Konstruktion "Verwaltungsgesellschaft Hafenrand mbH", übernommen. Diese neue Beteiligungsgesellschaft der Senatsholding HGV (Hamburger Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung) hat bekanntlich die Aufgabe, die BewohnerInnen der Häuser St. Pauli Hafenstraße 106 bis 114 mit "rechtsstaatlich einwandfreien Mitteln" zu vertreiben. Die Hafenrand mbH nutzte dabei den übernommenen Stromlieferungsvertrag mit der HEW folgendermaßen für ihre Ziele aus. Zunächst machte sie die neu zu schließenden bzw. zu bestätigenden Mietverträge davon abhängig, daß innerhalb von 14 Tagen gültige Stromtarifverträge abgeschlossen wurden. Dann hintertrieb die HEW den Abschluß dieser Stromtarifverträge, um für die Hafenrand mbH die Mietverträge nicht wirksam werden zu lassen bzw. es ihr zu ermöglichen, die Mietverträge zu kündigen. Diese Kündigungen sind inzwischen erfolgt und Gegenstand juristischer

Auseinandersetzungen. Ende Juni wurde dann auch der Stromlieferungsvertrag mit der HEW zum 31. Juli 1989 gekündigt.

Bis hierher hält sich das Ganze noch im Rahmen der üblichen Schweinereien, mit denen Miet- und Stromverträge in wechselseitiger Kopplung gekündigt werden, um Häuser unbewohnbar zu machen und Bewohner zu vertreiben. Die neueste Strompreiskündigung der HEW enthält jedoch noch eine zusätzliche Pointe: es werden beispielsweise in der St. Pauli Hafenstraße 112 auch solche Strombezieher abgeschaltet, die seit über 20 Jahren dort in Miete leben und ihre Stromrechnungen bezahlt haben. Begründung: sie müßten mit dran glauben, "weil die Verwaltungsgesellschaft Hafenrand mbH davon ausgeht, daß bei Abschaltung der Häuser 106 bis 110 (der ehemals besetzten Häuser, KHR) in erheblichem Umfange Strom aus dem Anschluß des Hauses St. Pauli Hafenstraße 112 gestohlen werden wird." (9) Dieser Zynismus ist selbst für hiesige Verhältnisse beispiellos. Abgesprochen wurde er im Rahmen der Senatsholding HGV, der u.a. die HEW und die neue Verwaltungsgesellschaft Hafenrand mbH als Beteiligungsgesellschaften angehören.

Schon einmal hat die HEW einen solchen zynischen Part gespielt. Im Jahr 1934 wurde von den Nazi-Machthabern der Abriß des Gängeviertels geplant und durchgeführt, um ein Zentrum des proletarischen und kommunistischen Widerstands zu beseitigen. Betroffen von diesen Plänen war auch die jüdische Gemeinde von Hamburg-Neustadt und -St. Pauli, die am Kohlhöfen eine Synagoge, eine Talmud-Tora-Schule und eine Bäckerei unterhielt. Diese Bäckerei lieferte ungesäuertes Brot (Mazzoth) für jüdische Feste, hatte in den Jahren der Weltwirtschaftskrise aber auch die verarmte proletarische Bevölkerung des Viertels mit Brot versorgt. Jetzt wurde die jüdische Gemeinde gezwungen, ihr Grundstück am Kohlhöfen an den Hamburgischen Staat zu verkaufen.

Interessanterweise war zunächst nur die Mazzoth-Bäckerei zum Abriß vorgesehen, die Zerstörung der Synagoge und der Talmud-Tora-Schule ließ sich durch die Sanierungsplanung nicht legitimieren. Um auch an sie heranzukommen, schalteten Baubehörde und Senat die HEW ein. Zunächst wurde Ende Oktober 1934 die Mazzoth-Bäckerei abgerissen. Die aber war durch ein gemeinsames Stromkabel mit der Synagoge verbunden. Dies nutzte die HEW als Vorwand, um mit dem Beginn des Abrisses der Bäckerei die Stromzufuhr zur Synagoge vertragswidrig und gewaltsam zu sperren. Die Synagoge war "unbenutzbar" geworden, und nach dieser "Amtshilfe" durch die HEW konnte sie nun ebenfalls der Spitzhacke überlassen werden. (10)

Schon immer war die HEW zur Stelle, wenn es galt, Vorwände für Abrißstrategien zu schaffen, mißliebige Bewohner zu zermürben und der Zerstörung ein Mäntelchen von "Rechtsstaatlichkeit" umzuhängen. Wie lange noch?

Anmerkungen

1) Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen vom 26. Januar 1937, in: Hamburgisches Staatsamt (Hg.), Hamburg im Dritten Reich, Arbeiten der Hamburgischen Verwaltung in Einzeldarstellungen, Heft 9, Hamburg 1939. Vgl. auch Michael Bose und Elke Pahl-Weber, Regional- und Landesplanung im Hamburger Planungsraum bis zum "Groß-Hamburg-Gesetz 1937", in: Michael Bose u.a., "... ein neues Hamburg entsteht ...", Planen und Bauen von 1933-1945, Hamburg 1986, S. 12ff.

2) Rainer Schubach (wie Anm.1), S. 262

3) Undatierter und unsignierter Aktenvermerk des Gemeinschaftslagerführers Alt-Garge über die Festnahme der kroatischen Zwangsarbeiter Ostoja Zlojutor und Jovan Dragisic am 6.10.1943. Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte, Konzernarchiv, HEW/1. Wir danken John Hopp für die freundliche Überlassung der Kopie.

4) John Hopp, Grit Petersen, Die Hölle in der Idylle. Das Außenkommando Alt-Garge des KZ-Neuengamme. Hamburg: VSA-Verlag, 1987. Dieses überaus wichtige Buch war schon im Sommer 1988 wieder vergriffen.

5) Fernschreiben des HEW-Werksbeauftragten Osthannover Heinemann vom 15.1.1945 an das Rüstungsministerium, Btr. Sträflingseinsatz in Osthannover. HSG, Konzernarchiv, HEW/1.

6) Schreiben eines ehemaligen polnischen KZ-Häftlings vom 8.11.1985 an die Hauptverwaltung der HEW (auszugsweise Abschrift). HSG, Konzernarchiv, ebenda. Die folgenden Zitate ebenda. Wir danken den Mitarbeitern des Neuengamme-Projekts der Hamburger Stiftung für Wissenschaft und Kultur für die Überlassung dieser Abschrift.

7) Hans Peter Ipsen, Aktionär und Sozialisierung in Verkehrs- und Energiewirtschaft. Rechtsgutachten zu den Verordnungen Nr. 95 und 148 der Britischen Militärregierung und den hamburgischen Gesetzentwürfen über Umtausch und Enteignung von Aktien der Hamburger Hochbahn AG und der Hamburgischen Elektrizitäts-Werke AG vom 3.8.1949, erstattet im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitz, Hamburg 1949.

8) Antrag der HEW auf Strompreisänderung 1974, S. 16.

9) Ebenda, S. 2.

10) Synagoge Kohlhöfen wird geschlossen, in: Hamburger Familienblatt für die israelitischen Gemeinden Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg, Nr. 41 vom 11.10.1934.

38. Arbeitsgrundlage des LG zu DDR,PDS und Wahlen

Rubrik: KB und AK; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/din.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:din

Die Absicht der im folgenden dokumentierten und kritisierten "Arbeitsgrundlage des LG zu DDR, PDS und Wahlen" war der Versuch eines Kompromisses in einer der brennenden Fragen in der politischen Schwerpunktsetzung des KB, die sich seit einiger Zeit in scheinbar polarisierender Eigendynamik vollzieht. Er sollte ermöglichen, daß eine bestimmte Arbeit (Berichterstattung über DDR und Annexionsfolgen im ak, ak-Verkauf in der DDR, Kontaktaufnahme mit der DDR-Linken und Beteiligung an der Wahldiskussion) eine Grundlage im LG erhält und diese Arbeit als ein kollektives Projekt des KB verstanden wird. Nach mehrstündiger Diskussion ist dennoch nur eine Mehrheitsentscheidung möglich geworden. Da die Ablehnung durch die Minderheit auch nicht begleitet war von Änderungswünschen oder Tolerierungsüberlegungen, ist festzustellen, daß zur Zeit selbst Minimalkonsense nicht artikulierbar sind. Ähnliches gilt für den in diesem ak publizierten Demonstrationsvorschlag (am 10.11.90 in Leipzig), der schon im Vorfeld der Diskussion um Herbstaktionen in der Strömungslogik als arbeitsteilig anzugehendes Projekt vorgestellt wird. Das Ziel, eine gemeinsame Interventionsmöglichkeit herauszudiskutieren, wird offenbar von vornherein nicht mehr verfolgt.

Wir dokumentieren also wieder einmal nebeneinander ...

39. Hoffnungsträger gesamtdeutsche Reichstagswahlen? - Argumente gegen die PDS-Orientierung der Mehrheit im KB-LG

Rubrik: KB und AK; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/61.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:61

Vorbemerkung: Von den anwesenden VertreterInnen der KB-Minderheit im LG wurde der nebenstehende Vorschlag abgelehnt. Der Grund: Die Aufgaben der KB-Politik werden in den Punkten 12-14 und dem Interventionsvorschlag im letzten Absatz absolut einseitig definiert: Wahlbündnis mit der PDS und parlamentarische Repräsentanz. Diese Schlagseite ist ebensowenig zufällig wie der Umstand, daß die Kampagne "Nie wieder Deutschland" und der Kongreß der Radikalen Linken nicht einmal erwähnt, bzw. in Punkt 8 unter der Formel "Selbstisolation" abqualifiziert werden. Man sollte deshalb nicht so tun, als handele es sich bei diesem Vorschlag um den Versuch, KB-interne Differenzen zu überbrücken, zumal im LG dieses Papier ursprünglich nicht als ein "Vorschlag", sondern als Leitlinie für die KB-Politik zur Abstimmung gestellt wurde. Nach längerer Auseinandersetzung wurde beschlossen, daß über den Kurs unserer Organisation in der PDS-Frage und zur bevorstehenden Wahl nicht das LG, sondern eine KB-Arbeitskonferenz in der zweiten Septemberhälfte beraten und entscheiden wird.

Die folgenden Einwände sind keine vereinheitlichte Position der Minderheit im KB, sondern allein von den beiden Unterzeichnern zu verantworten.

1. Inhaltliche Differenzen

Unterschiedliche Sichtweisen zu den Punkten 1-11 haben wir in unseren ausführlichen "Thesen" in ak 319, S. 37 dargestellt. Sie beziehen sich auf die Unterschätzung des deutschen Nationalismus, die Befürwortung des deutschen Selbstbestimmungsrechtes und die Einschätzung der Linken in der Defensive. Nun versucht das Mehrheitspapier die Differenzen dadurch zu reduzieren, daß es ein hohes Maß an Gemeinsamkeit in der Einschätzung des BRD-Imperialismus als gefährlich feststellt. Dies ist allerdings für die inhaltliche Klärung wenig nützlich. In der festgestellten Allgemeinheit gibt es Übereinstimmung der Mehrheit nicht nur mit der KB-Minderheit, sondern auch mit dem Spektrum der Radikalen Linken und vielen Autonomen. Nichtsdestotrotz haben KB-Mehrheit und ak-Redaktion gegenüber diesen Strömungen und "Nie wieder Deutschland" scharfe Abgrenzungslinien gezogen. Keine Übereinstimmung in puncto Gefährlichkeit gibt es demgegenüber mit den Positionen der PDS. Nichtsdestotrotz fällt ihr gegenüber die inhaltliche Abgrenzung gering aus, wird sie im Gegenteil zum Objekt der KB-Begierde. Unsere Gegenthese zur Feststellung der Gemeinsamkeit ist, daß die gesamtdeutsche PDS-Wahloption der Mehrheit die Fortsetzung der Abstinenz beim Widerstand gegen die Wiedervereinigung ist.

2. Ablehnung der gesamtdeutschen Wahlen

In Punkt 14 wird die Kandidatur der Sozialisten zur bevorstehenden Reichstagswahl wie selbstverständlich als "im Interesse der gesamten Linken" bezeichnet. Kein Wort über den Charakter dieser Wahl als Bestandteil der DDR-Annexion und die Fortsetzung der Blitzkriegs-Diplomatie gegen den Rest der Welt. Die in der Defensive befindliche Sowjetunion hat zu Recht "die Festlegung auf Termine für gesamtdeutsche Wahlen" als Druck auf die "Zwei plus vier"-Gespräche bewertet. Diese großdeutschen Wahlen sind u.E. zunächst einmal politisch abzulehnen und der Protest gegen die Annexionsschweinerei und der allen demokratischen Regeln hohnsprechenden Durchführung der Anschlußwahl im Schnellverfahren zu unterstützen. Bei getrennten Wahlen wäre für das Gebiet der BRD auch der Vorschlag eines Wahlboykotts ernstzunehmen, der Motivation und Unterstützung nicht allein im Lager der Anhänger des prinzipiellen Antiparlamentarismus finden könnte, sondern in linksdemokratischer Protesthaltung.

3. Nichts gelernt aus dem Scheitern des linksgrünen Parlamentsexperiments?

Zumindest der KB müßte das Scheitern linksgrüner Politik zu einem Teil auch als Scheitern eigener Ansätze reflektieren, ist sie doch mit der KB-Spaltung 1980 und der Tätigkeit von Teilen des KB in den Grünen Bestandteil unserer eigenen Geschichte und des Scheiterns eigener Ansätze. Um so mehr verwundert es uns, wie umstandslos unter BRD-Bedingungen (die wir ausdrücklich von denen in der DDR unterscheiden) die linke

Perspektive als parlamentarische gesucht wird. Warum sollen unter gesellschaftlich schlechteren Bedingungen - Fehlen einer sozialen und außerparlamentarischen Basis - die linken, über die PDS entsandten ParlamentarierInnen besser sein? Weil sie die Besseren sind? Weder wird die Funktion von Parlamentspolitik für die Linke neu und in Abgrenzung zu den Grünen anders bestimmt, noch in Erwägung gezogen, daß die realpolitische Entwicklung der Grünen nicht nur von ihrem bösen Wollen, sondern erheblich vom Willen der sie tragenden WählerInnenbasis bestimmt ist. Vermutlich schimpft man uns jetzt wieder unverbesserliche Sektierer, weil wir nach den grünen Erfahrungen mit Marx ("Die Institutionen sind mächtiger als die einzelnen Menschen") die Herrschaftsvariante des Parlamentarismus stärker betonen und eine weitere Stärkung des bürokratischen und verparlamentarisierten Potentials der Linken befürchten.

4. Linke Vergangenheitsbewältigung: Fehlanzeige

Kein Problem scheint der KB-Mehrheit auch die Vergangenheit der PDS als SED-Nachfolgepartei zu sein. Spiegelt sich darin auch der Umgang mit der eigenen Geschichte wieder? Ob linke Grüne, DKP oder KB, sie alle gehen zwar vom Scheitern ihrer jeweiligen Ansätze aus, doch bleibt die Aufarbeitung aus. Selbst die ehemaligen DKP-Erneuerer sind auf dem geraden Weg, ihre Kritik an der Entwicklung ihrer Partei und den Austritt mit der schnellen organisatorischen PDS-Option (wo sie vermutlich viele ihrer alten DKP-GenossInnen wiedertreffen werden) über Bord zu schmeißen (Wolfgang Gehrcke in ak 318). Geradezu absurd wird es, wenn in der PDS das "Andersartige" und "Neue" gesehen wird (Kt. in ak 318), auf das die Linke sich einzulassen habe.

Die PDS als Hoffnungsträgerin? Sie ist die Nachfolgepartei der SED. Nur weil sie aus dieser hervorgegangen ist, kann sich die KB-Mehrheit an ihrer Massenbasis berauschen. Auch die in Teilen erneuerte PDS bleibt eine ambivalente Partei, dafür bürgt ihre Mitgliedschaft, die zahlreich SED-geprägt ist. Die PDS ist die Partei der Gysi-Generation, die Glasnost angekündigt und in manchen Bereichen glaubwürdig damit begonnen hat. Und sie ist zugleich die Partei, die sich nie aus neuer Erkenntnis selbst verändert hat, sondern immer versuchte, vom Alten zu retten was zu retten ist. Aus dieser Logik der "Zwangserneuerung" heraus hat die SED zunächst Honecker geopfert, um sich zu retten; dann die Mauer geöffnet, um die DDR zu retten; dann Krenz geopfert, um die Regierung zu retten; dann die Partei umbenannt, um einen Teil der Mitglieder zu retten; dann die Konföderation vorgeschlagen, um einen Rest der DDR zu retten; dann die Wiedervereinigung übernommen, um einen Platz im Reichstag zu erhalten und die Fristenlösung zu erhalten usw.?

Vielfach wird gerade Gysis Satz, die DDR sei kein Sozialismus gewesen, sondern habe ein reaktionäres Regime gehabt, als Zeichen der Erneuerung gewertet, ohne zugleich zu erkennen, daß damit der Verdrängung Vorschub geleistet wird. Der reale Sozialismus war immer der, der existiert hat. Die zu mehr als fünfzig Prozent in dieser "reaktionären DDR" geprägte PDS-Mitgliedschaft wird der Vergangenheit nicht mit so radikaler Abkehr vom jahrelang für richtig Gehaltenen entkommen können. Warum der Sozialismus der DDR so wurde, was passiert ist und warum; daß alles ans Licht muß, damit künftige kommunistische Politik davon profitieren kann - dieser Aufgabe muß die PDS sich stellen, auch wenn sie schmerzhaft ist. Die Fakten darüber zu veröffentlichen liegt in ihrem Vermögen.

5. Wahlunterstützung für die PDS möglich

Da die BRD-Bedingungen sich von denen der DDR heute und in der absehbaren Zukunft grundlegend unterscheiden, beantworten wir die Frage der PDS-Parlamentskandidatur auf Grundlage der Zweistaatlichkeit. In einem nicht zu verhindernden gesamtdeutschen Reichstag hat die PDS als authentischer Ausdruck eines Teils der DDR-Opposition mit relevanter Basis das Recht auf parlamentarische Vertretung. Diese kann ebenso nützlich sein, wie sie für die Herrschenden und CDU wie SPD ein begrüßenswertes Ärgernis ist. Am ehesten wird dieses Ziel bei getrennten Wahlen erreicht, eine Option, die noch nicht vom Tisch ist. Die PDS wäre u.E. mit dem Klammerbeutel gepudert, wollte sie auch unter diesen Bedingungen gesamtdeutsch kandidieren. Erstens würde sie in der BRD an der 5%-Hürde scheitern, zweitens gegenüber den parlamentarisch gefährdeten Grünen als Stimmenklau dastehen und somit ihren eigenen mittelfristigen Interessen nur schaden.

Tritt aber jener "worst case" mit gesamtdeutscher 5%-Hürde ein, - insbesondere die SPD setzt bei ihrem PDS-Vernichtungskampf auf diese Hürde - braucht die PDS Unterstützung. Wir würden es begrüßen, wenn die PDS in diesem Fall in der BRD ausdrücklich als DDR- Partei kandidieren würde, nicht aber als Partei der "gesamtdeutschen Linken". Die BRD-Linke könnte dann solidarisch mit der PDS sein, die "genuinen"

PDS-Potentiale in der BRD - Sozialistisches Forum, DKP, SoSt und linkssozialdemokratische Gruppen - hätten dann die Aufgabe Wahlunterstützungsvereine ("Wählt DDR") und Wählerinitiativen für die PDS zu bilden. Linke Wahlaufrufe für die PDS wären denkbar - wer Grüne in ihrer besseren Zeit für wählbar gehalten hat, wird der PDS diese Unterstützung nicht verweigern dürfen.

Gegen diese Option spricht allerdings die Festlegung der PDS auf gesamtdeutsch. In diesem Falle wäre das gleiche Spektrum Träger von BRD-PDS-Wahlbündnissen. Daß diese der PDS mehr Prozente bringen könnten, als die an der Zweistaatlichkeit orientierte Alleinkandidatur der PDS bezweifeln wir.

6. BRD-Linke im PDS- Huckepack ins Parlament?

Im Unterschied zur DDR ist in der BRD 1990 die Basis für eine Bundestagskandidatur der Sozialisten absehbar schmaler, als sie es 1987 ohnehin schon war. Dennoch orientiert die LG-Mehrheit darauf, für sich und die BRD-Linke einen "Ansprechpartner" und ein "Sprachrohr" im Parlament zu schaffen. Inhaltliche Begründungen für den Optimismus, via PDS-Ausdehnung könne sich eine ganz neue sozialistische Kraft herausbilden, werden nicht geliefert. Die Begründungen sind quantitativ-schwärmerisch, verliebt in das mehrfach variierte Massenhafte dieser Partei. Was an ihr neu ist, welche inhaltliche Perspektive außer der Vertretung im Parlament sie bieten könnte, woher der Optimismus genommen wird, die bisherigen PDS-Potentiale der mehr oder weniger gescheiterten, zumeist reformistischen Altlinken in der BRD könnten dieses "gemeinsame sozialistische Projekt" wesentlich beeinflussen, wird nicht einmal angedeutet.

Bleiben die Aussicht auf Parlamentssitze und ein knappes "Milliönchen" Wählerstimmen in der BRD. Der Vorschlag der KB-Mehrheit verliert kein Wort über die Klassenkampfbedingungen in der BRD, kein Wort zur sozialen Basis einer Parlamentskandidatur. Anders herum gedacht: Welcher Linke, außer jenen, die die Null-Komma-Kandidatur bei jeder Wahl für obligatorisch halten, wäre auf den Gedanken einer sozialistischen Kandidatur in der BRD 1990 gekommen? Kern des LG-Mehrheitsvorschlags ist daher der Wunsch, auf dem PDS-Huckepack die eigene Isolation und Perspektivlosigkeit zu bemänteln und via Parlament zu überwinden.

7. Zusammenarbeit mit der DDR-Linken

Nichts könnte jedenfalls dem notwendigen Kontakt, der gemeinsamen Reflexion und der langfristig engen Kooperation mit der nichtreformistischen Linken in der DDR mehr Schaden zufügen, als eine übers Knie gebrochene gemeinsame Reichstagskandidatur. Durch sie würde genau das in den Vordergrund gerückt, was wir zur Zeit am wenigsten brauchen: Wahlkampforganisation als Schwerpunkt. Statt kennenlernen, diskutieren und gemeinsamer Projekte die Plakatekolonnen. Anders als die bürgerlichen Parteien, die ihre DDR-Pendants schlucken, müssen die Linken beider Staaten auch noch nach vollzogener Einigung von "linker Zweistaatlichkeit" ausgehen. Wir müssen die Unterschiedlichkeit in Kultur, Milieu und Erfahrung berücksichtigen. Zusammenarbeit muß punktuell und in Bündnissen erfolgen, alles darüber hinausgehende "von unten", bzw. in der intensiven politischen Auseinandersetzung entstehen. Eine Verquickung mit der Organisationsfrage könnte nur eine absurde Pseudoeinheit hervorbringen.

8. Die Organisationsfrage neu aufgeworfen?

Sicher: eine Organisation wie der KB muß nicht nur deshalb in dieser Konstellation erhalten bleiben, weil es ihn schon zwanzig Jahre gibt. Auch bei uns (oder z.B. der DKP und der VSP) gilt es einen Organisationskonservatismus zu bekämpfen, der sich oftmals als Hindernis für die Wahrnehmung und Umsetzung neuer Prozesse erweist. Wer allerdings die Organisationsfrage mit der PDS und (gesamtdeutschen) Wahlen "in ganz neuer Weise" verknüpft (Punkt 12 und 14 im Mehrheitspapier), strukturiert u.E. nicht die revolutionäre Linke neu, sondern scheint nur eine schnelle politische Mark machen zu wollen. Daß die PDS-Option in der BRD-Linken bislang absolut nichts Neues hervorgebracht hat, sondern das alte Denken und die geläufigen Politikformen der gescheiterten Linken in einem letzten Aufbäumen mobilisiert hat, ist unsere These. Daß sie in dieser Weise den KB erwischt hat, hat uns überrascht.

Die Organisationsfrage kann sich u.E. nur im Prozeß von Diskussion und Auseinandersetzung, theoretischer Aufarbeitung insbesondere von Fehlern und Niederlagen der Linken sowie in gemeinsamen Aktionen neu stellen. Der Vorschlag der LG-Mehrheit zeugt hingegen von einem Verständnis, diese Frage unter quantitativen Aspekten und Zurückstellung von Analyse und Kritik an real die Linke erfassenden Prozessen zu behandeln. So wird die Kritik am real existierenden Sozialdemokratismus der PDS als Überheblichkeit,

Abwehrreaktion und Ausgrenzung stigmatisiert. Wir werden uns nicht, wie es das Papier in den Punkten 12 und 13 fordert, untersagen lassen, reformistische Politik Reformismus und das Vordringen sozialdemokratischer Vorstellungen in größeren Teilen der Linken Sozialdemokratisierung zu nennen. Nicht nur der Name Demokratischer Sozialismus läßt diese Nähe erkennen. PDS- und Erneuerer-Freunde wie die "Volkszeitung" sind da nicht so schüchtern wie die LG-Mehrheit. Aus der Ausgrenzungspolitik der SPD gegen die PDS zieht sie den Schluß, daß die SPD früher keine "revolutionäre Partei neben sich ertragen konnte", "noch viel weniger erträgt sie jetzt eine sozialdemokratische Konkurrenz". Diese PDS-Charakterisierung ist ausdrücklich und ohne Berührungsangst positiv gemeint. Anders als die ak-Redaktion sehen wir darin keine "sozialdemokratische Falle" (Schlagzeile des ak 318), sondern gesellschaftliche Entwicklung (nicht nur in der BRD), einen Reflex auf den Zusammenbruch der RGW-Staaten und die Niederlagen der Linken. Insofern muß diese Entwicklung sehr ernstgenommen werden, ist die Herausarbeitung der inhaltlichen Abgrenzung zur Sozialdemokratie und dem linken Sozialdemokratisierungsprozeß konstituierend für jede organisatorische Neuformierung einer Linken, die mehr sein soll als reformistisches Wahlbündnis oder Wahlpartei. Daher erscheint es uns auch kein Zufall, daß das Papier der LG-Mehrheit bei den linken Perspektiven die radikale antinationale Kampagne und den Kongreß der Radikalen Linken, den wir bei aller Beschränktheit als bedeutendsten Verständigungsversuch der nichtreformistischen Linken der letzten Jahre werten, nicht einmal für erwähnenswert hält. Allein an dieser unterschiedlichen Bewertung wird ersichtlich, daß der Versuch des Mehrheitspapiers, den KB auf die PDS-Option zu vereinheitlichen (Punkt 14, zweitens) unseren inhaltlichen Konflikt nicht nur nicht entschärft, sondern tendenziell verschärft. Diese Art der "Vereinheitlichung", zudem noch zu einem Zeitpunkt, wo es noch gar keine entwickelte KB-Debatte zur PDS gibt, riecht nach altem, unseligen ML-Stil und sollte schleunigst zugunsten der Anerkennung von unterschiedlichen strategischen Ansätzen und Diskussionsbedarf zurückgezogen werden.

Die mögliche Schärfe der KB-Debatte zum Thema PDS ergibt sich aus der Verknüpfung der Einschätzung dieser Partei mit der Organisationsfrage für den KB als - bislang - Organisation der revolutionären Linken. In Bündnissen und gemeinsamen Aktionen schließen wir eine auf die PDS bezogene Zusammenarbeit nicht aus. Die prinzipielle Solidarität mit einer Hetze und Kriminalisierung ausgesetzten PDS ist für uns selbstverständlich. Durcheinanderbringen kann dies nur, wer inhaltlich begründete Abgrenzung mit Ausgrenzung gleichsetzt, wie dies im LG-Papier geschieht.

hr. & max.

40. Die Herausforderung annehmen Diskussionsbeitrag zur PDS-Debatte

Rubrik: KB und AK; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/66.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:66

Ein Gespenst geht um in der linken Debatte - die PDS. Kaum ein Thema führt derzeit so sehr zu Nervosität, hektischer Abgrenzung, aber auch zögerlichem Abwarten in der Linken wie die sog. PDS-Debatte. Auf dem Kongreß der Radikalen Linken in Köln wurden die drei Buchstaben fast flüsternd - wenn überhaupt - erwähnt, die Debatte wurde dort im Rahmen des Podiumsblocks "Perspektive der Linken" nicht geführt. Gleichzeitig ist allenthalben von Geheimtreffen die Rede, von Gründungsfieber und Parteiprojekten.

Warum ein linkes Bündnis der BRD- und DDR-Linken gegen die imperialistische BRD-Politik setzen, warum die PDS Kern eines solchen Projekts sein wird, warum eine Beteiligung an den gesamtdeutschen Wahlen mit einem linken Wahlbündnis, warum dies trotz Existenz der Grünen und unter welchen Voraussetzungen mit der PDS - das sind die Fragen, die derzeit zur politischen Herausforderung an die hiesige Linke und die der DDR geraten.

1. Es besteht Handlungsbedarf

Noch nie wurde - ohne Krieg - einem Land innerhalb eines so kurzen Zeitraums ein völlig neues politisches, ökonomisches, soziales und kulturelles System übergestülpt. Selbst eine Prognose, wonach sich der Prozeß der Einverleibung der DDR nicht reibungslos vollziehen werde, selbst ein hoffnungsfrohes Aufgreifen der Befürchtung Kohls, nach dem 2. Juli könne eine "Antistimmung" gegen die Politik der BRD entstehen, all dies sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der BRD-Imperialismus in einer von uns befürchteten und bekämpften Stärke präsentiert. Dabei steht wohl fest: Die zumindest teilweise in der Linken der DDR gehegte Hoffnung, über die Vereinigung böte sich möglicherweise die Chance zur demokratischeren, sozialgerechteren und friedlicheren Ausgestaltung eines neuen Deutschlands, ist wie eine Seifenblase zerplatzt. Die gesamte Weltlage ist gekennzeichnet durch ein machtpolitisches Vakuum mit bislang unkalkulierbaren Folgen. Der Sieg des Kapitalismus über den sogenannten realen Sozialismus macht ersteren keineswegs friedlicher, im Gegenteil stellt er eine reale Bedrohung anderer Länder dar, insbesondere der osteuropäischen einschließlich der Sowjetunion. Die Ausbeutung der sog. Dritten Welt wird sich vor dem Hintergrund sich zuspitzender innerimperialistischer Widersprüche noch weiter verschärfen. Die unter dem Stichwort "Europäisches Haus" suggerierte Bändigung eines Großdeutschlands durch dessen politische und ökonomische Einbindung in die Europäische Gemeinschaft, das scheinbare Auffangen der Besorgnis anderer Länder, vermag kaum zu überzeugen in Anbetracht der absoluten Vormachtstellung des BRD-Deutschlands, tatsächlich gruppiert sich doch die EG um die BRD herum. Nicht plebiszitäre Rechte oder Verankerung sozialer Grundrechte stehen auf der Tagesordnung der Bourgeoisie, sondern deren Abbau. Und der in diesem Prozeß sich artikulierende Nationalismus wendet sich vor allem gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen.

Dem steht gegenüber eine zersplitterte Linke in der BRD, die sich nur noch Krisendebatten auf die Fahnen schreibt und eine Linke in der DDR, die den Kampf gegen das BRD-Kapital verloren hat. KommunistInnen, SozialistInnen und Linke haben die Implosion des realen Sozialismus noch längst nicht verkraftet, unabhängig davon, ob sie ideologisch an ihn gekoppelt waren oder "nur" seine bloße Existenz als Gegner des eigenen Hauptfeindes eine Rolle spielte.

Das alles sind Rahmenbedingungen, die es nicht gerade angeraten erscheinen lassen, die eigene politische Zukunft von Prognosen, Erwartungen oder gar Hoffnungen abhängig zu machen. Es erscheint auch - fast - voluntaristisch zu behaupten, die Linke in der BRD und in der DDR müsse sich sammeln, es klingt nach dem üblich hilflosen Griff zum rettenden Strohhalm.

Genauso falsch wäre es aber, vor diesen Realitäten die Augen zu verschließen und so zu tun, als könne man einfach im alten Koordinatensystem linke Politik fortsetzen. Die Koordinaten haben sich verschoben. Dementsprechend müssen auch wir unseren Standpunkt neu bestimmen, um uns nicht jegliche Chance zu nehmen, die Prozesse zu beeinflussen. Wo wir dabei landen werden - eine fertige Antwort auf diese Frage zu verlangen, hieße, die Frage gar nicht stellen zu dürfen.

Wenn nämlich die Lage so finster ist wie beschrieben, dann haben sich logischerweise diejenigen über eine gemeinsame Politik zu verständigen, die ihre Gegnerschaft - und wenn auch nur punktuell und/oder politisch unbewußt - gegenüber diesem Imperialismus artikulieren. Es steht der ernsthafte Versuch auf der linken Tagesordnung, in neuer Form und mit neuen Ideen Widerstand zu entwickeln - es sei denn, die Linke will sich seelenruhig in Zuschauerpose zurücklehnen.

Dabei geht es allerdings nicht nur um die Organisierung eines linken Diskurses. Die bloße Sammlung übriggebliebener Linker oder auch nur die bloße Ausweitung der PDS auf die BRD würden keinen qualitativen Sprung linker Politik bedeuten. Ersteres ist das, was erfolglos über die Jahre in zahllosen Konferenzen und Kongressen versucht wurde, letzteres wäre ein problematischer Exportversuch einer oppositionellen DDR-Partei, die ohne Erfahrungen linker Politik unter kapitalistischen Bedingungen jedenfalls zunächst ziemlich überfordert sein dürfte.

Aufzugreifen sind vielmehr in konkreter Weise und mit erklärter Interventionsabsicht alle Ausdrucksformen eines von diesen Verhältnissen und der aggressiven BRD-Politik Angewidertseins. Einbezogen sein müssen von vornherein Widersprüche, die sich in beiden Systemen als unabdingbarer Teil linker Politik herauskristallisiert haben, wie z.B. antifaschistische Politik, die feministische Debatte jenseits rein ökonomischer Begründung, die Ökologiefrage, die Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Alltag in all seinen Erscheinungsformen.

Es geht auch um die (Rück-)Eroberung linker Interventionsfähigkeit. Die Forderung beispielsweise nach Entmilitarisierung, eine Kampagne gegen Wehrpflicht und NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands, der Kampf gegen den § 218, ein Kampf um den Erhalt der Westgrenze Polens, der Kampf für die Rechte von Flüchtlingen und ImmigrantInnen, um nur einige Beispiele zu nennen, wären inhaltliche Aufgaben der nächsten Zeit, die in radikalen Massenprotest und Widerstand umzusetzen sind.

Es muß sich also ein längerfristiger Widerstand gegen das imperialistische Großdeutschland entwickeln, Widerstand, der an allen konkreten Erscheinungsformen des Abwehrkampfes anknüpft und dabei maximal Opposition sammelt im Rahmen kontinuierlicher - nicht nur punktueller Bündnisse.

Die Rolle als Opposition muß vorbehaltlos angenommen werden, kein Liebäugeln mit falschen Illusionen über Mitgestaltung, sondern Artikulation allen Nichteinverständnisses muß das Herangehen prägen.

Zu einem solchen Bündnis gehören die Linken und Bürgerbewegungen der DDR, die sicher ihre Aufgabe vor allem im Aufgreifen der Annexionsfolgen sehen werden, dazu gehört die BRD-Linke ebenso, die vor allem Erfahrungen mit linker Politik in einer kapitalistischen Gesellschaft einzubringen hat.

2. Warum gemeinsam mit der DDR-Linken?

Sehr verkürzend ist meiner Ansicht nach die Reduzierung des Streitgegenstandes auf die Frage "wie hältst Du es mit der PDS?".

Der gesamten DDR-Opposition kommt eine wichtige Rolle in einem gemeinsamen linken Projekt zu, auch wenn hierbei die PDS quantitativ am stärksten ist. Im Unterschied zur BRD-Linken kann sie einen sichtbaren, gegen die Folgen der Annexion gerichteten gesellschaftlichen Widerstand vorweisen. Sie vermag sich auf soziale Bewegungsansätze zu beziehen.

Sich als heutige BRD-Linke nicht intensiv mit der DDR befassen zu wollen, hat zwar seinen Grund in unserer politischen Tradition - der prinzipiellen Ablehnung einer Wiedervereinigung, ist aber kaum aufrechtzuerhalten.

Vor dem Hintergrund eines künftigen gemeinsamen BRD-Staates erscheint es geradezu absurd, wenn sich die Linken in der BRD und DDR künftig weiterhin getrennt darum Gedanken machen sollen, wie ein und derselben Politik Widerstand entgegenzusetzen sei.

Und noch ein Aspekt führt zwingend zu einer Zusammenarbeit zwischen BRD- und DDR-Linker: die praktische Solidarität mit den aktuell Hauptbetroffenen der BRD-Anschlußpolitik, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müßte.

Dem Erfahrungsaustausch, Meinungsstreit und der gegenseitigen Information unter DDR-Linke und BRD-Linke wird hierbei eine eminent wichtige Rolle zukommen. Dabei kann die Zusammenarbeit mit der PDS

keinesfalls die Diskussion und gemeinsame Intervention mit anderen oppositionellen Gruppen der DDR ersetzen, sollte sie möglichst nicht behindern, auch wenn bekannt ist, daß dies in DDR-oppositioneller Hinsicht nicht einfach ist, weil insbesondere dort nachvollziehbare Vorbehalte gegenüber der PDS mit ihrer Geschichte bestehen.

3. Warum mit der PDS?

Die PDS ist zweifelsohne mit großem Abstand stärkste Oppositionspartei der DDR. Sie präsentiert sich einerseits als oppositionelle Kraft, die wirksam und hörbar auf tagespolitische Erfordernisse einzugehen vermag, andererseits auch als Anziehungspunkt für Menschen, die sich eine sozialistische bzw. linke Perspektive offenhalten oder erarbeiten wollen. Sie ist offene Provokation für die herrschenden Kräfte der BRD und mittlerweile zur Hauptfeindin Nr. 1 erklärt.

Zur Hetzjagd wird bereits kräftig geblasen. Der Beschluß über die Enteignung des PDS-Vermögens, denn dieses ist im Prinzip Zielobjekt, war nur der Beginn einer Kampagne mit dem Ziel der politischen Liquidation dieser Partei. Nichts politisch Relevantes links von SPD und Grünen soll geduldet werden. Von tief antikommunistischer Machart ist die Stimmung, die erzeugt wird, wobei die Scheu vor der Gleichsetzung von deutschem Faschismus und 40 Jahren DDR, von NSDAP und SED gen Null geht. Wer sich hier die Talkshow des NDR angesehen hat, in der alle Anwesenden einschließlich des Publikums mit Schaum vor dem Mund über jeden Erklärungsversuch Gysi's herfielen, jede noch so idiotische Frage beklatschten, kann sich eine Vorstellung von dem reaktionären Wind machen, der einer Linken hier im Wahlkampf ins Gesicht wehen wird.

Ich führe dies an, weil es auch unsere Aufgabe ist, einem solchen gesellschaftlichen Klima, das den Spielraum linker Politik repressiv einengen soll, Widerstand zu leisten. Wer den Kontext, in dem die Hetz- und Lügenkampagne gegen die PDS steht, vorangetrieben von SPD und Springer, nicht wahrnimmt, kann glaubwürdig kaum Politik gegen das Projekt Großdeutschland entwickeln, stand doch das Modell Deutschland auch immer für die Verfolgung von KommunistInnen, SozialistInnen und Linke, für Parteiverbote und heutzutage einem geschickten Instrumentarium an Integration und Repression. Mit der Kampagne gegen die PDS wird das alte Spiel betrieben: in Salamitaktik soll die PDS isoliert und Solidarisierung verhindert werden, um sie dadurch von der politischen Bühne nachhaltig zu vertreiben. Die Linke der BRD hat sich - auch und gerade in Aufarbeitung der Erfahrungen im sog. Deutschen Herbst - dem effektiv entgegenzustellen.

4. Die Wahlen sind erster Test für ein solches Bündnis

Die gesamtdeutschen Wahlen stehen mittlerweile so gut wie sicher noch in diesem Jahr bevor. Klar ist, alle hätten sich im Interesse einer Aufarbeitung der gravierenden Folgen des Zusammenbruchs des RGW, aber auch im Hinblick auf die bisherige Verfaßtheit der Linken viel Zeit gewünscht. Gerade die ganz unterschiedlichen Erfahrungen, Entwicklungen und Herausbildungen der Linken in der DDR gegenüber der Linken in der BRD würden eine intensive und zeitaufwendige Phase des Kennenlernens notwendig machen. Diese Zeit gönnt man uns nun aber wohlweislich nicht. Die Wahlen werfen die Frage auf, ob und in welcher Form die Linke ein Eingreifen für notwendig hält.

Wen ließe ein Wahlausgang kalt, um ein Beispiel aus einem SoZ-Beitrag von Manuel Kellner zu nennen, der der CDU satte, der SPD mäßige Ergebnisse bringt, die Reps mit 10% in ein Parlament einziehen und die Grünen an der 5%-Klausel scheitern läßt? Und umgekehrt: wer ist radikal antiparlamentarisch genug, dem ein beachtliches - durchaus auch unterhalb von 5% liegendes -Ergebnis für ein linkes Bündnis gleichgültig ist, das sich antinationalistisch und antikapitalistisch gegen Anschluß und Einverleibungsfolgen, für die Interessen der abhängig Beschäftigten, Frauen, Unterdrückten und Ausgegrenzten engagiert?

Mehr noch: der Verzicht auf eine Kandidatur der PDS würde nicht nur deren Aus bedeuten, sondern auch die Preisgabe eines Versuchs, links von SPD und Grünen parlamentarisch präsent zu sein. Zudem würde diese Form der politischen Abstinenz im parlamentarischen Bereich Ängste vor allem in der DDR-Bevölkerung vor der weiteren Entwicklung, den Eindruck, es sei sowieso nichts zu machen, nur fördern.

Die grünen Erfahrungen haben sicher deutlich die Dynamik parlamentarischer Arbeit in einer bürgerlich-kapitalistischen Demokratie vor Augen geführt. Die erfolgreichen Integrationsmechanismen, die Verhinderung linker Fraktionen innerhalb der Partei, das Rausdrängen linker Positionen zugunsten der Chance einer Regierungsbeteiligung, führen zu einer Konstellation, die die Grünen nicht mehr als einzig denkbares

parlamentarisches Sprachrohr Oppositioneller erscheinen lassen. Zwar wünschen manche eine Beteiligung der Grünen an einem gemeinsamen linken Projekt; die bisherige Reaktion der Grünen auf diese Debatte läßt mit wenigen Ausnahmen allerdings bis heute nur den Schluß zu, daß sie nicht einmal Teil einer solchen linken Debatte und Intervention sein wollen, sondern die klare Ab- bis Ausgrenzung suchen.

In der Tat, die Grünen wären allenfalls Teil eines Bündnisses, nicht mehr der Kristallisationspunkt schlechthin. Unabhängig von möglichen Wandlungen der Grünen Position in dieser Frage sollte die Linke nicht für alle Zeiten mit Rücksicht auf die Grünen auf eine parlamentarische Repräsentanz links von der SPD verzichten.

5. Wahlfrage ist nicht gleich Organisationsfrage

Die Behauptung, mit dem Auftreten der PDS auch in der BRD werde die Organisationsfrage für die BRD-Linke neu aufgeworfen, hat zu erheblicher Unruhe geführt. Allseits unbestritten ist die Rede von einer Umgruppierung der Linken in der BRD. Strittig ist allerdings die Frage, in welche Richtung sinnvollerweise dieser Umgruppierungsprozeß zu entwickeln sei.

Da sind die nachvollziehbaren Bedürfnisse derjenigen, die erst einmal die bisherigen Erfahrungen aufarbeiten wollen, bevor's an die nächste Partei geht.

In krassem Widerspruch hierzu stehen die voreiligen, völlig undiskutierten und in alter Manier durchgezockten PDS- Gründungen in einigen Städten, die einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den vor uns liegenden Aufgaben nur schädlich sein können und zudem beredtes Beispiel dafür sind, wie die Chance, aus gemachten Erfahrungen zu lernen, vertan wird.

Vermutet wird vielfach, die Konstituierung eines Wahlbündnisses gerate zwangsläufig zu einem Parteiformierungsprozeß, was dem Stand linker Diskussion und Interventionsfähigkeit nicht entspreche.

Die Organisationsfrage wird einerseits tatsächlich aufgeworfen. Wir begeben uns doch jetzt in mehr oder weniger hektische Diskussionen, weil wir über den Vereinigungsprozeß schlagartig und zeitlich noch verschärft durch die Wahlen mit einer linken Massenpartei konfrontiert werden. Auch wenn die PDS klar aus der DDR-Gesellschaft hervorgegangen und auf diese bezogen politisch verfaßt ist, so drängt sich zumindest ein neues Nachdenken über ein gemeinsames linkes Projekt auf. Allein diese Überlegung abzutun als frevelhaft, reformistisch oder die Vergangenheit der PDS ignorierend, bedeutet, die Chance einer naheliegenden Prüfung dieser Frage verpaßt zu haben. Das in Anbetracht der allseits eingestandenen Krise der Linken in der BRD wäre ein fatales Versäumnis.

Die Organisationsfrage ist garantiert nicht über ein schnell zusammengezimmertes Bündnis zu den gesamtdeutschen Wahlen zu beantworten. Und sie darf es auch nicht, weil dies längerfristige Diskussionsprozesse, aber auch gemeinsame Interventionserfahrungen voraussetzt. Ein Wahlbündnis kann allenfalls als - sicher nicht unbedeutender - Test auf eine künftige Zusammenarbeit gelten.

Mit einem Bündnis zu den Wahlen als Teil eines Projekts gegen die Folgen der Annexion würde neben den anstehenden außerparlamentarischen Aufgaben versucht werden,

1. der DDR-Opposition auch auf der parlamentarischen Tribüne zu konsequenten Stimmen zu verhelfen und

2. auch für die BRD-Linke einen Ansprechpartner - möglicherweise neben den Grünen - zu verschaffen.

Ein Bündnis, das sich dieser Aufgabe stellt, wird sich einerseits nicht festlegen müssen auf eine Entscheidung in der Organisationsfrage, also der Bildung einer gemeinsamen Partei, andererseits aber in verbindlicherer Weise als nur punktuell gemeinsame Strategien für linke Politik entwerfen müssen.

Die Beteuerung Gysis, mit der PDS werde eine Mischung aus Partei und Bewegung ausprobiert, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir es trotz AGs und Plattformen innerhalb der PDS mit einer Partei im traditionellen Sinn, mit einem für unsere Verhältnisse nachwievor gigantischen Apparat und vor allem einem Mittelbau mit alten Strukturen zu tun haben.

Das beantwortet aber nicht die Frage nach dem Verhältnis einer solchen oder anderen Partei zu den sogenannten sozialen Bewegungen. Die Auseinandersetzungen, die hier in der BRD um parteibezogenes Dominanzgebaren, Integration und Aufsaugen sozialer Bewegungen insbesondere mit den Grünen geführt wurden, werden auch die PDS beschäftigen.

6. Erwartungen an die PDS

Die Programmatik der PDS ist ein Problemfeld, das für viele hier Dreh-und Angelpunkt sein mag. Es gibt hier aus BRD-linker Sicht Diskussionsbedarf, das Programm ist nämlich - wie sollte es auch anders sein - zugeschnitten auf die spezifischen politischen Verhältnisse und Erfordernisse der DDR. Mit dem bisherigen Stand ist das Programm nicht geeignet, im Rahmen eines Wahlbündnisses radikal Kritik an den bestehenden und drohenden Verhältnissen zu formulieren und eine konsequente Gegnerschaft zum Ausdruck zu bringen. Wünschenswert wäre beispielsweise, durch die gemeinsame Debatte würde umgesetzt, was Gysi auf einem Treffen bereits verlautet hat: das PDS-Programm müsse eine schärfere und konsequentere Kapitalismuskritik enthalten, die staatstragenden und staatsmännischen Elemente müßten verschwinden, ohne daß dadurch radikalreformerische Ansätze ausgeschaltet werden.

Mit keiner Linken läßt sich hierzulande Politik machen,

- wenn nicht in der AKW-Frage ein eindeutiges Nein zu hören ist,

- wenn nicht in frauenpolitischer Hinsicht zu den notwendigen ökonomischen Forderungen ein Umdenken erfolgt, daß die in allen gesellschaftlichen Bereichen bestehenden Herrschaftsstrukturen gegenüber Frauen aufgreift und zum selbstverständlichen Gegenstand linker Politik macht, dies nicht nur unter dem Stichwort Soziales abhandelt,

- wenn nicht die Analysen der hiesigen Linken zur sozialen Marktwirtschaft in einer kapitalistischen Gesellschaft in die Programmatik einfließen und zu einem entschiedenen Nein zur Illusion in reformerische Verbesserungen des Kapitalismus führen;

- wenn wir nicht verstärkt unsere Aktivitäten gegen die rassistische und menschenverachtende Politik gegenüber Flüchtlingen und AusländerInnen richten;

- wenn wir nicht eine antifaschistische Politik entwickeln, die sozusagen tatkräftig allem Aufkommen neo- oder altnazistischer Kräfte, auch in ideologischer Hinsicht, etwas entgegensetzt.

Die Liste ließe sich sicher verlängern; es sollen hier nur einige Punkte benannt werden, die Gegenstand unserer Politik - praktisch und programmatisch auch im Rahmen eines Wahlbündnisses sein müssen.

Die PDS ist garantiert nicht die sozialistische Traumpartei, auf die wir schon immer gewartet haben. Skepsis gegenüber ihrem Erneuerungsprozeß und ihrem Herangehen an andere linke Kräfte in der DDR und BRD ist berechtigt. Von entscheidender Bedeutung wird sein, wie es der PDS gelingt, den Erneuerungsprozeß in ihrer Partei fortzusetzen, zu intensivieren und auszubauen. Die Zusammenarbeit in einem Wahlbündnis wäre ein weiterer Prüfstein für die Erneuerungsfähigkeit dieser Partei. Geschichtsaufarbeitung, nicht -bewältigung müssen den Erneuerungsprozeß glaubwürdig und auch praktisch prägen. Die PDS ist Nachfolgerin einer Partei, die ihren Beitrag zum Scheitern des ersten sozialistischen Experiments. Eine Auseinandersetzung mit diesem Problemfeld wird die PDS, aber nicht nur diese, auf lange Sicht beschäftigen müssen.

Im Hinblick auf ein Wahlbündnis mit der PDS ist von entscheidender Bedeutung, ob wir hier in der BRD eine Entscheidung für eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung mit der Programmatik der PDS und für eine Einflußnahme auf deren Politik treffen. Die Linke hier - das wäre wünschenswert - sollte sich selbst als Bündnis in die solidarische Diskussion mit der PDS begeben, und das am besten so schnell als möglich. Ein solches Bündnis streben wir an.

Gefragt aus hiesiger Sicht ist nicht die Hochstilisierung zum neuen Hoffnungsträger, gefragt ist allerdings auch nicht überhebliche Ablehnung dieser Partei als reformistisch und deshalb nicht zur revolutionärer Zusammenarbeit geeignet. Gefragt ist eine mit kühlem Kopf geführte, sachliche Debatte um die Bestimmung der inhaltlichen Schwerpunkte künftiger linker Politik.

A., Hamburg

41. Die Demonstration am 10. November als nächstes anti-deutsches Etappenziel: Internationalistisch und antifaschistisch

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:22

Die Radikale Linke (RadLi) hat beschlossen, zu einer weiteren Großdemonstration gegen das neue Deutschland aufzurufen. Bis zum geplanten Datum - 10. November - werden die Konturen der großdeutschen Politik sehr viel deutlicher sein als noch im Frühjahr, im Vorfeld der Frankfurter Demonstration.

* Zerstört die Illusionen auf eine offene Verfassungsdiskussion unter Berücksichtigung der sozialen und antifaschistischen Orientierungen der DDR; stattdessen "mancherorts pogromähnliche Zustände" (Die Zeit) gegenüber Asylsuchenden und AusländerInnen in der DDR, was einen Anschluß unter Übernahme des Grundgesetzes (Artikel 23) noch als relativ harmlose Variante imperialistischer Politik erscheinen läßt.

* Verflogen die frommen Wünsche nach einem friedlichen Gesamtdeutschland. Stattdessen Brüskierung auch der minimalsten Sicherheitswünsche der UdSSR, die NATO - als Geisel des westdeutschen Imperialismus - ausgedehnt bis zu den Schlachtfeldern des 2. Weltkrieges.

* Blamiert die Hoffnungen auf die Wiedervereinigung als Vehikel zur Vergrößerung der linken Opposition; stattdessen reichsweite 129a-Fahndung und Versuche zur Zerschlagung selbst linkssozialdemokratischer Organisationen wie der PDS. In diesem Zusammenhang ist es grotesk, daß ein Teil der Linken die Ankündigung von Reichstagswahlen im Dezember nicht als Auftrag zur politischen Verhinderung, sondern als Chance für eine erfolgreiche Beteiligung begreift.

Der Prozeß hat eine grausame Dialektik: Je mehr die Folgen der deutschen Einheit sichtbar werden, umso deutlicher wird, daß schon ihre Grundlagen durch und durch reaktionär sind, sie also nur grundsätzlich abgelehnt werden kann. Je mehr die Entwicklung gegen uns arbeitet, umso mehr untermauert sie die Berechtigung unseres radikalen Widerstandes und gibt ihm neue Chancen, sich als realistischere, weil illusionslose Form linker Politik gegen Großdeutschland zu erweisen.

Der Termin: Direkte Konfrontation mit den Herrschenden

Der Dualismus des 9. November - einerseits Jahrestag der Reichspogromnacht, andererseits der Maueröffnung - führt zu einer wichtigen Konfrontation, der die Linke nicht ausweichen darf: Gelingt es den Herrschenden, sich und ihre Herrenrasse als "das glücklichste Volk der Welt" (Momper) darzustellen, oder werden wir weiter daran erinnern können, wozu imperialistischer Nationalismus in Deutschland fähig ist? Schaffen es die Geschichtsrevisionisten, mit Hinweis auf die "Stunde Null" (Augstein) am 9. November 1989 tabula rasa in den Köpfen der Menschen zu machen, oder halten wir ein Minimum an Bewußtsein über die historische Kontinuität zwischen Nationalsozialismus und BRD-Kapitalismus wach?

Dieser Antifaschismus will aber nicht nur den schwarz-braunen Endsieg im Interpretationskrieg um die Nazi-Zeit verhindern. Vielmehr soll darauf hingewiesen werden, daß die Entstehung eines neuen Großdeutschland faschistische und expansionistische Potentiale freisetzt, die den Kampf gegen das 4. Reich zu einer wichtigen aktuellen Aufgabe machen. Wie sich autoritär geprägte "Angst vor der Freiheit" (Fromm) in der Folge des 9. November 1989 zuspitzte zu hysterischem Antikommunismus und rabiatem Rassismus - das ist einer der schlimmsten Indikatoren dieses dynamischen Prozesses.

Der Demonstrationstermin 10. November ergibt sich zwingend aus diesen Überlegungen. Im Vorfeld sollten - besonders am 9. November selbst - dezentrale Aktivitäten durchgeführt werden, wo die Linke den Dialog und das Bündnis mit den Hauptopfern des deutschen Nationalismus sucht: den Jüdinnen und Juden. Das wird schwierig sein, v.a. weil die Linke hier in der Vergangenheit ignorant und besserwisserisch war; gerade das macht aber diese Aufgabe so notwendig.

Indem sie sich am 10. November der Auseinandersetzung mit den Herrschenden stellt, arbeitet die radikale Linke auch eigene Versäumnisse in der Inkubationsphase des Neonationalismus auf: Das fast völlige

Verschlafen der Historiker-Debatte und der Bitburg-Auseinandersetzung und - damit korrespondierend - den "blinden Fleck" über die Bedeutung des Antisemitismus im deutschen Faschismus und danach.

Die hier skizzierte antifaschistische Ausrichtung der Demonstration führt im übrigen logisch zur Wiederverwendung des Frankfurter Mottos "Nie wieder Deutschland"; es unterstreicht historische Kontinuität, assoziiert nationalsozialistische Vergangenheit, betont die neue Qualität der deutschen Einheit. Daß bis zum November die Annexion der DDR noch weiter fortgeschritten sein wird, macht dieses "Nie wieder" nicht anachronistisch, sondern wird seine Berechtigung im Gegenteil viel offensichtlicher zeigen.

Das Bündnis: Internationalistisch statt deutsch-deutsch

Auf dem RadLi-Kongreß wurde stark beklagt, daß ein solcher Demo-Vorschlag nicht von Anfang an mit der DDR-Linken abgesprochen worden ist. Von einer VSP-Genossin wurde sogar vorgeschlagen, ein Vorbereitungskomitee zu installieren, wo BRD- und DDR-Linke gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Ein solches Herangehen führt in die falsche Richtung. Diese Demonstration darf nämlich keine deutsche Demonstration werden, weder eine bundesdeutsche noch eine gesamtdeutsche. Stattdessen muß sie von Anfang an einen internationalistischen Charakter haben: Eine Demonstration der von Rassismus bedrohten ImmigrantInnen in BRD und DDR, der VertreterInnen der vom deutschen Faschismus mit Krieg und Vernichtung überzogenen Völker, der vom westdeutschen Kapital in allen Kontinenten Ausgebeuteten. Die entscheidenden Planungen und Vorbereitungen der Aktion sollten von einem Internationalen Vorbereitungskomitee getragen werden, und ausländische VertreterInnen wären dort so zu privilegieren, daß sie nicht von der Überzahl der Deutschen majorisiert werden können.

Das ist kein Pflicht-Internationalismus, sondern soll verhindern, daß die Form unserer Aktion unsere anti-deutschen Inhalte abstumpft. Es gibt kein nationales Selbstbestimmungsrecht auf "Deutschland", weil darunter nicht in erster Linie die Deutschen zu leiden hatten, sondern die Völker ganz Europas. Nicht die Täter und Erben des deutschen Nationalismus sind entscheidungsbefugt, sondern die Opfer und ihre Nachkommen. Wenn Schönhuber, Kohl und Brandt behaupten, daß die Vereinigung Deutschlands Sache der Deutschen sei, so müssen wir das durch unsere Inhalte und durch unsere Praxis widerlegen.

Die Realisierungschancen dafür sind gegeben: Auf der Frankfurter Demonstration sprach eine Resistance-Kämpferin aus Belgien, ein Angebot aus Frankreich lag ebenfalls vor, im Vorfeld gab es Veranstaltungen mit dem polnischen Holocaust-Forscher Kania und wurden Kontakte ins jüdische Spektrum geknüpft. Auf dem RadLi-Kongreß waren etliche VertreterInnen aus der Immigranten-Arbeit anwesend, mit denen unbedingt schon sehr rasch versucht werden sollte, gemeinsame Aktivitäten zu entfalten. Eine multikulturelle Gesellschaft wird es erst auf den Trümmern von Deutschland geben - mit dieser Verknüpfung könnte die anti-deutsche Position nicht nur Kristallisationspunkt des Widerstandes sein, sondern auch eine Arbeit in die Breite beginnen, unter der Masse der EinwanderInnen.

Dennoch bleiben Schwierigkeiten. Eine davon ist die Zurückhaltung ausländischer GenossInnen, einerseits deutlich die Gefahren eines 4. Reiches zu sehen, andererseits aber trotzdem keine Ablehnung der deutschen Einheit äußern zu wollen. Die Gründe hierfür sind einerseits Höflichkeiten und diplomatische Rücksichtnahmen (v.a. von osteuropäischen Offiziösen), zum anderen aber die schlichte Angst vor der Wut der Deutschen auf solche Äußerungen (u.a. bei jüdischen Menschen in der BRD). Das sollten wir ernst nehmen. Als Untertitel unsere Aktion könnte man deshalb wählen "Internationale Demonstration der Opfer und GegnerInnen Deutschlands", was auch die Teilnahme von AusländerInnen ermöglicht, die sich aus den oben erwähnten Gründen nicht als GegnerInnen, sondern "nur" als Opfer Deutschlands sehen. ("Internationale Demonstration gegen das 4. Reich" würde den Einwänden ähnlich Rechnung tragen.) Der Radikalität unseres Anliegens täte das keinen Abbruch.

Zur Zusammenarbeit mit der DDR- Linken: Sie ist natürlich anzustreben, aber eben nicht mit der Perspektive, eine bundesdeutsche Dominanz der Aktion durch eine gesamt-deutsche zu ersetzen, sondern in Abhängigkeit von der Zielsetzung, den internationalistischen und anti-deutschen Charakter sicherzustellen. Vielleicht könnten PDS-Kreise Kontakte nach Osteuropa zur Verbreiterung des Demo-Bündnisses nutzen, und die VL dafür werben, daß neben z.B. TürkInnen aus der BRD auch vietnamesische und mozambikanische GenossInnen aus der DDR beteiligt sind?

Wenn von Internationalismus die Rede ist, sollte nicht die größte AusländerInnen-Gruppe in der DDR vergessen werden: die Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte. In kollektive Strukturen eingebunden und gut bewaffnet sind sie nicht gerade die wehrlosen Opfer, die sich deutsche Nationalisten wünschen, und genau deswegen sollten wir sie nicht rechts liegen lassen.

Darüberhinaus sind sie ein ausführendes Organ des sowjetischen Staates, und ohne sie könnte Gorbatschow seine Staatspolitik nicht machen. Leider macht Gorbatschow diese Politik gegenüber den Deutschen schlecht, hangelt sich von Kompromiß zu Kompromiß, weicht Schritt für Schritt zurück.

Auch hier gibt es also ein wichtiges Arbeitsfeld für BRD- und DDR-Linke: Von unserer Seite könnte ein "Offener Brief" westeuropäischer Parlamentarier an Gorbatschow lanciert werden, der um volle Ausschöpfung der alliierten Kontrollrechte zur maximalen Fesselung des deutschen Imperialismus bittet. Ebenfalls wäre daran zu erinnern, daß sich der antifaschistische Kampf gegen Deutschland in der Vergangenheit weit besser bewährt hat als Appeasement-Vereinbarungen und Nicht-Angriffs-Pakte.

Die DDR-Linke könnte sich Gedanken über eine direkte Kontaktaufnahme mit den sowjetischen Soldaten machen. Haben nicht viele von ihnen Verwandte durch die Nazis verloren? Sind sie zufrieden mit Gorbis Deutschlandpolitik, oder beschleicht sie nicht auch ein mulmiges Gefühl? Diese Frage zu diskutieren, beim Flugblattverteilen vor den Kasernen oder auf öffentlichen Veranstaltungen, wäre eine spannende Sache. Die politische Einbeziehung der Sowjetsoldaten in unsere Aktivitäten müßte natürlich dem Umstand Rechnung tragen, daß diese Armee in der Vergangenheit nicht nur Teil des antifaschistischen Kampfes, sondern auch der imperialen Machtpolitik der UdSSR war. Das macht diesbezüglich Überlegungen schwierig, aber keinesfalls überflüssig.

Der Ort: Das Volk sind wir nicht

Eine der wesentlichen Diskussionsfortschritte beispielsweise auf dem RadLi-Kongreß war die Kritik einer reduktionistischen Faschismus-Analyse, die nur das Kapital als Verursacher kennt. Zu Recht wurde dagegen eine Fülle von Belegen und Sichtweisen eingebracht, die - ohne klassenunspezifisch zu sein oder das Monopolkapital als Hauptprofiteur nicht entschieden zu denunzieren - die Rolle der Mitläufer und Mittäter problematisierten. Faschismus in Deutschland war breit getragener Nationalismus und Rassismus in Gestalt der "Volksgemeinschaft".

Wie ließe sich dieser Erkenntnisfortschritt besser in Praxis umsetzen als durch die Bestimmung der "Heldenstadt" Leipzig als Demonstrationsort? Dort konstituierte sich erneut die Schicksalsgemeinschaft des "einig Vaterland", dort ist das Mekka der DDR-Nazis und die Wiege der DSU, dort wurden den Linken auf Montagsdemonstrationen vom nationalistischen Pöbel die Fresse poliert.

Wenn gegen diesen Demonstrationsort eingewendet wird, in Leipzig sei doch nicht das "Herz der Bestie", so drückt sich in diesem Einwand genau das kritisierte Faschismusverständnis aus. Selbstverständlich ist das planende Zentrum des west-deutschen Imperialismus eher in Frankfurt, Hamburg oder Stuttgart, d.h. in den Chefetagen der Großbanken und Monopolkonzerne zu finden. Aber ebenso unzweideutig ist, daß die nationalistischen Mobilisierungen vor allem in Leipzig die Grundlage waren, ohne die dem Kapital eine Verschärfung der Annexionsgangart nicht möglich gewesen wäre. Die FAZ schrieb im Dezember angesichts erster ausländischer Kritiken am 10-Punkte-Plan Kohls: "Unter diesen Umständen ... halten tatsächlich die Menschen in Leipzig, Dresden und Ost-Berlin das künftige Schicksal der Nation in ihren Händen. Nur wenn wenigstens ein Teil der Gegenkräfte davon überzeugt werden kann, daß die Stimmung der geschundenen Halbnation in der DDR explosiv werden könnte, falls die Einigung weiterhin so rigoros blockiert wird, besteht Hoffnung auf Einsicht und vielleicht auch Umkehr." Die FAZ-Aufforderung wurde in Leipzig und anderswo befolgt, die Stimmung im Verlaufe des Januar immer explosiver, bis Anfang Februar Modrow kapitulierte und ebenfalls umschwenkte auf "Einig Vaterland". Diese Demonstration wäre natürlich keineswegs, wie Winfried Wolf befürchtet, gegen die Leipziger ArbeiterInnen gerichtet, die im Oktober an vorderster Stelle den Honecker-Sturz herbeigeführt hatten. Vielmehr würde sie sich gegen die Nationalisten richten (die es natürlich auch im Proletariat gibt), die im November die Hegemonie der Montagsdemonstrationen übernahmen. Weiterhin würde sie die Diskussion mit den Verantwortlichen der alten SED-Macht und den Verantwortlichen der Basisopposition auf die Tagesordnung setzen, was ihr - jeweils spezifischer und unterschiedlicher! -

"Beitrag" am Umkippen des Protestes zur schwarz-braunen Konterrevolution war und welche Schlußfolgerungen hieraus für unsere weitere antifaschistische Arbeit zu ziehen sind.

Ein weiterer Einwand gegen Leipzig als Demonstrationsort kritisiert, daß man nicht seitens der BRD-Linken einen Demonstrationsort in der DDR festsetzen könnte. Das ist einleuchtend, betrachtet doch gerade der anti-deutsche Standpunkt die DDR nach wie vor als Ausland, will kein alternatives Hineinregieren im Schlepptau der imperialistischen Politiker betreiben. Würde Leipzig aber nicht von der BRD-Linken, sondern von einem Internationalen Vorbereitungskomitee (beispielsweise bei Stimmenthaltung der deutschen TeilnehmerInnen) festgelegt, wäre der Einwand gegenstandslos. Im Sinne einer kompromißlos internationalistischen Orientierung wäre es sogar begrüßenswert, wenn die ausländischen "Opfer und GegnerInnen Deutschlands" den Deutschen die Souveränität zur Bestimmung des Demo-Ortes abnehmen und ihn selber aussuchen...

Keine Wahldemo!

Dem Teil der Linken, denen schon die Frankfurter Demonstration zu radikal war, werden vermutlich die obigen Überlegungen verschlossen bleiben. Schon vor der Frankfurter Demo gab es von dieser Seite entweder völliges Desinteresse oder Versuche, das "Nie wieder Deutschland"-Motto zu kippen und statt einer prinzipiellen Ablehnung der DDR- Annexion Einzelaspekte (z.B. soziale Folgen) in den Vordergrund zu schieben.

Gleichzeitig betreibt dieser Teil der Linken die Vorbereitung eines Wahl- bündnisses mit der PDS zu den vorgezogenen "Reichstagswahlen" im Dezember. Phantasielos ist daran die parlamentarische Orientierung des Widerstandes. Fatal wird diese Option aber vor allem dadurch, weil die vorgezogene Wahl für Kohl&Kapital ein entscheidender Schachzug ist, um einen möglichen Stimmungs- umschwung in den nächsten Monaten zu unterlaufen und die Einheit noch rechtzeitig unter Dach und Fach zu bringen. Jede Diskussion um Beteiligung an diesen Wahlen wirkt - unabhängig von ihrer subjektiven Begründung - als linke Legitimation für diesen Coup. Sinnvoll könnte die Probe aufs Exempel sein, ob sich das verbreitete Unbehagen an vorgezogenen gesamtdeutschen Wahlen zu einer Gegenkampagne verdichten läßt. Das würde unbequemen Druck entwickeln und für politisch weitergehende Aktivitäten (wie die Demo am 10. November) ein günstiges Klima schaffen. Aber dazu müßten die angesprochenen Linken ihre Aktivitäten nicht auf die Vorbereitung, sondern auf die Verhinderung dieser Reichstagswahlen konzentrieren. Versuche hingegen, die geplante Herbstde- monstration auf die Inhalte eines Wahlbündnisses herunterzusimpeln, sind auch deswegen intolerabel, weil die PDS als angestrebter größter Partner dieses Bündnisses kein Gegner der deutschen Einheit ist, sondern nur andere Wege dafür vorschlägt.

Die Wahlorientierung ist offensichtlich das einzig handfeste Projekt dieses Teils der deutschen Linken. Vergeblich sucht man bei ihnen - beispielsweise begleitend zur angeblich "sektiererischen" Frankfurter Demo - ernsthafte Anstrengungen, die Kräfte zu bündeln, die zwar nicht gegen die Annexion selber opponieren, wohl aber an wichtigen Einzelpunkten. Anstatt den Vorstoß der "Radikalen Linken" abschätzig zu kommentieren, hätten jene "klugen Taktiker" besser die Ablehnungsfront gegen den Staatsvertrag aufgebaut. Anknüpfungspunkte bis in die SPD hinein und Publicity in der Presse gab es dafür jedenfalls.

Hoffen wir, daß wenigstens im Herbst eine solche Arbeitsteilung zustande kommt.

Jürgen

20.6.1990

42. Zur Kritik gestellt: Nationalismus, Besprechung des neuen Heftes von "kritik & krise": "Nie wieder Deutschland"

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:53

Die Befangenheit der Linken in den (Denk-)Formen, wie sie die bürgerliche Gesellschaft urwüchsig setzt, wird an deren Verhältnis zum Nationalismus besonders deutlich; daß hier also ein "blinder Fleck" linker Theorie und Praxis vorliegt; daß demzufolge eine Kritik von Nation und Nationalismus ohne Kritik der Linken in dieser Frage nicht zu haben ist - das wird in mehreren Aufsätzen von "kritik & krise" deutlich herausgearbeitet: "Es gibt ein Axiom bürgerlicher Vergesellschaftung, dessen Problematisierung auch die Linke erfolgreich tabuisiert. Es lautet: Jeder Mensch hat eine Nationalität (...) dieser Linken ging es nie um die Destruktion der Nationalität als einer politischen Kategorie, sondern immer um die Verwirklichung ihres Ideals von Nationalität: Deutsche Linke sehen sich dementsprechend als Repräsentanten des anständigen, des 'anderen Deutschland`". Was demgegenüber "Destruktion der Nationalität als einer politischen Kategorie" theoretisch heißt, das wird in zwei längeren "Grundsatzartikeln" des Heftes entfaltet ("Nationaler Wahn und kapitalistische Vergesellschaftung" bzw. "Der ganzheitliche Volksstaat und seine Insassen"), denen man das Editorial, das für sich schon den Charakter einer theoretischen Abhandlung beanspruchen kann, noch hinzurechnen darf. Der Begriff der "Nation" wird aus dem kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus und dessen "objektiven Gedankenformen" (Marx) erklärt: Da dem Alltagsbewußtsein des Staatsbürgers verborgen bleibe, was denn über alle Interessengegensätze hinweg die Einheit der bürgerlichen Gesellschaft garantiere - nämlich die Wertform der Arbeitsprodukte, die deren abstrakte Kommensurabilität stiftet und im Geld sinnlich-handgreifliche Existenz gewinnt -, deshalb sucht und findet er diese Einheit in etwas, das "vor aller Gesellschaft und vor jeder Geschichte" Bestand haben soll: in der Nation. "Die kapitalisierte Gesellschaft als allgemeiner Benutzungszusammenhang erzwingt die Vorstellung eines Unabgeleiteten, das an sich, vor jedem Nutzen und jeder Brauchbarkeit, allgemein und wahr ist: die Nation". Darüber, worin nun die "Substanz" dieser Einheit bestehen solle, "bricht der Kampf der Sinnstiftungen los wie nur auf dem Markt der um den Preis". Indes komme es auf diese oder jene Antwort auf die Frage nach z. B. dem "deutschen Wesen" überhaupt nicht an, "Hauptsache, die Frage, wer gehört dazu (...) und wer nicht, wird mit Interesse erwogen, akademisch bedacht und am Brandenburger Tor heiß diskutiert (...) Gerade, wer sich zu kurz gekommen fühlt, will sich hervortun und eine neue - seine - Definition von Nation durchsetzen: So wird, im Kampf um Geschmacksfragen und nichts als Meinungen, das eine und einzigartige Volk tatsächlich produziert - als Volksgemeinschaft, so wie es seinem Begriff praktisch entspricht ...". Gerade die prinzipielle Unmöglichkeit, auf die Frage nach dem "deutschen Wesen" eine positive Antwort zu geben; die Eigentümlichkeit, daß "das 'deutsche' Wesen nirgends anders sich zur Geltung bringen kann (...) als ex negativo in der Fahndung nach 'Undeutschen`" - gerade das macht für die bürgerliche Gesellschaft die Funktionalität der "nationalen Frage" aus: Kann das Kapitalverhältnis anders nicht mehr aufrecht, erhalten werden, "erhöht der Staat seine Anforderungen ans produktive Subjekt" und setzt "das deutsche Wesen, das er an den Deutschen unmöglich finden kann, aus eigener Machtvollkommenheit": in der Ausmerzung der "Artfremden" und "Minderwertigen". Unklar bleibt - und das ist ein durchgehendes Manko besonders der beiden Aufsätze, aus denen eben zitiert wurde - ob die deutsche Variante nationaler Wesensschau und ihre praktischen Folgen als "pars pro toto" der bürgerlichen Gesellschaft gesetzt oder ob die allgemeine "Logik" des Nationalismus umstandslos identisch gesetzt wird mit ihrer deutschen Ausprägung; einige dezidiertere Bestimmungen dieses Verhältnisses, wie man sie z.B. in dem Sammelband mit Texten der ISF, "Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution", findet, hätten sich auch in "kritik & krise" nicht schlecht gemacht.

Von den schmaleren Aufsätzen zum Thema "Nation" seien als besonders lesenswert hervorgehoben die Beiträge von Wolfgang Kraushaar (eine Analyse der Weizsäcker`schen Rede vom 8. Mai 1985, woraus noch einmal klar hervorgeht, daß, wer die REP`s bekämpfen will, an Weizsäcker nicht vorbeikommt), sowie von Werner Kopp, der anhand des neuen Ausländergesetzes noch einmal die völkisch-rassistischen Züge des deutschen Nationalismus hervorhebt.

Zu den brillantesten und instruktivsten Texten in "kritik & krise" zu zählen sind zwei Studien zur "Technik der völkischen Demagogie" am Beispiel der "Front National" des Jean-Marie LePen sowie anhand einer Rede, die

Schönhuber im Frühjahr 1989 im bayrischen Abensberg gehalten hat und die von den REP`s auf Videokassette vertrieben wird. Daß die REP`s "keine Argumente haben, sondern nur Stimmungen ausnutzen, daß sie sich auf Stammtischniveau bewegen und kein ausgearbeitetes Programm (...) vorweisen können", das nimmt Ulrich Bröckling, der Verfasser der Schönhuber-Studie nicht - wie es gemeinhin geschieht - als Vorwurf, der den REP`s zu machen wäre, sondern als den eigentlich interessierenden Gegenstand, der der Analyse bedarf: "Wer zu Schönhuber geht, sucht nicht Erkenntnis, sondern Erlebnis, sucht ebenso beifallssüchtige wie sprachlose Identifikation (...). Je unverhohlener (Schönhuber) ausspricht, was seine Zuhörer sowieso schon denken, desto williger folgen sie ihm. Themen und Aufbau der Agitation zeigen also ebensosehr die bewußten und unbewußten Prädispositionen des Publikums wie die Strategien des Agitators." Die Wirksamkeit völkischer Demagogie kann also nur begreifen - das macht der Text von Bröckling sehr deutlich - wer zuallererst mit der scheinbar menschenfreundlichen These aufräumt, wonach, wer rechtsradikal wählt, ein "Verführter" sei; dasselbe gilt für die Frage, wie Phänomenen wie Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus praktisch begegnet werden könne. Mit solchen Gegenstrategien beschäftigen sich weitere Beiträge von "kritik & krise"; die Beiträge dazu reichen von der Kritik des bürgerlichen Anti-Rassismus, über den "Antifaschismus der Autonomen" bis zu zwei Aufsätzen über die Propaganda der "multikulturellen Gesellschaft", die klar herausarbeiten, daß und warum diese scheinbar so freundliche Parole implizit dem Rassismus Vorschub leistet.

Daß das der Propaganda der "multikulturellen Gesellschaft zugrunde liegende Denken in 'Ethnien' und Kulturen" auch unter Linken weit verbreitet ist; daß das mit einer Sorte Antiimperialismus zu tun hat, die unter Imperialismus nur noch Fremdherrschaft verstehen mag, was wiederum eine begriffslose Schwärmerei für nationale Befreiungsbewegungen zur Folge hat - damit beschäftigt sich der Aufsatz "Befreiungsnationalismus - ein falscher Antiimperialismus".

In schroffem Kontrast zu allen übrigen Texten von "kritik & krise" steht ein Aufsatz des Kasseler Sozialphilosophen Ulrich Sonnemann, der sich mit dem Sturz der SED-Herrschaft und der wieder auf der Tagesordnung stehenden "deutschen Frage" befaßt. Die zum Teil haarsträubenden Aussagen dieses Textes (so z.B., wenn von der "Volksrevolution" (!) in der DDR gesprochen wird, die zudem ein "Novum von abenteuerlich befreiender Heiterkeit (!!) und Brisanz" gewesen sein soll oder wenn der hiesigen Linken vorgeworfen wird, sie habe eine "unkritische Neigung, das 'Nationale' einfach der Rechten, die es in ihr Gegenteil umlog (!?), zu überlassen", widersprechen so kraß der sonstigen Intention des Heftes, daß man sich fragt, wie solch ein Text denn abgedruckt werden konnte.

Allerdings vermag ein einziger wirklich schlechter Text den Wert der übrigen Aufsätze nicht zu schmälern. Und so endet diese Besprechung mit der Empfehlung, sich "kritik & krise" zu beschaffen und kritisch zu lesen sowie mit einem kleinen Auszug aus einem der polemischen Glanzpunkte des Heftes, worin der Alternativökonom Joseph Huber auf`s Korn genommen wird, der in der "taz" vom 13.12.89 meinte, daß "mit dem Nationalgefühl als einem Bindemittel moderner Gesellschaften (...) viele Sozialdemokraten und Grüne so wenig umgehen (könnten) wie Puritaner mit dem Sex": "Schon beim Gedanken ans Strammstehen bekommt der Deutsche Gefühle. Daher bedeutet 'Deutschlands Auferstehung`, über der die 'Nationalzeitung` (...) so ins Schwärmen gerät wie der pensionierte Unterscharführer, den es beim Schmachtblick des treuen Schäferhundes doch noch unter der Decke juckt, eine nationalerotische Sensation allerersten Ranges. Und wie immer, wenn es der Nation vor Rührung nicht nur im Auge feucht wird, kann sich die alternative 'tageszeitung' kaum noch beherrschen. Denn auch Alternative wollen wiedervereinigt werden und nicht immer nur zusehen müssen, wie es die Erwachsenen tun."

"kritik & krise" ist erhältlich im gut sortierten linken Buchhandel oder über den ca-ira-Verlag, Postfach 273, 78 Freiburg

cl./KB Westberlin

43. "... die Antworten immer schon parat" - Eine Antwort auf den Text von "einigen Menschen aus der Hafenstraße" (ak 318)

Rubrik: Autonome; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:52

Es gibt Fragen, die Antworten schon enthalten oder nahelegen. Und dies nicht, weil die Frager "die Antworten immer schon parat" hätten, sondern weil die Realität, die die Fragen aufwirft, auch auf Antworten verweist.

Beispielsweise:

Was sind das für Gruppen, die Freiwilligkeit zu ihren Prinzipien erklären, und einen, der sich freiwillig zu einer kritischen Selbstverständigung durchringt, sofort ausgrenzt?

Was ist das für ein Zusammenhang, aus dem die Bereitschaft zu einem "Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen" signalisiert wird, und einem, der genau darauf besteht, sofort einen Tritt gibt?

Und Christian Geissler ist nicht irgendeiner. Er steht seit 20 Jahren an der Seite der RAF. Wenn er nicht einen Anspruch darauf hat, daß man genau liest, was er schreibt und ihm entsprechend ernsthaft und anständig antwortet - wer dann?

Ich habe in den letzten Monaten kaum einen Text gelesen, der so auf der Suche ist und eine blockierte Situation für neue Antworten öffnen will. Diese falsche Wahrnehmung, er habe "die Antworten immer schon parat" gehabt, verweist auf einen allgemeinen Mangel, der in den Auseinandersetzungen mit dem Ende des realen Sozialismus deutlich wird: das fortdauernde Ignorieren der Literatur des Zweifels, die es gibt, seit es die organisierte Arbeiterbewegung gibt. So alt ist auch dieser denunziatorische Umgang mit ihren Kritikern. Bemerkenswert an diesem neuesten Beispiel für diese ewig dummen Abrechnungen ist nur, daß man inzwischen gelernt zu haben scheint, auf das Vokabular aus dem Wörterbuch des Unmenschen zu verzichten. Christian Geissler wird nicht "Ratte" und "Schwein" genannt. Trotzdem zielt diese Stellungnahme darauf, eine kritische Stimme zu vernichten. Seine 20 Jahre an der Seite der RAF werden als Leben "so hinterm Deich, in dieser fernen Dorfidylle" denunziert und mit diesen Worten wird er vor die Tür gesetzt: "Christian Geissler kennt uns nicht wirklich".

Dem Leser wird im folgenden eine tatsächliche Idylle vorgestellt: die eigene. Allgemein bekannt ist, daß mit dem Älterwerden der RAF das Durchschnittsalter in den Sympathisantengruppen sank. Als die RAF entstand, waren die meisten, die heute für die Zusammenlegung demonstrieren, nicht geboren oder gerade mal im Kindergarten. So liebevoll kann es da also nicht zugehen, wo es die wenigsten keine zwei Jahre aushalten. Und viele von ihnen wissen überhaupt nicht, mit welchen Ideen das damals losging.

Christian Geissler hat diese Ideen nicht vergessen - im Unterschied zu denjenigen, die sie durch ihre "Praxis" permanent verraten. Oder durch ihr Schweigen.

Es ist eine lehrreiche Erfahrung aus der Geschichte bewaffneter Widerstandsgruppen - und das macht mich zuversichtlich -, daß die schlechte Praxis an die ursprünglichen Ideen erinnert.

Für Christian Geissler muß es ein schmerzhafter Prozeß gewesen sein - wie für viele vor ihm - diese "Dissonanzen der Klärung" auf`s Papier zu bringen. Deshalb wird ihn das Schreiben aus der Hafenstraße nicht unberührt lassen, und das bis heute andauernde Schweigen der von ihm angeschriebenen "lieben genossinnen und genossen von der roten armee fraktion" auch nicht.

Arthur Koestler 1948 dazu: "Durch Jahre waren wir mit den Kommunisten im antifaschistischen Kampf verbunden, und nun, da wir uns von ihnen trennen müssen, bleibt ein Rest vergangener Treue, gleichsam ein gefühlsmäßiger Konservatismus, zurück, von dem wir uns nur schwer befreien können. Natürlich kann man den Kommunisten, unseren Waffenbrüdern von gestern, solche Empfindsamkeit nicht nachsagen. Stimmen wir mit ihnen in irgendeinem Punkt nicht überein, und mag er selbst unwichtig sein, so beschimpfen sie uns als Faschisten, Spione, Verräter. Diese gefühlsmäßigen Bande sind somit durchaus einseitig, es ist wesentlich, sich darüber Rechenschaft abzulegen, daß sie ihrer Natur nach unvernünftig und konservativ sind." (Der Yogi und der Kommissar, Frankfurt/M., 1974, S. 120).

Einige Menschen aus der Hafenstraße sollten wissen, daß die Kälte, mit der sie einen Freund von gestern heute ausgrenzen, auf sie zurückschlägt und eben diese Empfindsamkeit zerstört, die zum Aufbruch, zu diesem Versuch 1970 wesentlich gehörte.

Aber selbst angenommen, die Leute aus der Hafenstraße wären fähig gewesen, in diesen "Dissonanzen der Klärung" das zu lesen, was Christian Geissler schreibt, angenommen, sie hätten sich die Fähigkeit zuzuhören bewahrt, und angenommen, Christian Geissler hätte tatsächlich "die Antworten immer schon parat" - selbst dann müßte "einigen Menschen aus der Hafenstraße" gesteckt werden, daß sie danebenliegen. Es gibt seit so vielen Jahren so viele Fragen an die RAF, die bis heute unbeantwortet sind, daß Fragestellern meistens gar nichts anderes bleibt, als selbst Antworten zu versuchen.

Aus meiner ak-Lektüre im Knast erinnere ich mich an das Warten der ak-Redaktion auf einen politischen Bericht der RAF-Leute, die Schleyer entführt und sechs Wochen mit ihm gesprochen und gelebt haben.

Ob sie darauf heute noch wartet?

Nach dem deutschen Herbst hatte der ak die in der deutschen Medienlandschaft einmalige Aufgabe erfüllt, die Widersprüche in den offiziellen Darstellungen um die Toten von Stammheim aufzudecken und so die Selbstmordthese mit vielen bis heute unbeantwortet gebliebenen Fragen konfrontiert zu haben. Aber es ist auch die RAF, die sich bis heute in Schweigen hüllt. Gert Schneider hat mir berichtet, daß Brigitte Mohnhaupt den damals in Beirut versammelten RAF-Mitgliedern erklärt hat, nachdem die Nachricht von dem Tod der Stammheimer Gefangenen kam, die Linken seien noch nicht reif für die Wahrheit. Warum kommen aus der RAF bis heute nicht die Fakten, die man da hat?

Als der Soldat Pimenthal von einem RAF-Pärchen aus der Disco gelockt und mit einem Genickschuß liquidiert wurde, kam vom ak die Frage an die Täter, wie sie so, wie auch Faschisten hätten handeln können, handeln konnten.

Es war nicht die RAF, es war Christian Geissler, der in "kamalatta" dazu die angemessene Antwort gab.

Heftigst reagiert wurde auf Wolfgang Pohrts Vorschlag zu einer Amnestie-Kampagne - seine anderen Texte zur RAF werden ignoriert. Neben der endlichen Auseinandersetzung mit der Theorie und der Praxis der RAF hätte die Amnestiekampagne die Möglichkeit geboten, diesen Staat und diese Gesellschaft mit ihrem Anteil an der Geschichte zu konfrontieren. Das ist auch heute noch bitter notwendig. Und nicht nur, was die Haftbedingungen angeht, auch hinsichtlich der Prozesse.

Irmgard Möller ist jetzt im 18. Haftjahr. Sie wurde ausschließlich aufgrund der Aussagen des Kronzeugen Gerhard Müller verurteilt, der für den von ihm selbst gestandenen Mord an einem Polizeibeamten keinen Tag im Gefängnis saß.

Christine Kubys Urteil müßte selbst nach der Auffassung konservativer Hamburger Juristen kassiert werden, da sie allenfalls zu einer zeitlichen Jugendstrafe hätte verurteilt werden dürfen. Um nur zwei Beispiele zu nennen:

Meine Kritik an den "Dissonanzen der Klärung" (wie an dieser Artikulation einer falschen Härte: "gnadenlos vernünftig") möchte ich hier außen vor lassen und zu dem entscheidenden Satz von Christian Geissler kommen. Sein Vorschlag an die RAF, öffentlich die Niederlegung der Waffen zu erklären, würde den Gefangenen die Freiheit bringen und der Linken hier die Möglichkeit geben, endlich diesen Teil ihrer Geschichte aufzuarbeiten, der ihr wie ein Klotz am Bein hängt bzw. wie ein Brett vor`m Kopf wirkt.

Was die Leute aus der Hafenstraße zu den Gefangenen sagen, bringt ihnen weder die Zusammenlegung noch die Freiheit.

Köln, den 14. Juni 1990

Klaus Jünschke

44. "Spur der Steine" Frank Beyers Film - nach 25 Jahren in den Kinos

Rubrik: DDR; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak320/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:28

Wie Konrad Wolf, Joachim Kunert, Frank Vogel u.a. gehört Frank Beyer zu der Generation von DDR-Filmemachern, die nach 1945 ihre ersten Filme bei der Defa drehten. "Sterne" von Konrad Wolf und "Nackt unter Wölfen" von Frank Beyer sind wohl die bekanntesten Werke dieser Filmemacher, die sich vor allem mit der faschistischen Vergangenheit auseinandersetzten. Mit "Spur der Steine", einem Film über die "Arbeitswelt", geriet Frank Beyer 1966 in Gegensatz zur Kulturpolitik der SED. Der Film, der als DDR-Beitrag für die Filmfestspiele von Kalowy Vary vorgesehen war, wurde verboten. Das "Neue Deutschland" begründete die Absetzung des Films zusammenfassend so: "So geht Frank Beyers "Spur der Steine" an den Entwicklungsprozessen unseres Lebens vorbei. Der Film erfaßt nicht das Ethos, die politisch-moralische Kraft der Partei der Arbeiterklasse und der Ideen des Sozialismus, bringt dafür aber Szenen auf die Leinwand, die bei den Zuschauern mit Recht Empörung auslösten."

Nach Motiven des mit dem Nationalpreis ausgezeichneten Romans "Spur der Steine" von Erik Neutsch schildert der Film die Konflikte, die sich in der "Hauptstadt der Chemie", Schkona, für Arbeiter und technische Intelligenz aus der administrativ-zentralistischen Planung der Bauprojekte ergibt. Frank Beyers Tragikomödie zeigt die Auswirkungen des zentralistischen Planungsmodells bei den Menschen, die auf dieser "Großbaustelle der Republik" arbeiten und leben. Eigeninitiative läßt sich in dieser Atmosphäre kaum entfalten. So hält sich z.B. der Oberbauleiter trotz der eklatanten Fehlplanungen strikt an die Anweisungen "von oben" und die Arbeiter wiederum halten die Bauleitung für unfähig: "Was die da oben versauen, das müssen wir unten wieder auswetzen ..." Nicht nur die Lieferung von Baumaterialien läßt zu wünschen übrig. Die Arbeit an einem vollständig durchgeplanten Wasserwerk wird gestoppt. Stattdessen müssen die Arbeiter mit dem Bau eines Kohlekraftwerkes beginnen, obwohl die Baupläne noch nicht vorliegen.

Während die meisten Arbeiter dies resigniert hinnehmen, "korrigiert" die Brigade Balla die Fehlplanung auf ihre Weise. Die Zimmerleute arbeiten auf eigene Faust weiter am Bau des Wasserwerks. Die nötigen Baustoffe - z.B. den zum Verschalen unentbehrlichen Zement - "besorgt" Balla - z.T. in Wildwestmanier - von anderen Baustellen. Ihm geht es dabei nicht um die für den Aufbau des Sozialismus so entscheidende Produktivitätssteigerung, sondern darum, den durch die Wartezeiten bedingten Lohnausfall zu verhindern.

Die arbeitsfreie Zeit nutzt die Brigade, um die kleinbürgerliche "sozialistische" Moral zu attackieren, sei es, daß sie nackt in den Teich der Industriestadt Schkola springt, um die darin schwimmenden Enten zu "hüten" oder bei Diskussionen schnell zum Stuhlbein greift.

Als die aufsässige Brigade, die außer ihrem provozierenden Lebenswandel aber auch die besten Arbeitsergebnisse vorweisen kann, zur Räson gebracht werden soll, setzt sich der neue Parteisekretär Horrath für sie ein und entscheidet zu ihren Gunsten. Er verhindert eine Bestrafung Ballas und setzt eigenverantwortlich den Weiterbau des geplanten Werkes durch. Eine Entscheidung, die das Dilemma der zentralistischen Planung offenbart. Der Oberbauleiter erhält "zwar unrecht", da die Steigerung der Produktivität schließlich das oberste Prinzip sozialistischer Planwirtschaft ist. Aber auch der Parteisekretär Horrath wird gerügt, weil er gegen die "Disziplin" verstoßen hat.

Am Beispiel der jungen Ingenieurin Katrin Klee, die sich trotz aller Widerstände im Elternhaus entschlossen hat, auf der Baustelle in Schkona zu arbeiten, zeigt Frank Beyer die männlichen Vorurteile gegen "eine Frau auf dem Bau". Das kann ja nicht gut gehen, ist die erste Reaktion des Bauleiters. Daß das, was er befürchtet, schließlich eintritt, liegt allerdings an den rigiden kleinbürgerlichen Vorstellungen der Genossen. Sie verliebt sich in den Parteisekretär Horrath und erwartet von ihm ein Kind. Horrath, der Katrin auch liebt, läßt sie allerdings im Stich. Der couragierte Parteisekretär versagt im Privaten völlig. Er hält sie hin aus Angst davor, daß ein möglicher Ausschluß aus der Partei auch die auf der Baustelle erzielten Fortschritte, die flexiblere Plangestaltung, wieder rückgängig machen würde. Katrin wird wegen "anfälligen Lebenswandels, der auf anfällige Disziplin deutet" vor den Parteiausschuß zitiert, vor dem sie den Namen des Vaters verschweigt. Die Parteiausschußsitzung - deren Vorsitz der Sekretär Horrath selbst führt - wird zum Tribunal. Gegen die diskriminierende Behandlung der Ingenieurin setzt sich nur eine Frau zur Wehr: "Ihr springt mit der Genossin

um wie mit dem letzten Dreck. Versetzt euch bloß mal in ihre Lage. Aber das könnt ihr Männer nicht, roh wie seid ..."

Als Horrath, dem zunehmend sozialistische Idee und Realität auseinanderfallen, sich schließlich doch - zu spät - entschließt, sich als Vater des Kindes zu bekennen, wird er wegen "ideologischer Abweichungen, Karrierismus und moralischer Verfehlung" vor den Parteiausschuß zitiert. Katrin Klee tritt ihre Stelle auf dem Bau wieder an. Die Demütigung und Enttäuschung, an die sie auf der Baustelle ständig erinnert wird, bewegen sie schließlich dazu, Schkona zu verlassen, obwohl sie die Arbeit liebt und in Balla und dem Ingenieur Hasselblatt Freunde gefunden hat.

Der Film beginnt mit der Sitzung, die den Parteiausschluß Horraths herbeiführen soll. Aus den Aussagen der Zeugen werden in Rückblendungen die Geschehnisse rekonstruiert. So entsteht das Psychogramm aller an den Ereignissen Beteiligten. Was als Tribunal über die "Verfehlungen" Horraths beginnt, wird schließlich zur Diskussion über die Rolle, die alle der Beteiligten gespielt haben, auch wenn sie aus Opportunismus geschwiegen haben. Er war, so heißt es z.B. über den Bauleiter, überfordert, aber weil er es aus Angst gegenüber der Partei nicht zugeben wollte, hat er sich schließlich in einem Netz aus Lügen und Selbsttäuschungen bewegt. Wenn er jetzt die Wahrheit sagt, sollten wir ihn nicht verurteilen, sondern ihm helfen. Kritik und Selbstkritik also nicht als Disziplinierungsmittel, sondern als Hilfe und Anregung zum eigenverantwortlichen Handeln.

"Man sollte nie einen Film machen, für den man nicht brennt." So Frank Beyer in einem Referat über "Die Verantwortung des Regisseurs". Der Stoff, für den Frank Beyer "brennt", das Thema, das er in seinen Filmen variiert, ließe sich mit den Worten von Christa Wolf etwa so umschreiben: "Ich habe sicher eine ganze Zeit lang bis Ende der 60er, Mitte der 70er Jahre an der Utopie gearbeitet, daß es möglich ist, auf deutschem Boden nach dem Faschismus eine Gegengesellschaft aufzubauen, die ihrerseits Ziele verfolgt, die es möglich machen, daß Menschen menschlicher werden."

ge., Hamburg

45. Innenansicht der Perestroika

Buchbesprechung:

CD-Datei: daten/aksuche/ak320/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:14

Zurückgekehrt von einem sechswöchigen Aufenthalt in Leningrad versucht Kai Ehlers in seinem Buch: "Gorbatschow ist kein Programm, Begegnungen mit Kritikern der Perestroika" Ansichten aus dem sowjetischen Alltags des Herbst 1989 zu vermitteln. Das Buch ist der Versuch, die Widersprüchlichkeit, Vielschichtigkeit und Unübersichtlichkeit des derzeitigen Alltagsleben in der UdSSR darzustellen.

Vor dem Erfahrungshintergrund mehrerer Reisen in die Sowjetunion sieht sich der Autor mit einer anderen Sowjetunion konfrontiert; nicht die politischen Debatten und der Kampf um einen besseren Sozialismus stehen im Mittelpunkt des Geschehens, sondern nackter Überlebenskampf. Auch der Charakter der politischen Gespräche hat sich verändert. Nicht die Frage nach den Chancen und Möglichkeiten unter der Politik Gorbatschows wird debattiert, sondern die Frage nach den ausbleibenden Erfolgen und den Ursachen der Wirtschaftskrise wird gestellt.

In einer Mischung aus persönlichen Eindrücken, Interviews und Gesprächen wird sich aus immer unterschiedlicher Perspektive der Frage angenähert: was hat die Perestroika gebracht, gibt es eine linke Alternative zu dieser Politik? Die Antworten, so verschieden sie auch immer sind, haben eine gemeinsame Richtung: Die Politik Gorbatschows ist als gescheitert anzusehen, offen bleibt nur die Frage, was danach kommt, die Anarchie oder die Diktatur. Auf der individuellen Ebene wird diese Frage fast genauso beantwortet wie auf den Versammlungen der politischen Gruppen. Zwei von ihnen werden näher vorgestellt: auf der einen Seite die "Volksfront", die der Linken zuzurechnen ist und auf der anderen Seite die "OFT", die russische Abkürzung für "Vereinigte Front der Werktätigen". Während die "Volksfront" versucht, den Prozeß der Perestroika - bei allen Widersprüchen und Problemen - von unten zu unterstützen, agiert die "Vereinigte Front" genau in die gegenteilige Richtung. Unter Losungen wie "die Arbeiter brauchen Brot" versuchen sie die gegenwärtigen Versorgungsschwierigkeiten als Resultat der Perestroika hinzustellen, um damit Unterstützung für eine Politik zu gewinnen, die sich an ordnungspolitischen Vorstellungen der dreißiger Jahre orientiert. VertreterInnen der "Volksfront" schätzen diese Zusammenhänge als Keimform faschistischer Organisationen ein. Da diese Organisation die gleichen Ziele verfolgt wie "Pamjat" ist die Entstehung offen faschistischer Gruppierungen nicht auszuschließen.

Der sowjetische Alltag wird so geschildert, wie er sich der Besucherin/dem Besucher zur Zeit darstellt: widersprüchlich, verwirrend und zunehmend undurchschaubar. Und dies auch für Menschen, die dieses Land nicht zum ersten Mal bereisen. So scheinen die politischen Gruppen und Gruppierungen angesichts der täglich zunehmenden Probleme an Konturen zu verlieren. Linke unterscheiden sich von Rechten nur noch durch den nicht vorhandenen Antisemitismus. Nationalismus, die Favorisierung nationalegoistischer Lösungen der gesellschaftlichen Probleme scheint auf der Tagesordnung zu stehen. Die Sowjetunion von heute hat in ihrer alltäglichen Ausprägung kaum noch etwas mit der der vergangenen Jahre gemein. Die zahlreichen Interviews und Gespräche, die Kai Ehlers auf den unterschiedlichsten Ebenen geführt hat, spiegeln dies wieder. In diesen wird viel geschimpft über die derzeitige Situation, über die zögerliche Herangehensweise der Regierung an die Probleme des Landes, insbesondere der bislang geachtete Ministerpräsident Ryschkow steht immer wieder im Mittelpunkt der Kritik. Gleichzeitig aber wird nach Lösungen verlangt, nach klaren und schnellen Lösungen der Probleme, obwohl sie alle Angst vor diesen Lösungen haben. Ausgenommen die rechten Gruppierungen, die eine Rückkehr zu den Leitungsmethoden der dreißiger Jahre verlangen. Parallel dazu verlangen aber fast alle, daß Gorbatschow eine Politik betreibt, die der Sowjetunion den Konsumniveau des Westens beschert ohne die negativen Folgen für den Einzelnen. Zudem fällt auf, daß bei allen, die noch einen positiven Bezug zu Gorbatschow äußern, die Geduld mit ihrem Präsidenten verloren geht.

Diese Mischung aus politischen Statements, persönlichen Eindrücken und Gefühlen vermittelt ein sehr authentisches Bild von der Realität in der UdSSR. Dem Leser/der Leserin bereitet es allerdings auch etwas Mühe, die verschiedenen, oft miteinander vermischten Ebenen auseinanderzuhalten. Dieser Umstand ist sicherlich den oben geschilderten Tatsachen geschuldet, erschwert es aber, einen Überblick zu bekommen. Sicherlich ist das Buch für diejenigen, die tiefer in den Alltag der UdSSR eintauchen wollen, hochinteressant.

Für die aber, die sich erstmals mit den Kritikern der Perestroika auseinandersetzen wollen, fehlt etwas eine klarere Strukturierung der vielfältigen Informationen.

Dennoch bleibt der Eindruck von der Dramatik der Alltagssituation und die politische Brisanz des Innenlebens der UdSSR bestehen. Trotz oben genannter Schwäche, das Buch ist ein lesenswerter Beitrag zur laufenden Debatte um die Zukunft der Perestroika und der Sowjetunion insgesamt.

as

Kai Ehlers: Gorbatschow ist kein Programm. Begegnungen mit Kritikern der Perestroika, Konkret Literatur Verlag; DM 26,-

46. Die HEW - ein Nazikonzern

von Karl Heinz Roth

CD-Datei: daten/aksuche/ak320/hew.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:320:hew

Aus Anlaß einer neuerlichen Stromsperre, die die Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) gegen die Hafenstraßen-Häuser im Sommer 1989 verhängt hatten, referierte Karl Heinz Roth auf einer Versammlung der Hafenstraßenbewohner und des Initiativkreises Hafenstraße über die Bedeutung dieses Konzerns. Wegen des grundsätzlichen Charakters seiner Aussagen publizieren wir diesen Text, der allerdings aus Platzgründen von uns stark gekürzt werden mußte.

Die HEW ist ein Granitpfeiler wirtschaftlicher Macht im Herrschaftsgefüge der Hamburger Region. Sie war führend dabei, als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ganze Polizeiarmeen gegen den Massenprotest der AKW-Gegner mobilgemacht wurde. Sie hat eine Prozeßlawine gegen die Initiativen zum Strompreisboykott (Strobo-Initiativen) losgetreten und sie innerhalb von zwei Jahren kaputtprozessiert. Im Verein mit den übrigen Aktiengesellschaften des bundesdeutschen Stromkartells hat die HEW 1981 den damaligen Hamburger Bürgermeister Klose gestürzt. Jetzt steht sie in vorderster Front gegen die Hafenstraße- und Schanzenviertelbewegung und greift sie mit den Mitteln ihres Strom- und Wärmemonopols kompromißlos an. Ihre Taktiken richten sich jeweils nach den Widerstandsmöglichkeiten des Gegners. Sie kauft Rechtsgutachten, operiert mit gefälschten Planungsunterlagen und gezielten Desinformationen, prozessiert durch alle Instanzen und setzt immer wieder ihr wichtigstes Erpressungsmittel ein, die Stromsperre. So vielfältig wie ihre Widersacher sind die Taktiken, mit denen sie sie in Schach hält. Auf allen Ebenen agiert sie kaltschnäuzig und skrupellos.

So operiert nur ein Konzern, der sich für völlig unangreifbar hält. Woher kommt diese Macht? Wie ist sie ins Funktionieren gekommen? Wo liegen die Schnittpunkte und Arbeitsteilungen mit den politischen Machtträgern? Wer steht überhaupt hinter der Konzernmacht HEW?

Um diese Fragen zu klären, müssen wir uns die HEW als einer geschichtlich gewachsenen Konzernstruktur nähern. Der kritisch-historische Rückblick ist unverzichtbar. Im Gegensatz zu meinen ersten hypothetischen Annahmen müssen wir sogar weit hinter die Zeit der Nazidiktatur zurückgehen.

Kampf um das Verteilermonopol

Die Hamburgische Electricitäts-Werke AG ist 1894 als rein privatkapitalistisches Unternehmen entstanden. Vorausgegangen war ein Jahr zuvor ein Konzessionsvertrag des Hamburger Senats mit dem künftigen Betreiber, der Schuckert & Co., einem der Vorläufer des heutigen Siemens-Konzerns. Die HEW, an deren Grundkapital Schuckert & Co. mit 84,7 Prozent beteiligt war, hatte in einer Laufzeit von 30 Jahren fünf Stadtbezirke zu elektrifizieren. Neben einer Produktionsabgabe erhielt der Hamburgische Staat eine Gewinnbeteiligung zugesichert. Diese Gewinnbeteiligung hatte den Ausschlag gegen andere Mitbewerber gegeben, die ansonsten mit weitaus günstigeren Konditionen aufgewartet hatten. Schuckert & Co. beherrschte nur die Gleichstromtechnik. Gleichstrom aber kann nicht über längere Freileitungen geschickt werden, womit eine rasche Elektrifizierung des konzessionierten Stadtgebiets von vornherein in Frage gestellt war.

Unmittelbar vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs war dieser Zustand nicht mehr länger aufrechtzuerhalten. Das gesamtkapitalistische Interesse einer mehr großindustriell orientierten Standortentwicklung und Elektrifizierung setzte sich nach jahrelangen Machtkämpfen durch. Im Jahr 1914 wurde der Konzessionsvertrag erneuert; bei dieser Gelegenheit erwarb die Stadtregierung eine fünfzigprozentige Beteiligung. Das konzessionierte Versorgungsgebiet wurde aufs gesamte Stadtgebiet ausgeweitet und überall auf die Wechselstromtechnik umgestellt. Den wichtigsten Einschnitt brachte die Reorganisation der Strompreistarife: es wurde neben den Tarifen Licht und Kraftstrom (A und B) ein neuer Sondertarif für großgewerbliche Abnehmer eingeführt (C). So begann 1914 eine Scherenentwicklung in der Preisgestaltung, die sich im Kern bis heute erhalten hat.

War die HEW den industriellen Standortinteressen entgegengekommen, so verschaffte sie sich ihrerseits freie Hand beim Vorgehen gegen die Betreiber von Blockanlagen, die gezwungen werden, HEW-Strom abzunehmen. Der Kampf um das Verteilermonopol ging jahrzehntelang weiter. Erst die Nazis verhalfen der

HEW zu einem uneingeschränkten Verteilermonopol. Genau im Jahr 1938, der zeitlichen Konzessionsgrenze des erneuerten Vertrags von 1914, wurde die letzte große HEW-unabhängige Blockzentrale stillgelegt.

HEW und Nazidiktatur

Trotz einiger Teilerfolge war die HEW von ihrem selbstgesetzten Ziel, "Groß-Hamburg" energiepolitisch vorwegzunehmen, bis 1933 noch weit entfernt. Die Weltwirtschaftskrise hatte Hamburg besonders intensiv getroffen. Auch vom bald nach der Übergabe der politischen Macht an die Nazis einsetzenden wirtschaftspolitischen Erholungsprozeß war in Hamburg 1934/35 wenig zu spüren. Es stand schlecht um die Hamburger Reeder, Werftkapitalisten und Handelsgesellschaften, und auch die HEW hatte angesichts drastisch geschrumpfter Stromabgaben um ihr Überleben zu kämpfen.

Am 26. Januar 1937 wurde das Groß-Hamburg-Gesetz verkündet (1). Im Austausch gegen einige kleine preußische Enklaven wurden Altona, Harburg-Wilhelmsburg, Wandsbek und weitere Randgebiete Hamburg einverleibt. Diese langersehnte "Zentralisation der Verwaltung" kam fast über Nacht. Für die HEW-Spitze war eine langfristig angelegte Option in Erfüllung gegangen. Sei machte sich unverzüglich daran, aus der politischen Absichtserklärung ökonomische Fakten zu machen. Die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen dafür, nämlich der Ausbau und die Neuansiedlung energieintensiver Rüstungssektoren in der Region Groß-Hamburg, waren 1937/38 rasch geschaffen. Im Rahmen der naziimperialistischen Expansionspläne in Richtung Südost- und Osteuropa, Lateinamerika und die früheren Kolonien war Hamburg als zentraler Überseehafen, als "Tor zur Welt", vorgesehen. Zur Erweiterung der Hafen- und Werftkapazitäten gesellten sich neue Rüstungsbetriebe der metallverarbeitenden Industrie und der Mineralölverarbeitung.

Gestützt auf das Energiewirtschafts-und das Groß-Hamburg-Gesetz sowie einige schneidige Erlasse des Groß-Hamburger Reichsstatthalters und Gauleiters Karl Kaufmann ging die HEW-Direktion 1937/38 in die Offensive. Sie begann eine Serie von Transaktionsverhandlungen, die die Übernahme der gemeinde- bzw. stadteigenen Kraftwerksanlagen von Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Lokstedt durch die HEW zum Ziel hatten und war damit erfolgreich.

1940 bzw. 1942 erneuerte die Hansestadt Hamburg ihren Konzessionsvertrag mit der HEW. Da 1938 der letzte lokale Blockanlagenkonkurrent stillgelegt worden war, schien es selbstverständlich, der HEW jetzt auch vertraglich zu bescheinigen, daß sie allein für die öffentliche Stromversorgung Hamburgs zuständig war. Der regionale Kartellmonopolist HEW hat Groß-Hamburg seit 1940 unbeschränkt energiepolitisch im Griff. Daß seine innere und äußere Expansionsstrategie so reibungslos aufging, hatte er ausschließlich den Nazis zu verdanken. Selbst in einer im Jahr 1982 veröffentlichten systemloyalen historischen Studie heißt es lakonisch: "Der verbleibende Zeitraum bis heute läßt sich demzufolge als eine Zeit der Fortentwicklung auf der Basis der im Jahre 1940 erreichten Struktur charakterisieren." (2)

Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge für die HEW

Seit 1937/38 ging es mit der HEW wieder steil aufwärts. Praktisch alle Hamburger Haushalte waren an des HEW-Netz angeschlossen, und fast zwei Drittel der gesamten Stromabgabe gingen wieder an die Industrie. Der Neubau eines weiteren Großkraftwerks wurde 1938/39 erforderlich. Im Wissen um den bevorstehenden Krieg hielt es die HEW-Führung für ratsam, eine bombengeschützte Kraftwerksanlage in einem größeren Abstand von Hamburg zu bauen. Die HEW wich in den Gau Ost-Hannover aus und entschied, die neue Kraftwerkszentrale 60 km südöstlich von Hamburg in Alt-Garge an der Elbe - Lauenburg gegenüber zu bauen. Es handelte sich dabei um eine supermoderne Anlage, die vom Rüstungsministerium als Einheitskraftwerksmodell übernommen und erst im Jahr 1974 von der HEW stillgelegt wurde.

Mit den Bauarbeiten wurde 1941 begonnen. Die Arbeitskräfte waren zu dieser Zeit extrem verknappt, aber die HEW verstand es, sich Abhilfe zu verschaffen. Just in Alt-Garge hatte das Kriegsgefangenenwesen der Wehrmacht ein Lager für etwa 1000 kroatische, serbische und slowenische Kriegsgefangene aufgemacht. Diese jugoslawischen Gefangenen wurden im Herbst 1941 nach der Ausrufung NS-loyaler Satellitenstaaten auf jugoslawischem Boden teilweise in einen "Fremdarbeiter"-Status überführt. Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene stellten somit die ersten Kolonnen für die Planierungsarbeiten und den Aufbau des neuen HEW- Werks. Über ihr Schicksal ist bis heute fast nichts bekannt. Wir wissen nur, daß sie innerhalb des Gemeinschaftslager-Komplexes der HEW in eigenen umzäunten und bewachten Lagern ("Kroatenlager") untergebracht waren. Die Existenz des "Kroatenlagers" wird zum letztenmal in einer Aktennotiz der

HEW-Baustelle erwähnt, und zwar in einem Bericht des "Lagerführers", der am 6. Oktober einen von zwei mit "entwendeten Äpfeln" unter dem Lagerzaum zurückgekrochenen kroatischen Zwangsarbeitern angeschossen hatte (3). Das "Kroatenlager" ist spätestens im Frühjahr oder Sommer 1944 aufgelöst worden.

Im August 1944 wurde ein zweites Lager, das "Lager B", als Außenkommando des KZ Neuengamme eröffnet. Am 25. August kam ein erster Transport mit 500 polnischen Widerstandskämpfern an, die am Warschauer Aufstand teilgenommen hatten und dann nach kurzem Zwischenhalt im KZ Sachsenhausen nach Alt-Garge deportiert worden waren. Für sie, die zunächst gehofft hatten, als Kriegsgefangene behandelt zu werden, gab es ein böses Erwachen. Unzureichend verpflegt und bekleidet, mußten sie schwerste körperliche Arbeiten leisten, wobei mindestens 50 Häftlinge durch Entkräftung, Mißhandlungen und Arbeitsunfälle ums Leben kamen. Weder von den SS-Wachmannschaften noch von den HEW-"Meistern" hatten sie etwas zu erwarten. Etwa die Hälfte der KZ-Häftlinge war nach drei Monaten derart entkräftet und krank, daß sie in das KZ Neuengamme abtransportiert wurden. Als Ersatz kamen Häftlinge verschiedener Nationalität, darunter etwa 20 norwegische und 70 dänische Widerstandskämpfer. John Hopp und Grit Petersen haben, überwiegend gestützt auf die Berichte überlebender Häftlinge, das Schicksal der Zwangsarbeiter des KZ-Außenkommandos Alt-Garge detailliert aufgezeichnet. (4)

Als Generalunternehmer des Bauvorhabens Alt-Garge war die HEW für das Schicksal der Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge unmittelbar verantwortlich. Die Leitung der HEW-Kraftwerksbaustelle rechnete den "Arbeitseinsatz" der KZ-Häftlinge direkt mit der Lagerkasse des KZ Neuengamme ab. Noch im Januar 1945 berichtete ihr "Werksbeauftragter Osthannover", Heinemann, an das Rüstungsministerium, daß das SS-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt beabsichtigte, die noch etwa "350 in Osthannover eingesetzten Sträflinge zur anderweitigen Verwendung abzuziehen. Die HEW (...) haben sofort schriftlich bei dieser Stelle Einspruch erhoben und gebeten, die Häftlinge bis zum 15.3.45 im Einsatz zu lassen. Sie werden sich inzwischen bemühen, Polen und Italiener als Ersatz zu bekommen. Ich bitte Sie, die Bemühungen der HEW dadurch zu unterstützen, daß Sie sich mit dem zuständigen Herrn der Amtsgruppe D, Standartenführer Maurer, in Verbindung setzen und Verlängerung des Einsatzes befürworten." (5)

Trotz dieser und anderer Beweise für ihre direkte Verantwortung als Generalunternehmer hat die HEW-Leitung bis heute gegenüber Entschädigungsforderungen ehemaliger KZ-Häftlinge eine Haltung eingenommen, wie sie zynischer nicht sein kann. Im November 1985 hatte die HEW-Hauptverwaltung Post von einem ehemaligen KZ-Häftling erhalten, der in Alt-Garge unbezahlt und "bei völlig unmenschlichen Bedingungen" für die HEW ausgebeutet worden war: "Selbst die Deutsche SS äußerte sich, daß bei dieser Ernährung und den Strapazen der schweren Arbeit, kein Gefangener es länger als 3 Monate überlebt." (6) Die HEW-Direktion antwortete im Dezember 1985 folgendermaßen: "Gewiß sind Sie mit uns der Meinung, daß Sie zu keiner Zeit bei unserem Unternehmen beschäftigt waren und auch kein Mitarbeiter unseres Unternehmens Ihnen Schaden zugefügt hat."

Tatsächlich befanden sich die KZ-Häftlinge in keinem "ordentlichen Arbeitsverhältnis" mit den sie ausbeutenden Firmen, weil das nazistische "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" sie aufgrund besonderer Zusatzerlasse in rassistischer Diskriminierungsabsicht von der "Betriebsgemeinschaft" ausschloß. Dieses Gesetz ist 1945 vom Alliierten Kontrollrat als typisch nazistisches Gesetz annuliert worden. Und auf diese nazirassistische Diskriminierung berief sich die HEW-Direktion in ihrer Korrespondenz mit dem ehemaligen polnischen KZ-Häftling, ohne sie allerdings offen beim Namen zu nennen. Die HEW-Hauptverwaltung hat sich noch 1985/86 als eine Konzernspitze präsentiert, die bewußt und planvoll an ihrer Nazivergangenheit festhält. Warum soll auch eine Konzernführung, deren ökonomische Macht ungebrochen vom Nazismus herkommt, im Hinblick auf die rassistischen arbeitspolitischen Diskriminierungen eine Ausnahme machen?

Konsolidierung und Wiederaufschwung seit 1945

In den ersten Nachkriegsjahren war die HEW-Leitung intensiv mit der Reparatur ihrer bombengeschädigten Erzeuger-und Verteileranlagen beschäftigt. Dabei verfügte sie allerdings über ein gewichtiges Faustpfand: das supermoderne Großkraftwerk Alt-Garge, das bis Kriegsende fast fertiggestellt war, war völlig unbeschädigt geblieben und ging 1946 ans Hamburger Netz. Die Ausbeutung der Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge machte sich erst jetzt richtig bezahlt. Das HEW-Kraftwerk Osthannover hat bis tief in die sechziger Jahre die Hauptmasse des von der HEW verteilten Grundlaststroms geliefert.

Dessenungeachtet gab es wie nach dem Ende des ersten Weltkriegs eine zeitlang Sozialisierungsprobleme. Im Jahr 1947 verhandelte der Senat der Hansestadt mit der Britischen Militärregierung über die Verstaatlichung mehrerer formal gemischtwirtschaftlicher Hamburger Betriebe, darunter auch der HEW. Die HEW-Direktion spielte zusammen mit den freien Aktionären auf Zeitgewinn, denn sie wußte, daß die Zeit für sie und gegen die Verstaatlichungsabsichten des Senats arbeitete. Solange sich der Verstaatlichungsversuch ausschließlich auf den Aktienbesitz beschränkte und die technologischen und Managementstrukturen der HEW unangetastet ließ, bestand keine reale Gefahr.

Erst im August 1949 blies die freie HEW-Aktionärsgruppe zum Gegenangriff, während der HEW-Vorstand sich offiziell zurückhielt. Sie schickte den Hamburger Juraprofessor Hans Peter Ipsen vor, der mit einem im September 1949 veröffentlichten Gutachten alles daransetzte, für die Kontinuität des Nazimonopols eine rechtlich tragfähige Argumentationsbrücke zu stiften. (7) Bei diesem seinem Verdikt blieb es, der politische Wind hatte sich längst gedreht.

Die HEW und die regionale Entwicklungseuphorie der sechziger und siebziger Jahre

Ende der fünfziger Jahre war die HEW ein profitables und gut gepolstertes Unternehmen. Auch die Hansestadt war wieder reich geworden. Noch nie hat eine Stadt- und Landesregierung über derart riesige Einkünfte verfügt wie das Bundesland Hamburg in den sechziger Jahren. Und noch nie hat ein Senat die aus diesen Ressourcen hervorgegangenen Handlungsspielräume derart vertan. Er hat unter dem beherrschenden Einfluß des Energiemonopolisten HEW entwicklungspolitische Weichen gestellt, die der Region Unterelbe gigantische Investitionsruinen, überdurchschnittliche Arbeitslosenziffern und eine langfristige Strukturkrise ungeheuren Ausmaßes beschert haben.

Am 5. Mai 1955, dem Tag der Aufhebung des westalliierten Besatzungsstatuts mit seinen Beschränkungen im Bereich der Atomforschung und Atomwirtschaft, trafen sich ehemalige Aktivisten und Wissenschaftler des nazistischen Atombombenprogramms in Hamburg, um unter Beteiligung der HEW und der Wirtschaftsbehörde eine Gesellschaft zur Förderung der Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt zu gründen. Zwei Jahre später wurde das zunächst auf den Schiffbau begrenzte Projekt auf die Planung von Atomkraftwerken erweitert. Dabei nahm die HEW zusammen mit ihren norddeutschen Verbundpartnern NWK und Preußenelektra von vornherein das Heft in die Hand: die HEW übernahm 16,67 Prozent des Kapitals der Studiengesellschaft für Kernkraftwerke GmbH. Mit billigem Atomstrom sollte der drohende Einbruch der konkurrierenden Erdgaslieferanten genauso abgewehrt werden wie der übermächtige westdeutsche Energieriese Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE), der mit seinem billigen Braunkohlestrom die norddeutsche Verbundgruppe bislang erfolgreich auf Distanz gehalten hatte.

Es ist wichtig festzuhalten, daß die HEW im Rahmen ihres norddeutschen Verbunds der historisch entscheidende Impulsgeber für den Einstieg des gesamten bundesdeutschen Energiekartells in die Atomwirtschaft war. Auch sollte heute in Erinnerung gerufen werden, von welchen Kapazitäts- und Kostenrechnungen die HEW damals ausging, als sie auf Atomkraftwerke setzte. Die HEW-Spitze rechnete damit, innerhalb eines Jahrzehnts ihre gesamte Grundlasterzeugung auf einen Selbstkostenpreis von 1,1 bis 2,5 Pfennig pro Kilowattstunde senken zu können. Daraus errechnete sie die Chance riesiger energiebedingter Standortvorteile für ihr monopolisiertes Versorgungsgebiet. Sie brauchte lediglich das bisherige Groß-Hamburg-Konzept auf die gesamte Unterelberegion auszuweiten, wo- für ja aufgrund des Kartellverbunds mit NWK und Preußenelektra die Voraussetzungen geschaffen waren. Man mußte sich nur entsprechend beeilen und das neue Energiekonzept derart schnell durchpeitschen, daß der daraus erhoffte komparative Standortvorteil gegenüber der RWE und der süddeutschen Verbundgruppe, die ja beide noch vor dem Einstieg in die Atomwirtschaft zurückschreckten, mindestens ein Jahrzehnt bestand. Unter diesen Voraussetzungen entwickelte der HEW-Vorstand in den sechziger Jahren ein Investitionsprogramm, das darauf abzielte, in den letzten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts die bis Ende der sechziger Jahre erreichte Eigenleistungskapazität jeweils zu verdoppeln, wenn nicht gar bis zum Jahr 2000 zu versechsfachen.

Im damaligen Wirtschaftssenator Helmuth Kern hatte er rasch einen Bündnispartner gefunden, der alle Bedenken beiseiteräumte. Damit dabei das von der HEW entwickelte Modell des atomwirtschaftlich abgesicherten Energiepreisdumping auch voll zum Tragen kam, einigte man sich auf die Allokation besonder energieintensiver Unternehmen der Grundstoffindustrie, wobei die Palette von der Aluminium- und Stahlindustrie bis zur Petrochemie reichte. Mit Investitionshilfen, infrastrukturellen Vorleistungen und

Sonderstromtarifen auf der Basis der hochgerechneten Selbstkostenpreise der künftigen Atomkraftwerke kamen Reynolds (jetzt Hamburger Aluminiumwerke), die Hamburger Stahlwerke, Dow Chemical, die VEBA-Chemie und die Bayer AG an die Unterelbe, und die Hafenstruktur wurde in einem aberwitzigen Wettlauf mit den zentralen EG-Häfen an die Umwälzungen der Transportkette angepaßt. Für die strukturelle Anpassung und Diversifikation der gewachsenen Industriestruktur war bald kein Geld mehr da, und die Weltwirtschaftskrise besorgte schließlich seit 1973/74 den Rest. Die Strukturplaner und politischen Machthaber hatten sich die Hochrechnungen der HEW zu sehr zu eigen gemacht, als daß sie in der Lage gewesen wären, den einmal begonnenen Marsch in die wohl schwerwiegendste und folgenreichste Strukturkrise der bisherigen Hamburger Geschichte zu stoppen.

Seit der Vergabe des Bauauftrags für das Atomkraftwerk Stade begannen jetzt für die HEW heroische Zeiten. Zwei Jahre später, im Jahr 1969, folgte der Bauauftrag für das AKW Brunsbüttel, wobei sich die HEW im Gegensatz zur Kernkraftwerk Stade GmbH (ein Drittel) jetzt an zwei Dritteln des Kapitals beteiligte. Als 1972 das AKW Stade ans Netz ging, nahm die HEW mit 50 Prozent des Kapitals sowie einem Beherrschungsvertrag an der Gründung der Kernkraftwerk Krümmel GmbH teil, und 1975 beteiligte sie sich unter den gleichen Kapitalvoraussetzungen an der Kernkraftwerk Brockdorf GmbH. Damit war Hamburg innerhalb von acht Jahren von vier Atomkraftwerksprojekten eingekreist. Die Erhöhung der Grundlastkapazität stellte seit 1972 alles bisher Dagewesene in den Schatten, wobei allein die neuen Energiefresser Reynolds und Hamburger Stahlwerke mit 200 bzw. 110 Megawatt direkt beliefert wurden. Seit Mitte der siebziger Jahre muß die HEW erhebliche Überkapazitäten weit unter den eigenen Grenzkosten an ihre norddeutschen bzw. bundesdeutschen Verbundpartner verkaufen, während sie schon 1973 allein bei der Belieferung von Reynolds zum Sondertarif von 2,8 Pfennig pro Kilowattstunde jährlich etwa 50 Millionen DM Verlust machte, weil sich die Selbstkosten des AKW Stade auf 6,3 Pfennig pro Kilowattstunde beliefen. Es ist dem HEW-Management bis heute erfolgreich gelungen, einen Großteil dieser aus einer selbstverantworteten Überkapazität resultierenden Defizite durch Preissteigerungen bei den Haushalts- und Kleinabnehmertarifen wieder auszugleichen.

Nimmt man den Durchschnitt der sechziger Jahre als Ausgangspunkt, so stiegen die Stromkosten der durchschnittlichen Hamburger Dreizimmerhaushalte bis 1981 auf das knapp Dreieinhalbfache, während sich der Strombezug lediglich verdoppelte. Zusammen mit konzerninternen Rationalisierungsmaßnahmen und belegschaftsbezogen stagnierenden Lohnkosten wurde auf diese Weise das wertmäßige Durchschlagen einer katastrophalen Technologie- und Investitionspolitik auf die Bilanz verhindert. Voraussetzung dafür war eine Kostenrechnungspolitik gegenüber den Haushalten, die die Stromkostenentwicklung für sie zu einem unüberschaubaren Dickicht machte, während der HEW-Vorstand seine Wertverluste gegenüber den großindustriellen Abnehmern und seinen Verbundbeziehern gleich völlig geheimhielt (die Sondertarif- und Verbundpreise liegen etwa 35 bzw. 20 Prozent unter den konzernintern errechneten Grenzkosten). Anläßlich der Preiserhöhung von 1960 war es noch möglich, den Anstieg der Arbeits- und Grundpreise für Haushalt und Gewerbe (außerhalb der Sonderbezieher) einigermaßen zu überblicken. Dann kam der Übergang zum Jahresinkasso und 1972 eine weitere Aufsplitterung der Kostenstruktur, indem die bisherigen Grundpreise in Verrechnungspreise und Bereitstellungspreise differenziert wurden. Seither ist es praktisch nur noch HEW-intern möglich, die tatsächlichen monatlichen Haushaltungskosten zu rekonstruieren. 1974 trat bundesweit eine Bundestarifordnung Elektrizität (BTO) in Kraft. Obwohl in sie wesentliche Aspekte des HEW-Systems eingingen, ist es danach nur, "soweit es elektrizitätswirtschaftlich sinnvoll ist, auch für das Hamburger Versorgungsgebiet eingeführt" worden.(8) Hier sieht man, was bedeutet, wenn ein Versorgungsmonopolist in der Lage ist, die von ihm abhängige Beziehergruppe mit Hilfe EDV-gesteuerter Kostensimulationsmodelle virtuos zu entwaffnen und diktatorisch in seine Konzernstrategie einzubauen.

Der Widerstand seit Mitte der siebziger Jahre

Es ist schwer, sich distanziert-kritisch zu jenen Widerstandskampagnen zu verhalten, an denen man selbst aktiv teilgenommen hat. Dies gilt insbesondere für solche Aktionserfahrungen, die Massencharakter hatten, und die sich deshalb auch nur durch den kollektiven Erfahrungsaustausch historisch rekonstruieren lassen. Die Anti-AKW-Bewegung hat uns alle mehr oder weniger intensiv geprägt, und sie hat ja auch durchaus politische Folgen gehabt. Wir haben seit dem Vorbild von Wyhl jahrelang gegen die Atomkraftwerke der HEW und ihrer norddeutschen Verbundpartner gekämpft. Situationen liegen hinter uns, die die etablierten Medien als "bürgerkriegsähnliche Zustände" abgebucht haben. Der Polizeiaufmarsch war gewaltig, den die HEW an exponierter Stelle mitorganisiert hat. Keines der vier fertiggestellten bzw. aufgebauten Atomkraftwerke wurde

bis heute stillgelegt, eine Reihe weiterer HEW-Projekte kam freilich zum Stillstand. Seit Beginn der achtziger Jahre hat sich der Widerstand auf die Wiederaufbereitungsanlage und die Kernbrennstofferzeuger verlagert. Wir müssen zugeben, daß die HEW alles in allem ziemlich glimpflich davongekommen ist, aber auch, daß wir uns über das historisch gewachsene und kaltschnäuzig-elitäre Machtbewußtsein der Manager der HEW und ihrer Kartellpartner in der Zeit der Konfrontationsjahre seit 1975/76 kein rechtes Bild gemacht haben. Dessen ungeachtet war die Zeit der Massenaktivitäten der wichtigste Bezugspunkt für den sozialen und politischen Widerstand in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre.

Aus dem Massenprotest sind seit 1977/78 vielfältige Aktivitäten kleinerer Gruppen hervorgegangen. Auf eindrucksvoll einfache wie effektive Weise wurden Stromleitungen von und zu den Atomkraftwerken gekappt. Als Beispiel für gewaltfreie Widerstandsformen sei auf die Initiativen zum Strompreisboykott hingewiesen (Strobo-Initiativen), denen sich zwischen 1978 und 1980 in Hamburg zeitweilig über 400 Haushalte der "links-alternativen Szene" angeschlossen haben. Von den Strompreisen wurden zehn Prozent aus Protest gegen den AKW-Kurs der HEW einbehalten und auf ein Sperrkonto überwiesen. Die HEW kündigte umgehend Stromabschaltungen an. Eine Wohngemeinschaft bemühte daraufhin die Justiz um eine einstweilige Verfügung. Die aber unterblieb, und es kam stattdessen zu 80 Gerichtsverfahren, bei denen die HEW unangefochten obsiegte. Seit 1980 hat sie unter Berufung auf den Ausgang dieser Verfahren den Strobo-Wohngemeinschaften den Strom einfach abgeschaltet.

Kritische Aktionäre und AKW-Gegner, die sich um eine HEW-Anstellung bemühen, um auf Belegschaftsebene weiterzukämpfen, mußten bald zur Kenntnis nehmen, daß der Monopolist bei Aktionären und Behörden noch immer über eine unerschütterliche Loyalitätsbasis verfügt. Dagegen fanden die vielen Einkommenslosen - monatlich oft mehr als 3000 - , denen die HEW wegen Zahlungsschulden kommentarlos den Strom abschaltet, kaum Kontakt zu den vielfältigen Initiativen des dezentralisierten Widerstands. Dieser Aspekt der Stromsperre als Entzug eines elementaren Existenzrechts ist erst seit 1986 durch das Vorgehen der HEW gegen die besetzten Häuser in der Hafenstraße politisiert worden.

Entnazifizierung durch dezentrale Sozialisierung

Ich hoffe, verständlich gemacht zu haben, warum sich die HEW seit Jahren als Vorreiter im Kampf gegen links-alternative Wohngemeinschaften, Strompreisboykotteure, Einkommenslose und die Kollektive besetzter Häuser betätigt. Sie attackiert sie schon im Vorfeld, da, wo mit dem Bezug von Elektrizität und Wärme ein elementares Existenzrecht anfängt. Für Einkommenslose ist die Stromabschaltung oft eine existenzielle Katastrophe. Ihnen wird nichts gestundet, und es gibt keine Rabatte. Den privaten Haushalten wird das Sechs- bis Zehnfache der "Sonderkunden" abverlangt. Der Preistarif ist in den Augen des Monopolisten eine reine Machtfrage.

Trotzdem ist der Widerstand bis heute zersplittert. Überlagert von der Massenbewegung gegen die Kernkraftwerke, haben die vielfältigen Ansätze des Protests gegen die Kostensteigerungen und den brutalen Umgang mit den einkommenslosen Strombeziehern bis heute nicht zusammengefunden. Vielleicht bietet das provokante Vorgehen gegen die Hafenstraße- und Schanzenviertelbewohner einen neuen Ansatzpunkt. Aus dieser jüngsten Konfrontation lassen sich unschwer einige Forderungen herleiten, die unmittelbar einsehbar und zu vermitteln sind und das Zeug in sich haben, den zersplitterten Widerstand zusammenzubringen:

- Entschädigung der Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge von Alt-Garge;

- kostenloser Strombezug für Einkommensschwache;

- Umkehrung der diskriminierenden Stromtarife, d.h. drastische Kostensenkungen für Haushalte und Kleinverbraucher, Abschaffung der Sondertarife für die Großwirtschaft und die Verbundbezieher;

- Stillegung der Atomkraftwerke.

Damit kann es aber nicht sein Bewenden haben. Die Geschichte der HEW lehrt uns, daß sie sich erst mit Hilfe der Nazis im Rahmen einer allgemeinen privatkapitalistischen Kartellierung zum regionalen Kartellmonopolisten entwickelt hat, und daß die gesamte, von der HEW führend mitverantwortete technokratische Planungskatastrophe der sechziger und siebziger Jahre auf diesen nazistischen Machtstrukturen aufbaute. Sie sind in diesen Jahrzehnten buchstäblich ins Gigantomanische überhöht worden,

und auch wir haben genauso wie die übrige Bevölkerung noch jahrzehntelang an den Folgen zu tragen. Deshalb müssen wir einen Weg finden, der den linken Widerstand langfristig offensiv zusammenfaßt.

Wie wäre vorzugehen? Wenn wir uns auf diese Frage einlassen, tauchen die zentralen ungelösten Fragen der revolutionären und sozialistischen Strategiedebatten wieder auf. Klar ist: der Energiemonopolist muß sozialisiert, "in Volkes Hand" überführt werden, um einmal diese heroische Parole zu gebrauchen. Aber wie? Eine privatkapitalistische Entflechtung im Sinn der Aufhebung der Kartellstruktur und der Auflösung in kleine privatkapitalistische Einheiten scheidet aus, da sich der inneren kapitalistischen Logik zufolge über kurz oder lang die heutige Monopolsituation restaurieren würde. Aber auch eine Verstaatlichung würde nichts bringen. Die politische Macht würde lediglich verstärkt, die diktatorische Monopolfunktion würde verlagert, aber nicht abgebaut. An der technokratischen Gigantomanie würde sich nichts ändern, und selbst in der seit Tschernobyl geänderten Gesamtkonstellation bliebe beispielsweise der Ausstieg aus der Atomenergie fraglich. Vielleicht werden wir sehr bald Gelegenheit haben, diese Annahme praktisch zu überprüfen. Die HEW wird wegen der auch nach dem Sturz Kloses andauernden machtinternen Kontroversen um Brokdorf von den norddeutschen Verbundpartnern zunehmend"abgekoppelt". Spätestens seit 1985 hat, sichtbar anhand der zunehmenden Verringerung der Verbundlieferungen, ein Prozeß der Ausgrenzung begonnen. Vielleicht wird der Prozeß des schleichenden "Ausblutens" bald zu einer Kontroverse führen, bei der sich die Verstaatlichung der HEW als Alternative zur Übernahme durch die Preußenelektra durchsetzen könnte. Sozialdemokraten "sozialisieren" bekanntlich immer nur Verluste.

Klar ist folglich: wir haben keinen Anlaß, auf irgendeine institutionelle Lösungsperspektive zu warten und unser Schicksal dem politisch-ökonomischen Machtpoker zu überlassen. Wir sollten eine langfristige sozialistische Gegenplanung aufmachen und ausgehend von den taktischen Akutforderungen den Kampf für den Ausstieg aus der Atomenergie mit einer Strategie der dezentralen Sozialisierung verbinden. Das Erzeuger- und Verteilermonopol der HEW muß zerschlagen werden. Statt des durch die AKWs nur potenzierten Großtechnik-Konzepts sollten wir Technologien durchsetzen, die dezentral einsetzbar sind (Energieboxen usw.). Dieses dezentrale und auf Stadtteilebene sozialistisch selbstverwaltete System der Energieversorgung sollte auf Bezirksebene an das mittlere Verteilernetz angeschlossen werden, während die AKWs und mit ihnen die 380-Kilovolt-Sammelschiene verschwinden. Auf diese Weise würde es möglich, den Monopolriesen mit Hilfe eines zur sozialistischen Linken herübergezogenen Teils der Belegschaft zu zerschlagen, ohne daß wir und die Bevölkerung auch nur vorübergehend im Dunkel und in der Kälte sitzen müßten. Gleichzeitig wäre es möglich, im Rahmen der dezentral-sozialistischen Perspektive eine ökologisch ausbalancierte Energiepolitik in Gang zu bringen.

Vom Kampf für den Strom-Nulltarif für Einkommenslose, für die Senkung der allgemeinen Haushaltstarife und für den Ausstieg aus der Atomwirtschaft ist es ein weiter Weg bis zur dezentralen Sozialisierungspolitik. Aber vergessen wir nicht, daß Tausende von den Stromabschaltungen der HEW bedroht und daß wir bis jetzt nur durch Zufall von einer Reaktorkatastrophe a` la Harrisburg und Tschernobyl verschont geblieben sind. Es sind konkrete Überlebensfrage, wenn wir fordern, die HEW endlich durch eine wohlüberlegte Politik der Sozialisierung zu entnazifizieren.

Nachtrag

Auf unerwartete Weise sind unsere Überlegungen zur Auseinandersetzung mit der HEW wieder akut geworden. Im November 1988 hatte die HEW ihre gegen die Häuser der Hafenstraße gerichtete Stromsperre wieder aufgehoben und lieferte wieder elektrische Energie auf Rechnung der Lawaetz-Stiftung. Der Stromlieferungsvertrag mit der Lawaetz-Stiftung wurde Anfang Mai 1989 von deren Nachfolger, der Voscherau-Konstruktion "Verwaltungsgesellschaft Hafenrand mbH", übernommen. Diese neue Beteiligungsgesellschaft der Senatsholding HGV (Hamburger Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung) hat bekanntlich die Aufgabe, die BewohnerInnen der Häuser St. Pauli Hafenstraße 106 bis 114 mit "rechtsstaatlich einwandfreien Mitteln" zu vertreiben. Die Hafenrand mbH nutzte dabei den übernommenen Stromlieferungsvertrag mit der HEW folgendermaßen für ihre Ziele aus. Zunächst machte sie die neu zu schließenden bzw. zu bestätigenden Mietverträge davon abhängig, daß innerhalb von 14 Tagen gültige Stromtarifverträge abgeschlossen wurden. Dann hintertrieb die HEW den Abschluß dieser Stromtarifverträge, um für die Hafenrand mbH die Mietverträge nicht wirksam werden zu lassen bzw. es ihr zu ermöglichen, die Mietverträge zu kündigen. Diese Kündigungen sind inzwischen erfolgt und Gegenstand juristischer

Auseinandersetzungen. Ende Juni wurde dann auch der Stromlieferungsvertrag mit der HEW zum 31. Juli 1989 gekündigt.

Bis hierher hält sich das Ganze noch im Rahmen der üblichen Schweinereien, mit denen Miet- und Stromverträge in wechselseitiger Kopplung gekündigt werden, um Häuser unbewohnbar zu machen und Bewohner zu vertreiben. Die neueste Strompreiskündigung der HEW enthält jedoch noch eine zusätzliche Pointe: es werden beispielsweise in der St. Pauli Hafenstraße 112 auch solche Strombezieher abgeschaltet, die seit über 20 Jahren dort in Miete leben und ihre Stromrechnungen bezahlt haben. Begründung: sie müßten mit dran glauben, "weil die Verwaltungsgesellschaft Hafenrand mbH davon ausgeht, daß bei Abschaltung der Häuser 106 bis 110 (der ehemals besetzten Häuser, KHR) in erheblichem Umfange Strom aus dem Anschluß des Hauses St. Pauli Hafenstraße 112 gestohlen werden wird." (9) Dieser Zynismus ist selbst für hiesige Verhältnisse beispiellos. Abgesprochen wurde er im Rahmen der Senatsholding HGV, der u.a. die HEW und die neue Verwaltungsgesellschaft Hafenrand mbH als Beteiligungsgesellschaften angehören.

Schon einmal hat die HEW einen solchen zynischen Part gespielt. Im Jahr 1934 wurde von den Nazi-Machthabern der Abriß des Gängeviertels geplant und durchgeführt, um ein Zentrum des proletarischen und kommunistischen Widerstands zu beseitigen. Betroffen von diesen Plänen war auch die jüdische Gemeinde von Hamburg-Neustadt und -St. Pauli, die am Kohlhöfen eine Synagoge, eine Talmud-Tora-Schule und eine Bäckerei unterhielt. Diese Bäckerei lieferte ungesäuertes Brot (Mazzoth) für jüdische Feste, hatte in den Jahren der Weltwirtschaftskrise aber auch die verarmte proletarische Bevölkerung des Viertels mit Brot versorgt. Jetzt wurde die jüdische Gemeinde gezwungen, ihr Grundstück am Kohlhöfen an den Hamburgischen Staat zu verkaufen.

Interessanterweise war zunächst nur die Mazzoth-Bäckerei zum Abriß vorgesehen, die Zerstörung der Synagoge und der Talmud-Tora-Schule ließ sich durch die Sanierungsplanung nicht legitimieren. Um auch an sie heranzukommen, schalteten Baubehörde und Senat die HEW ein. Zunächst wurde Ende Oktober 1934 die Mazzoth-Bäckerei abgerissen. Die aber war durch ein gemeinsames Stromkabel mit der Synagoge verbunden. Dies nutzte die HEW als Vorwand, um mit dem Beginn des Abrisses der Bäckerei die Stromzufuhr zur Synagoge vertragswidrig und gewaltsam zu sperren. Die Synagoge war "unbenutzbar" geworden, und nach dieser "Amtshilfe" durch die HEW konnte sie nun ebenfalls der Spitzhacke überlassen werden. (10)

Schon immer war die HEW zur Stelle, wenn es galt, Vorwände für Abrißstrategien zu schaffen, mißliebige Bewohner zu zermürben und der Zerstörung ein Mäntelchen von "Rechtsstaatlichkeit" umzuhängen. Wie lange noch?

Anmerkungen

1) Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen vom 26. Januar 1937, in: Hamburgisches Staatsamt (Hg.), Hamburg im Dritten Reich, Arbeiten der Hamburgischen Verwaltung in Einzeldarstellungen, Heft 9, Hamburg 1939. Vgl. auch Michael Bose und Elke Pahl-Weber, Regional- und Landesplanung im Hamburger Planungsraum bis zum "Groß-Hamburg-Gesetz 1937", in: Michael Bose u.a., "... ein neues Hamburg entsteht ...", Planen und Bauen von 1933-1945, Hamburg 1986, S. 12ff.

2) Rainer Schubach (wie Anm.1), S. 262

3) Undatierter und unsignierter Aktenvermerk des Gemeinschaftslagerführers Alt-Garge über die Festnahme der kroatischen Zwangsarbeiter Ostoja Zlojutor und Jovan Dragisic am 6.10.1943. Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte, Konzernarchiv, HEW/1. Wir danken John Hopp für die freundliche Überlassung der Kopie.

4) John Hopp, Grit Petersen, Die Hölle in der Idylle. Das Außenkommando Alt-Garge des KZ-Neuengamme. Hamburg: VSA-Verlag, 1987. Dieses überaus wichtige Buch war schon im Sommer 1988 wieder vergriffen.

5) Fernschreiben des HEW-Werksbeauftragten Osthannover Heinemann vom 15.1.1945 an das Rüstungsministerium, Btr. Sträflingseinsatz in Osthannover. HSG, Konzernarchiv, HEW/1.

6) Schreiben eines ehemaligen polnischen KZ-Häftlings vom 8.11.1985 an die Hauptverwaltung der HEW (auszugsweise Abschrift). HSG, Konzernarchiv, ebenda. Die folgenden Zitate ebenda. Wir danken den Mitarbeitern des Neuengamme-Projekts der Hamburger Stiftung für Wissenschaft und Kultur für die Überlassung dieser Abschrift.

7) Hans Peter Ipsen, Aktionär und Sozialisierung in Verkehrs- und Energiewirtschaft. Rechtsgutachten zu den Verordnungen Nr. 95 und 148 der Britischen Militärregierung und den hamburgischen Gesetzentwürfen über Umtausch und Enteignung von Aktien der Hamburger Hochbahn AG und der Hamburgischen Elektrizitäts-Werke AG vom 3.8.1949, erstattet im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitz, Hamburg 1949.

8) Antrag der HEW auf Strompreisänderung 1974, S. 16.

9) Ebenda, S. 2.

10) Synagoge Kohlhöfen wird geschlossen, in: Hamburger Familienblatt für die israelitischen Gemeinden Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg, Nr. 41 vom 11.10.1934.